



2012

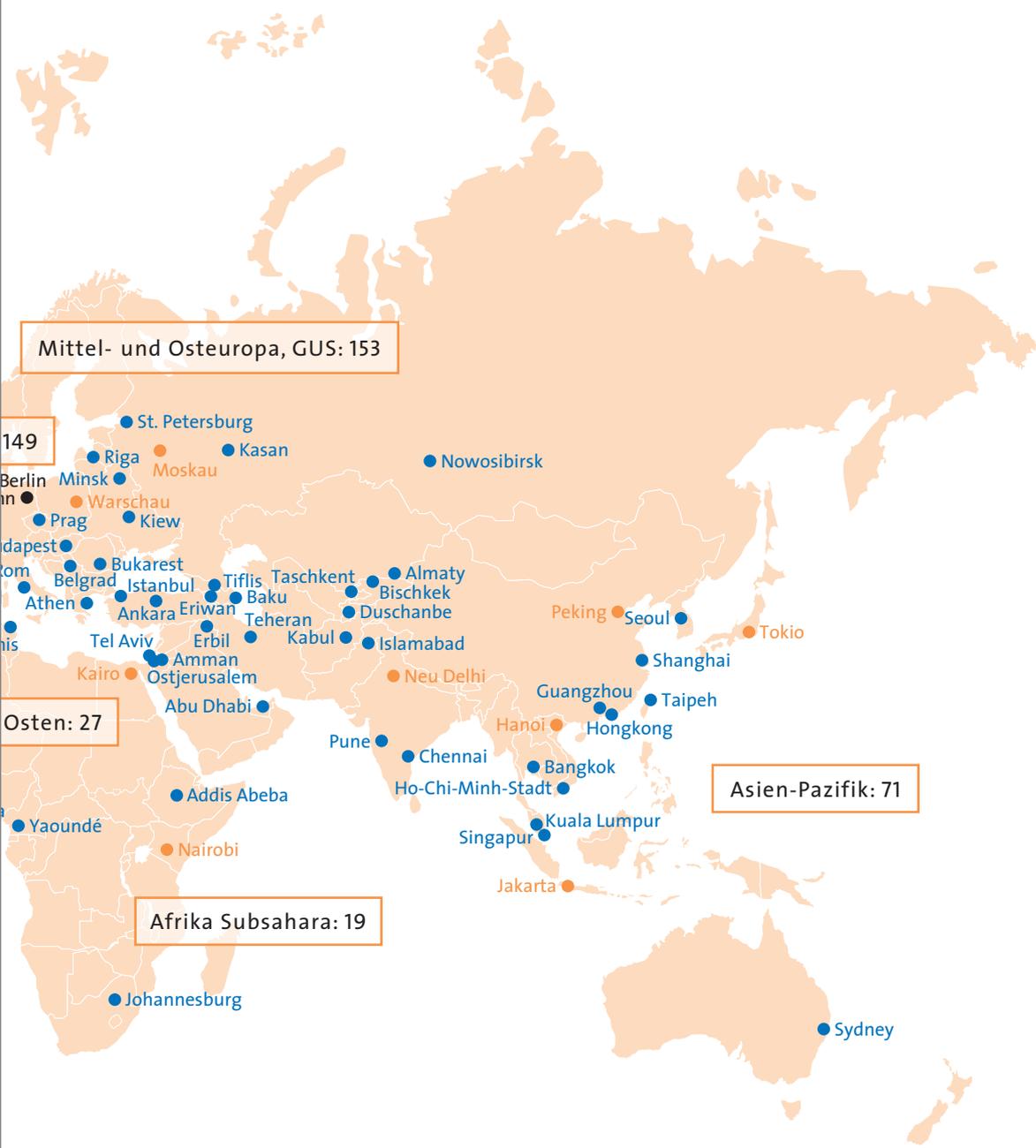
Berichte der Außenstellen

DAAD

Deutscher Akademischer Austausch Dienst
German Academic Exchange Service

DAAD-Präsenz weltweit





- 15 Außenstellen
- 55 Informationszentren (ICs)
- Verbindungsbüros
- 469 Lektorate

Berichte der Außenstellen

des Deutschen
Akademischen
Austauschdienstes

2012

2012 lag der
Anteil der Frauen
unter den DAAD-
Geförderten bei
49 Prozent.





Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text meistens die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben aber auf beide Geschlechter.



Vorwort 6

Afrika

Kairo (Dr. Michael Harms) 9
 Nairobi (Christoph Hansert) 21

Amerika

Mexiko-Stadt (Dr. Hanns Sylvester) 35
 New York (Dr. Sebastian Fohrbeck) 47
 Rio de Janeiro (Christian Müller) 59

Asien

Hanoi (Hannelore Bossmann) 69
 Jakarta (Dr. Irene Jansen) 81
 Neu Delhi (Christiane Schlottmann) 91
 Peking (Dr. Thomas Schmidt-Dörr) 103
 Tokio (Dr. Holger Finken) 113

Europa

Brüssel (Nina Salden) 123
 London (Dr. Andreas Hoeschen) 133
 Moskau (Dr. Gregor Berghorn) 143
 Paris (Christiane Schmeken) 155
 Warschau (Dr. Peter Hiller) 165

 Adressen 176



Dr. Dorothea Rüland ist Generalsekretärin des DAAD.

Der DAAD weltweit – Rückschau auf das Jahr 2012

Das Jahr 2012 stand weiter unter dem Eindruck dramatischer Umbrüche der vergangenen Zeit: Die Euro-Krise mit ihren Auswirkungen hält Europa immer noch in Atem, die Demokratiebewegungen in Nordafrika sind noch nicht gefestigt und neue, große Konflikte wie in Syrien dauern an.

Gleichzeitig hat das vergangene Jahr deutlich gezeigt, dass es nicht immer große Ereignisse oder dramatische Entwicklungen sind, von denen Veränderungen in der Welt ausgelöst werden. Wandel geschieht oft auch leise und undramatisch: durch Regierungswechsel, Gesetzesänderungen, wiedererstarke Traditionen, durch demografische Entwicklungen oder die schrittweise Öffnung eines Landes für Wirtschaft, Wissenschaft und internationalen Austausch. Wer aktuelle Ereignisse verstehen und auf die Zukunft vorbereitet sein möchte, sollte auch die Ereignisse unterhalb der Oberfläche im Blick haben.

Einen Einblick in leise und laute Transformationsprozesse geben die Außenstellenleiterinnen und -leiter aus ihren jeweiligen Ländern in dem vorliegenden Bericht. Die DAAD-Außenstellen sind Teil eines weltumspannenden Netzwerks mit 15 Außenstellen, 55 Informationszentren (IC), über 500 Lektoren und Sprachassistenten, 15 Zentren für Deutschland- und Europastudien, rund 40 Studienangeboten deutscher Hochschulen im Ausland sowie über 370.000 Alumni.

Mit ihrer Expertise und ihrer steten Präsenz direkt an den Orten des Geschehens leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 15 Außenstellen einen großen Beitrag zur Entwicklung neuer Programme sowie für den optimalen Einsatz der Fördermittel in der jeweiligen Region. Gemeinsam mit den Informationszentren beraten und informieren sie Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen Auslandsaufenthalt anstreben oder sich für das deutsche Bildungs- und Forschungssystem interessieren. Dabei halten sie den Kontakt mit den Partnern vor Ort und verfolgen die politische, wirtschaftliche, soziale und vor allem hochschulpolitische Situation im jeweiligen Gastland.

Die Expertise des DAAD-Außennetzwerks ist zurzeit gefragter denn je. Wissenschaft findet zunehmend in internationalen Netzwerken statt, zu deren Anbahnung das differenzierte Wissen über Wissenschaftssysteme, Standorte und wichtige, zuverlässige Partner dringend benötigt wird.

Hier leisten die Außenstellen, die ICs und die Lektoren eine wichtige und einzigartige Arbeit, die zukünftig noch verstärkt werden soll.

Auch die steigende Zahl interessierter internationaler Studierender und Wissenschaftler spricht für die erfolgreiche Arbeit der Außenstellen. Im letzten Jahr konnte der DAAD mit über 75.000 Geförderten ein Plus von 9 Prozent verzeichnen. Dies wäre ohne die umfassenden Informationen und die Werbung für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland auf Messen und Informationsveranstaltungen durch die Außenstellen nicht möglich gewesen. Durch das zielgerichtete Marketing konnten neue Zielgruppen erreicht und viele Interessenten gewonnen werden. Mit Kreativität und Engagement gelingt es den Außenstellen, Lektoren und ICs, das Interesse für Deutschland und am Erlernen der deutschen Sprache zu wecken.

Die Außenstellen und ICs kümmern sich jedoch nicht nur um aktuelle und zukünftige Stipendiaten – sie sorgen auch für den Aufbau und die Pflege des Kontakts mit den Ehemaligen. Um diese auch langfristig zu Freunden Deutschlands und zu Partnern des DAAD zu machen, werden die Alumni in vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen eingebunden. Auch im Jahr 2012 gab es erfolgreiche Alumni-Seminare, Treffen und Aktionen, die hier im Außenstellenbericht angesprochen werden.

Die Berichte der Außenstellen und der Jahresbericht des DAAD stehen Ihnen auf der Website (www.daad.de/berichte) auch elektronisch zur Verfügung. Dort finden Sie außer den Berichten zusätzliche Informationen zu einzelnen Ländern und Programmen. Selbstverständlich können Sie darüber hinaus das Auslandsnetzwerk zur Beratung und Planung Ihrer Vorhaben in den verschiedenen Regionen nutzen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre



Dr. Dorothea Rüland

Generalsekretärin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes

Der „Arabische Frühling“ auf dem schwierigen Weg zur Demokratie



Dr. Michael Harms leitet die Außenstelle Kairo seit September 2010. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1960 und hat zurzeit zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Hoffnungen der Menschen in Ägypten waren gewaltig: Nach dem erfolgreichen Sturz des Regimes und der Inhaftierung des 30 Jahre lang herrschenden Autokraten Husni Mubarak war die Zuversicht auf einen umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuanfang im Lande groß. Auch im Westen wurde – nach anfänglicher Zurückhaltung und Skepsis – die von Nordafrika ausgehende Zeitenwende enthusiastisch aufgenommen und als „Arabischer Frühling“ metaphorisch überhöht.

Heute, zwei Jahre nach dem 25. Januar 2011, der als Beginn des Umsturzes in die Geschichtsbücher eingegangen ist, spürt man von der allgegenwärtigen Euphorie nur noch wenig. Bei vielen Ägyptern sind Ernüchterung und Enttäuschung an die Stelle der großen Erwartungen getreten. Wie konnte es dazu kommen? Was ist seitdem passiert? Hat die Revolution tatsächlich ihr Ziel verfehlt, die ägyptische Politik und Gesellschaft umfassend zu wandeln? Wie die Antwort auf diese Fragen ausfällt, hängt wesentlich vom Standpunkt des Betrachters ab. Zu den Fakten: Nach dem Sturz Mubaraks wurde das Land vom Obersten Rat der Streitkräfte regiert. Trotz sicherlich berechtigter Kritik am holprigen Management dieser ersten Transformationsphase muss man dem Militär zugutehalten, mit der Vorbereitung und Durchführung der ersten freien Parlamentswahlen in Ägypten eine zentrale demokratische Weichenstellung vorgenommen und damit eine wesentliche Forderung der Revolutionäre erfüllt zu haben.

Die Wahlen erstreckten sich auf drei Runden vom 28. November 2011 bis zum 10. Januar 2012. Sie führten zu einer von islamistischen Parteien dominierten Volksvertretung. Wahlsieger wurde die Muslimbruderschaft mit ihrer Freiheits- und Gerechtigkeitspartei – sie errang ungefähr 45 Prozent der insgesamt 498 Sitze. Die ebenfalls dem Spektrum des politischen Islam zugehörige salafistische Partei des Lichts konnte mit einem Stimmenanteil von 25 Prozent zweitstärkste Kraft werden. Die Parteien säkularer, liberaler und linker Ausrichtung hingegen schnitten enttäuschend schlecht ab. Eine dauerhafte Existenz war der Volksvertretung freilich nicht beschieden: Am 15. Juni 2012 löste der regierende Militärrat das Parlament endgültig auf, nachdem einen Tag zuvor der Oberste Gerichtshof das Zustandekommen des Parlaments für verfassungswidrig erklärt hatte.

Ein neuer Präsident wird gewählt

Im Mai und Juni hatten die Ägypter eine – wie viele meinten – noch wichtigere Entscheidung zu treffen: die Wahl eines zivilen Präsidenten, um den Obersten Militärrat als De-facto-Regierung des Landes abzulösen. Nach dem Referendum über eine Übergangsverfassung am 19. März 2011, den oben beschriebenen Parlamentswahlen sowie den Schura-Wahlen zu Beginn des Jahres 2012 war es bereits das vierte Mal innerhalb von wenigen Monaten, >

*Breite Palette
geförderter DAAD-Projekte*

*Alumni diskutieren über
Demokratie in ihren Ländern*

*Zahlreiche neue
Hochschulpartnerschaften*

*Ausstellungen zum
Innovationsstandort
Deutschland*

*Spaltung des Landes
in zwei Lager*

*Nachwuchswissenschaftler bauen
Forscherguppen auf*

Wirtschaftliche Lage verschlechtert sich

Die ökonomischen Daten sprechen eine deutliche und unmissverständliche Sprache. Die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen, ist nach der Revolution höher als vorher: Jeder vierte Ägypter ist davon betroffen. Die ägyptische Industrie, mit 229 Mrd. US-Dollar die zweitgrößte arabische Volkswirtschaft nach Saudi-Arabien, leidet unter den Folgen der Revolution, vor allem durch die ausbleibenden ausländischen Investitionen und durch den drastischen Rückgang im Fremdenverkehr, eine der wichtigsten Einkommensquellen des Landes. Während vor dem Sturz Husni Mubaraks noch 14,7 Millionen Touristen (Stand 2010) ihren Urlaub in Ägypten verbrachten, sank diese Zahl im Verlauf des Revolutionsjahres 2011 auf 9,8 Millionen. Auch 2012 gab es keine signifikante Erholung des Tourismussektors. Im Gegenteil: Nach den erneuten Unruhen im November und Dezember brach die

Zahl der Ankünfte auf den ägyptischen Flughäfen noch einmal um 40 Prozent ein.

Verschärft wird die wirtschaftliche Misere durch einen dramatischen Währungsverfall. Das ägyptische Pfund hat in den letzten Wochen des Jahres 2012 rasant an Wert verloren. Der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zufolge sind die Ausgaben der ägyptischen Regierung im vergangenen Jahr um 17 Prozent gestiegen, vor allem wegen höherer Löhne, Sozialausgaben und Subventionen auf Weizen und Treibstoff. Die hohen Ausgaben können nur noch mit Hilfe internationaler Kredite finanziert werden – im Dezember 2012 wurde ein katarisches Darlehen in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar an das Land am Nil ausgezahlt. Im Januar 2013 verhandelte die ägyptische Regierung über einen weiteren, 4,8 Mrd. US-Dollar umfassenden Kredit des Internationalen Währungsfonds. Schon jetzt liegt die Staatsschuldenquote allerdings bei 87 Prozent und die ägyptischen Devisenvorräte haben

sich seit dem Umsturz nahezu halbiert. Sie betragen jetzt nur noch circa 15 Mrd. US-Dollar.

Nach amtlicher Statistik beträgt die Erwerbslosenzahl nunmehr 3,4 Millionen – freilich sind dies nur die offiziell registrierten Arbeitslosen, die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher sein. Anlass zur Sorge gibt vor allem die Tendenz, dass mehr als ein Viertel aller Arbeitslosen seine Beschäftigung erst jüngst verloren hat. Sehr besorgniserregend ist ebenfalls, dass in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen unfassbare 77,5 Prozent ohne Beschäftigung sind. Am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind die gut ausgebildeten Ägypter: 80 Prozent von jenen mit einem mittleren Bildungsabschluss oder einem Universitätsdiplom finden keinen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Stiftung Wissenschaft und Politik kommt zu dem ernüchternden Fazit, dass es nach der Revolution „für die Mehrheit der Bevölkerung (...) eher schlechter geworden“ ist.

Die ägyptische Industrie leidet unter den Folgen der Revolution – vor allem durch die ausbleibenden ausländischen Investitionen und durch den drastischen Rückgang des Tourismus.

Präsidentschaftswahlen:
Eine junge Frau zeigt stolz die Markierung am Finger, nachdem sie ihre Stimme abgegeben hat (links).



Der neue Mann an der Spitze – Mohamed Mursi von der Muslimbruderschaft (rechts).



dass die Stimmberechtigten an die Urnen gerufen wurden. Vorausgegangen war dem neuerlichen Gang ins Wahllokal allerdings ein unwürdiges Hickhack darum, ob sich einige potenzielle Kandidaten zur Wahl stellen durften: Zehn Bewerber ließ die zuständige Wahlkommission aus zum Teil fadenscheinigen Gründen nicht zu, so dass insgesamt 13 Kandidaten zur Abstimmung standen. Als Sieger aus dieser ersten Runde gingen ausgerechnet der unscheinbare, zunächst als „Reserverad“ verspottete Muslimbruder Mohamed Mursi sowie der von der Armee favorisierte Ahmed Schafik hervor, der unter Mubarak Minister und Premierminister war. Beide mussten entsprechend den Regeln des Wahlgesetzes erneut in einer Stichwahl gegeneinander antreten. Nicht nur für ausländische Beobachter, sondern auch für viele Ägypter bedeutete die Entscheidung für Schafik oder Mursi ein echtes Dilemma: der eine ganz unverhohlen ein Mann des Militärs und des alten Regimes, der andere ein politischer Islamist. Im zweiten Wahlgang entschieden sich die Ägypter in einem äußerst knappen Verlauf mit 51,73 Prozent der Stimmen für den Kandidaten der Muslimbruderschaft.

Die Gewalt kehrt zurück – das Land ist gespalten

Der nur mit hauchdünnem Vorsprung gewählte Präsident Mursi agierte zunächst durchaus geschickt, innen- wie außenpolitisch. Als es ihm gelang, im erneut mit Gewalt aufgeflamten

Nahost-Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern einen Waffenstillstand zu vermitteln, sparte auch der Westen nicht mit Lob: Mursi war auf dem internationalen diplomatischen Parkett angelangt. Im Windschatten dieses Erfolges handelte der Präsident – völlig überraschend und ohne Vorwarnung – allerdings höchst problematisch. Am 22. November 2012 erließ er ein Dekret, nach dem der ägyptischen Judikative das Recht abgesprochen wurde, Entscheidungen des Präsidenten anzufechten oder aufzuheben. Diese Ermächtigung beanspruchte unter anderem, dass die Richter nicht mehr befugt sind, die Verfassungsgebende Versammlung aufzulösen, die überwiegend aus Muslimbrüdern und Salafisten besteht.

Der Aufschrei in der Bevölkerung war groß: Wie zu Revolutionszeiten kamen die Menschen zu Hunderttausenden auf dem Tahrir-Platz zusammen, um gegen die Entscheidung zu demonstrieren. Auch der Palast des Präsidenten war diesmal Aufmarsch- und Versammlungsort der Opposition. Gleichzeitig demonstrierten die Anhänger des Staatsoberhaupts – auch sie waren in der Lage, Massen zu mobilisieren. Die Fernsehbilder erinnerten an das Frühjahr 2011: blutige Straßenschlachten, Barrikaden und Tränengas. Mindestens sieben Menschen starben, Hunderte wurden verletzt. Mit seinem Manöver polarisierte Mursi die Bevölkerung endgültig. Ägypten war Ende des Jahres 2012 in zwei große Lager geteilt – jenes, das einen auf der Scharia und islamischen Werten basierenden religiösen Staat errichten will, und jenes,

Die Parteien des politischen Islam gingen 2012 aus der Parlaments- und Präsidentschaftswahl als Sieger hervor. Der neue Präsident Mohamed Mursi spaltet das Land in zwei Lager.



das dies unter allen Umständen verhindern möchte. Freilich ist die Opposition bis heute alles andere als einig.

Mitten hinein in diese Krise fiel die Volksabstimmung über die neue Verfassung. Der Entwurf für dieses neue ägyptische Grundgesetz stammt von einem Ausschuss, der von den Parteien des politischen Islams dominiert wird. Nach und nach zogen sich Kopten, Frauen, Liberale und Linke unter Protest aus dem Gremium zurück. Auf diese Weise demonstrierten sie gegen den Verfassungsentwurf, der für sie die Pluralität der ägyptischen Gesellschaft nicht widerspiegelt. Mursi erhöhte daraufhin das Tempo: Im Schnellverfahren verabschiedete die Verfassungsgebende Versammlung den umstrittenen Entwurf, der wenig später der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wurde. Auf den Straßen des Landes gab es erneut wütenden Protest. Oppositionelle Zeitungen und TV-Stationen

streikten, internationale Organisationen protestierten gegen das Dokument, weil es nach ihrer Ansicht Frauen und Minderheiten nicht ausreichend schützt sowie grundlegende Bürgerrechte nicht garantiert. Ohne Frage ist die von der ägyptischen Bevölkerung im Dezember 2012 angenommene Verfassung stärker islamisch geprägt als ihre Vorgängerin. Ob sich Ägypten auf dem Weg in eine Theokratie befindet oder sich doch zu einer modernen, zivilen Gesellschaft entwickelt, ist zurzeit nicht absehbar.

Transformationspartnerschaft – Glücksfall für die Wissenschaft

Für die deutsch-ägyptische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung war das Jahr 2012 besonders erfolgreich. Dies hängt wesentlich mit den zusätzlichen Mitteln der Bundesregierung zusammen, die dem DAAD im Rahmen der Deutsch-Arabischen

Öffentlicher Protest gegen das November-Dekret: Mursi sprach der ägyptischen Judikative das Recht ab, Entscheidungen des Präsidenten anzufechten oder aufzuheben.



Kulturelles Erbe unter dem Sand Ägyptens: An der Universität Kairo entsteht in Kooperation mit der Universität zu Köln der Masterstudiengang „Umweltbezogene Archäologie“.

Zahlreiche Initiativen der Außenstelle Kairo sowie Hochschulkooperationen, die im Rahmen der Deutsch-Arabischen Transformationspartnerschaft gefördert werden, treiben die deutsch-arabische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung voran.

Transformationspartnerschaft vom Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt werden. Am 25. April 2012 richtete die Außenstelle in Kairo zum Auftakt der Transformationspartnerschaft eine Tagung aus: 120 Wissenschaftler aus Deutschland, Tunesien und Ägypten nahmen daran teil. Forscher verschiedener Disziplinen präsentierten ihre Kooperationsprojekte sowie ihre Vorstellungen über eine Stärkung der demokratischen Reformbemühungen in den arabischen Ländern.

Die Palette an DAAD-geförderten Projekten ist breit: Sie umfasst medizinische und architekturwissenschaftliche Projekte, soziologische und archäologische, juristische oder betriebswirtschaftliche Vorhaben. Auch kunst- und forstwissenschaftliche Partnerschaften zwischen deutschen und ägyptischen Hochschulen erhalten eine Förderung. Die Zahlen für 2012 sind beeindruckend: Neben 16 neuen mehrjährigen Hochschulpartnerschaften mit ägyptischer Beteiligung konnten 44 Kurzmaßnahmen gefördert werden

– insbesondere dieses Programm erfreut sich in der Wissenschaftscommunity beider Länder außerordentlicher Beliebtheit. Gegen Ende des Jahres wurden ferner je zwei Konsortialpartnerschaften deutscher und ägyptischer Universitäten ausgewählt, die ab 2013 zwei weitere internationale Masterstudiengänge etablieren werden. Ausgewählt wurden ebenfalls neun kürzlich nach Ägypten zurückgekehrte Nachwuchswissenschaftler, die gemeinsam mit deutschen Fachkollegen Forschergruppen an ihren ägyptischen Heimatuniversitäten aufbauen werden. Die Außenstelle Kairo hat zudem eigene Transformationsprojekte initiiert und durchgeführt: Exkursionen von frisch gewählten ägyptischen „AStA“-Repräsentanten, die sich in Deutschland ein Bild von studentischer Mitbestimmung machen konnten, circa 80 Fortbildungsmodule an der DAAD-Kairo-Akademie, Anbahnungsreisen ägyptischer Wissenschaftler zu deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie 39 Workshops, Tagungen und Seminare in den Räumen der DAAD-Außenstelle.



Partner in der Transformation

Ganz im Zeichen der Deutsch-Arabischen Transformationspartnerschaft stand auch das große Alumni-Seminar vom 9. bis 10. November 2012 in Kairo. Es wurde in enger Kooperation mit der Bonner Zentrale und dem neuen DAAD-Büro in Tunis veranstaltet. Unter dem Titel „Partner in der Transformation – Wissenschaft als Katalysator des demokratischen Wandels“ versammelten sich rund 180 ehemalige DAAD-Stipendiaten aus beiden Ländern. Sie tauschten sich darüber aus, was sie als Wissenschaftler zu der demokratischen Gestaltung ihrer Länder beitragen können. Ein Resultat der Konferenz war die Einsicht, dass gerade an den Universitäten noch viel zu tun ist, bevor sie eine aktive Rolle als Motor für gesellschaftliche Veränderung übernehmen können. Die Teilnehmer hatten sich vorgenommen, an ihren Institutionen mehr Transparenz bei internen Entscheidungsprozessen zu schaffen und für eine offenere Kommunikationskultur einzutreten. Vor allem soll aber die Relevanz von Lehr- und

Lerninhalten für Gesellschaft und Arbeitsmarkt berücksichtigt werden. Durchaus schmerzhaft war die Einsicht, dass es an den tunesischen und ägyptischen Hochschulen bislang an einer Ausbildung zum kritischen Denken mangelt.

DAAD baut Deutsches Wissenschaftszentrum auf

Seit einigen Jahren haben sich Büros deutscher Universitäten, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen auf dem Gelände der DAAD-Außenstelle Kairo angesiedelt. Aus der räumlichen Nähe entwickeln sie Synergien für die eigene Arbeit mit ägyptischen Partnern. Darauf aufbauend schlossen sich 2012 neun deutsche Wissenschaftsorganisationen zum Deutschen Wissenschaftszentrum Kairo (DWZ) zusammen. Unter der Konsortialführung des DAAD sollen die übergeordneten Ziele der deutschen Außenpolitik im Feld der Wissenschaft in Ägypten realisiert werden. Diese Politik zielt besonders darauf ab, eine

Im Gespräch auf einem ägyptisch-tunesischen DAAD-Alumni-Seminar: Wie können sich Universitäten stärker in den gesellschaftlichen Wandel einbringen?

Internationalisierungsstrategie in Wissenschaft und Forschung zu entwickeln. Im Einzelnen geht es darum, Deutschland als Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsstandort in Ägypten sichtbar zu machen, die Netzwerkbildung zu intensivieren sowie aktiv Service für Forschungsk Kooperationen anzubieten. 2012 konnte

dieses Ziel eindrucksvoll erreicht werden – durch publikumswirksame Ausstellungen unter anderem zu deutschen Nobelpreisträgern und zu „Deutschen Erfindungen, die die Welt veränderten“ oder die Tagung deutscher und ägyptischer Wissenschaftler zum Food Chain Management. Auch innovative Formate wie Science Slams oder der Einsatz des Deutschlandmobils, das in Kairo, Alexandria und Ismailia über den Studien- und Forschungsstandort Deutschland informierte, trugen dazu bei, Deutschland der ägyptischen Öffentlichkeit als Wissenschaftsstandort näherzubringen.

DEUTSCHES WISSENSCHAFTSZENTRUM KAIRO

Die Stärke des DWZ Kairo ist seine Diversität. Unter einem gemeinsamen Dach kommen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen zusammen:

- **4 Universitäten:** Freie Universität Berlin, Technische Universität Berlin, Technische Universität München, Philipps-Universität Marburg
- **2 Forschungseinrichtungen:** Fraunhofer-Gesellschaft, Orient-Institut Beirut
- **2 Förderorganisationen:** DAAD, Alexander von Humboldt-Stiftung
- Auch die **Zentralstelle für das Auslandsschulwesen** ist im DWZ zu finden – die Dachorganisation für Deutsche Auslandsschulen, die in Ägypten in einer ungewöhnlichen, historisch gewachsenen Dichte und Qualität existieren

In seiner Zusammensetzung ist das DWZ in vielen Wissenschaftsbereichen hervorragend aufgestellt: Die Technischen Universitäten und die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft gehören mit zum Besten, was der Standort Deutschland an anwendungsbezogenen Natur- und Ingenieurwissenschaften zu bieten hat. Ergänzt wird dieses Angebot durch zwei renommierte Volluniversitäten, die ein breites Fächerspektrum und ein dichtes Partnerschaftsnetzwerk in Ägypten vorweisen können (Freie Universität Berlin und Philipps-Universität Marburg). Für die Geistes- und Sozialwissenschaften steht das Orient-Institut Beirut als Teil der Max Weber Stiftung für die Erforschung der Geschichte und Gegenwart des Nahen Ostens. Mit der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem DAAD sind die beiden wichtigsten deutschen Förderorganisationen für Nachwuchswissenschaftler und Internationalisierung ebenfalls vor Ort – eine optimale Ausgangslage, um Hochschulkooperationen herzustellen und die besten Köpfe zu

fördern, ist somit geschaffen. Zu guter Letzt ist durch die Kooperation mit der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen der wichtige Brückenschlag von der Schule an die Universität gewährleistet.



Tag der Deutschen Wissenschaft

Alle Erwartungen übertreffen konnte schließlich der „Tag der Deutschen Wissenschaft“. Rund 1.000 Besucher kamen dafür auf das Gelände der DAAD-Außenstelle, den neuen Campus des Deutschen Wissenschaftszentrums Kairo. Mit 22 Einzelveranstaltungen aus den verschiedensten Disziplinen und Fachbereichen stellte der „Tag der Deutschen Wissenschaft“ ein eindrucksvolles Panoptikum deutscher Wissenschaft und Forschung dar.

Einen Tag später wurde das DWZ feierlich durch den deutschen Außenminister Guido Westerwelle und DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel eröffnet. Beide bezeichneten das neue Wissenschaftszentrum als „Schaufenster nach Deutschland“ und als „Meilenstein der deutsch-ägyptischen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung“. An der feierlichen Eröffnung nahmen von ägyptischer Seite gleich drei Minister teil, um damit die engen und vertrauensvollen Beziehungen beider Länder zu unterstreichen. >



Eröffnung des Deutschen Wissenschaftszentrums (DWZ) Kairo und Tag der Deutschen Wissenschaft im November 2012: Gemeinsam enthüllen Außenminister Guido Westerwelle und DAAD-Präsidentin Prof. Margret Wintermantel sowie TU-Berlin-Repräsentantin Heba Aguib das Logo des DWZ (oben links).

Auf dem Campus des DWZ in der DAAD-Außenstelle herrscht großes Interesse an Studium und Forschung in Deutschland (Mitte links und unten).

Wissenschaft auch für den Nachwuchs: „Nutty Scientists“ in Aktion (oben rechts).

Stipendien und DAAD-Kairo-Akademie

Obwohl die Arbeit des Jahres 2012 ganz wesentlich von der Umsetzung der neuen Programmlinien der Deutsch-Arabischen Transformationspartnerschaft und dem Aufbau des Deutschen Wissenschaftszentrums geprägt war, konnte auch die reguläre Programmarbeit weiter ausgebaut und intensiviert werden. Der DAAD bietet in Kairo inzwischen 30 Förderprogramme für Individualbewerber, für Forschergruppen und die Projektförderung an. Zudem ist der DAAD für die Koordinierung des Deutsch-Ägyptischen Forschungsfonds GERF in Ägypten verantwortlich. Insbesondere im Bereich der Masterstudiengänge der Entwicklungszusammenarbeit und für Public Policy and Good Governance war das Jahr 2012 aus ägyptischer Sicht erfolgreich: Das verstärkte Marketing der Außenstelle hat zu zahlreicheren und besseren Bewerbungen geführt. So konnten mehr junge Ägypter mit Stipendien gefördert werden. Außerordentlich erfreulich ist das Fazit für die DAAD-Kairo-Akademie, die 2012 nach einem konzeptionellen Neustart ihren einjährigen Geburtstag feierte: Über 2.500 junge Wissenschaftler konnten in 142 Modulen von den Fortbildungsangeboten des DAAD profitieren. Mehr als die Hälfte dieser Veranstaltungen fand auf dem Campus von Universitäten und Forschungseinrichtungen statt – der DAAD ist damit auch in der Provinz zunehmend präsent und als Partner ägyptischer Wissenschaft weithin sichtbar. <<

Tabelle 1 : Statistischer Überblick Ägypten 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	1.001.450 km ² ¹
Bevölkerungszahl	82,54 Mio.
Frauen	48,9 %
Männer	51,5 %
Bevölkerungsdichte	82,54 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	1,9 %
Urbanisierungsgrad ²	45 %
Analphabetenrate	36 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP* ³	229,5 Mrd.
BIP pro Kopf* ³	2.600
Anteil am globalen BIP	k.A.
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 97
Wirtschaftswachstum	3,3 %
Inflation	10,0 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2008/09* ³	4,86 Mrd.
Ausgaben für Bildung und Erziehung (Anteil des BIP)	3,8 %
Hochschultypen	
staatliche Universitäten	
private Universitäten	
Anzahl der Hochschulen gesamt	38
staatlich	19
privat	19
Anzahl Hochschullehrer	k.A.
Eingeschriebene Studierende 2011/12	
an staatlichen Institutionen	1.380.347
an privaten Institutionen	ca. 49.000
Frauenanteil	52 %
Anteil ausländischer Studierender	2,5 %
Studierende der Naturwissenschaften	23,6 %
Studierende der Geisteswissenschaften	76,4 %
Doktoranden	k.A.
Abschlüsse 2010/11 ³	250.450
Bachelor's Degree (Diploma)	123.900
Master's Degree	93.944
Doctorate	32.606

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2010/11*	
an staatlichen Institutionen	überw. kostenfrei
an privaten Institutionen	3.500–19.000
Ausländische Studierende gesamt	49.099
nach Herkunftsländern 2010:	
1. Malaysia	1.042
2. Palästina	537
3. Somalia	334
4. Katar	314
5. Kuwait	263
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	k.A.

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende 2010	
1. Deutschland	
2. Großbritannien	
3. USA	
4. Kanada	
5. Frankreich	

* Angaben in US-Dollar

- 1 davon nur ca. 4 % landwirtschaftlich nutzbar
- 2 Menschen in städtischen Ballungsräumen mit mehr als 1 Mio. Einwohner
- 3 neuere Zahlen sind nicht verfügbar

Quellen:**Worldbank**

- ▶ <http://data.worldbank.org/country/egypt-arab-republic>
- ▶ <http://www.worldbank.org/en/country/egypt>
- ▶ <http://siteresources.worldbank.org/INTUNIKAM/Resources/2012.pdf>
- ▶ <http://www.tradingeconomics.com/egypt/gdp-growth>
- ▶ <http://www.tradingeconomics.com/egypt/gdp-per-capita>
- ▶ <http://www.eip.gov.eg/nds/nds.aspx>

Tabelle 2 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Ägypten

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	94
	A	494
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	46
	A	118
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	34
	A	330
davon Doktoranden	D	5
	A	237
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	14
	A	46
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	4
	A	58
1–6 Monate	D	49
	A	92
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	41
	A	344
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	5
	A	57
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	230
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	1
Lektoren	D	6
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	2
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	50
Praktikanten	D	14
	A	33
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	44
II. Projektförderung – gesamt	D	491
	A	937
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	159
	A	211
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	151
	A	333
davon Doktoranden	D	53
	A	86
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	181
	A	393
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	423
	A	744
1–6 Monate	D	45
	A	160
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	23
	A	33
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	50
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	15
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	43
Austausch in Projekten (PPP)	D	18
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	585
	A	1.431
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		2.016

Nairobi

Ostafrika zwischen Aufbruch und Konflikten



Christoph Hansert leitet die Außenstelle Nairobi seit August 2010. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1973 und hat zurzeit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ostafrika boomt: Gemeinsam mit Südostasien ist es die am schnellsten wachsende Wirtschaftsregion der Welt. Auch für 2013 sagt der Internationale Währungsfonds (IWF) Wachstumsraten von deutlich über 5 Prozent voraus. Dabei wird die Entwicklung nicht allein von Kenia getragen: In Tansania, Ruanda und Uganda wuchs die Wirtschaft während der letzten Jahre um durchschnittlich nahezu 7 Prozent. Alle Länder der Region profitieren vom wachsenden Handel innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und davon, dass ausländische Direktinvestitionen erheblich steigen. Neben den klassischen Industrieländern sind China, Indien und die Golfstaaten von Bedeutung.

Der Ausbau der Infrastruktur und der Energieversorgung stand 2012 weiter im Vordergrund. Wichtige regionale Verbindungsachsen wie die mehrspurige Autobahn von Arusha (Tansania) nach Nairobi und weiter nach Thika (Kenia) wurden fertiggestellt. In Uganda und Tansania geht die Erschließung neuer Gas- und Ölressourcen voran. Ein britisch-französisch-chinesisches Konsortium plant allein in Uganda

Förderanlagen im Wert von 8 Mrd. Euro. Auch in Kenia gibt es vermutlich große Reserven fossiler Brennstoffe. Nach den Ölfunden am Turkana-see werden nun Gasfelder vor der Küste untersucht. Ostafrika wird sich erheblich verändern und Ingenieurwissen nachfragen – ein großes Kooperationspotenzial für Deutschland.

Die Ostafrikanische Gemeinschaft wächst zu einem Markt von 130 Millionen Einwohnern zusammen. 30 Millionen Menschen gehören zur Mittelschicht, die Hälfte von ihnen lebt in Kenia. Dabei entwickelt sich Nairobi zum Finanz- und Verkehrszentrum der Region. Mit einer Zuwachsrate von 77 Prozent ist Kenia bei Direktinvestitionsprojekten afrikaweit an die dritte Stelle aufgerückt. Laut IWF-Schätzung lag das Volumen bei 4 Mrd. Euro. Ein wichtiger Wachstumsbereich ist die innovative Kombination aus Telekommunikation und Finanzwirtschaft. Die Guthaben im handybasierten Überweisungssystem „Mpesa“ liegen bei etwa 6 Mrd. Euro. Im Aufwärtstrend ist auch die junge Filmbranche, deren wichtigster internationaler Partner Deutschland ist.

Neue Perspektiven für den Hochschulbereich

Fester Platz in der globalen Forschungslandschaft

Deutsch-Südafrikanisches Wissenschaftsjahr

Mehr Geld für die Forschung

Ausweitung des Seminarangebots für DAAD-Stipendiaten

Gehaltserhöhung für Lehrende

Aufgrund der wirtschaftlich starken Entwicklung richtete die deutsche Außenhandelskammer im Sommer 2012 ein Delegiertenbüro in Nairobi ein. Im September fand das erste kenianisch-deutsche Wirtschaftsforum statt, das Premierminister Raila Odinga eröffnete. „Green Growth“ stand ebenso auf der Tagesordnung wie die in Kenia weitverbreitete Korruption. Über 40 deutsche Unternehmer erkundeten Kooperationsmöglichkeiten. Neben den klassischen Feldern Infrastruktur und Tourismus entwickeln sich neue Geschäftsbeziehungen zurzeit im Konsumgüterbereich und in der Informationstechnologie.

Gefährliche Wahlen

George Saitoti, Kenias Minister für Innere Sicherheit, starb am 10. Juni 2012 bei einem bis heute nicht aufgeklärten Hubschrauberabsturz. Er war ein potenzieller Kandidat für die Präsidentschaftswahlen im März 2013. Nach seinem Tod musste sich das politische Spektrum des Landes neu formieren; es ist nach wie vor stark ethnisch geprägt. Ende 2012 hatten sich schließlich verschiedene Allianzen gebildet. Eine Chance auf mehr als 40 Prozent der Stimmen haben allerdings nur die „Cord“-Gruppe von Premierminister Raila Odinga und Vizepräsident Kalonzo Musyoka sowie die „Jubilee“-Vereinigung von Vizepremier Uhuru Kenyatta und dem Abgeordneten William Ruto. In diesen Koalitionen kooperieren die Gegner der vergangenen Wahl.

Wie sich Kenia und damit die gesamte Region entwickelt, wird vom Verlauf der Wahlen abhängen. Falls sie knapp ausgehen sollten, könnte es sein, dass sich die Verlierer mit ihrem Machtverlust nicht widerstandslos abfinden. Denn jede Seite rechnet mit ethnisch geprägten Repressalien durch die Gewinner.

Wenn Kenyatta und Ruto gewinnen, könnte es zudem passieren, dass der Internationale



Strafgerichtshof den neuen Präsidenten und seinen Vizepräsidenten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagt. Sollten sie der Vorladung nicht Folge leisten, könnte dies zur internationalen Isolation Kenias führen, mit unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen für die Region.

Rechtsreform und neue Verfassung

Trotz vieler Widerstände treiben der Oberste Richter und sein Team die Rechtsreform voran. Eine unabhängige Kommission überprüfte fast alle Richter: Wer sich als korrupt erwies, musste gehen. Durch dieses konsequente Vorgehen gewinnt die Bevölkerung allmählich das Vertrauen in die Gerichte zurück. Zudem werden die Rechte der Frauen ernster genommen, öffentliche Ämter halten sich weitgehend an die Frauenquote von einem Drittel. Allerdings gibt es auch weniger positive Entwicklungen: So akzeptiert das Parlament Gesetzesentwürfe zur neuen Verfassung häufig ohne weitere Diskussion. Vor allem die hohen ethischen Standards für Kandidaten für politische Ämter wurden so de facto wieder abgeschafft.

Eine Reihe von Gesetzen bereitete die geplante Dezentralisierung Kenias ab 2013 vor. Ob die neuen Verwaltungen funktionieren werden, ist jedoch unklar. Es gibt Befürchtungen, dass Mehrheitsethnien kleinere Bevölkerungsgruppen an den Rand drängen und diese sich

Staatsspitze bei Gründung der neuen Technischen Universität Jaramogi Oginga Odinga versammelt: Der damalige Staatspräsident Kenias, Mwai Kibaki, schüttelt Außenstellenleiter Christoph Hansert die Hand – links neben Kibaki der damals amtierende Premierminister Raila Odinga – er ist Absolvent der Universität Magdeburg.

dagegen mit allen Mitteln wehren. So kam es bereits 2012 an den Rändern Kenias zu Gewaltausbrüchen mit weit über 100 Toten.

Region zwischen Licht und Schatten

Nicht nur Kenia, sondern auch die umliegenden Länder befinden sich zwischen Aufbruch und Konflikten:

Die Regierung erhöhte das Budget des nationalen Forschungsrats um 75 Prozent auf 7 Mio. Euro. So war erstmals ein Wettbewerb zwischen kleinen Forschungsgruppen möglich.

- Nach Demonstrationen gegen einen polemischen, antiislamischen Film aus den USA ging die deutsche Botschaft in Khartum (Sudan) am 14. September 2012 in Flammen auf. Dieser Angriff ist als Machtdemonstration radikaler Gruppen zu verstehen. Dabei geht es vor allem um die umstrittene Nachfolge des erkrankten sudanesischen Präsidenten Umar al-Baschir.
- Ein Streit um die Durchleitungskosten stoppte die Ölproduktion im Südsudan. Danach gingen auf beiden Seiten die Staatseinnahmen massiv zurück und die Inflationsraten stiegen jeweils auf über 40 Prozent. Im September fand man einen Kompromiss, der bis zum Jahresende aber noch nicht umgesetzt war.
- Am 20. August 2012 wurde der Tod von Äthiopiens Premierminister Meles Zenawi bekannt gegeben. Der befürchtete Kampf um die Nachfolge blieb aus, das Parlament bestätigte seinen Stellvertreter Hailemariam Desalegn. Alle Sicherheitspositionen blieben weiter in den Händen der herrschenden Gruppe aus Tigray.
- Der Krieg im Osten des Kongo flammte wieder auf und die neu formierte Rebellengruppe M23 nahm Ende des Jahres kurzzeitig die Provinzhauptstadt Goma ein. Die USA und die EU machen Uganda und Ruanda dafür mitverantwortlich. Sie froren die Hilfen für beide Länder in Höhe von 540 Mio. Dollar ein. Daraufhin erhöhte China seine Direktinvestitionen.

- In Uganda wächst die Unzufriedenheit mit dem langjährigen Präsidenten Yoweri Museveni. Nach dem mysteriösen Tod einer Abgeordneten, die sich für Kontrollrechte des Parlaments gegenüber dem Ölministerium eingesetzt hatte, verschärfte sich der schwelende Konflikt mit der Regierung. Auch Mitglieder der Regierungspartei NRM äußerten Kritik.
- Somalia wählte seine Zentralregierung. Die Armee beherrscht nach der Eroberung der Hafenstadt Kismayu gemeinsam mit den Truppen der African Union Mission in Somalia (AMISOM) aus Uganda, Burundi und Kenia wieder die wichtigsten Regionen des südlichen Landesteils. Die kenianische Armee marschierte Ende 2011 in Somalia ein. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Kenia: Bei terroristischen Anschlägen starben mehr als 50 Menschen.

Investitionen in den Hochschulbereich

Nach über einem Jahrzehnt fruchtloser Anläufe gibt es nun für den Hochschulbereich neue Perspektiven: Ende Dezember 2012 unterzeichnete Präsident Mwai Kibaki das neue Hochschulgesetz. Die Commission for University Education ist demnach auch für die Qualitätssicherung an den staatlichen Hochschulen zuständig, die bislang keiner Kontrolle unterlagen. Außerdem wurden über 15 neue selbstständige Hochschulen in allen Teilen des Landes eingerichtet. Sie gingen aus bislang semi-autonomen University Colleges hervor und engagieren sich größtenteils in der Bachelorausbildung. Damit gibt es demnächst 22 öffentliche Hochschulen.

Die Zahl der Studierenden in Kenia stieg weiter schnell an und lag im Studienjahr 2011/12 bei 292.000. Da sich die Zahl der Hochschullehrer nicht entsprechend erhöhte, besteht die Gefahr



Tagung „Kenia Open Data Portal“: Staatssekretär des Informationsministeriums Bitange Ndemo im Gespräch mit DAAD-Außenstellenleiter in Nairobi, Christoph Hansert.

Online-Forschungsportal

Am 30. und 31. Oktober 2012 fand eine Tagung zum neuen „Kenya Open Data Portal“ statt. Veranstalter waren die DAAD-Außenstelle und -Alumni gemeinsam mit der Weltbank, dem kenianischen ICT Board und dem Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme in Berlin (FOKUS). Kenia ist bei diesem Online-Portal

Pilotland für Afrika. Durch die transparente Bereitstellung der Daten auf einer Plattform kann die bislang übliche Mehrfacherhebung durch Regierung, internationale Geber und Wissenschaft besser vermieden werden. Somit können sich die Wissenschaftler stärker als bisher auf die Datenanalyse konzentrieren. Ähnliche Portale sollen mit Unterstützung der Weltbank in 13 afrikanischen Ländern entstehen.

Forscher können künftig ihre Arbeiten kostenfrei ins Portal laden, die dort direkt international zugänglich werden. Der kenianische Forschungsrat und das Fraunhofer-Institut FOKUS vereinbarten darüber hinaus eine Kooperation für ein innovatives „Data Harvesting“-System, das vor allem für die E-Publikation von Doktorarbeiten zum Einsatz kommen soll.

eines Qualitätsrückgangs. Wie die Hochschulen im Vergleich untereinander abschneiden, will die Regierung künftig in einem nationalen Ranking sichtbar machen. Gemeinsam mit dem DAAD organisierte sie zu diesem Thema im September 2012 ein nationales Stakeholderforum.

In zum Teil heftigen Auseinandersetzungen forderten die kenianischen Hochschullehrer höhere Gehälter. Viele staatliche Hochschulen blieben geschlossen. Dann aber konnten die Hochschullehrer im September eine Gehaltserhöhung leicht über der Inflationsrate durchsetzen und sind damit im Vergleich zu ihren Kollegen im östlichen Afrika gut besoldet.

Bereits im Juli erhöhte die Regierung das Budget des nationalen Forschungsrats um

75 Prozent auf 7 Mio. Euro. So war erstmals ein Wettbewerb zwischen kleinen Forschungsgruppen möglich. Diese interdisziplinären Projekte in den Bereichen Wasser und Nahrungssicherheit könnten ein erster Schritt zum Aufbau von Exzellenzzentren sein. Weitere Wettbewerbe in anderen Feldern sollen folgen.

Auch die Technologiefachbereiche profitierten von den Investitionen. So bewilligte die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) einen Kredit von 43,5 Mio. US-Dollar für den Ausbau der Ingenieur fakultäten an acht Hochschulen – die größte Investition an kenianischen Hochschulen in der vergangenen Dekade. Das Projekt soll im Januar 2013 beginnen und bis Ende 2017 laufen. Laborausstattungen, Stipendien und Training für strategisches Management sollen gefördert werden. Auch für Uganda bewilligte

Change-Symposium: Der politische Karikaturist Gado stellt ein Fahndungsplakat für den ehemaligen Präsidenten Moi vor (kleines Bild, diese Seite) und begeisterte das Publikum, darunter Prof. Simon Onywere, Vorsitzender des DAAD-Alumni-Vereins (großes Bild rechts).



Jahresthema „Change“

Am 30. März 2012 sprach Gado, der bekannteste politische Karikaturist Ostafrikas, vor 150 DAAD-Alumni und Stipendiaten. Er erklärte, wie er es immer wieder schafft, seine Zeichnungen trotz Zensur in die wichtigsten Tageszeitungen zu bekommen. Mit seinem trockenen Humor und einigen doch nicht veröffentlichten Werken begeisterte er die Zuhörer und ermutigte sie, im

Widerstand gegen Korruption nicht nachzulassen.

George Kegoro, Vorsitzender der kenianischen Abteilung der internationalen Juristenvereinigung, berichtete von seinen Erfahrungen im Kampf um die Demokratie um die Jahrtausendwende. Seiner Meinung nach kann die laufende Reform des Rechtssystems nur durch gemeinsamen Druck von Demonstranten, Medien und Hochschulen erfolgreich sein. Er appellierte

an das Auditorium, sich aktiv an der Umwandlung Kenias in einen Rechtsstaat zu beteiligen.

Schließlich sprach Hamadi Boga, DAAD-Alumnus und Botschafter der Humboldt-Stiftung, über den Wandel in der Wissenschaft. An Beispielen wie der Entdeckung des Penicillins erklärte er, dass Professoren Studierende auch ermutigen müssten, ihr Fach zu hinterfragen. Erfolgreiche Wissenschaft sei nur durch permanenten Wandel möglich.

Berlinbesuch: Kenianische Wissenschafts- und Forschungsmanager diskutieren über die Ausgestaltung eines modernen Forschungssystems.



die AfDB am Jahresende ein neues Hochschulprojekt: 103 Mio. US-Dollar fließen hier vor allem in die Naturwissenschaften und Technologiefakultäten. Projektbeginn ist Ende 2014.

Deutschlandbesuch zur Wissenschaftspolitik

Eine prominent besetzte Delegation reiste im Mai 2012 nach Deutschland: zwei Vizeminister, der Vorsitzende des Forschungsausschusses des kenianischen Parlaments, der Präsident des nationalen Forschungsrats und 25 weitere Entscheidungsträger des kenianischen Wissenschaftssystems. Im Rahmen des DIES-Programms (Dialogue on Innovative Higher Education Strategies) diskutierten sie mit ihren Gesprächspartnern über ein modernes Forschungssystem. Ein Höhepunkt war das Treffen mit der Parlamentariergruppe Ostafrika und Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer



Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales.

Thema der Gespräche war die Kooperation mit Deutschland, insbesondere in der Agrarforschung und Informationstechnologie für Smartphones. Beim Treffen mit Mitgliedern des Forschungsausschusses des Deutschen Bundestags und der DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ erörterte die Delegation die Bedeutung von Wettbewerbsverfahren und die Förderung des akademischen Nachwuchses. Zum Abschluss überreichte die Ausschussvorsitzende Ulla Burchardt ihrem kenianischen Kollegen David Koech die Freundschaftsmedaille des Deutschen Bundestags und ermutigte ihn, vom Budgetrecht des Parlaments aktiv Gebrauch zu machen. David Koech und seine Kollegen nahmen diese Aufforderung ernst. Bereits einen Monat nach ihrer Rückkehr wurde der Etat des nationalen Forschungsrats fast verdoppelt.

Die Außenstelle veranstaltete gemeinsam mit den Wissenschaftsorganisationen Kenias im September und Oktober drei Fachkonferenzen. Prof. Frank Ziegele, Chef des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, stellte Rankingmodelle vor, Prof. Britta Schütt, Vizepräsidentin der FU Berlin, strategisches Forschungsmanagement und Christoph Mühlberg, DFG, die Organisation von nationalen Forschungswettbewerben. Ergebnisse dieser Diskussionen fanden Eingang in das neue Hochschulgesetz Kenias.

Das DIES-Projekt zur Förderung von Qualitätssicherung in den fünf ostafrikanischen Ländern wurde mit sechs Veranstaltungen fortgesetzt. Erstmals erarbeiteten Universitäten, Akkreditierungsagenturen und Berufsverbände gemeinsam regionale Standards in einem Fachgebiet. Den Beginn machte die Betriebswirtschaftslehre, die Informatik soll 2013 folgen. Ebenfalls zum ersten Mal fand am Sitz der Ostafrikanischen



Nairobi: Blick aus der DAAD-Außenstelle auf die 3 Millionen Einwohner zählende Metropole.

Gemeinschaft in Arusha, Tansania, ein regionales Hochschulforum zur Kooperation von Hochschule und Wirtschaft statt. DAAD-Partner waren hier neben dem Inter-University Council for East Africa unter anderem das ostafrikanische Business Council und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Erfahrungen aus Ostafrika sollen beim Aufbau des westafrikanischen Hochschulsystems helfen. Sie wurden im November während einer DIES-UNESCO-Tagung in Dakar, Senegal, vorgestellt.

DAAD-Alumni und Stipendiaten in Ostafrika

Ehemalige Geförderte werden nicht nur in Kenia, sondern auch in anderen afrikanischen Ländern immer aktiver. Die ugandische Alumni-Vereinigung AUGA gründete sich neu. 120 Ehemalige wählten unter der Schirmherrschaft des deutschen Botschafters im Oktober einen Vorstand. Im Sudan zog das Thema Gentechnik über 80 Alumni aus dem ganzen Land an. Neben dem aktuellen Forschungsstand kamen ethische Fragen zur Sprache und wurden unter anderem mit koptischen Priestern und islamischen Geistlichen kontrovers diskutiert. In Tansania intensivierte die Alumni-Vereinigung die Kooperation mit der

Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Außenstelle unterstützte in der Region 18 Alumni-Veranstaltungen unter anderem zu „Proposal Writing“, Nanotechnologie, Biodiversität, Wasser und angewandter Mathematik.

Nach ersten Seminaren in Kenia sollen die Veranstaltungen „Using E-Ressources“ und „Producing Scientific Posters“ künftig den mehr als 300 DAAD-Stipendiaten in Ostafrika angeboten werden. Sie lernen dabei beispielsweise, wie sie über 14.000 Online-Zeitschriften kostenfrei nutzen können. Erstmals gab es 2012 einen Kurs in Uganda, Tansania soll Anfang 2013 folgen. Es ist geplant, künftig drei Kurse pro Jahr gemeinsam mit dem Fachpartner ITOCA (Information Training and Outreach Centre for Africa) durchzuführen.

In Kenia mussten sich Bewerber für Regierungsstipendien erstmals einem Plagiats-Screening ihrer Promotionsprojekte stellen. Neu war auch die internationale Ausweitung der Stipendien für „German Studies“ an der University of Nairobi. Im Oktober nahmen zudem Stipendiaten aus Uganda, Simbabwe und Kamerun ihr Studium im einzigen Germanistik-Masterstudiengang im östlichen Afrika auf.

Afternoon Tea und Facebook

Ein neues Veranstaltungsformat der Außenstelle ist der „Afternoon Tea at DAAD“. In lockerer Atmosphäre stellen sich deutsche Hochschuldelegationen vor und kommen mit ihren kenianischen Fachkollegen ins Gespräch. Die meisten Informationen werden indes über Facebook ausgetauscht: Seit Oktober 2010 hat sich die Zahl der Facebookfans des DAAD-Nairobi verzehnfacht. Der größte Teil der elektronischen Anfragen an die Außenstelle wird inzwischen auch auf Facebook beantwortet. Dazu kommt der „Nairobi Newsletter“ und ein „nairobi express“.

Südafrika: Die Apartheid-Vergangenheit ist längst nicht überwunden

Südafrika blickt auf ein schwieriges Jahr 2012 zurück, vielleicht das schwierigste seit dem Übergang zur Demokratie 1994. Schwelende Konflikte um minimale Sozialstandards brachen offen aus. Nach zahlreichen gewaltsamen Protesten gipfelten sie im Tod von 34 illegal streikenden Arbeitern im Platinbergwerk Marikana. Elf weitere Todesopfer waren Polizisten und Gewerkschafter. In einer beispiellosen Travestie des Rechtsstaats legte die Staatsanwaltschaft 270 Streikenden Mord an ihren erschossenen Kollegen zur Last. Dabei griff sie auf ein Apartheid-Gesetz zurück, das die Unterdrückung politischer Proteste legitimiert hatte. Die Öffentlichkeit und der Justizminister verurteilten diese Anklage scharf, schließlich ließ die Staatsanwaltschaft sie fallen. Auch zwischen politischen Parteien kam es zu heftigen, zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen. Marikana wurde zum Sinnbild für den Vertrauensverlust von Regierung und Gewerkschaften in Teilen der armen Bevölkerung.

Der regierende African National Congress (ANC) feierte 2012 den 100. Jahrestag seines Bestehens. Er drängt weiterhin auf eine stärkere Kontrolle der Medien. Gesetzesinitiativen spielen hierbei eine Rolle, aber auch die Besetzung von Schlüsselpositionen, etwa in der South African Broadcasting Corporation (SABC), die ausdrücklich die „Zentralisierung“ von Nachrichten und Politikinhalt verfolgt. Nach ersten Sendestopps warf der Karikaturist Zapiro der SABC Selbstzensur vor.

Eine heftige Kampagne führte der ANC gegen eine bloßstellende Darstellung von Präsident Jacob Zuma durch den Künstler Brett Murray. Nach massivem Druck verschwand das Bild von Zeitungsinternetseiten. Zwei mutmaßlich unabhängige Einzeltäter verunstalteten das

Original, das die Goodman Gallery schließlich abhängte. Der ANC erklärte einen der Bilderschänder zum „National Hero“. Die Regierungspartei trug mit ihrer Konfliktstrategie selbst zu jener Radikalisierung der Protestkultur bei, die sie sonst beklagt. Der Fall zeigte allerdings auch, wie sehr die öffentliche Debatte in Südafrika noch immer in Rassen-Diskursmustern befangen ist und wie stark die Verletzungen der Vergangenheit die schwarze Bevölkerung prägen.

Präsident Zuma rüstete sein Privatanwesen mit etwa 20 Mio. Euro Steuermitteln nach. Eine überwältigende Mehrheit wählte ihn dennoch Ende des Jahres wieder an die Parteispitze. Die Wahlen 2013 werden voraussichtlich in seine zweite Amtszeit münden.

Gute Nachrichten aus der Wissenschaft

Der Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung sorgte für überwiegend gute Nachrichten. Die Zahl erfolgreicher Schulabschlussprüfungen ist zum zweiten Mal in Folge gestiegen, dieses Mal um fast 4 Prozent, und liegt nun bei knapp 74 Prozent. Der Anteil der direkt Hochschulzugangsberechtigten erhöhte sich um gut 2 auf fast 27 Prozent.

Seinen Platz in der globalen Forschungslandschaft stärkte Südafrika vor allem, als es den Zuschlag zum Bau der weltgrößten Radioteleskopanlage SKA (Square Kilometer Array) erhielt, wenn auch zusammen mit Australien. Deutschland trat der SKA-Organisation als Mitglied bei und ist durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Max-Planck-Institut für Radioastronomie vertreten.

Gute Nachrichten kommen auch aus der Medizin. Forscher der University of Cape Town konnten die erste Testserie eines Malaria-Medikaments erfolgreich abschließen, das bis



Dr. Ralf Hermann ist Germanist und Afrikanist. Für den DAAD war er als Lektor in Belgrad tätig und leitet seit 2008 das DAAD Information Centre Johannesburg. Sein Bericht aus Südafrika ergänzt den Afrika-Bericht der DAAD-Außenstelle Nairobi.

ALUMNI-TREFFEN IN KAPSTADT



DAAD und Humboldt-Stiftung veranstalteten gemeinsam mit der University of Cape Town das große Alumni-Treffen „Change by Exchange: Higher Education Transformation in Germany and South Africa“. Hier klingt das DAAD-Jahresthema an: „Gesellschaft im Wandel – Wandel durch Austausch“. Die Gespräche über die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 20 Jahre in beiden Ländern – Wiedervereinigung und Post-Apartheid, Bologna und Hochschulfusionsprozess, Integration des europäischen und afrikanischen Hochschulraums – waren der rote Faden des Treffens. Neben Plenarvorträgen boten Workshops Möglichkeiten zum vertieften Gespräch. Themen waren hier: Innovation und Change Management

in Hochschulen, Diversität und Integration, Internationalisierung, Forschungskooperation und die Entwicklung von Fachkräften und Nachwuchswissenschaftlern sowie zukünftige Entwicklungen.

Kapstadt: Am Vorabend der Eröffnung des Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftsjahrs, 15. April 2012, ist die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan Gast auf dem großen Alumni-Treffen (oben). Der im August 2012 verstorbene Bildungswissenschaftler und Weggefährte Nelson Mandelas gegen das Apartheid-Regime, Prof. Neville Alexander, hielt den Hauptvortrag zur Verantwortung der Universitäten in sich wandelnden Lebenswelten (unten).

2020 marktfähig sein soll. 98 Prozent aller Todesfälle durch Malaria entfallen auf Afrika. Jetzt aber gibt es neue Hoffnung, diese Krankheit zu besiegen.

Die hochschulpolitische Diskussion wurde von Strategiepapieren des Department of Higher Education and Training belebt. Überlegungen zur Internationalisierung der Universitäten spielen dabei auch mit Blick auf den erhöhten Bedarf an postgradualen Abschlüssen und Promotionen eine immer wichtigere Rolle. Zu diesem Thema informierten sich südafrikanische Vertreter auf Einladung des DAAD auf dem Bonner Workshop „Capacity Building for Internationalisation of Higher Education“. Dieser Workshop ist Teil des Dialogue on Innovative Higher Education Strategies (DIES). Mit der EU vereinbarte Südafrika eine Bildungskooperation, die unter anderem die Mobilität von Postgraduierten und Forschern sowie Qualitätssicherung und lebenslanges Lernen unterstützen soll.

Wichtige Impulse erhielt auch die Diskussion um Fernstudien und die verstärkte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in der tertiären Bildung. Das Hochschulministerium entwarf einen entsprechenden Rahmenplan: Mehr Menschen sollen Zugang zu tertiärer Bildung erhalten, Berufstätigkeit und akademische Fortbildung sollen vereinbar sein. Ein weiteres Ziel ist, dass sich bis 2030 die Studierendenzahlen von derzeit 900.000 auf 1,5 Millionen erhöhen. Dazu wird auch die geplante Gründung zweier neuer Universitäten in den Provinzen Mpumalanga und Northern Cape beitragen.

Forschungspartnerschaften

Für das DAAD Information Centre Johannesburg stand das Jahr 2012 im Zeichen des Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftsjahrs. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung rief es gemeinsam mit dem Department of Science and Technology ins Leben. Unter dem

Nach Plänen des Hochschulministeriums sollen mehr Menschen Zugang zu tertiärer Bildung erhalten, Berufstätigkeit und akademische Fortbildung sollen vereinbar sein. Bis 2030 sollen sich die Studierendenzahlen von derzeit 900.000 auf 1,5 Millionen erhöhen.



Motto „Forschungspartnerschaften stärken für Innovation und nachhaltige Entwicklung“ präsentierten beide Länder ihre Zusammenarbeit der Öffentlichkeit und starteten neue Projekte. Im Zentrum standen Astronomie, Bioökonomie, Geistes- und Sozialwissenschaften, Human Capital Development, Innovation in der Gesundheitswirtschaft, Klimawandel sowie Urbanisierung und Megastädte.

Das deutsche und das südafrikanische Wissenschaftsministerium wählten gemeinsam 41 Kooperationsprojekte zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus, die gefördert werden. Der DAAD sorgte in Kapstadt mit einem großen Alumni-Treffen von ehemaligen Geförderten der Alexander von Humboldt-Stiftung und des DAAD für einen starken Auftakt des Wissenschaftsjahres. Durch eine Vielzahl weiterer Projekte, die das Büro in Johannesburg in den Folgemonaten realisierte, ist der DAAD in Südafrika ein großer und präsender Partner im Wissenschaftsjahr.



Stipendiatentreffen in Stellenbosch: Karabelo Nkoe studiert als In-Country-Stipendiat an der Universität Kapstadt – in seiner Masterarbeit beschäftigt er sich mit mobilen Musik-anwendungen für die urbane Jugend in Afrika.

Hauptredner des Alumni-Treffens war der Germanist, Sprach- und Bildungswissenschaftler Prof. Neville Alexander. Er sprach über die Rolle der Universitäten im neuen Südafrika. Es war einer der letzten Auftritte des früheren politischen Häftlings, der als jüngster Fellow weltweit in die Förderung der Alexander von Humboldt-Stiftung aufgenommen wurde und auch dem DAAD sowie den deutschen Hochschulen sehr eng verbunden war. Neville Alexanders Tod am 27. August 2012 hinterlässt eine große Lücke in Südafrikas intellektuellem Diskurs. >

DEUTSCH-SÜDAFRIKANISCHES WISSENSCHAFTSJAHR

DAAD-Projekte im Wissenschaftsjahr bis Ende 2012

13.–15. April: DAAD-AvH-Alumni-Treffen: „Change by Exchange – Higher Education Transformation in Germany and South Africa“, University of Cape Town

16.–17. April: DAAD-AvH-Stand bei der Ausstellung der Partner des Deutsch-Südafrikanischen Wissenschaftsjahrs, Cape Town International Convention Centre

19. Juli – 2. August: Werbetour an Hochschulen: Durban, Port Elizabeth, Grahamstown, Bloemfontein, Kapstadt, Johannesburg, Pretoria

28. August: Informationsseminar „Research in Germany“, CSIR, Pretoria

26. September: Webinar zum Südafrikanischen Hochschulmarkt für Vertreter deutscher Hochschulen

23.–25. November: Stipendientreffen DAAD-NRF Sur-Place-Programm, Stellenbosch

Teilnahme an Veranstaltungen Dritter

18.–19. Mai: Stand und Vorträge „Study in Europe Fair“ (EU), Cape Peninsula University of Technology

20.–24. Mai: Jahrestagung der Global Young Academy, Johannesburg

29.–30. November: SPACES-Meeting (BMBF / DST), University of Cape Town

Ausblick

März / April 2013: German South African Research Lecture Series „Energy Sciences“

Das DAAD IC unternahm im Wissenschaftsjahr auch eine Werbetour für Studien- und Forschungsaufenthalte in Deutschland, Kooperationsmöglichkeiten und DAAD-Förderprogramme. Sie machte sich bereits im umfangreichen „DAAD-NRF In-Country Scholarship Programme“ bezahlt. Quantität und Qualität der Bewerbungen sind deutlich gestiegen, ebenso der Anteil an Bewerbern aus vormals benachteiligten Bevölkerungsgruppen. Es kamen zudem mehr Stipendiaten zu einem Forschungsaufenthalt nach Deutschland. <<

Tabelle 3 : Statistischer Überblick Kenia 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	580.367 km ²
Bevölkerungszahl	41,6 Mio.
Frauen (geschätzt)	20,8 Mio.
Männer (geschätzt)	20,8 Mio.
Bevölkerungsdichte	73,1 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	2,7 %
Urbanisierungsgrad	22,5 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	42,25 Mrd.
BIP pro Kopf*	1.008
Anteil am globalen BIP	0,092 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 111
Wirtschaftswachstum	4,3 %
Inflation (Dezember)	3,2 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2012/13*	725 Mio.
Hochschultypen	
Öffentliche Hochschulen	9
„Constituent Colleges“ öffentlicher Hochschulen	23
Private Hochschulen (akkreditiert)	24
„Constituent Colleges“ privater Hochschulen	4
Registrierte private Hochschulen	2
Anzahl der Hochschulen gesamt	62
staatlich	32
privat	30
Anzahl Hochschullehrer (geschätzt)	9.500
davon promoviert	2.186
Eingeschriebene Studierende	292.000
an staatlichen Institutionen (geschätzt)	200.000 ¹
an privaten Institutionen (geschätzt)	92.000
Frauenanteil	40,7 %
Ausländische Studierende	k. A.
Studierende der Naturwissenschaften	ca. 34 %
Studierende der Geisteswissenschaften	ca. 66 %
Doktoranden	k. A.
Abschlüsse	
Bachelor's Degree	k. A.
Master's Degree (nur öffentliche Hochschulen) (gesch.)	3.402
Doctorate (nur öffentliche Hochschulen) (geschätzt)	231
Andere z.B. Diplom	k. A.

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2012/13*	
an staatlichen Institutionen	ca. 850
an privaten Institutionen	ca. 1.100–12.000
Ausländische Studierende gesamt	k. A.
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2010	16.457
davon in USA	5.336
davon in Großbritannien	3.689
davon in Australien	1.411
davon in Kanada	720
davon in Deutschland	518
davon in der russischen Föderation	442

Beliebteste Zielländer für Studierende 2010	
1. USA	5.336
2. Großbritannien	3.689
3. Australien	1.411
4. Kanada	720
5. Deutschland	518

* Angaben in US-Dollar

1 davon ca. 40 % Selbstzahler

Quellen:

Kenya National Bureau of Statistics

African Development Fund

► „Kenya: support to the enhancement of quality and relevance in higher education, science and technology project“, internal Memorandum

CIA World Factbook

► www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/fields/2018.html

IMF World Economic Outlook 2012

► www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/01/weodata/weorept.aspx?sy=2011&ey=2012&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&pr1.x=61&pr1.y=18&c=664&s=NGDPD%2CNGDPDPC%2CPPPSH%2CLP&grp=o&a=

World Bank

► <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG>► http://info.worldbank.org/etools/kam2/KAM_pages5.asp

PWC. Growing tomorrow's economy

► www.pwc.com/ke/en/pdf/kenya-budget-2012-revenue-and-expenditure-highlights.pdf

Kenya Commission for Higher Education. Status of Universities in Kenya

► www.che.or.ke/downloads/ACCREDITATION%20STATUS%20OF%20UNIVERSITIES%20IN%20KENYA%20AS%20OF%20JUNE%202012.pdf
Telefoninterview mit Prof. Florence Lenga (Deputy Commission Secretary) am 15.01.2013

University News

► www.universitiesnews.com/2012/04/25/kenya-record-41000-to-join-university

University World News

► www.universityworldnews.com/article.php?story=2012121090143883
► www.universityworldnews.com/article.php?story=20120504161049799

Wissenschaft weltoffen 2012

► www.wissenschaftweltoffen.de/publikation

OECD

► <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=RFOREIGN>

Tabelle 4 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Kenia

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	57
	A	261
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	39
	A	21
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	9
	A	234
davon Doktoranden	D	6
	A	119
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	9
	A	6
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	5
	A	5
1–6 Monate	D	44
	A	27
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	8
	A	229
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	3
	A	36
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	26
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	120
Lektoren	D	2
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	1
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	1
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	5
Praktikanten	D	41
	A	8
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	2
II. Projektförderung – gesamt	D	97
	A	333
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	41
	A	8
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	23
	A	116
davon Doktoranden	D	8
	A	67
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	33
	A	209
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	64
	A	307
1–6 Monate	D	31
	A	5
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	2
	A	21
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	47
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	1
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	6
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	154
	A	594
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		748

Mexiko-Stadt

Ein Jahr des politischen Wandels



Dr. Hanns Sylvester leitet die Außenstelle Mexiko-Stadt seit 2009. Die Außenstelle besteht seit 2001 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Wahlkampf im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen und die Regierungsbildung standen 2012 im Mittelpunkt der mexikanischen Medien. Andere Themen wie Sicherheit, Wirtschaft oder internationale Beziehungen ordneten sich diesem Hauptthema unter.

Mexiko hatte 2012 einen erheblichen politischen Wandel zu verarbeiten. Im Juli wurde nicht nur der Staatspräsident gewählt, sondern auch der Kongress (Senat und Abgeordnetenkammer). In sechs Bundesstaaten und der Hauptstadt standen zudem die Gouverneure und Landesparlamente sowie rund 900 Bürgermeister zur Wahl. Aus diesen umfassenden Wahlen ging die Partido Revolucionario Institucional (PRI) als Siegerin hervor, die mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Enrique Peña Nieto nach zwölf Jahren in der Opposition an die Macht zurückgekehrt ist. Mit der PRI übernimmt nun wieder diejenige Partei die Regierungsgeschäfte, die nach Ansicht des Schriftstellers Vargas Llosa in 70 Jahren der

Alleinherrschaft „die perfekte Diktatur“ errichtet hatte. Generell gehen im Land die Meinungen über den Reformwillen oder die restaurativen Absichten dieser Partei auseinander.

Weiterhin kein Ministerium für Wissenschaft

Schon im Januar warfen die Wahlen in der Hochschullandschaft ihre Schatten voraus. Das wissenschaftliche Beratungsgremium des mexikanischen Präsidenten Consejo Consultivo de Ciencias (CCC), das mexikanische Bundesbildungsministerium Secretaría de Educación Pública (SEP), der Nationale Wissenschafts- und Technologierat Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología (CONACyT) und sein Beratungsforum Foro Consultivo Científico y Tecnológico (FCCyT) luden zur zweitägigen Veranstaltung „Organisation und Aufbau der Systeme von Hochschulbildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation“ nach Cuernavaca ein. Diese Versammlungen finden jeweils vor einer Präsidentschaftswahl und damit nur alle sechs Jahre statt. Sie dienen dazu, den Katalog der Forderungen der Wissenschaft an den neuen Präsidenten zusammenzustellen und den Einrichtungen wie SEP und CONACyT Leitlinien für die nächste Wahlperiode zu geben. Unter anderem begrüßte der Staatssekretär des Bundesbildungsministeriums, Dr. Rodolfo Tuirán, die Teilnehmer. Er sprach die Hoffnung aus, Impulse für die Entwicklung des Bildungssystems und der Wissenschaft Mexikos zu bekommen,

DER „PAKT FÜR MEXIKO“

Nach dem Regierungswechsel beherrschte das Thema „Pakt für Mexiko“ die Medien. Das Übergangsteam Peña Nietos und die Parteiführungen von PRI, PAN und PRD standen in Verhandlungen über einen Pakt, mit dem die Parteien sich verpflichten wollten, in der neuen Legislaturperiode gemeinsam Reformprojekte voranzubringen. Am 2. Dezember 2012 schlossen die Parteivorsitzenden nach zweimonatigen Verhandlungen im Schloss Chapultepec den „Pakt für Mexiko“, mit dessen Hilfe 95 Reformprojekte durch den Kongress gebracht werden sollen.

damit Mexiko besser am globalen Wissen teilhaben könne. Die Teilnehmer diskutierten vor allem die Möglichkeit, CONACyT in ein Wissenschaftsministerium umzuwandeln.

Im Vorfeld des Regierungswechsels hatten sich unter Leitung von José Narro, Rektor der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM), mehrere Wissenschaftler mit dem neuen Präsidenten Peña Nieto getroffen und neben einer regelmäßigen Erhöhung des Forschungsbudgets auch die Schaffung eines Ministeriums für Hochschule, Wissenschaft und Technologie gefordert. Dieser Forderung hat Peña Nieto aber nicht entsprochen. Die Hochschulen werden sich auch künftig nur an den Nationalen Wissenschafts- und Technologierat CONACyT und seine Träger wie Bundesstaaten und private Einrichtungen wenden können.

Veränderungen durch den Regierungswechsel sind insbesondere im schulischen Bereich zu erwarten, dessen ungenügende Leistungsfähigkeit allgemein auf den übermächtigen Einfluss der Lehrgewerkschaft zurückgeführt wird. Der von Peña Nieto zum Bundesbildungsminister berufene Emilio Chuayffet erwies sich bereits als Bildungsminister des Bundesstaates Mexiko als Gegner der Lehrgewerkschaft Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación (SNTE). Mit seiner Nominierung bekräftigte Peña Nieto die Modernisierungsabsichten in der Schulbildung und stellte ein neues Reformprogramm vor. Es sieht vor, die Lehrgewerkschaft künftig bei der Vergabe von Lehrerstellen auszuschließen. Die Überprüfung von Lehrern soll verfassungsrechtlich verbindlich werden und durch eine autonome Institution erfolgen. Schon 2013 sollen die ersten Evaluierungen von Lehrern im gesamten Land erfolgen. Laut Bundesbildungsminister Chuayffet wird die Reform in ihren arbeitsrechtlichen Folgen nicht rückwirkend greifen, sondern in erster Linie nur neue Lehrer

betreffen. Die Reform zielt darauf ab, die Unterrichtsqualität in den Schulen zu erhöhen, was sich positiv auf die fachliche Qualifikation der mexikanischen Studienanfänger auswirken kann.

Da das Bundesbildungsministerium auch für die Universidades Tecnológicas und die Universidades Politécnicas zuständig ist, kann das Reformprogramm auch bei deutsch-mexikanischen Hochschulkooperationen zu interessanten Veränderungen führen. Diese beiden Hochschultypen stoßen erst seit wenigen Jahren über die Techniker Ausbildung hinaus in den akademischen Bereich vor. Die Universidades Tecnológicas mit ihrer stark praxisbezogenen Ausbildung zeigen ein deutliches Interesse an einer Zusammenarbeit mit deutschen Fachhochschulen, insbesondere mit solchen, die duale Studiengänge anbieten. In ihrem akademischen Angebot sind diese Hochschulen überwiegend auf Fachgebiete wie Ingenieurwissenschaften, Lebensmitteltechnologie und Tourismus ausgerichtet. Dieser Hochschultypus kann in Zukunft eine bedeutende Rolle in der deutsch-mexikanischen Hochschulzusammenarbeit spielen.

Delegationsreise nach Deutschland bringt neue Impulse

Aufschwung in der Automobilindustrie

Lehrgewerkschaft verliert an Macht

Reform soll Unterrichtsqualität erhöhen

Hochtechnologie-Cluster in Planung

Mehr Forschungsstipendien



Wahlkampf ist Thema Nummer eins: In den Städten werben die Anhänger mit Aktionen und Aufführungen für ihren Wunschkandidaten, auf dem Land bemalen die Menschen kurzerhand ihre Häuserfassaden.

Studierende beeinflussen Präsidentschaftswahlkampf

Im Januar schloss das Wählerverzeichnis und registrierte insgesamt 77,7 Millionen Wahlberechtigte im Land. Wahlplakate und -aktionen waren in der ersten Jahreshälfte sowohl in den Städten als auch auf dem Land omnipräsent. Ende März lag Peña Nieto (PRI) noch mit 50 Prozent der Stimmen vor Vázquez Mota (PAN;

28 Prozent), López Obrador (PRD) folgte mit 20 Prozent. Die studentische Bewegung „Yo soy 132“ trug dazu bei, dass Peña Nieto im Ergebnis nur auf 38 Prozent kam. Diese Bewegung wurde Mitte Mai nach einem Auftritt Peña Nietos in der eher links orientierten Universidad Iberoamericana in Mexiko-Stadt initiiert und fand besonders durch Facebook und Twitter rasend schnell weitere Anhänger. Von den Protesten gegen Peña Nieto

profitierte vor allem López Obrador, welcher von vielen Protestlern als einzige wählbare Alternative empfunden wurde. Er kam im Ergebnis auf 31 Prozent der Stimmen. Die PAN des amtierenden Präsidenten Calderón landete bei nur 26 Prozent.



Die Sicherheitslage im Spiegel der Presse

Unter dem Einfluss des Wahlkampfs zeigte sich in den Medien eine erstaunliche Veränderung. In den vergangenen Jahren wurde die Zahl der Morde, die dem organisierten Verbrechen zuzuschreiben sind, jährlich ermittelt. Man publizierte dabei Zahlen von anfangs knapp unter 10.000 bis später fast 15.000 Opfern pro Jahr. Anfang 2012 gaben die Medien noch einen Zuwachs der Opferzahlen um über 6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Bereits vor dem Ende der Präsidentschaft wurde die Amtszeit

von Felipe Calderón als eine der gewalttätigsten und blutigsten Mexikos beschrieben. Darüber hinaus berichtete die Presse auch über die hohe Anzahl an Attentaten auf Medienvertreter und Journalisten. Auch der Inhaber des vom DAAD geförderten Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhls in Mexiko, Dr. Günther Maihold, äußerte sich zu dem Thema in der Presse. Sein Fazit lautete: Trotz ihrer Erfolge in der Wirtschaftspolitik sei die abgelöste Regierung Calderón in erster Linie danach beurteilt worden, welche Entscheidungen sie im Zusammenhang mit der Unsicherheit im Lande getroffen habe. >

Allerdings erfuhr die Politik der alten Regierung unter Calderón nach der Wahl eine zunehmend bessere Darstellung in den Medien und eine positivere Bewertung durch die Bevölkerung: 64 Prozent beurteilen seine Amtsführung als gut. Auch die Anhänger der früheren Oppositionspartei PRI beurteilten die alte Regierung rückblickend eher wohlwollend. Interessant ist, dass laut Umfragen von Tageszeitungen 85 Prozent der Mexikaner für eine Fortsetzung des Kampfes gegen das organisierte Verbrechen stimmen. Die positive Berichterstattung in den Medien zeigt sich auch in Meldungen kurz vor der Amtsübergabe an Peña Nieto, denen zufolge die Fälle von Raub, Erpressung, Entführung und Mord in Mexiko rückläufig sein sollen.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit als Herausforderung

Mexikos internationale Wettbewerbsfähigkeit bleibt für die neue Regierung eine zentrale Herausforderung. Der G20-Gipfel im Juni in Los Cabos / Baja California Sur war von der damaligen mexikanischen Regierung mit großer Hoffnung erwartet worden. Man versprach sich davon, auf dem internationalen Parkett stärker wahrgenommen zu werden und daraus einen Nutzen für den Wahlkampf zu ziehen. Vermutlich deshalb hatte die Regierung in dem Forum auch grüne Themen wie nachhaltige Entwicklung, grünes Wachstum und Bekämpfung des Klimawandels platziert. Den Vorsitz des Treffens der Finanzminister des G20-Gipfels in Los Cabos führte José Meade, der unter dem damaligen Präsidenten Felipe Calderón das Amt des Energie- und Finanzministers ausgeübt hatte. José Meade wurde als einziges Mitglied der Regierungsmannschaft Calderóns in die neue Regierung Peña Nietos übernommen und zum Außenminister berufen. Weil seine politische Karriere bis dato deutlich finanzpolitisch geprägt

war, kann man annehmen, dass er sich als Außenminister besonders den internationalen Wirtschaftsthemen widmen wird.

In Zeiten der globalen Finanzkrise bescheinigt die Weltbank Mexiko eine stabile makroökonomische Lage, wenngleich das Land noch immer vor großen Herausforderungen steht. In diesem Zusammenhang ist die Mitteilung des mexikanischen statistischen Bundesamts Instituto Nacional de Estadística y Geografía (INEGI) umso erfreulicher, wonach die mexikanische Wirtschaft im ersten Quartal des Jahres 2012 um knapp 5 Prozent gewachsen sei. Hier sind insbesondere die Landwirtschaft und das produzierende Gewerbe als aufstrebende Bereiche hervorzuheben. Auch die Automobilbranche zählt zu einer der beständigsten Wirtschaftsbranchen im ganzen Land und ist von großem Interesse für ausländische Investoren.

Aufsteigende Automobilindustrie

Der Automobilkonzern Audi entschied sich im April 2012 dafür, 2015 eine Produktionsstätte mit einem Investitionsvolumen zwischen 700 und 800 Mio. Euro im Bundesstaat Puebla zu eröffnen. Puebla ist der Sitz mehrerer großer Hochschulen und einer deutschen Schule. Genau aus diesem Grund wählte Volkswagen-Audi diesen Standort und setzt auf die Fortführung bereits bestehender Forschungs-kooperationen. Auch auf die Region hat die Produktionsstätte positive Auswirkungen: Die benachbarten Bundesstaaten Hidalgo und Tlaxcala wollen mit CONACyT ein Hochtechnologie-Cluster bilden und in die technische Ausbildung für Audi und die Zulieferbetriebe investieren. Für deutsche Hochschulen mit entsprechenden fachlichen Ausrichtungen werden sich in diesen drei Bundesstaaten interessante neue Kooperationsmöglichkeiten mit engem Praxisbezug ergeben.

Mexiko-Stadt wird grüner

Die Luftverschmutzung in Mexiko-Stadt nimmt nach amtlichen Messwerten nur noch langsam ab. Im Stadtbild einiger Viertel kann man jedoch erfreuliche Neuerungen feststellen: Vermehrt nutzen Architekten das Stilelement von begrünten Wänden an Neubauten und tragen somit zu

einer Verbesserung der Lebensqualität in der Megastadt bei. Auch wird der starke Automobilverkehr in einigen Stadtteilen durch Ecobicis (Öko-Fahrräder) mit vielen Entleihstationen und Fahrradspuren auf den Straßen eingeschränkt. Fußgänger erhalten ebenfalls mehr Sichtbarkeit und Aufwertung: Überwege werden mit Abbildungen des „Rey Peatón“ (König Fußgänger) gekennzeichnet.



Generell erlebt die Automobilindustrie einen erheblichen Aufschwung, auch in anderen Bundesstaaten wie Nuevo Leon und Guanajuato. Mexiko avanciert damit zum viertgrößten Exporteur von Kraftfahrzeugen weltweit.

Armut bleibt hoch

Die derzeitige Wirtschaftslage Mexikos wird von der Weltbank und der OECD auf anderen Feldern allerdings kritisch kommentiert. Mit über 60 Prozent der werktätigen Bevölkerung ist die Zahl der im informellen Sektor

tätigen Menschen für ein Land dieses Entwicklungsstands zu hoch. Die Einkommen sind sehr gering; die Zahl der in Armut lebenden Mexikaner stieg seit 2008 um 3 Prozent auf etwa 52 Millionen an. Vor allem in ländlichen Gebieten ist die Armut hoch. Nach Ansicht von INEGI müssten besonders dort noch mehr Regierungsmaßnahmen initiiert werden. Trotz eines sich abzeichnenden Wachstums in der mexikanischen Landwirtschaft weist die Handelsbilanz aus, dass Mexiko große Teile des Hauptnahrungsmittels Mais sowie Weizen und Reis importieren muss. Besonders für die Fachbereiche Agrarwissenschaften und verwandte





Sommerschule: Teilnehmer im exceed-Netzwerk der Universidad de Guadalajara und der TU-Braunschweig begutachten Klärschlämme einer Tequila-Produktion.

Fachgebiete an den Hochschulen im landwirtschaftlich geprägten Süden des Landes deutet sich hier ein erhebliches Kooperationspotenzial für deutsche Hochschulen an.

Deutsch-mexikanische Hochschulzusammenarbeit

Deutsch-mexikanische Hochschulkooperationen entwickeln sich stetig weiter. Im Mai 2012 bestätigten CONACyT und DAAD ihre bewährte Zusammenarbeit in der Neufassung ihrer Kooperationsvereinbarung. Hervorzuheben ist, dass CONACyT die Zahl der Forschungsstipendien im Rahmen der Kooperation 2012 auf mehr als 90 Stipendien erhöhte.

Der Wilhelm und Alexander von Humboldt-Lehrstuhl, ein Leuchtturm der deutsch-mexikanischen Wissenschaftskooperation, wurde 2012 neu ausgeschrieben. Bislang führten die Lehrstuhlinhaber sehr erfolgreich vergleichende Deutschland- und Mexikostudien im Bereich der Literaturwissenschaft, Linguistik, Philosophie und Sozialwissenschaften durch. Im Jahr 2013 soll eine thematische Neuausrichtung erfolgen. Es geht um eine multilaterale Betrachtung beider Gesellschaften in einer „globalisierten Welt“. Besonders deutsche Beiträge zur Politik, Hochschulpolitik, Wissenschaft und Gesellschaft sind in diesem Kontext von großer Bedeutung.

Die mexikanische Hochschulrektorenkonferenz Asociación Nacional de Universidades e Instituciones de Educación Superior (ANUIES) zeigt seit einer Hochschulrundreise durch Deutschland im Herbst 2011 großes Interesse an Kooperationen mit deutschen Hochschulen. Eine von ANUIES im Oktober 2012 veranstaltete Konferenz zur Wissenschafts-Wirtschaftskooperation hatte „La Innovación en IES Emprendedoras“ (Die Innovation in unternehmerisch tätigen Hochschulen) zum Thema.

KOOPERATION MIT CONACyT



Ein Meilenstein für die deutsch-mexikanische Hochschulkooperation ist die Unterzeichnung einer neuen Fassung des Kooperationsvertrags zwischen dem Forschungs- und Technologierat CONACyT und dem DAAD am 31. Mai 2012 in Bonn. Damit wird

die erfolgreiche Zusammenarbeit mit diesem finanzstarken Partner für weitere fünf Jahre festgeschrieben. Der Generaldirektor Dr. Villa Rivera und zwei Abteilungsleiter nutzten ihren Aufenthalt in Bonn zur Teilnahme an der Jubiläumskonferenz zu den Aufbaustudiengängen „Millennium Express“.

Auf der Tagung kamen die Probleme mexikanischer Hochschulen zur Sprache, Wirtschaftskooperationen in Gang zu bringen. Kontakte zu erfolgreichen deutschen Partnern sind an dieser Stelle sehr gefragt, um von deren Erfahrungen zu profitieren.

AMPEI-Delegation in Deutschland

Die mexikanische Gesellschaft für Internationale Hochschulbildung (Asociación Mexicana para la Educación Internacional – AMPEI) erhielt während einer Delegationsreise nach Deutschland neue Impulse für die Internationalisierung der eigenen Hochschulen. Im Oktober 2012 besuchten sechs Delegierte Institutionen in Deutschland, die an der Internationalisierung der deutschen Hochschulen mitwirken. Nach ihrer Rückkehr berichteten die



Deutschlandreise:
AMPEI-Präsidentin Alicia Cabrero Lobato (Mitte) und fünf weitere AMPEI-Delegierte informieren sich im Oktober 2012 über die Strategien der deutschen Hochschulen zur Internationalisierung.

GATE-GERMANY

Für interessierte deutsche Hochschulen bietet ein von GATE-Germany mit der Außenstelle Mexiko-Stadt und AMPEI realisiertes Webinar eine aktuelle Informationsmöglichkeit zur mexikanischen Hochschul-landschaft: ► www.gate-germany.de/hochschulmarkt-mexiko

Delegationsmitglieder auf der AMPEI-Jahreskonferenz im November 2012 in Ensenada sehr positiv über das Treffen mit den Förderorganisationen in Bonn. Insbesondere hoben sie ihren Eindruck hervor, dass die Internationalisierung der deutschen Hochschulen einer kohärenten Gesamtstrategie folgt. Die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) versorgten die Delegation bei ihren Besuchen mit Hintergrundinformationen zur Ermittlung der Studierendenmobilität und zum Hochschulranking. Großes Interesse fanden das „Science-to-Business Marketing Research Centre“ der Fachhochschule Münster und die Bauhaus-Universität Weimar, die als „Internationale Hochschule des Jahres 2011“ ausgezeichnet worden war. Der DAAD stellte der Delegation Programme wie Bachelor Plus und das Doppeldiplom vor. Sie erhielt dadurch Impulse, wie die traditionell auf die USA ausgerichteten mexikanischen Hochschulen an die deutschen Internationalisierungsbemühungen anknüpfen können. <<

Aus eigener Erfahrung: Jóvenes Embajadores (junge Botschafter) haben in Deutschland Ingenieurwissenschaften studiert und unterstützen seit Sommer 2012 den DAAD in Mexiko bei der Beratung von Studieninteressierten.



Kunsthandwerk: Ein vom DAAD unterstütztes Technologietransfer-Projekt der Universidad Autónoma del Estado de Hidalgo (UAEH) hilft der indigenen Bevölkerung in entlegenen Dörfern durch Qualitätssicherung und Verbesserung des Vertriebs.

Tabelle 5 : Statistischer Überblick Mexiko 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	1.964.375 km ²
Bevölkerungszahl (Juli 2012, gesch.)	114.975.406
Frauen	58.800.626
Männer	56.174.780
Bevölkerungsdichte	56 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum (gesch.)	1,086 %
Urbanisierungsgrad bei Entwicklungsländern 2010	78 %
Altersdurchschnitt in Jahren (gesch.)	27,4
Frauen	26,3
Männer	28,5
2. Wirtschaftsdaten	
BIP* (Atlas method)	1.012,54 Mrd.
BIP* (PPP, current international)	1.632,39 Mrd.
BIP pro Kopf* (per capita, Atlas method)	8.930
BIP pro Kopf* (per capita, PPP)	14.390
Anteil am globalen BIP	k.A.
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 72 ¹
Wirtschaftswachstum (GDP growth annual)	5,5 %
Inflation (GDP deflator annual)	4,0 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat)* ²	76,4 Mrd.
Hochschulbildung ³	10,6 Mrd.
Hochschultypen	
Universidades	
Institutos Tecnológicos	
Universidades Tecnológicas	
Universidades Politécnicas	
Escuelas Normales (Lehrerausbildung)	
Anzahl der Hochschulen gesamt 2012/13 ⁴	4.328
staatlich	1.700
privat	2.628
Anzahl der HS mit postgrad. Angeboten 2012/13 (gesch.)	2.272
Anzahl Hochschullehrer 2012/13	358.961
davon ordentliche Professoren	k.A.
Eingeschriebene Studierende 2012/13 (gesch.) ⁵	3,3 Mio.
an staatlichen Institutionen	2,28 Mio.
an privaten Institutionen	1,05 Mio.
Frauenanteil 2011/12	50 %
Anteil ausländischer Studierender 2007	2.880
Doktoranden	27.700
Abschlüsse 2011 ⁶	381.069
Associate Degree	k.A.
Bachelor's Degree	329.715
Master's Degree	46.331
Doctorate	5.023
Professional Degree	k.A.
Frauenanteil	54 %

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Abschlüsse in Natur- und Ingenieurwissenschaften	188.527
Abschlüsse in Geistes- und Sozialwissenschaften	271.540
Studiengebühren / Studienjahr*	
an staatlichen Institutionen	bis zu 650
an privaten Institutionen	bis zu > 32.650
Ausländische Studierende gesamt	2.880
nach Herkunftsländern 2010/11 ⁷	
1. Frankreich	18,8 %
2. USA	13,2 %
3. Spanien	9,9 %
4. Deutschland	9,7 %
5. Kolumbien	5,5 %
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2010	26.864
davon in Deutschland	1.607
Bildungsausgaben in % des BIP	6,4 %

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende ⁸	
1. USA	13.331
2. Spanien	2.933
3. Frankreich	1.954
4. Deutschland	1.503
5. Großbritannien	1.337

* Angaben in US-Dollar

- 1 minus 11 Plätze
- 2 geschätzt, mit privaten Institutionen
- 3 geschätzt, ohne privaten Institutionen
- 4 bis 1. akademischer Abschluss (geschätzt, ohne Lehramtsausbildung)
- 5 inklusive Lehrerausbildung und postgraduale Studiengänge
- 6 Summe errechnet
- 7 keine aktuelleren Daten verfügbar
- 8 nach UNESCO Institute for Statistics – Global Education Digest 2012

Quellen:

CIA Factbook & Worldbank, Dezember 2012

Worldbank, im Dezember 2012, Daten von 2010

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

NEGI

Atlas of student mobility

UNESCO Institute for Statistics – Global Education Digest 2012

Sexto Informe de Gobierno de la Presidencia de la República 2012

Tabelle 6 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Mexiko

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	125
	A	751
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	48
	A	364
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	42
	A	369
davon Doktoranden	D	13
	A	140
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	35
	A	18
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	36
	A	32
1–6 Monate	D	42
	A	23
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	47
	A	696
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	12
	A	85
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	574
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	2
Lektoren	D	5
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	23
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	13
Praktikanten	D	40
	A	11
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	3
	A	17
II. Projektförderung – gesamt	D	348
	A	306
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	226
	A	111
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	78
	A	119
davon Doktoranden	D	11
	A	28
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	44
	A	76
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	112
	A	192
1–6 Monate	D	202
	A	93
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	34
	A	21
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	226
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	76
	A	49
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	79
Austausch in Projekten (PPP)	D	15
	A	2
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	473
	A	1.057
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		1.530

New York

Neue Demografie und alte Schulden



Dr. Sebastian Fohrbeck leitet die Außenstelle New York seit Anfang 2009. Die Außenstelle besteht seit 1971 und hat zurzeit elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Blockade nach spannendem Wahlkampf

Der Präsidentschaftswahlkampf 2012 kostete fast 6 Mrd. US-Dollar und war damit der teuerste der amerikanischen Geschichte. Trotzdem gewann in einem sehr spannenden Rennen nicht der Multimillionär Mitt Romney, sondern der amtierende Präsident Barack Obama. Der Stimmenvorsprung betrug nur gut 2 Prozent und ist der niedrigste jemals für einen wiedergewählten Präsidenten. Obama wurde vor allem von den rasch wachsenden Minderheiten im Land unterstützt: Während 59 Prozent der Weißen Romney wählten, erreichte Obama Stimmenanteile von 71 Prozent bei den Lateinamerikanern, 73 Prozent bei den Asiaten und 93 Prozent bei den Afroamerikanern. Insofern ist seine Präsidentschaft ein Ausdruck des demografischen Wandels in den USA, in denen jedes zweite neugeborene Kind nicht weiß ist.

Die grundlegende Konstellation in Washington hat sich mit dem Wahlsieg aber nicht verändert: Den Republikanern gelang es, ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus zu verteidigen (sie haben jetzt 234 Sitze gegenüber 200 der Demokraten), und den Demokraten, den Senat zu halten (53 Sitze gegenüber 45 der Republikaner). Somit hat der Präsident keine Mehrheit für seine Gesetzesvorhaben. Dennoch kann die demokratische Mehrheit im Senat (und der Präsident durch sein Veto) alle Gesetzesvorhaben des republikanisch dominierten Repräsentantenhauses verhindern. Diese Konstellation führte 2011/12 dazu, dass der Kongress mit 173 verabschiedeten Gesetzen wenig produktiv war. In Haushaltsfragen muss man sich aber einigen: Wegen der rapide wachsenden amerikanischen Neuverschuldung ist es erforderlich, dass die entsprechende Obergrenze regelmäßig vom Kongress angehoben wird. Für diese Anhebung ist der Präsident auf den Kongress angewiesen.

Die Reform der Krankenversicherung – der große innenpolitische Erfolg der Obama-Regierung – ist für rechtens erklärt worden. Zuvor hatte der Supreme Court eine Klage abgewiesen, der fast die Hälfte aller Bundesstaaten beigetreten war. In seiner zweiten Amtszeit muss der Präsident jetzt die Reform konkretisieren und Einzelheiten ausarbeiten.

Man geht in den USA davon aus, mittelfristig die weltweit führende Position zu verlieren: Eine Studie des „National Intelligence Council“ prognostiziert, dass die Amerikaner bis 2030

Wissen der Bachelorabsolventen sinkt

Young Ambassadors unterstützen Außenstelle

Hochverschuldete Hochschulen

Mehr US-Studierende in Deutschland

Spannender Wahlkampf



Barack Obama bei der Stimmabgabe am 6. November 2012. „Ich möchte jedem US-Bürger danken, der an den Wahlen teilgenommen hat.“

ihre Rolle als größte Wirtschaftsmacht an China abtreten, allerdings bis dahin auch unabhängig von Energieimporten werden und dadurch eine starke Machtstellung beibehalten können.

Hochschulen sind stark verschuldet

Schon im Wahlkampf hatte sich Präsident Obama ausdrücklich um die Belange von Studierenden gekümmert – mit Erfolg, denn er bekam 60 Prozent der Stimmen von Wählern

unter 30 Jahren. Dazu hatte er die „Pell Grants“ für bedürftige Studierende erhöht (die Zahl der „Pell Grant“-Empfänger ist seit 2008 von sechs auf neun Millionen gestiegen) und die Rückzahlungsbedingungen für Studiendarlehen erleichtert. Außerdem stellte Obama ein neues Bundesprogramm für Community Colleges in Aussicht, mit dem zwei Millionen Menschen zusätzlich Zugang zu tertiärer Bildung erhalten sollen. Die meisten Hochschulvertreter begrüßten seine Wiederwahl. Sie hoffen, dass sich die Bundesregierung weiterhin stark für den Hochschul- und Wissenschaftssektor engagiert. >

In den USA ist nicht so sehr entscheidend, was man studiert, als vielmehr, wo man studiert. So sind Bill Gates und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg Hochschul-Dropouts – aber eben von Harvard.

Insgesamt befinden sich die Hochschulen in den USA in einer Finanzkrise, die vor allem auf sinkende Beiträge der Bundesstaaten zurückzuführen ist. So hat zum Beispiel Kalifornien die Zuweisungen pro Student an die Forschungsuniversitäten von 2002 bis 2010 um 30 Prozent gekürzt. Auch 42 weitere Bundesstaaten haben ihre Pro-Kopf-Zuweisungen in

11 Prozent. Infolgedessen steigen die Verschuldungen amerikanischer Hochschulen dramatisch an: 2011 hatte die University of California gut 14 Mrd. US-Dollar Schulden, die University of Texas über 7 Mrd., Harvard gut 6 Mrd. und die New York University knapp 3 Mrd. Bei einer Untersuchung von 500 Colleges durch die Ratingagentur Moody's zeigte sich, dass sich die Collegeschulden in den vergangenen elf Jahren verdoppelt haben. Dem steht aber keine entsprechende Erhöhung der Einnahmen gegenüber. Die entstehenden Mehrkosten für Schuldenzinsen müssen zum Teil von Studierenden in Form von höheren Studiengebühren beglichen werden. Aber auch das Lehrpersonal muss die Entwicklung an den amerikanischen Hochschulen mittragen: Nach einem Bericht des „Chronicle of Higher Education“ arbeiten inzwischen 70 Prozent der Lehrenden ohne feste Anstellung.

Einen guten Lagebericht der amerikanischen Hochschulen gibt der „Economist“ in seiner Ausgabe vom 1. Dezember 2012. Auf den ersten Blick sind amerikanische Universitäten nach wie vor führend; in weltweiten Rankings stellen sie mehr als 50 der 100 Spitzenplätze, unter den ersten zehn Positionen finden sich sogar acht US-Hochschulen. In Bezug auf wissenschaftliche Publikationen und Nobelpreise sind die amerikanischen Hochschulen nach wie vor Weltspitze. Collegeabsolventen haben ein deutlich höheres Lebenszeiteinkommen als andere. Aber der Sektor wird immer teurer: Seit 1983 sind die Pro-Kopf-Kosten pro Studierendem dreimal so schnell gestiegen wie die Inflationsrate; zwischen 2001 und 2010 stiegen die Kosten einer Universitätsausbildung von 23 Prozent auf 38 Prozent eines Durchschnittsgehalts, die Studiensschulden verdoppelten sich in den vergangenen 15 Jahren. Im Jahr 2011 hatte der durchschnittliche Bachelorabsolvent 26.000 US-Dollar Studiensschulden; die gesammelten Studiensschulden aller Amerikaner liegen bei über 1.000 Mrd. US-Dollar und sind

„GERRYMANDERING“

Europäer mögen sich fragen, wie es im amerikanischen politischen System möglich ist, dass ein demokratischer Kandidat die Präsidentschaftswahlen gewinnt, während die Wähler bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus für eine deutliche republikanische Mehrheit stimmen. Die Lösung liegt in dem kreativen Zuschnitt von Wahlkreisen, dem sogenannten „Gerrymandering“ (benannt nach Gouverneur Elbridge Gerry, der 1812 einen Wahlkreis in Form eines Salamanders schnitt, um so die eigene Partei zu begünstigen). In den meisten Bundesstaaten haben die Republikaner die Mehrheit. Daher können sie die Neuzuschneidung von Wahlkreisen mit erstaunlichen Folgen kontrollieren (die Neuzuschneidung fand 2010 nach der letzten Volkszählung statt): Obwohl die Demokraten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus über eine Million mehr Stimmen bekamen als die Republikaner, erhielten letztere eine Mehrheit von 34 Sitzen. In Pennsylvania wurden bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 84.000 mehr Stimmen für die Demokraten abgegeben, die Demokraten entsenden aber nur fünf Repräsentanten nach Washington, die Republikaner 13. In Wisconsin stimmte eine Mehrheit für die Demokraten, doch dank des Zuschnitts der Wahlkreise entsenden die Republikaner mehr Abgeordnete nach Washington und kontrollieren sowohl den Senat als auch das Repräsentantenhaus dieses Bundesstaats. Ist dieses System fair? Eine Wahlbeobachterdelegation der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hatte bei den US-Wahlen 2004 ernsthafte Zweifel daran. Dem amerikanischen Präsidenten hilft dies aber nicht: Im Parlament hat er nach wie vor keine Mehrheit.

diesem Zeitraum gesenkt. Für alle 50 Bundesstaaten beträgt der durchschnittliche Rückgang 20 Prozent. Viele große Staatsuniversitäten sind dies nur noch dem Namen nach: Der Anteil des Bundesstaats am Budget der University of Virginia beträgt nur noch 7 Prozent, bei der University of California at Berkeley sind es

„The Fiscal Cliff“ – Staatsverschuldung in den USA

Die eigene Schuldenkrise haben die Amerikaner nicht in den Griff bekommen. So waren die amerikanischen Staatsschulden 2012 mit über 101 Prozent des Brutto- sozialprodukts höher als die des Euroraums mit 90 Prozent; die jährliche öffentliche Neuverschuldung der USA liegt bei etwa 8 Prozent des Brutto- sozialprodukts, verglichen mit gut 4 Prozent im Euroraum.

Aufgrund dessen setzten Anfang 2013 – zumindest theoretisch – nach einem Kongressbeschluss automatische Einsparungen in großer Höhe ein, davon die Hälfte im Militärhaushalt. Außerdem sollten die Steuer- senkungen für Reiche und für die Mittelklasse gleichzeitig auslaufen. Beide Maßnahmen zusammengenommen hätten tatsächlich zu einer beträcht- lichen Reduzierung der Neuver- schuldung geführt; dieses „Financial Cliff“ hätte nach der Vorhersage vieler Ökonomen aber auch eine neue Rezession ausgelöst. Durch Verhandlungen

des Weißen Hauses mit den Republikanern im Senat konnte am Neujahrstag ein Kompromiss- vorschlag erreicht werden: Er sieht nur moderate Steuerer- höhungen vor und verschiebt die Ausgabenkürzungen vorerst. Dieser Senatsvorlage hat das Repräsentantenhaus am glei- chen Tag zugestimmt. Allerdings berücksichtigt der Vorschlag nicht die eigentlichen Heraus- forderungen wie die Reduktion von Militärausgaben und die Reform der Sozialsysteme (zum Beispiel durch Heraufsetzen des Rentenalters wie in Europa und Kanada). Inzwischen sind die ursprünglich zum 1. Januar geplanten Kürzungen zum 1. März 2013 in Kraft getreten.

Sparzwänge in Kanada

Obwohl Kanada deutlich weni- ger unter der Wirtschaftskrise nach 2008 gelitten hat als die USA, geht das Land das Problem der Staatsverschuldung unter dem konservativen Minister- präsidenten Stephen Harper energischer an: Allein im Haus- haltsjahr 2012 wurden fast 5 Prozent aller Stellen im Dienst

der Bundesregierung abgebaut (insgesamt 19.000 Stellen); eine Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 ist beschlossen (diese soll allerdings erst ab 2023 in Kraft treten). Da die meisten kanadischen Provinzen hoch- verschuldet sind, werden auch Einsparungen auf Provinzebene diskutiert und die Studienge- bühren – die im Vergleich mit den USA immer noch niedrig sind – deutlich erhöht. So stiegen die Studiengebühren für Under- graduates im akademischen Jahr 2012/13 um 5 Prozent und damit dreimal so schnell wie die Inflationsrate. Die Gebühren für Graduierte stiegen um über 4 Prozent. Während Kanadier für Undergraduate- und Graduate- Studiengänge im Schnitt 5.600 Dollar pro Jahr entrichten, zahlen internationale Under- graduates über 18.000 Dollar und internationale Graduate- Studierende über 13.000 Dollar, also zwei- bis dreimal so viel wie Kanadier. In Quebec kam es zu monatelangen, zum Teil gewalt- tätigen Studierendenstreiks gegen eine geplante Erhöhung der (in dieser Provinz besonders niedrigen) Studiengebühren um 75 Prozent in fünf Jahren.

damit höher als die Summe der Kreditkarten- schulden aller amerikanischen Haushalte!

Obwohl Amerika einen höheren Prozentsatz des Brutto- sozialprodukts für Hochschulbildung ausgibt als alle anderen Länder, rangiert es beim Anteil der Collegeabsolventen an der

Gesamtbevölkerung nur auf Platz 15. Hier sind Parallelen zum amerikanischen Gesundheits- wesen zu beobachten, das mit einem Anteil von 18 Prozent am Brutto- sozialprodukt eben- falls das teuerste der Welt ist; die Lebens- erwartung ist aber geringer als in Kuba oder Puerto Rico. >

Gute Noten – wenig Wissen

Gleichzeitig sinkt die Qualität der Absolventen: Nach einer Untersuchung der American Institutes of Research können 20 Prozent der Bachelorabsolventen nicht ausrechnen, ob ihr Auto noch genug Benzin bis zur nächsten Tankstelle hat, und 50 Prozent sind nicht in der Lage, die Angebote verschiedener Kreditkartenfirmen zu vergleichen oder die Kernargumente eines Zeitungsartikels zusammenzufassen. Dem steht eine unrealistische Noten-Inflation gegenüber: 43 Prozent aller an Vierjahresuniversitäten vergebenen Noten sind Einsen („A“). Unter anderem wegen der Entwertung des ersten Abschlusses gehen mehr und mehr Amerikaner auf die „Graduate School“, um einen zweiten Abschluss zu erwerben: „The Master’s is the new normal“ – der Master ist der neue Standardabschluss.

ONLINE-KURSE NOCH OHNE GESCHÄFTSMODELL

Eine zunehmend diskutierte Frage ist, ob „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) einen Ausweg aus der Finanzkrise der Hochschulen bieten. MOOCs sind kostenlose Online-Kurse von bekannten Professoren. Jeder kann daran teilnehmen und entsprechend hoch sind die Teilnehmerzahlen. Die drei wichtigsten auf diesem Gebiet tätigen Firmen sind bisher Udacity (im Umfeld der Stanford University), edX (eine Kooperation von Harvard University und Massachusetts Institute of Technology MIT) und Coursera (University of Michigan, Princeton, Stanford und University of Pennsylvania). Alle drei zusammen haben schon über fünf Millionen eingeschriebene Studierende. Bisher ist das Geschäftsmodell dieser kostenlosen Kurse unklar, doch irgendwann werden sie Einkünfte generieren müssen. Momentan kann man keine Abschlüsse erwerben; wenn man „Credit-Points“ erhalten will, wird man sich vermutlich in Zukunft an einer Präsenzuniversität einschreiben müssen und dort auch Studiengebühren zahlen, wenn auch vielleicht nicht in gleicher Höhe wie für den entsprechenden Kurs in konventioneller Ausführung. Coursera will künftig einen Career Service eröffnen und Geld einnehmen, indem es Firmen Teilnehmeradressen anbietet.

Wenn es auch stimmt, dass ein Collegeabsolvent immer noch deutlich mehr verdient als ein Highschool-Absolvent, so beruht das nicht auf dem Wert des Collegeabschlusses, sondern darauf, dass der Highschool-Abschluss noch mehr an Wert verloren hat. Dabei sind die Anfangsgehälter von Collegeabsolventen im letzten Jahrzehnt für Frauen um 16 Prozent gefallen, für Männer um 19 Prozent.

Nach wie vor hoch im internationalen Vergleich bleiben auch die „Dropout-Quoten“, obgleich sie sich durch eine neue Zählmethode verbessert haben: Während in den bisherigen Untersuchungen zum Thema nur erfasst wurde, wer sechs Jahre nach Studienbeginn an derselben Einrichtung einen Bachelor abgelegt hatte (weniger als 50 Prozent), untersucht eine neue Studie des National Student Clearinghouse Research Center auch die Abschlüsse nach dem Wechsel an eine andere Institution (ein Drittel aller Studierenden wechselt vor dem Abschluss das College). Dadurch ergibt sich eine Abschlussrate von 54 Prozent nach sechs Jahren. Wenn man allerdings nur Vollzeitstudenten untersucht und die Teilzeitstudierenden aus der Betrachtung ausklammert, liegt die Erfolgsrate nach sechs Jahren bei 75 Prozent und ist damit im internationalen Vergleich durchaus konkurrenzfähig. Die Studienabbrecher (insgesamt über 40 Prozent, wenn man Voll- und Teilzeitstudenten zusammennimmt) haben nach ihrem Studium oft hohe Studienschulden ohne eine realistische Perspektive der Rückzahlung.

Wie stark das amerikanische Hochschulsystem mit seinen über 5.000 Einrichtungen hierarchisiert ist, zeigt eine Untersuchung über die Rekrutierung von mehr als 3.000 Professoren der Politikwissenschaften an über 100 amerikanischen Forschungsuniversitäten: 20 Prozent – also über 600 dieser Professoren – hatten an nur vier Hochschulen (Harvard, Princeton, Stanford und University of Michigan at Ann

Arbor) ihren Doktorgrad erworben, 50 Prozent an insgesamt elf Hochschulen. In den USA ist nicht so sehr entscheidend, was man studiert, sondern wo man studiert – so sind beispielsweise Bill Gates und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg Hochschul-Dropouts, aber eben von Harvard.

Deutsch-Amerikanischer Austausch floriert

Anlass zur Freude gaben auch in diesem Jahr die Zahlen des Statistikbandes „Open Doors“ der DAAD-Schwesterorganisation Institute of International Education (IIE). Wenn man alle – auch sehr kurze – Auslandsaufenthalte mit „Credit Transfer“ (Anrechnung von Studienleistungen nach Rückkehr) zusammenzählt, waren 2010/11 gut 9.000 Amerikaner zum Studium in Deutschland und damit erneut über 3 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschland rangiert auf Platz 7 unter den Zielländern amerikanischer Studierender. Relevanter ist jedoch die Zahl der amerikanischen Studierenden, die im Ausland an dortigen Hochschulen tatsächlich eingeschrieben sind. In dieser Kategorie gab es 2010/11 über 4.000 Amerikaner in Deutschland, knapp 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Deutschland war damit das viertwichtigste Zielland dieser „ernsthaften“ Auslandsstudenten (nach Großbritannien, Kanada und Frankreich). In Deutschland stehen nach „Wissenschaft weltoffen“ die US-Amerikaner erstmals auf Platz 2 bei den Herkunftsländern ausländischer Studienanfänger. Das ist sicher auch ein Erfolg der Marketingbemühungen deutscher Hochschulen und der Einführung zahlreicher englischsprachiger Studiengänge in Deutschland.

Verhaltener verläuft die Entwicklung beim Auslandsstudium Deutscher in den USA: Hier liegt die neue Zahl bei gut 9.000 und damit rund ein Prozent niedriger als im Vorjahr. Deutschland nimmt damit in den USA weiterhin Platz 12 unter den wichtigsten Herkunftsländern ein.

Marketing mit neuen Formaten

Zusammen mit den beiden Informationszentren in San Francisco und Toronto hat die DAAD-Außenstelle New York dazu beigetragen, dass sich der deutsch-amerikanische Austausch intensiviert hat. Vor allem die vielfältigen Marketingaktivitäten – Newsletter mit 18.000 Abonnenten, Messebeteiligungen, Infotouren, Publikationen und Vorträge, neue Smartphone-Website, Präsenz in den Social Media – haben dies unterstützt. Auch die Bewerberzahlen für die von der Außenstelle verwalteten 21 Förderprogramme für Nordamerikaner sind weiter angestiegen. Webinare werden für die Vorbereitung neu ausreisender Stipendiaten aus den USA und Kanada eingesetzt. Die Außenstelle beteiligte sich in Zusammenarbeit mit den beiden Informationszentren weiter am Forschungsmarketing auf Fachkongressen und Career Fairs und arbeitete dabei mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und dem New Yorker Wissenschaftshaus eng zusammen.

Das gemeinsam von DAAD und DFG verantwortete Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus New York hat 2012 insgesamt 29 Veranstaltungen organisiert. Inzwischen sind im Haus schon mehrere Nobel- und Leibnizpreisträger aufgetreten. Es hat sich zu einem Zugpferd des transatlantischen Wissenschaftsaustauschs entwickelt. Die Veranstaltungen werden häufig zu Themenreihen zusammengefasst. Schwerpunkte sind zum Beispiel Industrieproduktion, die Rolle von Universitäten im 21. Jahrhundert, Medizintechnik und erneuerbare Energien. Das Netzwerk des Wissenschaftshauses umfasst inzwischen mehr als 3.500 Organisationen und Einzelpersonen.

Höhepunkte in der Alumni-Arbeit waren das 11. „Sound Understanding“-Konzert mit

Die Hochschulen in den USA befinden sich in einer Finanzkrise, da die einzelnen Bundesstaaten ihre Beiträge erheblich gesenkt haben. Von 2002 bis 2010 senkte Kalifornien die Zuweisung an die Forschungsuniversitäten pro Studierenden um 30 Prozent. Im Durchschnitt überwiesen die Bundesstaaten 20 Prozent weniger an ihre Hochschulen.



Höhepunkt der Alumni-Arbeit: Das elfte „Sound Understanding“-Konzert von Stipendiaten und Alumni in der berühmten Carnegie Hall (oben).

Deutsch-Europäische Studien: Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger (rechts) überreichte Prof. Tim Büthe (2. v. links) den Preis des DAAD und American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) für seine herausragenden Leistungen (Mitte).



Deutsch-Atlantischer Austausch: Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (rechts) nutzt den Neujahrsempfang der DAAD-Außenstelle zum Gespräch mit der Vorsitzenden des DAAD-Alumni-Vereins, Prof. Rosmarie Morewedge (unten).

Stipendiaten und Alumni in der Carnegie Hall, die DAAD-Kunstaussstellung „Everyday Formalism“ im Deutschen Haus der NYU und ein weiteres Alumni-Stipendiatenkonzert im Gebäude der Außenstelle. Die Arbeit des wiederbelebten kanadischen DAAD-Alumni-Vereins wurde durch ein Alumni-Treffen und Neuwahlen zum Vorstand in Toronto im Oktober 2012 weiter gestärkt. Als Resultat der großen Alumni-Veranstaltung zu Umweltthemen im Herbst 2010 erschien im September 2012 ein eigener Sammelband.

Neben der Arbeit mit seinen amerikanischen Alumni versucht der DAAD in enger Zusammenarbeit mit der DFG und der AvH auch die

deutschen Wissenschaftler, die in Nordamerika arbeiten (vom Doktoranden bis zum Nobelpreisträger), im „German Academic International Network“ (GAIN) zusammenzuführen. Dabei geht es um die Hilfestellung bei der Rückkehr, Unterstützung bei Kooperationen mit Deutschland und Rückmeldung an die wissenschaftspolitischen Entscheider. Das Netzwerk erreicht inzwischen rund 4.500 Wissenschaftler. Eine Studie zum Verbleib von Teilnehmern an GAIN-Tagungen hat ergeben, dass über zwei Drittel der Teilnehmer von 2004 bis 2006 bereits nach Deutschland zurückgekehrt sind und gute Stellen im Bereich der Wissenschaft gefunden haben. Im September fand in Boston die 12. GAIN-Jahrestagung mit vielen prominenten Vertretern aus Politik und Wissenschaft statt.

Ein Hauptziel der Arbeit des DAAD in Nordamerika ist weiterhin die Förderung deutschlandkundlicher Studien und der deutschen Sprache. So wurde 2012 das bisher nur in Kanada implementierte wettbewerbsorientierte Programm zur Förderung von Deutschland- und Europastudien erstmals nordamerikaweit unter den neun Zentren für Deutschland- und Europastudien ausgeschrieben. Eine international besetzte Auswahlkommission hat im November die Projektvorschläge der sieben antragstellenden Zentren bewertet und viele Projekte zur Förderung ausgewählt.

Wie jedes Jahr fanden am Rande der Tagung der German Studies Association in Milwaukee



Messepräsenz: Das Team des deutschen Forschungsmarketings informiert auf einer Postdoktoranden-Messe in Washington über die Forschungsbedingungen in Deutschland.

die Treffen der Zentren-Direktoren und der DAAD German-Studies-Professoren statt. In ähnlicher Weise traf der DAAD anlässlich der Tagung des American Council on the Teaching of Foreign Languages in Philadelphia die Lektoren und Sprachassistenten in Nordamerika.

Neben den DAAD-Informationszentren in San Francisco und Toronto und dem sehr engagierten Team der Außenstelle wurde die Arbeit des DAAD in Nordamerika unterstützt von den „Young Ambassadors“ (40 Studierende mit Deutschlandfahrung) und dem weiter gewachsenen Netzwerk der „Research Ambassadors“ (72 Forscher mit Deutschlandfahrung), die im August zu ihrer Jahrestagung in New York zusammenkamen. Weitere Unterstützung leisteten die im Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus vertretenen Verbindungsbüros deutscher Hochschulen, bei denen ein kleines hessisches Büro (Fresenius-Hochschule / Universität Marburg) und die Bucerius Law School (Hamburg) neu hinzukamen. <<

Tabelle 7 : Statistischer Überblick USA 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	9.826.675 km ²
Bevölkerungszahl (Juli 2012)	313.847.465
Frauen	159.215.166
Männer	154.632.299
Bevölkerungsdichte	31,94 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0,9 %

2. Wirtschaftsdaten	
BIP 2011*	14.990 Mrd.
BIP pro Kopf 2011*	48.106
Anteil am globalen BIP 2011	21,4 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 12
Wirtschaftswachstum 2011	1,7 %
Inflation 2011	2,2 %
Verhältnis Importe / Export aus / nach Deutschland	Rang 5 / Rang 6 ¹

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2009	7 % des BIP ²
Forschungsausgaben 2010	2,82 % des BIP ³
Anzahl der Hochschulen gesamt 2010/11	4.599
staatlich	1.656
privat	2.943
privat for-profit	1.313
privat non-profit	1.630
Anzahl Hochschullehrer (Herbst 2009)	1.365.014
davon ordentliche Professoren	175.658
Eingeschriebene Studierende (Herbst 2010)	21.016.126
an staatlichen Institutionen	15.142.809
an privaten Institutionen	5.873.317
Undergraduate	18.078.672
Graduate and Professional	2.937.454
Frauenanteil	57,0 %
Anteil ausländischer Studierender	3,4 %
Bildungsgrad der Bevölkerung 2010	
bis Klasse 8	6,2 %
High School ohne Abschluss	8,7 %
High School mit Abschluss	29,0 %
Hochschulbesuch ohne Abschluss	20,6 %
Associate Degree	7,5 %
Bachelor's Degree	17,6 %
Master's Degree	7,2 %
Doctoral Degree	1,2 %
Professional Degree	2,0 %
Abschlüsse 2009/10	
Associate Degree	849.452
Bachelor's Degree	1.650.014
Master's Degree	693.025
Doctorate	158.558

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Durchschnittsgehälter der Professoren 2011/12*	
staatliche Institutionen	
Professor	107.945
Associate Professor	77.223
Assistant Professor	65.865
private Institutionen	
Professor	135.079
Associate Professor	86.241
Assistant Professor	72.677
Durchschn. Studiengebühren / Studienjahr 2011/12*	
an staatlichen Zweijahresinstitutionen	2.963
an staatlichen Vierjahresinstitutionen	8.244
an privaten Vierjahresinstitutionen	28.500
Zuwend. d. Bundesstaaten f. Hochschulbetriebsk. 2011/12*	72,5 Mrd.
Staatliche Ausgaben zur Studienförderung 2011/12* ²	115,3 Mrd.
Forschungsausgaben an Hochschulen 2009/10*	61,2 Mrd.
Ausländische Studierende gesamt	764.495
nach Herkunftsländern 2011/12:	9.347
1. China	194.029
2. Indien	100.270
3. Südkorea	72.295
4. Kanada	26.821
5. Taiwan	23.250
Studierende mit Studienaufenthalt im Ausland 2010/11	273.996
davon in Deutschland	9.018

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende 2010/11	
1. Großbritannien	33.182
2. Italien	30.361
3. Spanien	25.965
4. Frankreich	17.019
5. China	14.596

* Angaben in US-Dollar

- 1 Deutschland ist der fünftgrößte Importpartner (4,4 % in 2011) und der sechstgrößte Exportpartner der USA (3,3 % in 2011).
- 2 Stipendien, Steuervergünstigungen und zinsvergünstigte Kredite

Tabelle 8 : Statistischer Überblick Kanada 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	9.984.670 km ²
Bevölkerungszahl	34.300.083
Frauen	17.281.035
Männer	17.019.048
Bevölkerungsdichte 2010	3,44 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0,784 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP *	1.711 Mrd.
BIP pro Kopf *	49.838
Anteil am globalen BIP	3,2 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 7
Wirtschaftswachstum	2,46 %
Inflation	2,9 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2008 *	30,6 Mrd.
Staatliche Bildungsausgaben (Anteil des BIP) 2007	4,9 %
Hochschultypen	
Universities	163
Colleges	183
Anzahl der Hochschulen gesamt	346
staatlich	k. A.
privat	k. A.
Anzahl Hochschullehrer 2009/10	44.421
davon ordentliche Professoren	14.718
Eingeschriebene Studierende 2009/10	1.905.516
an staatlichen Institutionen	1.203.894
an privaten Institutionen	701.622
Frauenanteil	56 %
Anteil ausländischer Studierender	10 %
Studierende der Naturwissenschaften	k. A.
Studierende der Geisteswissenschaften	k. A.
Doktoranden	45.000
Abschlüsse 2008	244.380
Bachelor's Degree	171.882
Master's Degree	36.423
Doctorate	5.421

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2010/11 *	
an staatlichen Institutionen	5.271
an privaten Institutionen	unterschiedlich
Ausländische Studierende gesamt 2011	239.121
nach Herkunftsländern:	
1. China	67.052
2. Indien	23.504
3. Süd Korea	21.807
4. Saudi Arabien	13.480
5. USA	11.736
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	45.090
davon in Deutschland	k. A.

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	
1. USA	27.896
2. Großbritannien	5.508
3. Australien	4.320
4. Frankreich	1.442
5. Irland	594

* Angaben in US-Dollar

Quellen:**Statistik USA****Atlas of Student Mobility**▶ www.atlas.iienetwork.org/?p=48048**CIA: The World Fact Book**▶ www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook**The Chronicle of Higher Education: The Almanac of Higher Education 2012/13**▶ <http://chronicle.com/section/Almanac-of-Higher-Education/615/>**OECD: Education at a Glance 2009**▶ www.oecd.org**Open Doors**▶ www.iie.org/en/Research-and-Publications/Open-Doors**Worldbank: Data & Statistics**▶ <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/o,,contentMDK:20535285~menuPK:1192694~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html>▶ http://info.worldbank.org/etools/kam2/KAM_page5.asp**U.S Census Bureau**▶ www.census.gov/foreign-trade/statistics/highlights/top/top1108yr.html#total**Statistik Kanada****AUCC: Trends in Higher Education, Volume 1. June 2011**▶ www.aucc.ca/wp-content/uploads/2011/05/trends-2011-vol1-enrolment-e.pdf**CMEC (Council of Ministers of Education, Canada)**▶ www.cmec.ca/299/Education-in-Canada-An-Overview/index.html#o4▶ www.iie.org/en/Services/Project-Atlas/Canada▶ www.worldbank.org/▶ www.statcan.gc.ca/start-debut-eng.html▶ www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ca.html▶ <http://www.cic.gc.ca/english/resources/statistics/facts2011/temporary/14.asp>

Tabelle 9 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

USA und Kanada

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		Kanada gesamt	USA gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	306	1.818
	A	186	829
1. nach Status			
grundständig Studierende	D	86	272
	A	115	458
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	108	824
	A	58	318
davon Doktoranden	D	89	589
	A	20	154
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	112	722
	A	13	53
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	D	148	940
	A	25	117
1–6 Monate	D	89	402
	A	120	439
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	69	476
	A	41	273
3. nach ausgewählten Programmen			
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	42	278
	A	20	190
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D		
	A		
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D		
	A		
Lektoren	D	6	15
	A		
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2	1
	A		
Kongress- und Vortragsreisen	D	140	916
	A		
Fach- und Sprachkurse	D		
	A	14	100
Praktikanten	D	72	233
	A	116	349
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D		
	A	9	46
II. Projektförderung – gesamt	D	617	2.766
	A	163	856
1. nach Status			
grundständig Studierende	D	396	1.898
	A	32	381
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	181	748
	A	102	255
davon Doktoranden	D	24	88
	A	34	125
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	40	120
	A	29	220
2. nach Förderdauer			
< 1 Monat	D	173	902
	A	119	561
1–6 Monate	D	383	1.620
	A	40	254
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	61	244
	A	4	41
3. nach ausgewählten Programmen			
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	418	2.088
	A		
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	123	491
	A	3	31
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D		
	A	33	233
Austausch in Projekten (PPP)	D	32	64
	A		
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	923	4.584
	A	349	1.685
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		1.272	6.269

Rio de Janeiro

Brasilien bleibt ein vielversprechender Partner



Christian Müller leitet die Außenstelle Rio de Janeiro seit 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1972 und hat zurzeit acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ernüchterung nach Euphorie

Drei Jahre liegen zwischen zwei Artikeln in der britischen Zeitschrift „The Economist“: Im Dezember 2009 zeigte das legendäre Titelbild mit der Schlagzeile „Brazil takes off“ in einer Fotomontage die Christus-Statue auf dem Berg Corcovado in Rio, die auf einem Raketenstrahl von ihrer Basis abhebt. Im Dezember 2012 brachte das Magazin einen kritischen Artikel zur Lage der brasilianischen Wirtschaft mit der Schlagzeile „A Breakdown of Trust“. Was ist in diesen drei Jahren passiert – wie konnten die hohen Erwartungen in so kurzer Zeit zu einem „Zusammenbruch von Vertrauen“ führen?

Die Meinung einer Zeitschrift darf sicherlich nicht mit der Realität verwechselt werden: Beides, erst der Enthusiasmus und jetzt das

pessimistische Szenario, sind überzeichnet. Real allerdings waren die Reaktionen der Politiker. Erst sonnten sie sich zum Jahreswechsel 2009/10 in dem Vorgefühl auf das „Jahrzehnt Brasiliens“. Dabei zitierten sie den unabhängigen „Economist“ als Kronzeugen ihres Zukunftsglaubens. Dagegen wurde der Artikel vom Dezember 2012 als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Regierung abgetan, weil sich in einem Nebensatz der Vorschlag ablesen ließ, den Finanzminister zu entlassen. Darum ging es aber nicht zentral in dem Text. Er stellte vielmehr vor allem ökonomische Risiken und Fehlentwicklungen fest.

Vieles davon ist nicht neu, schon länger wird der Präsidentin und ihrer mächtigen Partei PT Untätigkeit vorgeworfen. Nach zwei Jahren Regierung unter Präsidentin Dilma Rousseff und zehn Jahren Vorherrschaft der PT sind grundlegende Probleme immer noch ungelöst. Die Staatsquote und die strukturellen Kosten im Industrie- und Dienstleistungssektor sind zu hoch; der Staat investiert zu wenig; die Infrastruktur ist marode und die staatliche Bürokratie ineffizient, die Wirtschaft weder innovativ noch wettbewerbsfähig. Mit Impulsen für den privaten Konsum konnten zwar kurzfristige Effekte erzielt werden, aber die Sorgen wachsen, dass für den ganz großen Sprung nach vorn die Weichen nicht richtig gestellt werden.

Allerdings sind viele Grunddaten der Wirtschaft nach wie vor gut: Die Staatsverschuldung ist niedrig und sinkt, die registrierte

Stipendienprogramm lockt junge Wissenschaftler

Ingenieure und Facharbeiter fehlen

Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus wird eröffnet

Bevorzugung armer Studierender

Rundreise zu bedeutenden Hochschulorten



Anziehungspunkt für
Touristen: Allee der
Königspalmen im 1808
gegründeten Botanischen
Garten von Rio.



Viele Branchen haben Probleme mit der Besetzung offener Stellen, insbesondere fehlen Ingenieure und Facharbeiter. Allerdings gibt es Gegenmaßnahmen: Für ausländische Fachkräfte ist es leichter geworden einzuwandern.

Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefststand. Die Währung konnte kontrolliert gering abgewertet werden und die Inflation liegt im Zielkorridor, wenn auch am oberen Rand von knapp 6 Prozent. Der Binnenmarkt boomt.

Dennoch hat das Wirtschaftswachstum am Ende nur mit Not eine Eins vor dem Komma erreicht: 1,0 Prozent. Das ist eine Enttäuschung sowohl für internationale Beobachter als auch für das Wirtschaftsteam in der Regierung, das 3 bis 4 Prozent Wachstum prognostiziert hatte. So wurde 2012 ein junger Mythos erschüttert: Brasilien habe nach langer Lethargie den Weg in eine moderne, wettbewerbsfähige Wirtschaft gefunden und steige zu einem Global Player auf allen Feldern auf.

Die ehemalige Regierung vor Gericht

Ein weiterer Mythos wurde mit dem größten Strafprozess des brasilianischen Bundesgerichtshofs entzaubert. Angeklagt war die Regierung der Jahre 2002 bis 2006 unter dem damaligen Präsidenten Luis Inácio „Lula“ da Silva. Zur Debatte stand, ob sich die Regierung die Abstimmungstreue der Koalitionsparteien und ihrer Abgeordneten systematisch erkaufte hatte. Der Prozess endete mit zahlreichen Verurteilungen. Der ehemalige Präsident selbst stand nicht vor Gericht. Aber es ging immer auch um die Frage, was er gewusst hatte und wie weit die kriminellen Handlungen mit ihm abgestimmt waren. Dabei nahm die Partei den größten Schaden: Der Mythos einer neuen, ethischen Politik, mit dem die PT vor zehn Jahren antrat, ist zerstört.

Lula dagegen bewahrte seine magische Ausstrahlung und konnte sie 2012 sogar mit einem glänzenden Wahlsieg unter Beweis stellen. Der von ihm ernannte Kandidat für das wichtigste

Bürgermeisteramt, das der Stadt São Paulo mit elf Millionen Einwohnern und einem Etat von 16 Mrd. Euro, setzte sich gegen starke Konkurrenz durch. Und das, obwohl der Bewerber in der Stadt keine Hausmacht hatte, sondern aus der Administration Brasílias kam.

So endete das Jahr 2012 mit einem gemischten Ergebnis für die Führung des Landes. Der internationale Glanz verblasst, die Wirtschaft hat an Dynamik verloren, ein dunkler Schatten ist auf die Regierungspartei gefallen. Aber die Popularität der Präsidentin Rousseff und ihres Vorgängers ist weiterhin hoch. Es spricht viel dafür, dass die PT mit ihren Koalitionären in den nächsten zwei Jahren und auch über die Wahl 2014 hinaus die Regierung stellen wird.

Entscheidend wird dabei sein, ob die Partei mit den Ergebnissen ihrer eigenen Sozialpolitik umgehen kann. Die Programme sind erfolgreich: Immer mehr Menschen emanzipieren sich von staatlicher Wohlfahrt und partizipieren mit eigener Kraft am Wirtschaftsleben. Sie werden von Sozialleistungsempfängern zu Steuerzahlern und fragen nun kritisch, was der Staat für die hohen Abgaben leistet.

Anwerbung ausländischer Fachkräfte

Kritikpunkte sind unter anderem die Ausbildung von Fachkräften und die Schulbildung. Viele Branchen haben Probleme mit der Besetzung offener Stellen, insbesondere fehlen Ingenieure und Facharbeiter. Allerdings gibt es Gegenmaßnahmen: Für ausländische Fachkräfte ist es leichter geworden einzuwandern. Solche Anwerbungen sind für Brasilien nicht neu. Neu ist, dass qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zu konkurrenzfähigen Bedingungen eingestellt werden können. Die Hightech-Branchen Erdöl und Gas, Fahrzeugbau, IT und Pharmazie bieten zahlreiche gut dotierte

Stellen und ziehen junge Talente aus den Krisenstaaten Spanien und Portugal an.

Seit 2010 steigt die Zahl der bewilligten Arbeits-Visa, und die Regierung formulierte im Dezember 2012 mit dem Programm „Brasilien mit offenen Armen“ eine klare Politik der Anwerbung. Auch das Stipendienprogramm „Ciência sem Fronteiras – Wissenschaft ohne Grenzen (CsF)“ soll junge ausländische Wissenschaftler und Senior Scientists ins Land holen.

Umstrittene Hochschulquote

Die Bundesregierung will die Zahl der Fachkräfte auch durch hochschulpolitische Maßnahmen erhöhen: Sie hat eine Quote für den Hochschulzugang eingeführt und versucht, auch Ärmere studieren zu lassen. Der Gesetzesentwurf wurde heftig diskutiert, hat jetzt aber alle Hürden genommen. Im Verlauf der kommenden vier Jahre müssen alle Universidades

Federais ihre Zulassungspraxis und -regeln so verändern, dass 50 Prozent der Studienplätze an Absolventen aus dem öffentlichen Schulsystem vergeben werden; bisher waren es nur 15 bis 20 Prozent. Unter diesen 50 Prozent wird wiederum die Hälfte der Plätze an Studienanfänger aus Familien mit einem geringen Einkommen vergeben. Außerdem werden Studierende bevorzugt, die den „unterprivilegierten Ethnien“ angehören.

Dieses Konzept ist schwer übersetzbar. Näherungsweise ist damit gemeint, dass Studierende, die sich selbst als „Mischling dunkler Hautfarbe“, als „schwarz“ oder als „indianischer Abstammung“ bezeichnen, bevorzugt einen Studienplatz erhalten. Nach Angaben des Zensus sehen sich 47,7 Prozent der Bevölkerung in Brasilien als „weiß“, 43,1 Prozent als „Mischling dunkler Hautfarbe“, 7,6 Prozent als „schwarz“, 0,4 Prozent als „indianischer“ und die restlichen 1,1 Prozent als „asiatischer Herkunft“.

Alumni-Seminar in Teresópolis

Das Städtchen Teresópolis war im Januar 2011 Schauplatz der schlimmsten Naturkatastrophe in der brasilianischen Geschichte. Über 1.000 Menschen kamen bei schweren Regenfällen, Überschwemmungen und Erdbeben ums Leben, Tausende wurden obdachlos und verloren ihren Besitz. Teresópolis wurde daher als Tagungsort für ein Alumni-Seminar gewählt, das sich den Themen „Natural Hazards: Katastrophenforschung, Bevölkerungsschutz, Prävention und

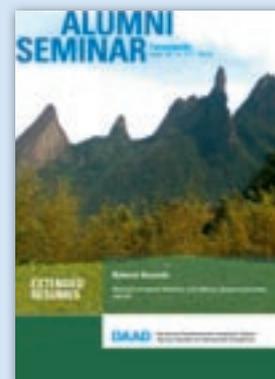
Katastrophenhilfe“ widmete. Es fand im Umfeld der UN-Konferenz zur Nachhaltigkeit „Rio +20“ statt.

Deutsche und brasilianische Wissenschaftler sowie Studierende diskutierten über Forschungsprojekte, die sich mit den natürlichen, aber auch anthropogenen Ursachen von Katastrophen befassen. Neun Stipendiaten aus verschiedenen Ländern nahmen ebenfalls am Seminar teil. Diese Förderung gehörte zu den Aktivitäten, mit denen das 25-jährige Bestehen des DAAD-Programms

„Entwicklungsländerbezogene Aufbaustudiengänge“ gefeiert wurde.

Neben den fachlichen Vorträgen, Posterpräsentationen und Diskussionen hinterließ vor allem eine Exkursion in das zerstörte Tal einen tiefen Eindruck bei den Teilnehmern.

Alumni-Seminar zu Katastrophenforschung: auf dem Programmtitel das charakteristische Küstengebirge vor Rio de Janeiro.



BILATERALE FORSCHUNGSPROJEKTE

Das Programm „NoPa“ („Neue Partnerschaften in der akademisch-technischen Zusammenarbeit zwischen Brasilien und Deutschland“) startete zu Beginn des Jahres 2012. Fünf bilaterale Forschungsprojekte im Bereich „Energie-Effizienz und erneuerbare Energien“ nahmen ihre Aktivitäten auf sowie weitere drei im Bereich „Schutz und nachhaltige Nutzung tropischer Regenwälder“. In beiden Ländern fanden Treffen, Workshops, Seminare und individuelle Forschungsaufenthalte statt.

Alle Projekte sollen sich an der lokalen Nachfrage nach neuen Erkenntnissen und Lösungen orientieren. Sie müssen daher anwendungsorientiert sein und sollen Synergien zwischen Forschung und Praxis herstellen. Drei Institutionen sind beteiligt: auf brasilianischer Seite die Förderagentur zur Hochschulbildung CAPES, auf deutscher Seite die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der DAAD. Hier wurde ein Modell entwickelt, in dem Einrichtungen der Wissenschafts- und der Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam internationale Vorhaben auf den Weg bringen.

Die positive Beurteilung des Programms lässt erwarten, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine zweite Phase sowie neue Ausschreibungen unterstützen wird. Auch die brasilianische Seite ist an einer Fortführung interessiert. Möglicherweise wird sich auf deutscher Seite auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung an den Projekten beteiligen.



Präsidententreffen in der CAPES-Zentrale: Prof. Margret Wintermantel (DAAD) und Prof. Helmut Schwarz (AvH) treffen ihren Amtskollegen Dr. Jorge Guimarães und sein Team.

Mit diesem Gesetzesvorhaben reagiert die Regierung darauf, dass der Zugang zur höheren staatsfinanzierten Bildung immer noch den wohlhabenderen und eher weißen Bevölkerungsschichten offensteht. Einer Zulassung gehen zwar strenge Aufnahmetests voraus, sie ist somit zunächst neutral in Hinsicht auf Geschlecht, Alter, Hautfarbe oder schulische Herkunft. Weil aber das öffentliche Schulwesen in einem desolaten Zustand ist, ist es für

Kinder aus ärmeren Familien äußerst schwer, die Kenntnisse zu erwerben, die sie für die Aufnahmetests brauchen. Dies ist nur auf privaten Schulen, durch private Paukschulen oder Nachhilfe möglich – Angebote, die sich lediglich etwa 20 Prozent der Bevölkerung leisten können.

Es gibt auch positive Entwicklungen: Das brasilianische Hochschulwesen kann auf ein Jahrzehnt der Expansion, der Investitionen und der Ausweitung der Forschungstätigkeiten zurückblicken. In- und ausländische Studierende erhielten Stipendien, und so ist die Fähigkeit des Landes, aus eigener Kraft den wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden, weiterhin stark gewachsen.

Brasilianische Stipendiaten in Deutschland

2012 stand das neue Programm für Regierungsstipendien „Ciência sem Fronteiras“ für die DAAD-Außenstelle im Zentrum der Aktivitäten. Es gab zwei Ausschreibungen für die „undergraduates abroad“, mehrere Termine für die Bewerbung zur Promotion, und die ersten Stipendiaten reisten ins Ausland.

Knapp 1.000 Studierende konnten an deutsche Hochschulen vermittelt werden und etwa 200 Doktoranden fanden einen Platz zur Teil- oder Vollpromotion in Deutschland. Dieses Stipendienprogramm stieß auf großes Interesse, weil es für Brasilianer erstmals ein Auslandsstudium und internationale Mobilität möglich macht.

Die Außenstelle des DAAD stimmte sich mit den brasilianischen Stipendiengebern ab und legte mit 62 Informationsveranstaltungen einen Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitsarbeit. Sie beriet zudem Bewerber sowie Stipendiaten und begleitete die Auswahlprozesse. Das DAAD-Regionalreferat in Bonn übernahm dann die



Deutsches Wissenschafts- und Innovationshaus in São Paulo: Außenminister Guido Westerwelle über- gibt im Februar 2012 den Wissenschaftsorganisa- tionen die „Schlüsselgewalt“ (oben).

Starker deutscher Auftritt

Das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) São Paulo ging planmäßig mit dem Ende seiner Aufbau- phase im Januar 2012 in die Regie der Wissenschafts- organisationen über. Die DAAD-Außenstelle übernahm die Leitung des Konsortiums. Sie zeichnet seitdem verant- wortlich für Operation und Finanzen des DWIH.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle eröffnete das DWIH während seines Besuchs in Brasilien Mitte Februar 2012 mit einer großen öffentlichen Veranstaltung. DAAD-Präsi- dentin Prof. Margret Wintermantel und weitere führende Vertre- ter deutscher Wissenschafts- organisationen waren dabei, als die Mitglieder des DWIH ihre renovierten Büros im Gebäude des Centro Transatlântico übernahmen.

Zehn Institutionen sind hier aktiv: DAAD, Deutsche Forschungsgemeinschaft,



Zur Auftaktveranstaltung sprechen Forscher aus Deutschland und Brasilien über Fragen der Energie- wende, Bildungspolitik und über Innovationsmodelle (Mitte).



1. Deutsch-Brasilianischer Dialog zu Wissenschaft, Forschung und Innovation: Die Teilnehmer besichtigen die Räume des DWIH São Paulo (unten).

Alexander von Humboldt- Stiftung, Fraunhofer-Gesell- schaft, FU Berlin, TU München, Westfälische Wilhelms-Uni- versität Münster, Frankfurt School of Finance sowie die Konsortien UAMR (Region Ruhr) und UAS 7 (Fachhochschulen). Das Informationszentrum und Marketingbüro des DAAD spielen eine wichtige Rolle. Im Juli 2012 nahm schließlich der

Projektstab, der vom Auswär- tigen Amt finanziert wird, die Programmarbeit des DWIH auf.

Startveranstaltung war der „1. Deutsch-Brasilianische Dialog zu Wissenschaft, Forschung und Innovation“ mit über 150 Gäs- ten. Er führte an zwei Tagen durch verschiedene forschungs- und wissenschaftspolitische Themen.

„Ciência sem Fronteiras“-
Stipendiaten in Deutsch-
land: Die brasilianische
Staatspräsidentin Dilma
Rousseff und Bundes-
kanzlerin Angela Merkel
treffen die ersten Stipen-
diaten im März 2012 auf der
CeBIT in Hannover (links).



Umringt von brasilianischen
Stipendiaten: (v. l. hinter
der Brasilien-Flagge) RUB-
Rektor Prof. Elmar Weiler,
Botschafter Everton Vieira
Vargas, Prof. Ulrich Radtke,
Rektor der Universität
Duisburg-Essen und Prof.
Nils Metzler-Nolte, Pro-
rektor für Internationales
der RUB (rechts).

Umsetzung: Aufbau und Pflege des CsF-Portals, die Abstimmungen mit den Gasthochschulen, die Unterbringung der Stipendiaten sowie die Beantwortung unendlich vieler Fragen und die Lösung von Problemen.

Für ein erstes Fazit zu diesem ambitionierten Programm ist es noch zu früh: Die praktischen und technischen Fragen, etwa die der Unterbringung der Stipendiaten, drängen sich noch in den Vordergrund. Es lässt sich aber festhalten, dass Deutschland unter den wichtigsten Gastländern ist und dass das Interesse deutscher Hochschulen an den Stipendiaten, besonders an Doktoranden, unverändert groß ist. Die sprachliche Vorbereitung bleibt – wie erwartet



– eine der größten Herausforderungen. Allerdings zeigen die intensiven Sprachkurse vor Studienbeginn gute Erfolge, wie Rückmeldungen der deutschen Gasthochschulen zu entnehmen ist.

Potenzial für Kooperationen

In der jüngsten Vergangenheit wurde erfolgreich in die deutsch-brasilianischen Beziehungen investiert: Das Stipendienprogramm „Ciência sem Fronteiras“ (CsF) auf brasilianischer Seite und die Verbindungsbüros im Deutschen Wissenschafts- und Innovationshaus São Paulo (DWIH) auf deutscher Seite motivieren viele Menschen in beiden Ländern und eröffnen neue Potenziale.

Mit diesen Engagements wurde erfolgreich darauf reagiert, dass Brasilien sich in die vorderste Linie der aufstrebenden Nationen und in das öffentliche Interesse katapultiert hat. Auf dieser Grundlage wurden Aktivitäten möglich, die immer mehr Partner involvieren. So können auch unter schwierigeren wirtschaftlichen Bedingungen stabile Programme zwischen beiden Ländern umgesetzt werden. <<

WERBUNG FÜR DEUTSCHE HOCHSCHULEN

Das wichtigste Marketingprojekt der DAAD-Außenstelle war 2012 eine Rundreise an bedeutende Hochschulorte, um das Stipendienprogramm „Ciência sem Fronteiras“ (CsF) kennenzulernen. Eine Delegation mit Vertretern von zwölf deutschen Hochschulen besuchte Ende September Belo Horizonte, Campinas, São Carlos, São Paulo und Florianópolis. Auf dem Campus fanden jeweils eine halbtägige Vortragsveranstaltung und eine begleitende Informationsmesse mit Beratungsständen der deutschen Vertreter statt.

Das Interesse brasilianischer Studierender und Graduerter war groß. Das Stipendienprogramm „CsF“ ist bereits sehr bekannt, und so war es wichtig, die Angebote deutscher Hochschulen für Stipendiaten vorzustellen.

Die Reiseteilnehmer konnten nicht nur für ihre Angebote werben, sie trafen auch Rektoren der brasilianischen Fachhochschulen, der „Institutos Federais“. Die sogenannten IFs können am Programm „CsF“ teilnehmen und haben, da sie bisher noch kaum internationalisiert sind, ein großes Interesse an Austauschbeziehungen mit deutschen Hochschulen, insbesondere in den technischen Fächern.

Tabelle 10 : Statistischer Überblick Brasilien 2012

1. Grunddaten		Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Gesamtfläche des Landes	8,5 Mio. km ²	Abschlüsse	
Bevölkerungszahl	191,8 Mio.	Bachelor's Degree	865.161
Frauen	51 %	Master's Degree	39.220
Männer	49 %	Doctorate	12.217
Bevölkerungsdichte	22,4 Einw./km ²	Professional Degree	3.610
Bevölkerungswachstum	1,12 %	Studiengebühren / Studienjahr *	
2. Wirtschaftsdaten		an staatlichen Institutionen	keine
BIP *	2.477 Mrd.	an privaten Institutionen	variabel
BIP pro Kopf *	10.720	Ausländische Studierende gesamt	14.738
Anteil am globalen BIP	3,0 %	nach Herkunftsländern:	
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 60	1. Angola	1.631
Wirtschaftswachstum	1,0 %	2. Kapverden	892
Inflation	6,6 %	3. Portugal	830
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen		4. Guinea-Bissau	830
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) *	35,4 Mrd.	5. Argentinien	757
Hochschultypen		Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	27.148
Universitäten	190	davon in Deutschland	2.251
Centros Universitários	131	Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	
CEFET/IF (Fachhochschulen)	40	1. USA	8.708
Faculdades (private Fakultäten)	2.004	2. Frankreich	3.540
Anzahl der Hochschulen gesamt	2.365	3. Portugal	2.801
staatliche	284	4. Deutschland	2.251
privat	2.081	5. Spanien	1.969
Anzahl Hochschullehrer	378.257	* Angaben in US-Dollar	
davon mit Bachelor	16.956	Quellen:	
davon mit Spezialisierung	105.310	▶ www.uis.unesco.org/Education/Pages/international-student-flow-viz.aspx	
davon mit Mastertitel	145.023	▶ www.worldbank.org	
davon mit Promotion	110.925	▶ www.ibge.gov.br	
Eingeschriebene Studierende	6,7 Mio.	▶ www.inep.gov.br/	
an staatlichen Institutionen	1.773.315		
an privaten Institutionen	4.966.374		
Frauenanteil	57 %		
Anteil ausländischer Studierender	0,24 %		
Studierende der Naturwissenschaften	423.372		
Studierende der Geisteswissenschaften	154.915		
Doktoranden	71.387		
Studierende der Sozial-, Wirtschafts- & Rechtswiss.	2.798.289		

Tabelle 11 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Brasilien

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	320
	A	1.250
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	194
	A	754
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	53
	A	414
davon Doktoranden	D	33
	A	240
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	73
	A	82
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	60
	A	30
1–6 Monate	D	197
	A	174
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	63
	A	1.046
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	38
	A	89
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	821
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	62
Lektoren	D	9
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	40
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	
Praktikanten	D	173
	A	125
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	12
	A	51
II. Projektförderung – gesamt	D	582
	A	399
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	267
	A	95
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	162
	A	185
davon Doktoranden	D	77
	A	77
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	153
	A	119
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	304
	A	261
1–6 Monate	D	257
	A	99
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	21
	A	39
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	253
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	15
	A	5
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	95
Austausch in Projekten (PPP)	D	125
	A	6
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	902
	A	1.649
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		2.551

Hanoi

Auf gemächlichem Wachstumspfad



Hannelore Bossmann leitet die Außenstelle Hanoi seit 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 2003 und hat zurzeit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einen Lektor z.B.V. sowie eine „kulturweit“-Freiwillige.

Für viele asiatische Entwicklungsländer hat Vietnam als Schwellenland Vorbildcharakter: Der Wohlstand wächst, die Armutsrate ist – gemessen am Durchschnittseinkommen – niedrig, die Alphabetisierung hoch. Wachstumsraten von über 7 Prozent machten Vietnam in der Vergangenheit besonders beliebt bei ausländischen Investoren. Solche Fakten dokumentieren, dass die Regierung auf einem guten Weg ist, seit 1986 unter dem Namen „Doi Moi“ ein neuer politischer und wirtschaftlicher Kurs propagiert wurde.

Doch das positive Image hat im Jahr 2012 an Charme verloren: Die ausländischen Direktinvestitionen gingen nach Angaben des Ministeriums für Planung und Investitionen um 15,1 Prozent zurück. Auch das Wirtschaftswachstum konnte nicht an die Erfolge der Vorjahre anknüpfen und blieb mit 5,2 Prozent laut Weltbank hinter den Erwartungen zurück. Zweifelsohne ist die Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kontext der globalen wirtschaftlichen Probleme zu sehen. Darüber hinaus werden nationale Fehlentwicklungen und mögliche Änderungen regierungintern und öffentlich diskutiert.

„Will Vietnam Become South East Asia's Greece?“ Diese Frage stellte sich im September 2012 der Journalist Luke Hunt vom Online-Magazin „The Diplomat“. Hunt macht insbesondere die finanzielle Miswirtschaft in Vietnam für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Das ineffektive Finanzwesen mit unrentablen Immobiliendarlehen, das schlechte

Management der Staatskonzerne sowie die hohe Inflation, die am Jahresanfang laut Weltbank bei 18,8 Prozent lag, haben die wirtschaftliche Lage verschlechtert.

Transparenz und Partizipation

Bisher waren die Vietnamesen mit der Situation zufrieden, weil sie von dem ökonomischen Aufschwung profitiert haben. Nun wächst allerdings die Unzufriedenheit – bedingt durch die hohe Inflation und die gestiegenen Kosten für Gesundheit, Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs. Die Bürger geben der Regierung die Schuld an wirtschaftlichem Rückgang und Einkommenseinbußen.

Erstmalig gestanden zwar einige Mitglieder des Zentralkomitees fehlerhafte Entscheidungen und Mängel in der Regierungsarbeit ein, allerdings wurden trotz harscher Kritik aus den eigenen Reihen keine personellen Konsequenzen gezogen.

Immerhin fordern die Volksvertreter nun mehr Rechenschaft, indem sie in der 4. Sitzungsperiode der 13. Nationalversammlung sogenannte Transparenzregeln verabschiedeten. Demnach sollen höhere Beamte landesweit jährlich ihre Vermögensverhältnisse offenlegen. Besonders die Käufe von Immobilien und Landnutzungsrechten müssen deklariert werden. Zusätzlich wurde eine Art Misstrauensvotum eingeführt, das für die 49 höchsten



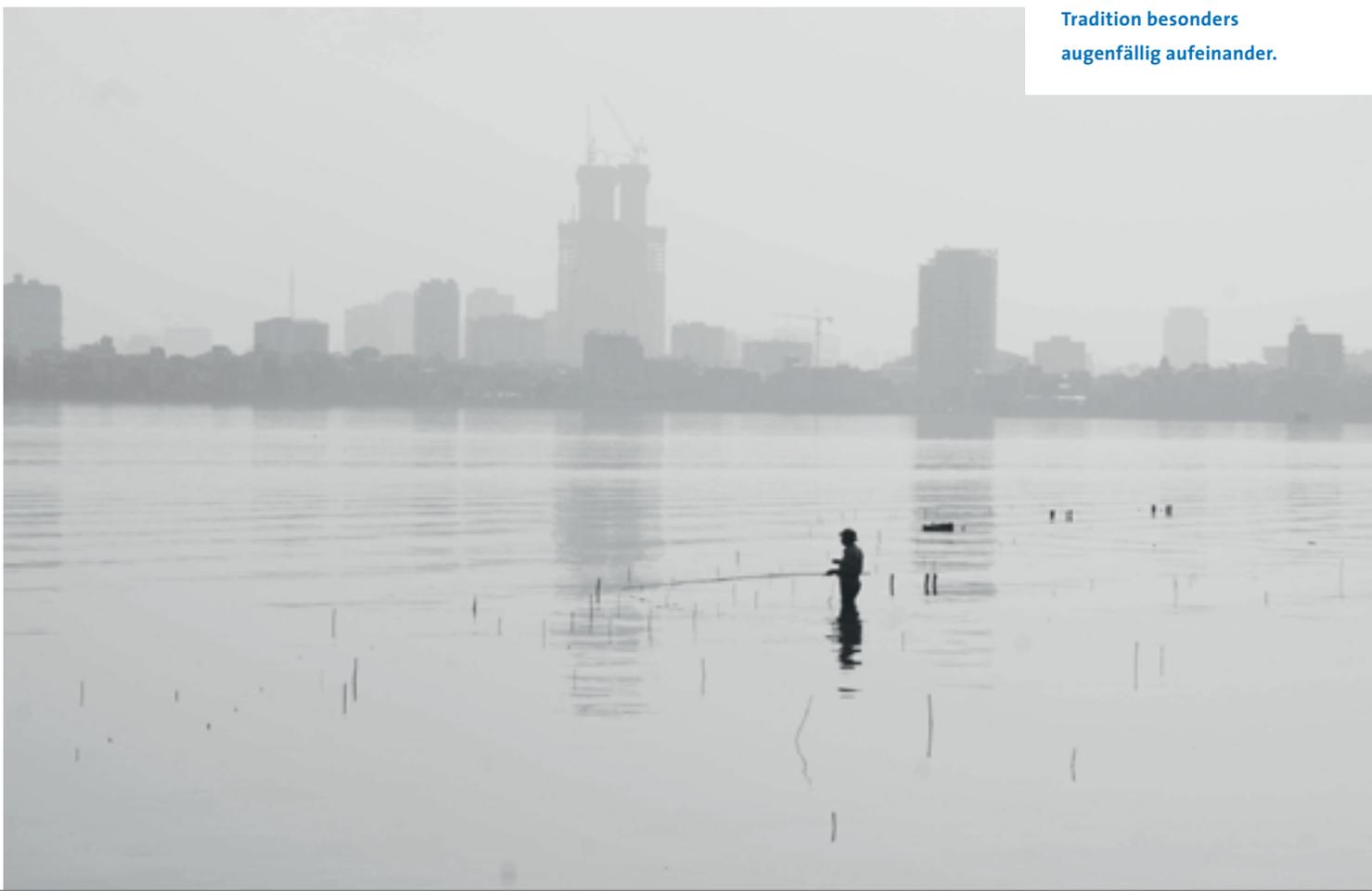
Staatsämter gelten soll. Demnach gibt es drei Stufen des Vertrauensbeweises: hohes Vertrauen, Vertrauen und geringes Vertrauen. Wenn zweimal in Folge einem Staatsvertreter geringes Vertrauen ausgesprochen wird, wird ihm ein Rücktritt nahegelegt.

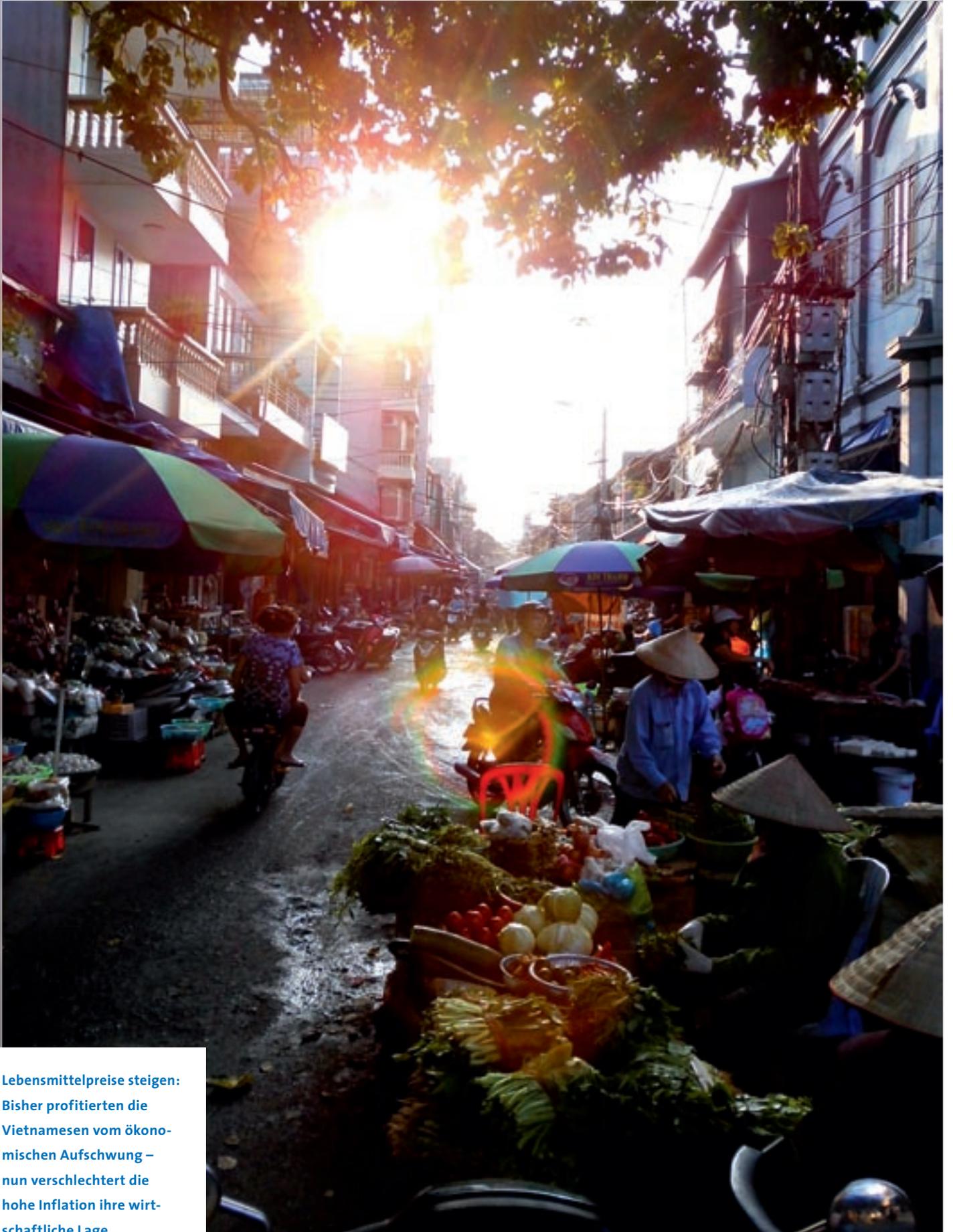
Die beiden oben genannten Regelungen lassen erkennen, dass sich die Kommunistische Partei Vietnams und die Regierung um mehr Öffentlichkeit und um breitere Mitwirkung bemühen. Ob die neuen Regelungen auch angewendet werden, muss die Zukunft zeigen.

Promovieren in Deutschland

Unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatten auch die Hochschulen zu leiden. Der Start des neuen Regierungsstipendienprogramms („911-Programm“) für Doktoranden wurde verschoben und soll nun 2013 beginnen. Da der Anteil der promovierten Hochschullehrer in Vietnam nach wie vor gering ist und nach der Statistik des Ministry of Education and Training (MOET) bei nur etwa 10 Prozent liegt, sollen im Rahmen des 911-Programms die künftigen vietnamesischen Hochschullehrer

In den Großstädten prallen die Gegensätze zwischen Moderne und Tradition besonders augenfällig aufeinander.





Lebensmittelpreise steigen:
Bisher profitierten die
Vietnamesen vom ökonomischen
Aufschwung – nun verschlechtert
die hohe Inflation ihre wirtschaftliche
Lage.

bei einer Promotion unterstützt werden. Ziel sind 20.000 Promotionen bis 2020, davon 10.000 im Ausland.

Deutschland wird als einer der wichtigsten Partner angesehen. 180 Doktoranden sollen jährlich nach Deutschland geschickt werden, auch Sandwichpromotionen in Kooperation mit deutschen Hochschulen sind möglich. In der Vergangenheit konnten nur bereits verbeamtete Dozenten von den Regierungsstipendien profitieren, jetzt sind auch Masterabsolventen, die eine Hochschulkarriere anstreben, aufgerufen, sich für dieses Stipendienprogramm zu bewerben. Die Maßnahmen sollen die Ausbildungsqualität an den Hochschulen verbessern.

Die Ausbildungsqualität ist und bleibt ein Top-Thema in der Bildungsdiskussion. Insbesondere wird bemängelt, dass die gegenwärtige Ausbildungsmethodik und -didaktik weder kreatives Denken fördere noch praktisches Wissen

vermittele. Bisher sind Arbeitgeber daher gezwungen, erhebliche zeitliche und finanzielle Mittel zu investieren, um ihre Mitarbeiter in entsprechenden Fortbildungen zu qualifizieren.

Stärkung von Praktika

Unternehmenspraktika sind in den Hochschullehrplänen nicht vorgesehen. Es wird den Studierenden auch nicht gestattet, die Hochschule länger als vier Wochen für eine Praktikumsphase zu verlassen. Deutsche Firmen, die in Vietnam produzieren und bereit sind, Praktikumsplätze anzubieten, haben wenig Interesse an diesen Kurzaufenthalten: Der Aufwand ist groß, der Effekt eher gering. Vietnamesische Unternehmen wiederum akzeptieren Praktikanten nur, wenn Lehrgeld bezahlt wird. Ein firmeneigenes Interesse am Nachwuchs wird nicht gesehen.

Dennoch haben einzelne deutsche Unternehmen erste Praktika angeboten, scheiterten

Deutschland gilt als einer der wichtigsten Partner für das neue Regierungsstipendienprogramm: 180 Doktoranden pro Jahr sollen künftig Stipendien für einen Aufenthalt in Deutschland erhalten.

Vietnamesisch-Deutsche Universität (VGU) unter neuer Leitung

Seit Juni 2012 ist Prof. Jürgen Mallon Präsident der VGU. Ihm steht seit August der vietnamesische Vize-Präsident Dr. Ha Thuc Vien, ein DAAD-Alumnus, zur Seite. Die VGU in Ho Chi Minh City ist die erste staatliche Modellhochschule mit ausländischer Unterstützung. Seit Herbst 2008 läuft der englischsprachige Lehrbetrieb. Zurzeit sind über 500 Studierende in den zwei Bachelor- und

fünf Masterprogrammen eingeschrieben:

- B.A. Finance and Accounting (Universität Frankfurt)
- B.Eng. Electrical Engineering and Information Technology (FH Frankfurt a. M.)
- MSc. Computational Engineering (Ruhr-Universität Bochum)
- MSc. Business Information Systems (Hochschulen Heilbronn und Furtwangen)
- MSc. Mechatronics and Sensor Systems Technology (Hochschule Karlsruhe)
- MSc. Traffic and Transport (Universität Darmstadt)

- MBA Small- and Medium-Sized Enterprise Development (Universität Leipzig)

2012 erhielten die ersten Bachelorabsolventen und der zweite Jahrgang von Masterabsolventen ihr Abschlusszeugnis. Von deutscher Seite finanzieren das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Länder Hessen und Baden-Württemberg die Studienprogramme. Das akademische Rückgrat bildet der im Jahr 2009 gegründete Konsortialverein VGU mit seinen 36 Mitgliedshochschulen und -institutionen, dessen Geschäftsstelle beim DAAD angesiedelt ist.

aber an den engen zeitlichen Vorgaben. Eine Initiative des National Steering Committee for the International Integration of Science and Technology will nun gezielt in Kooperation mit der German Business Association (GBA) duale Elemente in die Ausbildung einführen. So sollen die 164 deutschen Unternehmen der GBA beispielsweise steuerliche Anreize erhalten. Die Schirmherrschaft liegt beim stellvertretenden Premierminister Nguyen Thien Nhan, der in Magdeburg promovierte.

Neues Hochschulgesetz erlassen

Die Nationalversammlung hat in ihrer August-Sitzung das lang umstrittene Hochschulgesetz verabschiedet, welches das Bildungsgesetz von 2005 für den Hochschulbereich konkretisiert.

Im Unterschied zu den deutschen Hochschulen verwalten die vietnamesischen sich nicht selbst. Im Gesetz sind keine Verfahren erwähnt, wie Amtsinhaber eingesetzt oder wie eine entsprechende Regelung etwa durch die Hochschule

erlassen werden kann. Zwar wird nach Artikel 32 des Gesetzes den vietnamesischen Hochschulen Autonomie zugestanden. Es fehlen aber Regelungen über Rechte der Fakultäten oder der Dekane. Das Gesetz weist den einzelnen Organen und Einrichtungen der Universitäten lediglich Aufgaben zur Lösung und in diesem Kontext auch Regelungskompetenzen zu. Abgrenzungen von eigenen Rechten der Universitäten zu den Aufsichtsrechten der Ministerien werden nicht genannt. Ebenso wenig sind die Rechte der Organe innerhalb der Universität (Senat/Hochschulrat, Präsident/Dekan, Kanzler/Rektor) festgelegt.

Vor dem Hintergrund moderner Forschung und Lehre erscheint es ungewöhnlich, dass sich das Gesetz mit Lehrbüchern befasst, die das Bildungsministerium erst genehmigen muss.

Im Gegensatz zu deutschen Landesgesetzen werden auch Formatvorgaben für die internationale Zusammenarbeit der Hochschulen genannt. Internationale Kooperationen werden im Sinne der Entwicklung des Landes begrüßt, die geplanten Aktivitäten aber unter die Vorgaben des Bildungsministeriums gestellt. Das Dekret 73, das am 15. November 2012 in Kraft getreten ist, konkretisiert das Vorhaben und regelt die Zusammenarbeit mit ausländischen Bildungsinstitutionen im Einzelnen.

Internationale Zusammenarbeit

Da einheimische Hochschulen die Studienplatznachfrage nicht erfüllen können und nicht alle Bewerber über die finanziellen Möglichkeiten verfügen, im Ausland zu studieren, nutzen viele Studierende die Angebote ausländischer Hochschulen in Vietnam. Sie versprechen sich von dem Abschluss bessere Berufschancen. Dieser Markt hat sich sprunghaft entwickelt und war bisher nicht ausreichend reguliert. Nicht akkreditierte Institute boten zu hohen Gebühren Studiengänge an, die keinen

VIETNAM ONLINE

Nicht nur beim Betreten vietnamesischer Universitätsgelände fällt auf, dass alle Studierenden und Lehrkräfte mit Laptop oder Tablet ausgerüstet sind. Vietnam gehört zu den südostasiatischen Ländern, in denen sich das Internet rasant verbreitet hat. Waren es im Jahr 2000 laut Vietnam Internet Network Information Center nur 200.000 Nutzer, so sind es 2012 nach Angaben von Internet World Stats bereits 31,8 Millionen. Mit einer Durchdringung von 33,9 Prozent liegt Vietnam vor den Philippinen und Thailand. Besonders junge Leute nutzen das Internet. 95 Prozent der Altersgruppen zwischen 15 und 24 Jahren sind ständig online. Mit zunehmendem Alter nimmt zwar die Internetnutzung ab, beträgt aber bei den unter 50-Jährigen immer noch 67 Prozent. Das Internet wird besonders zur Informationsbeschaffung und für den Austausch mit Freunden genutzt. Daher verwundert es nicht, dass die Social-Media-Plattform Facebook, lange Zeit in Vietnam geblockt, ebenfalls hohe Zuwachsraten verzeichnet. Für die Hochschulen bedeutet das aber auch, dass die Computerlabore, die mit Spendengeldern ausgestattet wurden, kaum genutzt und daher nicht ständig gewartet werden.



Die DAAD-Außenstelle Hanoi (ganz oben).

Herzlich willkommen: die neuen Masterstudierenden der Vietnam National University (oben links).

Teilnehmer des DIES-Workshops im Oktober 2012 beschäftigen sich vor allem mit Qualitätssicherung (oben rechts).



Werbung für den Studien- und Forschungsstandort Deutschland: auf der EnerExpo (Mitte links) und beim Deutschlandfest (Mitte rechts).



Hochrangige Besucher aus Deutschland: DAAD-Vizepräsident Prof. Joybrato Mukherjee mit dem Team der Außenstelle (unten links) und die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Sabine von Schorlemer (unten rechts).

Qualitätsanforderungen Stand halten mussten. Mit dem Dekret 73 soll dieser „Wildwuchs“ unterbunden werden, um die vietnamesischen Studieninteressenten vor zweifelhaften Angeboten zu schützen.

Die Qualität der ausländischen Studienangebote muss inzwischen von ausländischen Akkreditierungsagenturen nach bestimmten Standards dokumentiert werden. In englischsprachigen Programmen etwa sollten die Fremdsprachkompetenzen der Studierenden auf dem Niveau B1 liegen. Co-teaching, also die Übersetzung durch einen lokalen Dozenten, sollte unterbunden werden, um die englische Sprachfertigkeit der Studierenden zu trainieren. In den MINT-Fächern sollte die Lehrer-Schüler-Relation 1 zu 15, bei den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften 1 zu 25 betragen. Länger andauernde Kooperationsprogramme müssen Unterrichtsmaterialien berücksichtigen, die vietnamesische Einrichtungen entwickelt haben. Deutsche Studienangebote in Vietnam erfüllen diese Anforderungen in der Regel.

Ernennung von Professoren

Deutschen Besuchern fällt die geringe Professorenzahl an vietnamesischen Hochschulen auf. Von 74.573 Hochschullehrern führen nur 1.407 den Professorentitel (Full-Professor), etwa 7.600 sind sogenannte Assistenz-Professoren (Associate Professor). Anders als in Deutschland, wo Hochschulen Professoren gezielt auf bestimmte Stellen berufen, ist die Ernennung zum Professor in Vietnam ein zentrales Verfahren. Der Professorentitel ist nicht an eine Stelle geknüpft, auch Pensionäre können ihn noch erhalten.

Hochschullehrer können sich über ihre Hochschule für den Titel bewerben, wenn sie die dafür erforderliche Punktzahl erreicht haben und bestimmte Voraussetzungen erfüllen:

Dazu zählen die Anzahl der Berufsjahre, die Betreuung von Master- und Promotionsarbeiten, die Abfassung eines Lehrbuchs sowie nationale und internationale Publikationen. Die Ernennung zum Professor oder Associate Professor wird von der Kommission für die Vergabe des Professorentitels ausgesprochen.

Zentrum für deutsches Recht

Das Zentrum für Deutsches Recht (ZdR), das 2010 an der Rechtshochschule Hanoi im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs zwischen Deutschland und Vietnam gegründet wurde, erhielt 2012 Zuwachs aus Deutschland: Ein DAAD-Langzeitdozent unterstützt nun den Aufbau des ZdR und dessen wissenschaftliche Aktivitäten sowie die Vernetzung mit deutschen Hochschulen. Das ZdR wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert, die auch die deutschen Rechtstage an der Rechtshochschule organisiert. In diesem Zusammenhang fand 2012 erstmals ein lebhafter Moot Court statt, also eine Art fiktives Gericht, das der engagierte Moot Club vorbereitet hatte.

Qualität südostasiatischer Studiengänge

Die Expansion des vietnamesischen Hochschulsektors und der Wunsch nach akademischem Austausch mit den ASEAN-Ländern erfordert die Qualitätssicherung der Studiengänge an den südostasiatischen Hochschulen. Diesem Thema widmet sich das Programm „Dialogue on Innovative Higher Education Strategies“ (DIES) des DAAD und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Gemeinsam mit Partnern des Asia University Networks und dem Regional Centre for Higher Education and Development der South East Asian Ministers of Education Organisation (SEAMEO RIHED) wurde in Kooperation mit der Universität Potsdam ein Trainingsprogramm etabliert. Es richtet sich

Das Vietnamesisch-Deutsche Zentrum

Die DAAD-Außenstelle in Hanoi nutzt Räumlichkeiten des Vietnamesisch-Deutschen Zentrums (VDZ) in einem Gemeinschaftsprojekt mit der Hanoi University of Science and Technology (HUST). Das Gebäude auf dem HUST-Campus verfügt über moderne, hervorragend ausgestattete Seminar- und Tagungsräume. Diese können deutsche Hochschulen und Forschungsreinrichtungen für Veranstaltungen buchen. Zwei deutsch-vietnamesische Ausstellungen waren 2012 besonders erfolgreich:

Auge des Himmels

Zum Auftakt des ASEAN-EU Wissenschaftsjahres 2012 präsentierte der DAAD in Kooperation mit der National Agency of Science and Technology Information (NASATI) des Ministry of Science and Technology (MOST) eine wissenschaftliche Ausstellung. Eindrucksvolle großformatige Satellitenbilder des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) informierten über die komplexe Einwirkung menschlichen Handelns auf die Umwelt in Asien und Europa und über Forschungskooperationen zwischen EU und ASEAN.



Heimat

Eine große Community von Exilvietnamesen lebt in Deutschland. In Berlin bilden sie sogar die größte außereuropäische Migrantengruppe. Doch viele kehren zurück, wenn die Sehnsucht nach Vietnam nicht nachlässt. Die in Berlin lebende Fotografin Nora Bibel widmete sich 2010 diesem Thema. Sie reiste durch das Land, um vietnamesische Rückkehrer kennenzulernen und zu fotografieren. Die Ausstellung, in Kooperation mit der Deutschen Botschaft Hanoi organisiert, fand besonderen Anklang bei den vielen Alumni in Hanoi. In Vietnam leben etwa 100.000 Vietnamesen, die in Deutschland studiert oder gearbeitet haben.

Ausstellungen: Zum Auftakt des EU-ASEAN-Wissenschaftsjahrs zeigen Satellitenbilder die Folgen menschlichen Handelns auf die Umwelt in Asien und Europa (oben und Mitte). Außenstellenleiterin Hannelore Bossmann eröffnet die Fotoausstellung in Vietnam – ihr Mitarbeiter Nguyen Viet Duc dolmetscht ins Vietnamesische (unten).



an die Qualitätssicherungsbeauftragten der Hochschulen und Ministerien. Der dritte Teil dieses Qualifizierungsprogramms fand im Oktober in Ho Chi Minh City mit Partnern aus den ASEAN-Ländern statt. Die Teilnehmer hatten letztmalig die Gelegenheit, Feedback von einem europäisch-asiatischen Trainerteam zu den Selbstevaluierungsberichten einzuholen, bevor diese zur externen Begutachtung an Fachvertreter weitergeleitet wurden. Während ihres einwöchigen Aufenthalts erhielten die Teilnehmer Gelegenheit, sich mit den aktuellen Qualitätssicherungsstrategien vietnamesischer Hochschulen vertraut zu machen. Mit der Begehung der Hochschulen durch ein internationales Gutachterteam findet die ASEAN Quality Assurance im Jahr 2013 ihren Abschluss.

Messe Enerexpo 2012

Neben regelmäßigen Werbeveranstaltungen an Hochschulen nutzte die Außenstelle die Gelegenheit, sich zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) auf der Fachmesse für erneuerbare und dezentrale Energien (Enerexpo 2012) in Hanoi zu präsentieren. An einem Informationsstand und mit einem Flyer informierten sie die Besucher über Studienangebote deutscher

Hochschulen im Bereich erneuerbarer Energien und boten sie zu ausgewählten Stipendien. Das Motto „Bewährte deutsche Technik von Ingenieuren, die an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden“ kam bei den überwiegend jungen Besuchern gut an. Vietnam möchte laut Nationalem Stromentwicklungsplan bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien auf 5 Prozent steigern. <<

THEMENHEFT VIETNAM



In kurzer Form gibt das vom Hochschul-konsortium GATE-Germany zusammengestellte Länderprofil einen Überblick über die vietnamesische Politik, Wirtschaft und Kultur. Die Publikation informiert über das vietnamesische Bildungswesen und gibt deutschen Hochschulen Tipps für die Zusammenarbeit mit vietnamesischen Partnereinrichtungen. Kurzporträts von Studierenden und Wissenschaftlern sowie Erfolgsgeschichten von gut

funktionierenden Kooperationen runden das Bild ab. Das Länderprofil ist über die DAAD-Versandstelle erhältlich.

Tabelle 12 : Statistischer Überblick Vietnam 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	331.698 km ²
Bevölkerungszahl	91,5 Mio.
Bevölkerungsdichte	280 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	ca. 1,15 %
Urbanisierungsgrad 2011 lt. Weltbank	31 %

2. Wirtschaftsdaten	
BIP 2011 *	123,6 Mrd.
BIP pro Kopf *	1.369
Anteil am globalen BIP	k. A.
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 104 / 146
Wirtschaftswachstum 2012	5,2 %
Inflation 2012	ca. 7 %

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2010 *	ca. 5,2 Mrd.
Hochschultypen	
Dai hoc (Universität)	163
Cao dang (Kollegs mit dreijährigen Studiengängen)	223
Anzahl der Hochschulen gesamt	386
staatlich	306 ¹
privat	80 ²
Anzahl Hochschullehrer	74.573
ordentliche Professoren 2010 ³	1.407
Assistenz-Professoren 2010 ³	ca. 7.600
Promovierte	7.924
Masterabsolventen	30.374
Andere	27.268
Eingeschriebene Studierende 2010/11	2.162.106
an staatlichen Institutionen	1.828.185
an privaten Institutionen	333.921
Cao dang	726.219
Dai hoc	1.435.887
Frauenanteil	50 %
Vollzeit Cao dang	675.724
Vollzeit Dai hoc	970.644
Anteil ausländischer Studierender	k. A.
Abschlüsse 2010/11	
Bachelor's Degree Dai hoc	187.379
Abschluss Cao dang	130.966
Master's Degree	k. A.
Doctorate	k. A.
Studiengebühren / Studienjahr 2011/12 *	
an staatlichen Institutionen	max. 480
an privaten Institutionen	max. 6.000
Ausländische Studierende gesamt	k. A.
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2011/12	106.104
davon in Deutschland	4.671

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende ⁴	
1. Australien	25.000
2. USA	14.500
3. China	12.500
4. Singapur	10.000
5. Großbritannien	6.000

MOET-Stipendiaten 2012 ⁴	
1. Frankreich	699
2. Australien	417
3. Deutschland	271
4. Großbritannien	221
5. USA	213

* Angaben in US-Dollar

- 1 193 Cao dang + 113 Dai hoc = 306
- 2 30 Cao dang + 50 Dai hoc = 80
- 3 lt. Staatlicher Berufungskommission
- 4 Angaben des MOET

Quellen:

- ▶ www.worldbank.org
- ▶ www.moet.gov.vn
- ▶ www.gso.gov.vn
- ▶ www.wikipedia.com
- ▶ www.newamericamedia.org

Tabelle 13 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Vietnam

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt		
	D	56
	A	246
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	21
	A	9
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	10
	A	228
davon Doktoranden	D	6
	A	158
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	25
	A	9
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	17
	A	11
1–6 Monate	D	24
	A	10
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	15
	A	225
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	3
	A	40
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	132
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	17
Lektoren	D	4
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	10
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	9
Praktikanten	D	20
	A	
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	9
II. Projektförderung – gesamt		
	D	174
	A	371
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	28
	A	58
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	39
	A	147
davon Doktoranden	D	13
	A	47
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	107
	A	166
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	130
	A	258
1–6 Monate	D	37
	A	96
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	7
	A	17
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	35
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	3
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	61
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		
	D	230
	A	617
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		
		847

Qualitätsoffensive für die Bildung



Dr. Irene Jansen wechselte im Februar 2012 an die Außenstelle Jakarta. Zuvor hatte sie die Gruppe Kommunikation und Marketing im DAAD geleitet. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1990 und hat zurzeit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vertrauenskrise der jungen Demokratie

„Demokratie ist nie fertig – wir müssen stets an ihr arbeiten“ – so resümierte der indonesische Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono die aktuelle politische Entwicklung seines Landes beim Demokratieforum in Bali im November 2012. Er lieferte dort auch einen Vorschlag, wie diese „Arbeit“ aktuell aussehen sollte: „Wir müssen die Gewinne konsolidieren, die wir in den vergangenen fünf Jahren aus der Demokratie ziehen konnten.“

Laut Demokratie-Index von Freedom House liegt Indonesien inzwischen zwar vor Thailand und den Philippinen, aber das politische Establishment scheint in eine Legitimationskrise gestürzt zu sein. Es ist nach wie vor mehrheitlich aus den Reihen der alten Militär- und Geldeliten zusammengesetzt. Der amtierende Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono zum Beispiel diente dem Diktator Suharto als General. Ein Ende der Legitimationskrise scheint auch angesichts der Kandidatenliste

für die Präsidentschaftswahl 2014 nicht absehbar; derzeit stehen der Wirtschaftsmogul Aburizal Bakrie, die Generalstochter Megawati Sukarnoputri und der Schwiegersohn Suhartos, General Prabowo Subianto, zur Wahl.

Derweil kämpfen korrupte Politiker und Beamte weiter um Einfluss und Privilegien im Land. Die Zeitungen sind voll mit entsprechenden Berichten zu Verstößen gegen das 1999 verabschiedete Antikorruptionsgesetz. Engagierte Medien wie das Wochenmagazin „Tempo“ schauen den Politikern zu Recht auf die Finger, denn laut Transparency International zählt auch das Indonesien der Post-Suharto-Ära zu den korruptesten Ländern.

Weder die Regierung noch die öffentliche Hand „konsolidieren“ also „die Gewinne der Demokratisierung“, wie es der Staatspräsident in der eingangs zitierten Bali-Rede forderte. Im Gegenteil: Die Vertrauens- und Legitimationskrise, die sich abzeichnet, könnte sich als größte Gefahr für die junge Demokratie erweisen.

„Fast-Track“-Programme ermöglichen schnelleren Abschluss

Alumni sind wichtige Vermittler

Wenige Promotionsprogramme

Wissenschaftliche Qualität soll verbessert werden

Dozenten sollen in Deutschland promovieren

Große Bereitschaft zum Deutschlernen



Wirtschaftswachstum mit ungleicher Verteilung

Indonesien ist ein selbstbewusstes Land geworden. „Jetzt können wir dem Internationalen Währungsfonds einen Kredit gewähren“ – so Finanzminister Agus Martowardojo im Juni 2012 in der Wirtschaftszeitung „The President Post“. Indonesien war schon immer ein rohstoffreiches Land. Insbesondere der Verkauf größtenteils unverarbeiteter Bodenschätze wie Erdöl, Palmöl und Kautschuk macht das Inselreich zur größten Volkswirtschaft Südostasiens. Bis 2030, so das ehrgeizige Entwicklungsziel, will Indonesien zur siebtgrößten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen. Doch legt man den Human Development Index zugrunde, ist es derzeit eines der ärmsten Länder der Welt. Gemessen an der Region ist die Entwicklung in den Bereichen Gesundheit, Ausbildung und Einkommen unterdurchschnittlich. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen fünf Jahren immer weiter auseinandergegangen. Das Pro-Kopf-Einkommen gehört mit umgerechnet 3.500 US-Dollar zu den niedrigsten in Südostasien.

Und dennoch: Nach Angaben der Weltbank verzeichnete Indonesien im ersten Halbjahr 2012 Wachstumsraten von voraussichtlich 6 Prozent bei einem Bruttoinlandprodukt (BIP) von knapp 850 Mrd. US-Dollar. Auch die Direktinvestitionen aus dem Ausland sind deutlich gestiegen. Singapur zum Beispiel investierte laut „Jakarta Post“ vom Juni 2012 mit 1,2 Mrd. US-Dollar im ersten Quartal 2012 mehr denn je in sein Nachbarland. Die Steigerungsraten sind aber in erster Linie der Inlandsnachfrage geschuldet; diese macht etwa 60 bis 70 Prozent

Obwohl Indonesien viele Rohstoffe besitzt, gehört es zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten fünf Jahren noch weiter auseinandergegangen.

WENIGER STAATSSCHULDEN – MANGELNDE INVESTITIONEN

Das alte Regime hatte im Jahr 1998 die Staatsverschuldung auf 130 Prozent der Wirtschaftsleistung hochgetrieben. Heute hat die Regierung sie unter 30 Prozent gesenkt. Aber längst überfällige Investitionen in die Infrastruktur von Häfen und Straßen sowie die Sicherung der Strom- und Wasserversorgung lassen auf sich warten. Die Regierung investiert auch zu wenig in öffentliche Verkehrssysteme – das Verhältnis von öffentlichen Verkehrsmitteln zu privaten beträgt 2:98. Gleichwohl hat die Regierung durch ein beachtliches Konjunkturprogramm in Höhe von rund 7 Mrd. US-Dollar und mit Zinssenkungen der Zentralbank die Wirtschaft stabilisiert.



Die Istiqlal-Moschee in Jakarta ist die größte Moschee in Südostasien – mehr als 120.000 Gläubige finden hier Platz.

des BIP aus, während investitionsbedingtes Wachstum und Exporte aufgrund niedrigerer Rohstoffpreise und gesunkener Nachfrage geringer ausgefallen sind als im Vorjahr. Die Bilanz: Die starke Binnennachfrage und die hohen Rohstoffvorkommen treiben die Wirtschaft an, doch die ungleiche Verteilung der erwirtschafteten Gewinne sowie mangelnde Wertschöpfung und Infrastrukturinvestitionen könnten sie mittelfristig wieder einbrechen lassen.

Der im Februar 2011 verabschiedete „Masterplan zur Beschleunigung und Ausweitung des ökonomischen Aufbaus Indonesiens im Zeitraum 2011 bis 2025“ soll diesen Herausforderungen Rechnung tragen. Erschwert werden diese durch die sehr unterschiedlichen Bedingungen in den diversen Regionen des Landes: Indonesien ist das viertgrößte Land und der größte Archipel der Welt. Es umfasst mehr als 17.000 Inseln und 750 Sprachen.

Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft

Mehr Lehrer für bessere Schulbildung

Das größte Entwicklungspotenzial Indonesiens liegt vermutlich in seiner jungen Bevölkerung – doch diese muss in Zukunft besser ausgebildet werden. Die PISA-Studie hat indonesischen Schulkindern im Zeitraum 2000 bis 2009 zwar eine allmähliche Verbesserung der Lesefähigkeit attestiert, in allen anderen Fachbereichen stagnieren die Ergebnisse aber auf unterdurchschnittlichem Niveau. Deshalb hat die Regierung bereits im Jahr 2009 eine Erhöhung der Ausgaben für den Bildungssektor auf 20 Prozent des Staatshaushaltes beschlossen und umgesetzt. Ein Großteil dieser zusätzlichen Ausgaben ist in die Gehälter beziehungsweise die Einstellung von Lehrern geflossen. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis ist für Südostasien überdurchschnittlich günstig: Es beträgt nach Angaben der Weltbank im Grundschulbereich (Primarstufe, etwa vom 6. bis zum 12. Lebensjahr) im Schnitt 20:1 und in der allgemeinbildenden Juniorstufe der Sekundarschule (13. bis 15. Lebensjahr) 12:1. Die Zahl der Lehrkräfte steigt dabei stärker an als die der Schüler. Bei deren Leistungen lassen sich aber noch keine Qualitätsverbesserungen nachweisen.

Community Colleges für alle Bezirke im Land

Etwa die Hälfte der indonesischen Arbeitnehmer hat lediglich die Primarschule abgeschlossen; nur knapp 12 Prozent aller Sekundarschulabsolventen besuchten im Jahr 2011 im Anschluss an die Schule eine Universität. Nun sollen bis Ende 2015 mehr als 500 Community Colleges entstehen, um eine höhere Einschreibequote im tertiären Bildungssektor zu erreichen. Das neue Hochschulgesetz aus dem Jahr 2012 hat dafür die rechtliche Grundlage geschaffen. Eingebunden ist die Initiative in den Masterplan zur Förderung von sechs Entwicklungskorridoren in Indonesien, den sogenannten MP3EI. Jeder Bezirk, so die Planung, soll mindestens ein neues College dieser Art bekommen, in dem keine akademischen, sondern berufsbildende Diploma-Abschlüsse vergeben werden.

Qualifizierung der Hochschullehrer

Die Hochschulen des Landes bieten überwiegend Bachelor- und Masterkurse an. Nicht für alle Universitäten ist das Bildungsministerium zuständig. Für die konfessionell orientierten Universitäten ist zum Beispiel das Religionsministerium verantwortlich. Mehr als die Hälfte der Studierenden des Landes sind inzwischen an privaten Universitäten eingeschrieben, ähnlich wie bei den asiatischen Nachbarn in Korea, Japan und den Philippinen. Rund 600.000 Studierende sind an Universitäten eingeschrieben, die ein Fernstudium anbieten. Insgesamt ist der Hochschulsektor mit seinen 92 staatlichen Universitäten und 3.124 privaten Hochschulen sehr groß, aber nicht ausreichend entwickelt. Nur an 65 (oder 2 Prozent) dieser Universitäten werden Promotionsprogramme angeboten. Von den etwa 270.000 Hochschuldozenten im Land ist weniger als jeder zehnte promoviert (25.000 Dozenten); bis 2015 sollen es nach Angaben des Generaldirektoriums für



den Hochschulbereich (Directorate of Higher Education, DIKTI) 100.000 sein.

Das Hochschulministerium will dieser unbefriedigenden Bilanz sehr entschlossen mit einer Qualifizierungsoffensive entgegenwirken. So sollen zum Beispiel alle Hochschullehrer an den bedeutenden Universitäten in Zukunft promoviert sein. Außerdem sollen internationale Standards erreicht werden, indem die wissenschaftliche Qualität insgesamt verbessert wird.

Auch das im Dezember 2011 zwischen DAAD und DIKTI vereinbarte „Indonesian German Scholarship Program“ ist Teil dieser Qualitäts-offensive. Es vergibt Stipendien an möglichst viele Dozenten staatlicher Universitäten, damit sie in Deutschland promovieren können. Inzwischen wurden 44 Kandidaten ausgewählt. Zudem sollen sogenannte „Fast-Track“-Programme an sieben als besonders leistungsfähig eingestuft Universitäten außergewöhnlich begabten Studierenden ermöglichen, in fünf statt sechs Jahren ihren Masterabschluss und damit die Zulassung zur Promotion zu erhalten. Diese Programme werden an den folgenden Universitäten starten: an der Universitas Indonesia (UI) in Jakarta, der Universitas Gadjah Mada (UGM) in Yogyakarta, dem Institut Pertanian (IPB) in Bogor, dem Institut Teknologi in Bandung (ITB),

Bildungspotenzial: Fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung Indonesiens ist jünger als 25 Jahre, aber nur knapp 12 Prozent aller Sekundarschulabsolventen studieren.

Das indonesische Hochschulsystem ist mit 92 staatlichen Universitäten und 3.124 privaten Hochschulen sehr groß – es fehlt allerdings an Promotionsprogrammen und an Hochschuldozenten mit Doktorgrad.

DEUTSCHE LEKTOREN IN INDONESIA

„50 Jahre Deutschstudium in Indonesien“: So titelte die jüngste Ausgabe des Alumni-Magazins NADI, herausgegeben von Dr. Svann Langguth, dem Lektor zBv an der Außenstelle Jakarta. Die Jubiläums-Ausgabe berichtet über die langjährige und nachhaltige Zusammenarbeit, die deutsche Wissenschaftler aus den ehemaligen beiden deutschen Staaten mit indonesischen Germanisten gepflegt haben. Nachdem bereits 1961 an der Universitas Indonesia (UI) in Jakarta eine Deutschabteilung gegründet worden war, nahm der erste DAAD-Lektor zwei Jahre später dort seine Tätigkeit auf – ungeachtet der Hallstein-Doktrin. „Offiziell sollte ich den DDR-Lektor übersehen, denn er existierte ja theoretisch nicht“, schreibt er in seinen Erinnerungen in NADI. Das hinderte die beiden Kollegen aber nicht, hinter den Kulissen gemeinsam Curricula und Prüfungsordnungen zu entwickeln, die vorbildlich auch für andere Deutschabteilungen im Land waren. Inzwischen unterrichten an indonesischen Universitäten in Jakarta, Bandung und Yogyakarta vier Lektorinnen und Lektoren sowie eine Sprachassistentin Germanistik beziehungsweise Deutsch als Fremdsprache. Sie bilden neben ihren Lehraufträgen unter anderem Deutschdozenten an anderen Universitäten und Goethe-Instituten fort, informieren über den Studien- und Forschungsstandort Deutschland und nehmen in erheblichem Umfang Stipendienberatungen vor. Zudem haben die Lektorinnen an der UI in Jakarta und der Universitas Padjadjaran in Bandung zusammen mit Alumni und Kollegen auch 2012 wieder engagiert Kinderuniversitäten organisiert – mit Unterstützung des DAAD und unter dem Dach von JERIN, der Deutschland-in-Indonesien-Initiative.

der Universitas Brawijaya in Malang, der Universitas Diponegoro in Semarang und am Institut Teknologi in Surabaya (ITS).

Das neue Hochschulgesetz

Seit 2000 hat die Regierung sieben staatliche Universitäten schrittweise in eine weitgehende Autonomie entlassen: Die Universitas Indonesia, die Universitas Gadjadara, das Institut Pertanian Bogor, das Institut Teknologi Bandung, die Universitas Airlangga in Surabaya, die Universitas Sumatra Utara und die ehemalige Pädagogische Hochschule, die Universitas Pendidikan Indonesia in Bandung. Sie konnten über die Höhe der Studiengebühren, ihre Leitung, Zulassungsquoten und -modalitäten weitgehend selbst bestimmen. Der Autonomiestatus wird allerdings im Zuge der neuen Hochschulgesetzgebung 2013 wieder geändert, eine beachtliche Herausforderung für die Universitäten. Der

Charakter von Universitäten als öffentliche Dienstleister wird nun wieder stärker in den Vordergrund des Selbstverständnisses gerückt. Zukünftig werden die sieben „Autonomen“ sogenannte BLUs sein: Badan Layan Umum oder Public Service Institutions, also Einrichtungen im öffentlichen Dienst. Fast zwei Drittel (60 Prozent) ihrer Mittel werden aus Regierungstöpfen fließen, 38 Prozent aus Studien- und Aufnahmegebühren und 2 Prozent aus dritten Quellen. Während das Bildungsministerium wieder stärker die Finanzverwaltung der neuen BLUs reglementiert, gehen die betroffenen Hochschulen davon aus, dass sie die Freiheit, die sie in den vergangenen Jahren errungen haben, behalten dürfen – zumindest was die Verantwortung für Curricula und Personalentscheidungen sowie ihre Internationalisierungsstrategien angeht. Mindestens 60 Prozent ihrer Studierenden müssen die BLUs allerdings zukünftig über staatlich überwachte Eingangstests zulassen.

Internationale Forschungsk Kooperationen

Das neue Hochschulgesetz sieht auch vor, dass ausländische Universitäten nur in Partnerschaft mit inländischen Hochschulen gegründet werden dürfen. Die renommierten Universitäten haben ein großes Interesse an internationaler Zusammenarbeit. Die Regierung vergibt Stipendien zur Förderung von Doppelabschlussprogrammen; allerdings gibt es noch wenig englischsprachige Studiengänge.

Besonders wichtige Bereiche für die internationale Kooperation sind Meeresforschung, Bio- und Umweltechnologie, alternative Energien sowie Forschungen zu den Folgen des Klimawandels und zur Biodiversität – Gebiete, auf denen deutsche Hochschulen eine hohe Expertise haben. Im Herbst 2012 haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung und das indonesische Forschungsministerium ein Folgeabkommen zur gemeinsamen Meeres-

forschung unter dem Namen SPICE III unterzeichnet. Dieses Abkommen zielt auf indonesischer Seite in erster Linie auf außeruniversitäre Forschungsk Kooperation ab. Sind Synergien mit Universitäten möglich, nimmt diese nicht zuletzt die DAAD-Langzeitdozentin Dr. Karen von Juterzenka im Fach Meeresbiologie an der Agrarwissenschaftlichen Universität Bogor wahr. Die Dozentur entfaltet ihre Wirkung über den Standort Bogor hinaus, denn die Dozentin bildet regelmäßig junge Meereswissenschaftler aller Universitäten des Landes fort.

Auch die Fachlektorate Jura und Ökonomie an der Universitas Gadjah Mada in Yogyakarta und der Universitas Islam Negeri in Jakarta geben Projekten und Initiativen der bilateralen Zusammenarbeit wichtige Impulse über ihren Lehrauftrag hinaus. Wenn deutsche Institutionen in Yogyakarta Hochschulpartner suchen oder Hintergrundinformationen brauchen, ist die Expertise des landeskundigen Juristen Dr. Nils Wagenknecht vor Ort gefragt. Eine DAAD-Lektorin bemüht sich um Strukturverbesserungen und ausbaufähige Kooperationen mit der noch im Aufbau begriffenen Wirtschaftsfakultät der UIN. Auch in den Auswahlkommissionen des DAAD spielen die Lektoren und die Dozentin eine wichtige Rolle.

DAAD-Alumni stützen bilaterale Kooperation

Die indonesischen DAAD-Alumni spielen für die bilaterale Wissenschaftskooperation eine zentrale Rolle – vor allem jene, die seit 1990 mit DAAD-Stipendien in Deutschland promoviert haben, denn in diesem Jahr hat die Außenstelle Jakarta ihre Arbeit aufgenommen. Die Alumni sitzen in Entscheidungsgremien der Hochschulen und Ministerien und unterstützen die Außenstelle bei der Beratungsarbeit. Sie sind wichtige Vermittler von Kontakten zwischen deutschen und indonesischen Hochschulen sowie dem DAAD und

den politischen Entscheidungsträgern in Indonesien. Mit Hilfe der Alumni bauen viele Fachbereiche zudem zukunftsweisende Ausbildungs- und Internationalisierungsstrukturen auf. Um nur ein Beispiel zu nennen: Das Primatenforschungszentrum am Institut Pertanian in Bogor, ein eng mit der Universität Göttingen verflochtenes internationales Exzellenzcluster, verdankt seine Existenz dem Engagement ehemaliger Stipendiaten, die den Schritt von der Individualförderung zur Strukturentwicklung ihrer Universität an entscheidender Stelle mitgestaltet haben.

Mit Unterstützung des DAAD organisieren Ehemalige im ganzen Land fachwissenschaftliche, inzwischen oft interdisziplinär und international ausgerichtete Alumni-Seminare, zu denen sie mit Unterstützung des DAAD auch deutsche Dozenten der Region einladen.

Wenig Werbung deutscher Universitäten

Während die indonesisch-deutsche Zusammenarbeit in Forschung und Hochschulentwicklung eine relativ lange Tradition hat, wie die zahlreichen DAAD-Alumni in wichtigen Positionen an Universitäten und in Ministerien belegen, umwerben deutsche Universitäten die indonesischen Studierenden vergleichsweise wenig – auch wenn diese zahlungswillig sind und Interesse am Auslandsstudium haben. So hatten sich nur sieben deutsche Universitäten zur größten europäischen Rekrutierungsmesse im Land angemeldet, der European Higher Education Fair. Dabei ist Deutschland immer noch eines der wichtigsten Zielländer für indonesische Studierende, nach Australien, den USA, Malaysia und Japan. Die Zahl der indonesischen Studierenden in Deutschland verharrt laut „Wissenschaft weltoffen“ in den vergangenen Jahren bei konstant 2.400. >

Alumni sind wichtige Vermittler von Kontakten zwischen deutschen und indonesischen Hochschulen sowie dem DAAD und politischen Entscheidungsträgern in Indonesien.



Großes Interesse an Deutsch: DAAD-Informationsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer an sogenannten PASCH-Schulen – PASCH steht für die Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“. Sie vernetzt weltweit rund 1.500 Schulen, an denen Deutsch einen besonders hohen Stellenwert hat (oben).

Neuer Sitz der DAAD-Außenstelle in Summitas II (unten).



Deutschlandmarketing DAAD in Jakarta

Um den Studien- und Forschungsstandort Deutschland bekannter zu machen, wird die DAAD-Außenstelle 2013 weitere Informations- und Werbeangebote entwickeln. Dies gelingt in dem großen Inselstaat vor allem über webgestützte Formate. Diese wird die Außenstelle nutzen, um zielgruppenspezifisch zu werben und zu informieren; angesichts der Heterogenität der Ausbildungsniveaus innerhalb der Hochschullandschaft ist dies besonders wichtig. Zu diesem Zweck hat die Außenstelle im Jahr 2012 soziale Medien und Webinare entwickelt, die 2013 zum Einsatz kommen werden. So will sie die jungen Leute im ganzen Land erreichen, für die das Studium im Ausland eine Option ist, weil sie es sich leisten können. Deren Zahl steigt – das belegen aktuelle Zahlen. Laut McKinsey wachsen mit Ausnahme von China und Indien in keinem Land der Welt mehr kaufkräftige Konsumenten heran als in Indonesien.

Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Individualstipendien stets hoch, genau wie die grundsätzliche Bereitschaft, Deutsch zu lernen. Dagegen

scheitern die Bewerberinnen und Bewerber insbesondere für Graduiertenstipendien allerdings nicht selten schon an den erforderlichen Englischkenntnissen.

Im Dezember 2012 führten die Außenstelle und das indonesische Bildungsministerium in einer bilateral zusammengesetzten Fachkommission wieder die Auswahl für die Jahresstipendien 2013/14 durch. Die erfolgreichen Kandidaten werden vor Stipendienantritt an Deutschkursen in Jakarta und Deutschland teilnehmen und erhalten von der Außenstelle ein interkulturelles Training.

Das „DAAD-Aceh Scholarship of Excellence Programme“ wurde 2012 auf Wunsch der Provinzregierung verlängert. In den Jahren 2009 bis 2012 sind im Rahmen dieses Programms insgesamt 91 Graduierte für ein Studium in Deutschland gefördert worden.

Erfreulich ist auch die Bewerberlage und Erfolgsbilanz im Bereich des regional beziehungsweise international angelegten Fortbildungsprogramms für Hochschulmanager, das sogenannte DIES-Programm (Dialogue on Innovative Higher Education Strategies). Es bietet Kurse für Dekane und andere Entscheidungsträger an Universitäten. Aus der höheren indonesischen Verwaltungsebene haben inzwischen mehr als 100 Personen an DIES-Kursen teilgenommen. Sie haben einen eigenen Alumni-Verein gegründet und planen derzeit, mit Unterstützung des Directorate of Higher Education auf nationaler Ebene ein indonesien-spezifisches Fortbildungsangebot nach DAAD-Vorbild zu entwickeln. <<

Tabelle 14 : Statistischer Überblick Indonesien 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	1,9 Mio. km ²
Ausdehnung	
West / Ost	5.100 km
Nord / Süd	1.900 km
Bevölkerungszahl	280 Mio.
Frauen	140 Mio.
Männer	140 Mio.
Bevölkerungsdichte (auf ausgewählten Inseln)	
Java	1.055 Einw./km ²
Bali und Ost Nusa Tenggara	179 Einw./km ²
Sumatra	105 Einw./km ²
Sulawesi	92 Einw./km ²
Kalimantan	25 Einw./km ²
Molukken und Papua	12 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	1,03 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP *	1.100 Mrd.
BIP pro Kopf *	4.700
Anteil am globalen BIP	1,38 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 108
Wirtschaftswachstum	6,5 %
Inflation	5,4 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben *	29 Mrd.
Anzahl der Hochschulen gesamt¹	3.216
staatlich	92
privat	3.124
Hochschultypen	
Universität	466
Hochschule (Institut & Sekolah Tinggi)	1.406
Fachschule (Akademien, Polytechnika)	1.233
Anzahl Hochschullehrer	k. A.
davon ordentliche Professoren	4.040
Eingeschriebene Studierende 2010	ca. 3,2 Mio.
an staatlichen Institutionen ²	ca. 0,9 Mio.
an privaten Institutionen ²	ca. 2,3 Mio.
Frauenanteil unter den Studierenden	ca. 50 %
Anteil ausländischer Studierender	ca. 0,1 %
Studierende der Wirtschaftswissenschaften	457.104
Studierende der Ingenieurwissenschaften	251.568
Studierende der Geisteswissenschaften	810.446
Studierende der Naturwissenschaften	528.213
Doktoranden	8.658

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Abschlüsse 2009/10	
D1, D2, D3, D4 ³	174.967
Bachelor	434.551
Master	43.729
Doktor	1.765
Studiengebühren / Studiensemester *	
an staatlichen Institutionen	500–10.000 ⁴
an privaten Institutionen	3.000–50.000 ⁴
Ausländische Studierende gesamt	6.437
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	34.067
davon in Deutschland (lt. Statist. Bundesamt)	2.435

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende ⁵	
1. Australien	10.135
2. Malaysia	8.604
3. USA	6.882
4. Japan	1.974
5. Deutschland	1.676

* Angaben in US-Dollar

- 1 ohne islamische HEI
- 2 nur grundständige Studiengänge
- 3 berufsbildende Abschlüsse unter Bachelorlevel
- 4 Kosten sehr unterschiedlich. Im Bachelorstudium oft zzgl. Aufnahme-, Prüfungsgebühren; postgraduales Studium teurer
- 5 nach dem „Global Education Digest 2011“

Quellen:

- Departmen Pendidikan Nasional, Direktorat Jenderal Pendidikan Tinggi: Tabel Rekapitulasi (Statistische Daten des indonesischen Bildungsministeriums, Abteilung Hochschulen)
 - ▶ <http://evaluasi.or.id>
- Global Education Digest 2012: „Opportunities lost: The impact of grade repetition and early school leaving“
 - ▶ <http://www.unesco.org>
- CIA – The World Factbook
 - ▶ <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>
- Indonesian Statistical Agency catalogue
 - ▶ http://dds.bps.go.id/download_file/IP_Mei_2012.pdf
- Indonesian Ministry of Education, Education Statistics
 - ▶ [www.psp.kemdiknas.go.id/uploads/Statistik Pendidikan/0910/index_pt\(1\)_0910.pdf](http://www.psp.kemdiknas.go.id/uploads/Statistik Pendidikan/0910/index_pt(1)_0910.pdf)
 - ▶ <http://www.uph.edu/prospective-students.html>

**Tabelle 15 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Indonesien**

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	66
	A	258
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	43
	A	32
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	10
	A	212
davon Doktoranden	D	5
	A	98
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	13
	A	14
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	9
	A	29
1–6 Monate	D	39
	A	13
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	18
	A	216
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	2
	A	81
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	77
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	9
Lektoren	D	7
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	3
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	14
Praktikanten	D	45
	A	13
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	12
II. Projektförderung – gesamt	D	190
	A	463
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	111
	A	131
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	48
	A	187
davon Doktoranden	D	4
	A	62
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	31
	A	145
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	94
	A	394
1–6 Monate	D	96
	A	52
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	
	A	17
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	131
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	3
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	48
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	256
	A	721
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		977

Neu Delhi

Stagnierender Reformprozess – boomender Hochschulsektor



Christine Schlottmann leitet die Außenstelle Neu Delhi seit 2008. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1960 und hat zurzeit elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Präsidentenwahlen und Kabinettsumbildung

Die Amtszeit von Staatspräsidentin Pratibha Patil ging im Juli 2012 zu Ende. Im Vorfeld der Präsidentenwahlen entbrannte zwischen den Parteien – auch innerhalb der von der Kongresspartei geführten Regierungskoalition United Progressive Alliance (UPA) – eine heftige Diskussion über die Kandidaten. Schließlich nominierte die Kongresspartei den bisherigen Finanzminister Pranab Mukherjee, während sich die größte Oppositionspartei Bharatiya Janata Party (BJP) für den früheren Parlamentssprecher Purno Agitok Sangma entschied. Bei der Wahl am 19. Juli 2012 wurde Pranab Mukherjee mit 68 Prozent der Stimmen des Wahlmännnergremiums zum 13. Staatspräsidenten Indiens gewählt.

Ende Oktober wurde das Kabinett umgebildet. Neuer Bildungsminister ist Pallam Raju, der bisherige Staatsminister im Verteidigungsministerium. Kapil Sibal, der bis dato sowohl das

Bildungs- als auch das Telekommunikationsministerium geleitet hatte, behielt das Telekommunikationsressort. Der bisherige Ölminister Jaipal Reddy übernahm das Ministerium für Wissenschaft und Technologie.

Neuer Korruptionsskandal

Nicht nur die Präsidentenwahlen und die Kabinettsumbildung prägten das vergangene Jahr, sondern auch ein heftiger Skandal. Die Regierung unter Manmohan Singh war noch angeschlagen von der letzten großen Korruptionsaffäre, die den Staat durch die unrechtmäßige Vergabe von Mobilfunklizenzen um 34 Mrd. Dollar gebracht haben soll. Da gab es im Frühjahr 2012 bereits neue Korruptionsvorwürfe. Die „Times of India“ veröffentlichte Auszüge aus einem geheimen Bericht des indischen Rechnungshofes, dem zufolge die Regierung zwischen 2004 und 2009 Bergbaurechte an 155 Kohleminen ohne öffentliche Ausschreibung vergeben hatte. Dadurch sollen dem Fiskus 207 Mrd. US-Dollar verloren gegangen sein. >

Anti-Korruptions-Aktivist Arvind Kejriwal gründet im November 2012 die Aam Aadmi Partei (AAP) – die „Partei des kleinen Mannes“ (rechts).

Drittgrößter Hochschulmarkt
Master und PhD in Deutschland attraktiv
Stagnierende Hochschulreform
Deutschlandjahr ist Besuchermagnet
Eklatanter Dozentenmangel



www.aamaadmip...



AamAadmiPar...

मुझे चाहिए

मुझे चाहिए जनसंघ

Nachdem der Artikel über den „Coalgate Scam“ erschienen war, kam es zu tumultartigen Szenen im Parlament. Die Opposition verlangte die sofortige Vorlage des Rechnungshofberichts und forderte Premierminister Singh, der zwischen 2004 und 2009 zeitweise auch das Amt des Kohleministers innegehabt hatte, umgehend zum Rücktritt auf.

Der Bericht wurde dem Parlament schließlich im August offiziell vorgelegt. Die Opposition hielt an ihrer Forderung fest, dass Premierminister Singh umgehend zurücktreten sollte. Außerdem sollten die vergebenen Kohleabbau-lizenzen annulliert werden. Da die Regierung nicht einlenkte, sprengte die Opposition 13 der 19 Sitzungstage.

Massenproteste nach Wirtschaftsreformen

Das Wirtschaftswachstum ging 2012 erneut zurück. In der ersten Hälfte des Haushaltsjahres 2012/13 (April bis September) wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 5,4 Prozent. Für das gesamte Haushaltsjahr 2012/13 wird derzeit ein Wachstum von 5,7 bis 5,9 Prozent prognostiziert. Das wäre das niedrigste Wachstum seit zehn Jahren.

Besondere Sorge bereitet nach wie vor die anhaltend hohe Inflation. Sie lag bei den Verbraucherpreisen im November 2012 noch immer bei 9,9 Prozent.

Unter dem wachsenden Druck der Wirtschaftskrise leitete die Regierung im September erste Reformen ein. Zentral dabei war die Zulassung ausländischer Direktinvestitionen (FDI) im Multi-Marken-Einzelhandel und somit die Öffnung des indischen Marktes für internationale Supermarkt- und Kaufhausketten.

Wirtschaftsexperten und Unternehmer begrüßten die Reform als längst fällige Maßnahme zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die Oppositionsparteien hingegen wie auch der wichtigste Bündnispartner der Kongresspartei in der Regierungskoalition, die Trinamool Partei, forderten die sofortige Rücknahme der Entscheidung und riefen zu landesweiten Protestaktionen und Streiks auf. Mehr als 50 Millionen Menschen sollen ihrem Aufruf gefolgt sein.

Als die Regierung nicht nachgab, trat die Trinamool Partei Ende September aus der Regierungskoalition aus. Dadurch verlor die von der Kongresspartei angeführte Koalition ihre Mehrheit im Parlament und ist seitdem auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen.

Das Parlament muss nach indischem Recht die Entscheidung der Regierung, ausländische Direktinvestitionen im Einzelhandel zuzulassen, nicht billigen. Dennoch stimmte die Regierung nach erneuter Blockade des Parlamentes durch die Opposition im Dezember einer Abstimmung zu. Durch die Unterstützung von zwei Parteien, die nicht der Regierungskoalition angehören, gewann sie die Abstimmung sowohl im Unter- als auch im Oberhaus.

1991 hatte Premierminister Manmohan Singh mit den Reformen, die er als Finanzminister initiiert hatte, den Grundstein für das indische Wirtschaftswunder gelegt. Jetzt kündigte er weitere Reformen an.

Spaltung der Antikorruptionsbewegung

Die „India Against Corruption“-Bewegung unter Führung von Anna Hazare, die 2011 die Regierung schwer unter Druck und das Parlament quasi außer Funktion gesetzt hatte, ist

India's Growth Rates in GDP

2004–2005 Prices

Factor Cost

2005/06	9.5
2006/07	9.7
2007/08	9.2
2008/09	6.7
2009/10	8.4
2010/11	8.4
2011/12	6.5
2012/13	(est.) 5.7–5.9

Quelle: Ministry of Finance, Mid Year Economic Analysis 2012/13

bis Juli nur selten öffentlich in Erscheinung getreten. Ihre erste und zugleich letzte größere Aktion startete sie am 25. Juli 2012 in Delhi: an dem Tag, als Pranab Mukherjee zum neuen Staatspräsidenten vereidigt wurde.

Das gesamte Anna-Hazare-Team trat an diesem Tag in einen unbefristeten Hungerstreik. Die Mitglieder forderten ein starkes Antikorruptionsgesetz und eine Untersuchung ihrer Korruptionsbeschuldigungen gegen 14 Minister des Kabinetts. Anders als im Vorjahr ignorierte die Regierung die Aktion. Auch auf Seiten der Bevölkerung, die im August 2011 noch in Massen für die Antikorruptionsbewegung auf die Straße gegangen war, war die Resonanz gering, und das Anna-Hazare-Team brach den Hungerstreik nach wenigen Tagen ab.

Im Herbst 2012 spaltete sich die Bewegung. Arvind Kejriwal, bis dahin einer der wichtigsten Akteure, verließ die Gruppe und gründete eine eigene Partei. In mehreren Pressekonferenzen beschuldigte er namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft verschiedener Korruptionsdelikte. Unter ihnen waren auch Robert Varda, der Schwiegersohn von Sonia Gandhi, und Salman Khurshid, der frühere Justiz- und aktuelle Außenminister.

Kejriwal fand damit zunächst große Aufmerksamkeit bei den Medien und in der Öffentlichkeit. Aber nachdem von seiner Seite auf die Enthüllungen nichts weiter folgte, verebbte das öffentliche Interesse.

Anna Hazare hatte Kejriwal zunächst seine Unterstützung im Wahlkampf für die Parlamentswahlen 2014 zugesagt. Im Dezember 2012 distanzierte er sich aber von ihm mit der Begründung, dass er seinen politischen Machthunger nicht länger mittragen könne. Hazare formiert sein Team neu und kündigte indienweite Aktionen ab Januar 2013 an.

DEUTSCHES WISSENSCHAFTS- UND INNOVATIONSHAUS



Ende Oktober 2012 wurde das Deutsche Wissenschafts- und Innovationshaus (DWIH) Neu Delhi mit einer eintägigen Veranstaltung feierlich eröffnet. Es ist das fünfte seiner Art neben Einrichtungen in New York, São Paulo, Moskau und Tokio. Mitglieder des DWIH-Konsortiums in Neu Delhi sind neben dem DAAD die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Max-Planck-Gesellschaft (MPG), die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), das Forschungszentrum Jülich, die FU Berlin, die Universität Göttingen, die Universität Heidelberg, die Universität Köln, die RWTH Aachen, die TU München, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Deutsch-Indische Handelskammer. Die Konsortialführung liegt bei der DFG. Das DWIH Neu Delhi ist vorübergehend im Gebäude der Deutsch-Indischen Handelskammer untergebracht.

An der Eröffnungsveranstaltung nahmen Vertreter aller DWIH-Mitgliedsinstitutionen teil. Der Vormittag des Veranstaltungstages war der feierlichen Eröffnung gewidmet, bei der unter anderem Emily Haber, Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, und Thirumalachari Ramasami, Staatssekretär im Ministry of Science and Technology, Grußworte sprachen. Am Nachmittag präsentierten indische Nachwuchswissenschaftler beim „Indo-German Grand Science Slam“ ihre Forschungsprojekte und wetteiferten um die Gunst der Fachjury und des Publikums. Alle drei Gewinner waren DAAD-Alumni.

Gemeinsamer Auftritt von Wissenschaft und Wirtschaft in Indien: Vertreter der 14 Partnerorganisationen eröffnen das DWIH am 27. Oktober 2012.

Hochschulsektor weiter auf Expansionskurs

Der indische Hochschulmarkt ist der drittgrößte der Welt. Auch im akademischen Jahr 2011/12 ist er weiter gewachsen. Die neuesten Zahlen sind beeindruckend: Es gibt 659 Universitäten, 33.023 Colleges, 25,9 Millionen Studierende, und die Gross Enrolment Ratio (GER) >

liegt bei 17,9 Prozent. Die Geschichte der letzten vier Jahrzehnte stellt sich quantitativ als ein Erfolg dar.

Wesentlichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hat der Privatsektor. Die Zahl der privaten Hochschulen ist deutlich schneller gewachsen als die Zahl der staatlichen. 2012 machte der Anteil der privaten Hochschulen bereits 63,9 Prozent aus mit einem Anteil von 58,9 Prozent Studierenden.

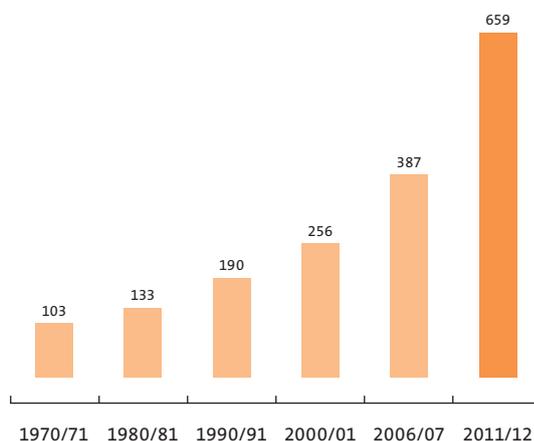
Dabei herrscht an allen Hochschulen ein eklatanter Mangel an Dozenten: Während sich die Zahl der Studierenden in den letzten 30 Jahren versechsfacht hat, wuchs die Zahl der Lehrenden im gleichen Zeitraum nur um das Vierfache. Landesweit sind nur 30 bis 40 Prozent der Stellen besetzt. Insbesondere an den privaten, aber auch an den staatlichen Hochschulen lässt die wissenschaftliche Qualifikation der Lehrenden zum Teil stark zu wünschen übrig. Zugleich ist die Zahl der Doktoranden rückläufig. 2006/07 schlossen etwa 20.000 Inder ihre Promotion erfolgreich ab. 2009/10 waren es noch 11.000. Zum Vergleich: In Deutschland sind es jährlich etwa 25.000.

Um mit der demografischen Entwicklung auch nur annähernd Schritt halten zu können, muss der Hochschulsektor auch in den nächsten Jahren weiter massiv ausgebaut werden. Der zwölfte Fünfjahresplan (2012 bis 2017) sieht vor, die Zahl der Studierenden um 10 Millionen auf 35,9 Millionen und die GER auf 25,2 Prozent zu erhöhen. Bis 2020 soll eine GER von 30 Prozent erreicht werden. Die Herausforderungen sind immens: Neben der Finanzierung ist es vor allem der Balanceakt zwischen Quantität und Qualität, zwischen Expansion und Exzellenz, der bewältigt werden muss.

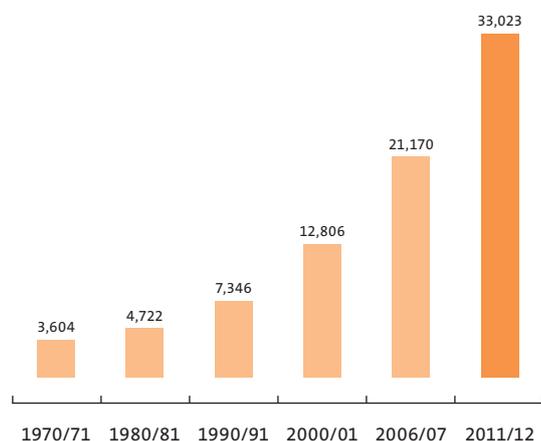
Der zwölfte Fünfjahresplan soll Strategien und Maßnahmen aufzeigen, mit denen die drei großen „E“ der indischen Hochschulpolitik – „Expansion“, „Excellence“ und „Equity“ – in den nächsten Jahren realisiert werden sollen, so Ernst & Young in ihrer jüngst veröffentlichten Studie „Higher Education in India: Twelfth Five Year Plan (2012–2017) and beyond“. Der Fünfjahresplan selbst war bis Dezember 2012 noch nicht öffentlich zugänglich. ➤

Der indische Hochschulmarkt ist der drittgrößte der Welt: Nach neuesten Zahlen gibt es 659 Universitäten, 33.023 Colleges, 25,9 Millionen Studierende, und die Gross Enrolment Ratio (GER) liegt bei 17,9 Prozent. Dabei herrscht ein eklatanter Mangel an Lehrenden. Landesweit sind nur 30 bis 40 Prozent der Stellen besetzt.

Number of universities
CAGR: 4.6%



Number of colleges
CAGR: 5.6%



Zentrum für Nachhaltigkeit

Im Februar 2012 fand am Indo-German Center for Sustainability (IGCS) am Indian Institute of Technology (IIT) Madras die erste IGCS „Winter School“ statt. Im Juli folgte die „Summer School“ an der TU Berlin. Partner auf deutscher Seite sind die RWTH Aachen, die TU München, die TU Berlin, die Universität Stuttgart und die Universität Kiel. Die Konsortialführung liegt bei der RWTH Aachen. Das IGCS wird vom DAAD gefördert aus Mitteln der Initiative „A New Passage to India“, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert.

Die „Winter School“ in Chennai hatte den Titel „Meeting the Challenges of Sustainability in a Socio-Economically Dynamic

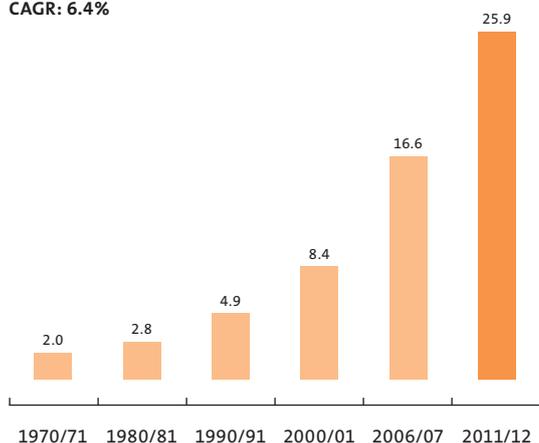
Region of South India“. „Meeting the Challenges of Advanced Systems for the Future“ hieß es im Sommer in Berlin. Bei beiden Veranstaltungen waren die am IGCS tätigen deutschen Dozenten, Professoren des IIT Madras und deutscher Partnerhochschulen sowie externe Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik dabei. Teilnehmer waren jeweils Studierende aus Indien und aus Deutschland. Das Feedback war sehr positiv. Die nächste IGCS Winter School ist für Februar 2013 in Chennai geplant.

Mehr Informationen zu diesen Veranstaltungen sowie zu allen andern Aktivitäten sind auf der Internetseite zu finden: www.igcs-chennai.org.

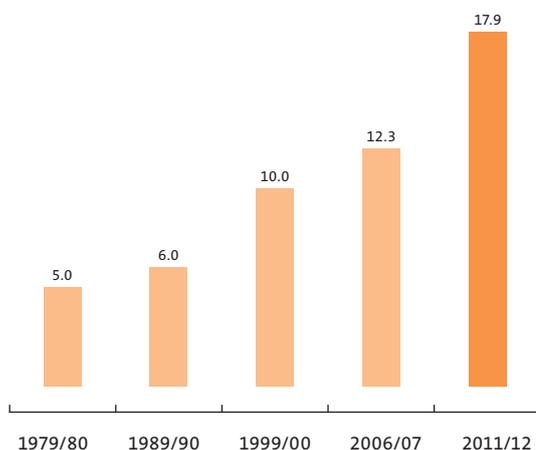


Studentischer Austausch bei Sommer- und Winterschulen des Indo-German Center for Sustainability (IGCS): am IIT Madras im Februar 2012 (oben) und an der TU Berlin im Juli 2012 (unten).

Student enrolment in higher education (million)
CAGR: 6.4%



GER in higher education (%)
CAGR: 4.0%



Quelle: Ernst & Young / FICCI, Higher Education in India: Twelfth Five Year Plan (2012–2017) and beyond, November 2012



Premiere für das Indisch-Deutsche Fest in Neu Delhi: Blick von oben auf die beleuchteten Pavillions (oben) und Besuch des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Peter Ramsauer (2. v. r.) am Stand des DWIH.



Reformen in der Warteschleife

Der frühere Bildungsminister Kapil Sibal initiierte zu Beginn seiner Amtszeit im Juni 2009 mit Vehemenz einen Reformprozess, der aber weiterhin keine Fortschritte macht. Noch immer haben zahlreiche Gesetze für den Hochschulbereich das Parlament nicht passiert. Darunter sind:

- die „Foreign Educational Institutions (Regulation of Entry and Operations) Bill“ – sie soll den indischen Bildungsmarkt für ausländische Hochschulen öffnen;
- die „Universities for Research and Innovation Bill“ – sie soll ein neues Hochschulformat schaffen mit thematisch fokussierten, interdisziplinär ausgerichteten Forschungsuniversitäten;
- die „National Accreditation Regulatory Authority Bill“ – sie soll eine Akkreditierungspflicht für alle Hochschulen einführen und eine unabhängige Akkreditierungsbehörde etablieren;

- die „National Commission for Higher Education and Research (NCHER) Bill“ – mit ihr soll eine neue autonome Aufsichtsbehörde für Hochschule und Forschung gegründet werden; sie soll die diversen derzeit bestehenden Behörden, darunter die University Grants Commission (UGC) und den All India Council for Technical Education (AICTE), ersetzen.

Alle genannten Reforminitiativen stoßen nicht nur bei der Opposition, sondern zunehmend auch bei Vertretern der Regierungskoalition auf heftige Kritik. Es ist deshalb nicht davon auszugehen, dass diese Gesetze das Parlament in den nächsten Monaten passieren werden.

Deutschlandjahr in Indien

Im Mai 2011 eröffnete Bundeskanzlerin Angela Merkel das Deutschlandjahr in Indien. Anlass war das 60-jährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. 2012 ging das Deutschlandjahr in die zweite Runde. Im April wurde in Mumbai die Premiere der „Indo-German Urban Mela“ (Mela heißt Fest oder Messe) gefeiert, die das Flaggschiff des Deutschlandjahres ist. In 16 Pavillions, die der Architekt Markus Heinsdorff entworfen hat, präsentierten sich deutsche Unternehmen, Hochschulen, Wissenschaftsorganisationen, Künstler und Musiker dem indischen Publikum.

Die „Indo-German Mela“ machte nach Mumbai jeweils für zehn Tage Station in Bangalore, Chennai und Neu Delhi und zum Abschluss des Deutschlandjahres in Pune – mit mehr als 500.000 Besuchern. Der DAAD war bei allen Melas an dem Gemeinschaftsstand des DWIH im Pavillon des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vertreten. Auf der Mela in Neu Delhi führte die Außenstelle eine halbtägige Informationsveranstaltung durch, die bei Studierenden und Eltern großen Anklang fand: „Rediscover Germany – Higher Education and Beyond“.

Immer mehr indische Studierende in Deutschland

Die Zahl der indischen Studierenden in Deutschland ist im Wintersemester 2011/12 gegenüber dem Jahr zuvor erneut gestiegen: um 19 Prozent auf knapp 6.000. Damit hat sich ihre Zahl seit 2008/09 um insgesamt 70 Prozent erhöht. Unter den Zielländern nimmt Deutschland hinter den englischsprachigen Ländern USA, Großbritannien, Australien, Kanada und Neuseeland den sechsten Platz ein.

Die Mehrheit der indischen Studierenden kommt zu einem Masterstudium nach Deutschland. Im Wintersemester 2011/12 waren es 3.709. Nur 297 nahmen ein Bachelorstudium auf. Die Zahl der indischen Doktoranden lag bei 1.513, das waren etwa ein Viertel aller indischen Studierenden.

Bei den Herkunftsländern aller ausländischen Studierenden in Deutschland hat sich Indien 2011/12 gegenüber dem Vorjahr von Platz 15 auf 11 vorgeschoben. Unter den ausländischen Masterstudierenden und den Doktoranden

DEUTSCHE MESSE FÜR INDISCHE STUDIERENDE

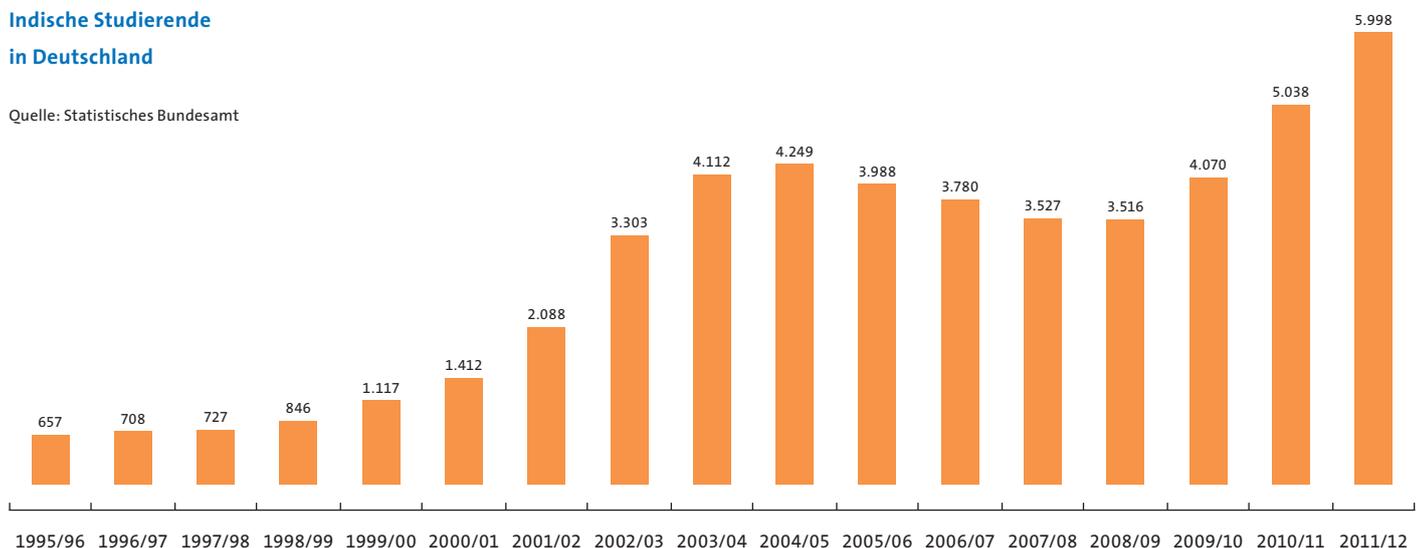


Vom 18. bis 26. Februar 2012 fand im Rahmen des Deutschlandjahres die „German Study & Research Expo India 2012“ in Neu Delhi, Hyderabad und Chennai statt. 50 Vertreter von

18 deutschen Hochschulen und Forschungsinstitutionen nahmen an der Messe teil. Es war die erste Messe in Indien, die primär auf die Rekrutierung von Masterstudierenden und Doktoranden zielte. Es kamen mehr als 4.000 Studierende, mehr als 90 Prozent interessierten sich für ein Master- oder PhD-Studium. Die Zielgruppe wurde also erreicht, was unter anderem auf die fokussierte Werbung im Vorfeld der Messe zurückzuführen ist. Dabei hatten die bei indischen Studierenden sehr beliebten sozialen Medien eine große Rolle gespielt. Auch das Webinar-Tool konnte erfolgreich zur Bewerbung der Veranstaltung eingesetzt werden. Die Außenstelle nutzte ihre Facebook-Seite und das Webinar-Tool auch nach der Messe intensiv und erfolgreich für Marketingzwecke. Sie bietet allen interessierten Hochschulen an, ihre Master- und Doktorandenprogramme mit zielgruppenspezifischen Webinaren aktiv zu bewerben.

Indische Studierende in Deutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt



Neue Richtlinien für Doppelabschlussprogramme

Die „Foreign Educational Institutions (Regulation of Entry and Operations) Bill“ soll den indischen Bildungsmarkt für ausländische Hochschulen öffnen. Da sie bereits seit Mai 2010 im Parlament anhängig ist und kaum Chancen hat, zeitnah verabschiedet zu werden, forderte der frühere Bildungsminister Kapil Sibal die University Grants Commission (UGC) auf zu prüfen, ob es nicht im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung möglich sei, ausländische Hochschulen in Indien zuzulassen. Die UGC lehnte mit der Begründung ab, dass sie nicht in das laufende Gesetzgebungsverfahren eingreifen könne und wolle.

Stattdessen beschloss sie, Richtlinien für Doppelabschlussprogramme mit ausländischen Universitäten zu erlassen („Promotion and Maintenance

of Standards of Academic Collaboration between Indian and Foreign Universities“). Sie waren bisher offiziell nur im Bereich der sogenannten Technical Education (Ingenieurwissenschaften und Management) möglich, für die der All India Council for Technical Education (AICTE) die Aufsichtsbehörde ist.

Aufgrund der neuen UGC-Richtlinien sollen nun Doppelabschlüsse auch in allen anderen nicht-technischen Fachbereichen möglich sein. Die Richtlinien selbst wurden noch nicht veröffentlicht, Informationen dazu konnten bisher nur der Presse entnommen werden.

Diesen zufolge dürfen indische Hochschulen Doppelabschlussprogramme nur mit ausländischen Hochschulen abschließen, die im Times Higher Education World University Ranking oder im Shanghai-Ranking unter den 500 besten geführt werden.

Umgekehrt dürfen nur die indischen Hochschulen, die vom National Assessment and Accreditation Council (NAAC) mit der höchstmöglichen Bewertung ausgezeichnet worden sind, Doppelabschlussprogramme mit ausländischen Hochschulen vereinbaren. Alle Vereinbarungen müssen vorab von der UGC genehmigt werden. Falls bereits Vereinbarungen bestehen, muss die Genehmigung nachträglich beantragt werden.

Kaum hatte die Presse im Juni über diese neuen Richtlinien berichtet, hagelte es im In- und Ausland heftige Proteste. Insbesondere das Ranking-Kriterium stieß auf scharfe Kritik. Die Proteste veranlassten die UGC schließlich dazu, die Richtlinien noch einmal zu überarbeiten. Die überarbeitete Fassung soll Anfang 2013 bekannt gegeben werden.

Die Mehrheit der indischen Studierenden kommt zu einem Masterstudium nach Deutschland. Die Frage der Berufsperspektive und der Bleibemöglichkeit im Gastland spielen bei der Wahl des Studienlands eine zentrale Rolle. Entsprechend positiv nahmen indische Studierende die neuen arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen im Kontext der Blue Card auf.

hingegen liegt Indien bereits seit einigen Jahren hinter China auf dem zweiten Platz.

Deutschland ist also für indische Studierende vor allem für ein Master- oder ein Promotionsstudium, kaum aber für ein Bachelorstudium attraktiv. Die Gründe liegen auf der Hand: Sprache und Hochschulzulassungsbedingungen sind deutliche Wettbewerbsnachteile gegenüber englischsprachigen Ländern. Allerdings liegt selbst in den USA oder in Großbritannien der Anteil der Bachelorstudenten unter den indischen Studierenden nur bei 13 beziehungsweise 18 Prozent.

Bei der Wahl des Studienlandes spielt für indische Studierende die Frage der Berufsperspektive und der Bleibemöglichkeit im

Gastland eine zentrale Rolle. Entsprechend positiv nahmen indische Studierende die neuen arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen im Kontext der Blue Card auf. Bereits heute ist deutlich erkennbar, dass der Studienstandort Deutschland durch die neue Gesetzgebung für indische Studierende sehr viel attraktiver geworden ist. <<

Tabelle 16 : Statistischer Überblick Indien 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	3.287.263 km ²
Bevölkerungszahl	1,22 Mrd.
Frauen	628 Mio.
Männer	591 Mio.
Bevölkerungsdichte	382 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	1,34 %
Urbanisierungsgrad	31,16 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP 2011 *	1.848 Mrd.
BIP pro Kopf 2011 *	1.410
Anteil am globalen BIP 2011	2,98 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 110
Wirtschaftswachstum 2011	6,8 %
Inflation 2011	7,9 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2012/13 *	ca. 12,5 Mrd.
Hochschul-Etat *	ca. 3 Mrd.
Hochschultypen	
Universitäten (staatlich und privat)	
Colleges (staatlich und privat)	
Anzahl der Hochschulen gesamt 2011/12	
Universitäten	659
Colleges	33.023
Anteil privater Institutionen	63,9 %
Anzahl Hochschullehrer 2010/11	699.000
Universitäten	100.000
Colleges	599.000
davon ordentliche Professoren	k.A.
Eingeschriebene Studierende 2011/12	25,9 Mio.
an staatlichen Institutionen	41,5 %
an privaten Institutionen	58,9 %
Frauenanteil	42 %
Anteil ausländischer Studierender	0,1 %
Studierende der Naturwissenschaften	18,4 %
Studierende der Geisteswissenschaften	36,4 %
Doktoranden	0,5 %
Abschlüsse 2009/10	
Bachelor's Degree	k.A.
Master's Degree	k.A.
Doctorate	ca. 11.000

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2011/12 *	
an staatlichen Institutionen	50-2.000
an privaten Institutionen	2.000-12.000
Ausländische Studierende gesamt	21.778
nach Herkunftsländern 2008/09	
1. Iran	2.972
2. Äthiopien	1.973
3. Vereinigte Arabische Emirate	1.726
4. Nepal	1.721
5. Afghanistan	1.192
6. Saudi-Arabien	1.043
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2010	200.621
davon in Deutschland 2011/12	5.998

Die beliebtesten Zielländer für Studierende 2010	
1. USA	103.968
2. Großbritannien	47.552
3. Australien	20.429
4. Kanada	9.987
5. Neuseeland	8.434
6. Deutschland	4.191
7. Russland	3.845

* Angaben in US-Dollar

Quellen:
 CIA Factbook
 Worldbank
 Atlas of Student Mobilty
 Education at a Glance
 Ministry of Human Resource Development (MHRD) India
 Higher Education at a Glance in India
 Ernst&Young/FICCI

Tabelle 17 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Indien

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt		
	D	196
	A	626
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	100
	A	222
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	53
	A	350
davon Doktoranden	D	14
	A	176
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	43
	A	54
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	36
	A	33
1–6 Monate	D	113
	A	268
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	47
	A	325
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	8
	A	99
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	6
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	1
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	17
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	18
Praktikanten	D	97
	A	204
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	9
	A	38
II. Projektförderung – gesamt		
	D	565
	A	698
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	258
	A	93
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	239
	A	485
davon Doktoranden	D	62
	A	149
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	68
	A	120
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	180
	A	285
1–6 Monate	D	370
	A	360
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	15
	A	53
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	162
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	41
	A	39
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	192
Austausch in Projekten (PPP)	D	27
	A	26
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		
	D	761
	A	1.324
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		
		2.085

Peking

China setzt Trends und Maßstäbe



Dr. Thomas Schmidt-Dörr leitet die Außenstelle Peking seit 2012. Die Außenstelle besteht seit 1994 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Auslandsstudium so populär wie nie

Chinas Beitrag zur Internationalisierung der Universitäten rund um den Globus hat weiter zugenommen. Das Reich der Mitte ist nunmehr weltweit die größte Quelle internationaler Studierender – das belegt eine Statistik des chinesischen Bildungsministeriums. Ende 2011 studierten fast 340.000 Chinesinnen und Chinesen im Ausland – 23 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein neues Hoch erreichte mit 186.000 auch die Zahl der Chinesen, die von einem Auslandsstudium heimkehrten.

In den vergangenen Jahren hat es nicht nur mehr Chinesinnen und Chinesen zum Studium ins Ausland gezogen, sie starten auch immer früher. Waren es früher vor allem Master- oder PhD-Studierende, sind es heute bereits Sekundarschulabsolventen und zunehmend auch Mittelschüler, die in großer Zahl ein Studium oder Schulabschluss im Ausland anstreben.

Chinesische Marktbeobachter gehen davon aus, dass sich dieser Trend mittelfristig fortsetzt. Sie rechnen künftig mit bis zu 70 Prozent Highschool- und Undergraduate-Studierenden unter den Auslandsstudenten.

Diese Entwicklung hat für die Rekrutierung bedeutende Konsequenzen. Während in der Vergangenheit der Nachwuchs vor allem an und im Umfeld von Universitäten angesprochen wurde, sind heute auch die höheren

Mittelschulen im Fokus. Die Vertreter amerikanischer, kanadischer, australischer und britischer Hochschulen geben sich an den Top-Mittelschulen förmlich die Klinke in die Hand. In China sind nicht nur die Universitäten nach Leistungsfähigkeit hierarchisch gegliedert, sondern auch die höheren Mittelschulen, die die letzten drei Sekundarschuljahre unterrichten. Sie entsprechen ungefähr der deutschen gymnasialen Oberstufe. Grundlage für die Aufnahme in die höhere Mittelschule ist eine Prüfung, die alle Schüler nach dem dritten Mittelschuljahr ablegen müssen.

Die höheren Mittelschulen bereiten ihren Nachwuchs intensiv auf die zentrale Hochschul Aufnahmeprüfung vor. Ihre Leistungsfähigkeit messen sie im Prozentsatz der Absolventen, die anschließend einen Studienplatz an einer der Elite-Universitäten bekommen. An den Top-Mittelschulen erreichen annähernd 100 Prozent der Schüler dieses Ziel. Wer die Aufnahme in eine solche Schule schafft, hat fast schon eine Garantie, später auch an einer sehr guten chinesischen Universität zu studieren.

In jüngster Zeit gewinnt eine zweite Maßzahl an Bedeutung: der Schüleranteil, der nach Schulabschluss einen Studienplatz an einer Spitzenuniversität im Ausland bekommt. Als Spitzenhochschulen gelten allgemein die besten 100 Universitäten in den einschlägigen internationalen Rankings. Dass es sich bei dem Weg von der chinesischen Mittelschule an eine ausländische Universität um eine beliebte

Alternative handelt, belegen die rückläufigen Teilnehmerzahlen an der zentralen chinesischen Hochschulzugangsprüfung, der Gaokao: legten 2008 noch 10,5 Millionen Schüler die Prüfung ab, waren es 2012 nur noch 9,15 Millionen. Diese Abnahme um 1,35 Millionen Bewerber ist nur teilweise demografisch bedingt. Der Rückgang wird – auch von offizieller Seite – mit der rasant gestiegenen Zahl von Chinesinnen und Chinesen in Verbindung gebracht, die ihr Erststudium im Ausland absolvieren.

Ein Grund für diese Entwicklung ist ein verändertes Entscheidungsverhalten von Eltern, die sich ein Auslandsstudium ihrer Kinder finanziell leisten können. Während zuvor die Kinder in aller Regel zunächst an der Gaokao teilnehmen und einen Studienplatz an einer möglichst guten chinesischen Universität bekommen sollten, wird die Weiche in Richtung Auslandsstudium immer häufiger bereits zu Beginn der höheren Mittelschule gestellt. Damit wird – und das ist neu – de facto auf einen Platz an einer Spitzenuniversität verzichtet. Für solche Schüler wird zusätzlich bezahlter Unterricht zur Vorbereitung auf ein Auslandsstudium angeboten (beispielsweise zum International Baccalaureate, A-Levels, SAT, Aufnahmeprüfung für Universitäten in Hongkong). Hintergrund ist, dass viele Eltern ihrem Kind die extrem arbeitsintensiven Vorbereitungsjahre auf die Gaokao nicht zumuten wollen. Dabei geht es keineswegs um leistungsschwache Kinder, die keine Chance auf einen Studienplatz an einer guten Universität hätten.

Studienland Deutschland hoch im Kurs

Auch das Interesse an einem Studium in Deutschland nimmt zu. Alle Chinesinnen und Chinesen, die sich bei einer deutschen Hochschule für ein grundständiges Studium oder ein Masterstudium bewerben möchten, müssen

VIELE CHINESEN STUDIEREN IM AUSLAND



China stellt weltweit den größten Anteil aller im Ausland Studierenden: Ende 2011 studierten 339.700 junge Chinesinnen und Chinesen im Ausland. Das sind 23 Prozent mehr als im Vorjahr. In der Vergangenheit waren es vor allem Master- und PhD-Studierende, die es ins Ausland zog. Inzwischen entscheiden sich aber auch zunehmend Sekundarschulabsolventen und Mittelschüler für ein Auslandsstudium. Chinesische Marktbeobachter gehen davon aus, dass sich dieser Trend mittelfristig fortsetzt und dass zukünftig bis zu 70 Prozent der Auslandsstudenten auf Highschool- und Undergraduate-Studierende entfallen wird.

Internationale Erfahrung ist gefragt: Graduierte von 60 Spitzenhochschulen Chinas informieren sich auf einem Karriereworkshop über Promotionsmöglichkeiten in Deutschland.

Deutschland als Studienort beliebt

Chinesen studieren gerne im Ausland

Deutscher Hochschulpavillon

Größtes Hochschulwesen weltweit

Chinesische Physiker erzielen internationalen Erfolg



**Sichtbarer Aufschwung:
Abgesehen von Ausgaben
für Konsumgüter inves-
tieren viele Chinesen in die
internationale Schul- und
Hochschulbildung ihrer
Kinder.**

zuvor ein Plausibilitätsverfahren bei der Akademischen Prüfstelle der deutschen Botschaft in Peking (APS) durchlaufen. 2012 meldeten sich 9.870 Interessenten zur Überprüfung an; das sind 24 Prozent mehr als 2011. Damals wurden allerdings nur Studieninteressenten gezählt, die in Deutschland einen Hochschulabschluss anstreben, seit 2012 überprüft die APS auch alle Austauschstudierenden – 1.233 waren es im vergangenen Jahr.

Während die Anmeldezahlen bei der APS einen ähnlichen Trend zeigen wie die Entwicklung des Auslandsstudiums insgesamt, interessieren sich für Deutschland aber vor allem weiterhin eher ältere Studierende: Nach APS-Angaben planen mehr als 80 Prozent der Bewerber zuvor ihr Bachelorstudium in China abzuschließen.

Bildungsmesse: Deutschland ist Gastland

Anlässlich des Jubiläums „Deutschland und China – 40 Jahre diplomatische Beziehungen“ war Deutschland Gastland bei der 13. China Education Expo (CEE) im Oktober 2012. Mit 580 Ausstellern aus aller Welt ist die CEE die

größte und wichtigste internationale Bildungsmesse Chinas. Deutschland, dies bestätigte die diesjährige Messe, ist bei chinesischen Studierenden eines der beliebtesten Zielländer für ein Auslandsstudium. 30 deutsche Hochschulen, die APS, der DAAD, das Goethe-Institut sowie das TestDaF-Institut präsentierten sich auf der CEE 2012 im Deutschen Hochschulpavillon, der von der DAAD-Außenstelle Peking betreut und von GATE-Germany gefördert wurde.

Als diesjähriges CEE-Gastland stellte sich Deutschland in Peking im Eingangsbereich der Messe als attraktives Studien- und Reiseland, als Kultur- und Wissenschaftsnation dar. Den Gemeinschaftsstand betreuten die Deutsche Botschaft, der DAAD, das Goethe-Institut und die Deutsche Zentrale für Tourismus.

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper eröffnete zusammen mit dem chinesischen Vizebildungsminister Hao Ping die CEE. Auf einer gut besuchten Pressekonferenz stellten Cornelia Pieper, der deutsche Botschafter Dr. Michael Schaefer, DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ und der stellvertretende Generalsekretär der CEAIE, Zong Wa, Deutschlands Vorzüge als



Deutschland und China
40 Jahre diplomatische Beziehungen
德中建交40周年

Studienland vor. Der Veranstalter der CEE, die China Education Association for International Exchange (CEAIE), zählt zu den langjährigen DAAD-Partnerorganisationen in China.

Parallel fand in Peking die „2012 China Annual Conference for International Education“ statt, bei der Staatsministerin Pieper einen Plenarvortrag zum deutschen Berufsbildungssystem hielt; DAAD-Generalsekretärin Rüländ brachte die deutsche Perspektive bei einem Panel zur internationalen Studierendenmobilität ein. Die CEE tourte zwischen dem 20. Oktober und 3. November 2012 durch sieben chinesische Städte. Der Deutsche Hochschulpavillon war an den Standorten Peking, Xi'an, Chengdu sowie Shanghai vertreten und eröffnete den chinesischen Interessenten die Möglichkeit, sich an den Infoständen der Hochschulen über ein Studium in Deutschland und die jeweiligen Bedingungen vor Ort zu informieren. An den übrigen Standorten in Wuhan, Changsha und Guangzhou vertrat der DAAD Deutschland mit einem Infostand.

Das Interesse an der CEE war wie in den vergangenen Jahren vor allem in Peking (28.000 Besucher) und Shanghai (20.000 Besucher) überwältigend. Den subjektiven Eindruck, dass an den deutschen Hochschulständen ein größerer Andrang herrschte als bei vielen anderen, bestätigte ein vom Messeveranstalter veröffentlichter CEE Post-Event-Report: Aus einer großen Besucherbefragung ging hervor, dass die deutschen Hochschulen auf der Rangliste der Länder, über deren Studienmöglichkeiten sich die Besucher informieren wollten, nach den US-amerikanischen am zweithäufigsten genannt wurden.

Umgekehrt waren die deutschen Hochschulvertreter mit der Qualität der Fragen vieler chinesischer Besucher sehr zufrieden: Erste Informationen hatten die Studierenden häufig im Internet recherchiert und wussten bereits sehr gut über ihre Studienabsichten



und -möglichkeiten Bescheid. Das Interesse der Studierenden, darunter viele von chinesischen Spitzenuniversitäten, konzentrierte sich auf noch offene Fragen zur Studienbewerbung an den Wunschuniversitäten in Deutschland.

Entwicklung des chinesischen Hochschul- und Wissenschaftssystems

China verfolgt für die Entwicklung der eigenen Hochschulen ehrgeizige Ziele. Das Land hat mit den Mitteln der Planwirtschaft und dank großer Investitionen in den Hochschulsektor Bemerkenswertes erreicht – sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. China verfügt heute über das größte Hochschulwesen weltweit: Mehr als 31 Millionen Studierende waren laut dem chinesischen Amt für Statistik 2010 eingeschrieben, damit haben annähernd 25 Prozent eines Jahrgangs Zugang zum Hochschulstudium. Dieser Wert ist für ein Schwellenland sehr beachtlich.

Dabei steht das Land hochschul- und wissenschaftspolitisch vor einem Zielkonflikt: Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt benötigt laufend eine große Zahl gut ausgebildeter Fachkräfte. Dies erfordert ein in der Breite gut funktionierendes Hochschulsystem. Andererseits möchte China zu den großen Wissenschaftsnationen der Welt gehören und maßgeblich zum Erkenntnisfortschritt – auch im Bereich der Grundlagenforschung – beitragen. >



China Education Expo in Peking: Imagewerbung für Deutschland auf der Messe (links) und Pressekonferenz (rechts) mit Cornelia Pieper, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cong Wa, CEAIE-Vizegeneralsekretär, Dr. Dorothea Rüländ, DAAD-Generalsekretärin (von links).

Deutschland war 2012 als Gastland auf der CEE, der größten und wichtigsten internationalen Bildungsmesse in China, vertreten. Auf einem Gemeinschaftsstand präsentierten verschiedene Organisationen und Institutionen Deutschland als attraktives Studien- und Reiseland, als Kultur- und Wissenschaftsnation.



Großes Alumni-Treffen in Peking: Zu Gast ist Wang Yani, der 1972 an der Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beteiligt war (oben). Der deutsche Botschafter Michael Schaefer begrüßt Lu Yongxiang, den stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und AvH-Alumnus (Mitte). Stefan Hase-Bergen verabschiedet sich nach fünf Jahren als Leiter der Außenstelle (unten).

40 Jahre diplomatische Beziehungen

Aus deutsch-chinesischer Perspektive stand das Jahr 2012 unter dem Zeichen des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China. Viele Veranstaltungen spiegelten die außerordentliche Breite und Intensität der heutigen Beziehungen wider.

Die DAAD-Außenstelle Peking richtete unter dem Motto „Deutschland und China. 40 Jahre Wandel durch Austausch“ ein großes Alumni-Treffen in Peking aus, an dem 250 Ehemalige teilnahmen. Sie kamen vom 1. bis 3. Juni 2012 an der Universität Peking zusammen. Mitveranstalter war das Zentrum für Deutschlandstudien (ZDS).

Der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Prof. Lu Yongxiang (Alumnus der Humboldt-Stiftung), sowie der deutsche Botschafter in Peking, Dr. Michael Schaefer, betonten in ihren Grußworten die hervorragende Entwicklung der deutsch-chinesischen Beziehungen in den vergangenen vier Jahrzehnten. Der Vizepräsident der Universität Peking, Prof. Li Yansong, sowie DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ ergänzten diese positive Einschätzung um einen Blick auf die akademische Zusammenarbeit.

Die Eröffnungsfeier war auch Anlass für Stefan Hase-Bergen, sich nach fünf Jahren als DAAD-Außenstellen-Leiter aus Peking zu verabschieden. Zuvor hatten Botschafter Michael Schaefer und Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ sein Wirken gewürdigt.

Am zweiten Veranstaltungstag ging der deutsche Botschafter der Frage nach, wie sich die Beziehung zwischen Deutschland und China derart erfolgreich entwickeln konnte und entwarf die Vision einer noch engeren „nachbarschaftlichen“ Partnerschaft. Die akademische Zusammenarbeit stand im Mittelpunkt des Vortrags von Xi Ru, Europareferatsleiterin in der Internationalen Abteilung des chinesischen Bildungsministeriums. Sie bezeichnete die erfolgreiche Kooperation im Bildungssektor als wichtigen Baustein der Stärkung gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens. Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Ko-Vorsitzender des UNEP-International

Resource Panels, faszinierte die Zuhörer mit seiner Vorstellung einer nachhaltigen Entwicklung durch die Entkoppelung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch. Prof. Lian Yuru, Politikwissenschaftlerin der Universität Peking, untersuchte die Beziehungen beider Länder aus dem Blickwinkel einer chinesischen Wissenschaftlerin. Der stellvertretende Präsident und Finanzvorstand von VW China, Dr. Jörg Mull, erläuterte die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China sowie die weiteren Chancen und Herausforderungen für deutsche Unternehmen in China. Schließlich diskutierte Wang Ge, Professorin an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, die Rolle der Aufklärung in China in Anknüpfung an die kurz zuvor zu Ende gegangene große deutsche Ausstellung in Peking „Die Kunst der Aufklärung“.

In einem anschließenden Podiumsgespräch erzählten Prof. Liu Fangben, Humboldtianerin und emeritierte Germanistik-Professorin an der Pekinger Fremdsprachenuniversität, sowie der Journalist und DAAD-Alumnus Johnny Erling Anekdoten über ihre erste Begegnung mit dem jeweils anderen Land in den 1970er Jahren. Das Treffen endete mit einem gemeinsamen Ausflug in den Badachu-Park, wo zwischen Tempeln erneut Gelegenheit zu vielfältigen Gesprächen bestand. Insgesamt nahmen 2012 mehr als 1.500 Ehemalige aus allen Teilen Chinas an 27 verschiedenen Alumni-Veranstaltungen teil.

Dazu werden entsprechende Forschungsuniversitäten und -institute auf internationalem Spitzenniveau benötigt.

Die zentrale Politik schreibt aber bisher allen Hochschulen ein Einheitsentwicklungsmodell vor. Die Universitäten haben keine Möglichkeit, ein eigenes Profil und eine eigene institutionelle Strategie zu entwickeln und umzusetzen. Dies wird weder den Bedürfnissen der Durchschnittsuniversitäten gerecht, die primär als höhere Lehranstalten funktionieren, noch den Bedürfnissen der Forschungsuniversitäten.

Die fehlende Möglichkeit zur Differenzierung ist in den vergangenen Jahren von mehreren Präsidenten von Spitzenhochschulen thematisiert und eine Änderung eingefordert worden. Um an die Weltspitze vorzudringen, benötigen die Eliteuniversitäten mehr Autonomie und Entwicklungsfreiheiten als bisher.

Die Grundlagenforschung nimmt in China nach wie vor einen eher bescheidenen Platz ein. 2012 verbuchten die Neutrinoforscher einen großen wissenschaftlichen Erfolg: Einem Team chinesischer Physiker war es im Wettlauf mit der Konkurrenz in Frankreich, Südkorea, Japan und den USA als Erstes gelungen, bestimmte Neutrino-Eigenschaften nachzuweisen. Bereits im Frühjahr 2012 titelte das renommierte „Science Magazine“: „Key Neutrino Measurement Signals China's Rise“. Die Ergebnisse, auf die der Artikel Bezug nahm, schafften es am Jahresende noch in die Jahres-Top-10 wissenschaftlicher Errungenschaften.

Deutsch-chinesische Zusammenarbeit

Gemeinsam mit dem chinesischen Bildungsministerium startete der DAAD 2011 einen strategischen Evaluationsprozess. Diesen setzten der DAAD und das China Scholarship Council (CSC)

2012 mit einer zweitägigen Klausur in Bonn fort. Die Ergebnisse dieser sehr intensiven und fruchtbaren Diskussion, an der neben den beiden Generalsekretärinnen von CSC und DAAD, Dr. Liu Jinghui und Dr. Dorothea Rüländ, Spezialisten aus verschiedenen Abteilungen beider Organisationen teilnahmen, wurden am 19. Oktober 2012 in Peking als Absichtserklärung zur Gestaltung der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren unterzeichnet.

Die gemeinsame Erklärung umfasst unter anderem folgende Punkte:

- Bereits im Jahr 2013 soll ein neues Stipendienprogramm zur Förderung von jüngst promovierten chinesischen Nachwuchswissenschaftlern aufgelegt werden. Diese sollen die Möglichkeit zu längeren Forschungsaufenthalten an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen erhalten. Um dieses Programm zu finanzieren, stellt der DAAD sein Jahresstipendienprogramm zur Förderung von chinesischen Doktoranden ein, das infolge der großen chinesischen Regierungsstipendienprogramme für Doktoranden an Attraktivität verloren hatte.
- DAAD und CSC fördern gegenwärtig häufig unabhängig voneinander Partnerschaften und gemeinsame Programme deutscher und chinesischer Hochschulen. Die beiden Organisationen haben eine bessere Abstimmung der Förderung verabredet. Es sollen besonders vielversprechende Kooperationsprojekte identifiziert und die Förderung zur Erzielung größerer Synergien künftig aufeinander abgestimmt werden.
- Beide Seiten streben an, die Zahl deutscher Studierender, die zu Studium und Forschung nach China kommen, in den nächsten Jahren substantiell zu erhöhen. Dabei soll sowohl die akademische Spannweite der Teilnehmer vergrößert werden – vom Studienanfänger bis zum Nachwuchswissenschaftler – als auch die Breite der vertretenen Fachgebiete. >

In einer gemeinsamen Erklärung hielten der DAAD und der China Scholarship Council ihre Pläne für die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren fest: ein neues Stipendienprogramm, Partnerschaften deutscher und chinesischer Hochschulen, mehr deutsche Studierende in China und Kurzzeitprogramme.

Öffnung für Schulabgänger

Zugangsvoraussetzungen für Studienbewerber aus China bedürfen der Überprüfung

Der anwachsende Strom von Sekundarschulabsolventen ins Ausland – die große Umwälzung des chinesischen Studienmarktes – kommt nicht in Deutschland an. Ursache hierfür sind die Zulassungsvoraussetzungen für chinesische Studenten in Deutschland, die auf den Richtlinien der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZaB) bei der KMK basieren.

Im Kern schließen diese Zugangsvoraussetzungen aus, dass sich ein chinesischer Sekundarschulabgänger für ein Studium in Deutschland bewerben kann – ein Zugang ist weder direkt noch via Feststellungsprüfung möglich. Nach den fast überall in Deutschland geltenden Regeln erlangen Chinesinnen und Chinesen die Hochschulzugangsberechtigung erst nach dem Studium von mindestens drei Semestern eines

Bachelorstudiums an einer anerkannten chinesischen Hochschule. Für Studierende der chinesischen Universitäten im 211-Projekt, welche auf einem ähnlichen Niveau wie westliche Spitzenuniversitäten liegen, gilt eine verkürzte Frist von einem Semester.

Als diese Regelungen in den 1990er Jahren eingeführt wurden, waren sie angebracht. Heute jedoch sollte überprüft werden, ob und in welchem Umfang die Richtlinien noch zeitgemäß sind. Zum einen wurde in der Zwischenzeit die Schulzeit in Deutschland von 13 auf zwölf Jahre verkürzt – das 13. deutsche Schuljahr war aber ursprünglich Teil der Begründung für die Studienwartesemester in China. Zum anderen dürften im PISA-Zeitalter keine grundsätzlichen Zweifel an der fachlichen Eignung von Schulabgängern chinesischer Spitzenmittelschulen mehr bestehen, womit auch das höhere fachliche Niveau deutscher Abiturienten als Begründung für Studienwartesemester in China entfällt.

Zudem verfügen die deutschen Hochschulen heute über geeignete Instrumente, um sowohl das fachliche Niveau als auch die Studierfähigkeit ausländischer Studienbewerber besser bewerten zu können und zu einer fundierten Entscheidung über die Studienzulassung zu kommen.

Eine Überprüfung der zurzeit noch geltenden Regeln für China sollte also sowohl das Interesse der deutschen Hochschulen an jungen qualifizierten Absolventen von Spitzenmittelschulen im Blick haben als auch die Erfahrungen berücksichtigen, die in den vergangenen Jahren aus den zahlreichen Programmen deutscher Hochschulen für Bachelorstudierende gewonnen wurden. Der Betreuungsaufwand für junge chinesische Studierende ist groß und darf auch für Schulabsolventen nicht außer Acht gelassen werden. Eine Überarbeitung der geltenden Zugangsvoraussetzungen sollte aber in jedem Fall jungen, deutschlandaffinen Leistungseliten die Möglichkeit eröffnen, an einer deutschen Hochschule zu studieren.

Nach gängigen Regeln erlangen Chinesinnen und Chinesen erst nach einem dreisemestrigen Bachelorstudium die Hochschulzugangsberechtigung für Deutschland. Es sollte überprüft werden, ob dies so noch zeitgemäß ist.

- Für ausgewählte Bachelorstudierende führender Universitäten sollen in beiden Ländern Kurzzeitprogramme angeboten werden, mit dem Ziel, das Interesse an Sprache, Studium und Forschung des jeweiligen Partnerlandes zu wecken.

Der DAAD zählt zu den ältesten internationalen Kooperationspartnern des CSC. Bereits unmittelbar nach der CSC-Gründung im Jahr 1996 arbeiteten die beiden Organisationen im Rahmen des gemeinsamen Stipendienprogramms für

chinesische Doktoranden zusammen und veranstalteten deutsch-chinesische Auswahl Sitzungen in China. Im Jahr 2002 wurde schließlich der Vertrag für das „Sino-German Joint Research Program“ unterzeichnet, das 2013 sein zehnjähriges Bestehen feiert. Es gehörte seinerzeit zu den ersten ko-finanzierten deutsch-chinesischen Förderprogrammen überhaupt. <<

Tabelle 18 : Statistischer Überblick VR China 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	9,6 Mio. km ²
Bevölkerungszahl	1,34 Mrd.
Frauen	48,73 %
Männer	51,27 %
Bevölkerungsdichte	139 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0,57 %
Urbanisierungsgrad bei Entwicklungsländern	50 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	7.318 Mrd.
BIP pro Kopf*	5.414
Anteil am globalen BIP	9,3 %
Knowledge Economy Index (KEI) 2012	Rang 84
Wirtschaftswachstum	9,2 %
Inflation	5,4 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2011*	3,93 %
Forschungsetat 2011	1,84 %
Hochschultypen 2010	
reguläre Hochschulen ¹	2.358
davon HS mit vierjährigen grundst. Studiengängen ²	1.112
davon HS mit speziellen Kursen ³	1.246
darunter Einrichtungen für Master und Promotion	797
davon Hochschulen	481
davon Forschungseinrichtungen	316
Einrichtungen für Erwachsenenbildung	365
Private reguläre Hochschuleinrichtungen	836
Anzahl Hochschullehrer 2010	1.343.127
davon ordentliche Professoren	148.552
Eingeschriebene Studierende 2010 ⁴	
an staatlichen Institutionen	22.317.929
an privaten Institutionen	4.766.845
Frauenanteil	50,96 %
Anteil ausländischer Studierender	1 %
Doktoranden	258.950
Abschlüsse 2010	
Abschlüsse in drei- und vierjährigen Studiengängen	5.754.245
davon Bachelor's Degree ⁵	2.435.867
Master's Degree	332.585
Doctorate	47.407
Studiengebühren / Studienjahr 2010*	
an staatlichen Institutionen (je nach Studiengang)	ab 1.000
an privaten Institutionen	k.A.

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Ausländische Studierende gesamt	292.611
nach Herkunftsländern 2011: ⁶	
1. Süd-Korea	64.442 (21,3 %)
2. USA	23.292 (7,9 %)
3. Japan	17.961 (6,1 %)
4. Thailand	14.145 (4,8 %)
5. Vietnam	13.549 (4,6 %)
6. Deutschland	5.451 (1,8 %)
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2011 ⁷	339.700
davon in Deutschland 2012	23.000

Die sieben beliebtesten Zielländer für Studierende 2012 ⁸	
1. USA	22 %
2. Australien	13,9 %
3. Japan	13,1 %
4. Großbritannien	9,4 %
5. Süd-Korea	6,5 %
6. Kanada	6,2 %
7. Deutschland	4,1 %

* Angaben in US-Dollar

- 1 vom Bildungsministerium anerkannte Hochschulen
- 2 davon wiederum 323 An-Institute
- 3 unter diesem Begriff werden Junior-Colleges (Dazhuan) verstanden, davon 1.113 Berufsbildungsschulen
- 4 Angaben lt. Atlas of Student Mobility, einschließlich chinesische und ausländische Studierend
- 5 in vierjährigen Studiengängen
- 6 Angaben lt. Bildungsministerium der VR China
- 7 Angaben lt. Atlas of Student Mobility
- 8 Angaben lt. Wissenschaft weltoffen 2012

Quellen:

Bildungsministerium der VR China (Hg.): Educational Statistics Yearbook of China 2010, Peking 2011
 Social Sciences Academic Press China (Hg.): Blue book of china's society 2012
 Social Sciences Academic Press China (Hg.): Annual report on the development of china's study abroad 2011
 Wissenschaft weltoffen 2012: Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland mit Schwerpunkt China
 Bildungsministerium der VR China
 ▶ www.moe.edu.cn
 Wissenschaftsministerium der VR China
 ▶ www.most.gov.cn
 The Central People's Government of P.R.China
 ▶ www.gov.cn
 The World Bank
 ▶ www.worldbank.org
 Atlas of Student Mobility
 ▶ www.iie.org

Tabelle 19 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

VR China

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt		
	D	367
	A	403
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	97
	A	87
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	109
	A	239
davon Doktoranden	D	53
	A	144
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	161
	A	77
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	132
	A	59
1–6 Monate	D	83
	A	65
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	152
	A	279
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	61
	A	128
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	1
	A	25
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	38
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	7
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	94
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	48
Praktikanten	D	52
	A	5
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	24
	A	57
II. Projektförderung – gesamt		
	D	984
	A	1.159
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	587
	A	490
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	244
	A	529
davon Doktoranden	D	50
	A	88
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	153
	A	140
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	453
	A	395
1–6 Monate	D	462
	A	572
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	69
	A	192
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	591
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	173
	A	180
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	325
Austausch in Projekten (PPP)	D	100
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		
	D	1.351
	A	1.562
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		
		2.913

Tokio

Spitzenforschung und Suche nach dem Wirtschaftsaufschwung



Dr. Holger Finken leitet die Außenstelle Tokio seit 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1978 und hat zurzeit sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nobelpreis für Stammzellenforscher

Freude in Japan: Nach 2008 und 2010 erhielt auch 2012 ein japanischer Forscher den wichtigsten internationalen Wissenschaftspreis. Der Nobelpreis für Physiologie oder Medizin ging an den Stammzellenforscher Shin'ya Yamanaka, Direktor des Center for iPS Cell Research und Professor am Institute for Integrated Cell-Material Sciences an der Universität Kyoto. Gemeinsam mit ihm ausgezeichnet wurde Prof. John Gurdon von der Universität Cambridge. Japan kann bereits mit 19 Nobelpreisträgern aufwarten, elf davon allein in den vergangenen zwölf Jahren.

Shin'ya Yamanaka und seine Arbeitsgruppe konnten 2006 erstmals pluripotente Stammzellen aus erwachsenen Zellen von Mäusen generieren. 2007 gelang dies auch mit menschlichen Bindegewebszellen. Stammzellen bilden die Grundlage für zahlreiche Anwendungen in der regenerativen Medizin. Yamanakas Forschungen ermöglichen es, sie zu gewinnen, ohne dafür Embryonen nutzen zu müssen.

Japan steht mit Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Höhe von 3,67 Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2011 weiter an der Spitze der Industrieländer. Der Vergleichswert für die Europäische Union beträgt 2,0 Prozent; für Deutschland liegt er bei 2,88, für die USA bei 2,74 Prozent. Dieser Wert ist in Japan

gegenüber 2010 gestiegen, wobei vor allem der Anteil der privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben weiter gewachsen ist.

Regierungswechsel nach Neuwahlen

Die Politik in Japan war 2012 vor allem von Wirtschaftsfragen und den vorgezogenen Neuwahlen am Jahresende bestimmt. Premierminister Yoshihiko Noda von der Demokratischen Partei Japans (DPJ) konnte im Juni sein ehrgeiziges Hauptziel durchsetzen: Mit den Stimmen der damaligen Opposition, der konservativen Liberaldemokratischen Partei und der neobuddhistischen Komeito, beschloss das Unterhaus die Anhebung der Mehrwertsteuer. Dies erschien angesichts einer Staatsverschuldung von über 200 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt dringend geboten. Ab April 2014 soll die Mehrwertsteuer von jetzt 5 auf 8 Prozent und ab Oktober 2015 auf 10 Prozent steigen.

Allerdings musste der Premierminister der Oppositionskoalition dafür „baldige“ Neuwahlen zum Unterhaus zusagen. Der DPJ-Flügel um den einflussreichen Politiker Ichiro Ozawa spaltete sich zudem aus Protest gegen die Steuererhöhung ab und nahm 40 der 300 Mandate der Demokratischen Partei Japans im Unterhaus mit. Nachdem die japanischen Medien wochenlang über die Bedeutung des Wortes „bald“ spekuliert hatten, löste Noda am 16. November 2012 das Unterhaus auf.

*„German Science Days“
im Oktober 2013 in Kyoto*

*Spitzenwert für Forschungs-
und Entwicklungsausgaben*

*Zahlreiche deutsch-japanische
Hochschulpartnerschaften*

*Weniger Japaner
studieren im Ausland*

*Universitäten sollen
Auslandsmobilität fördern*

Unter dem Slogan „Holen wir uns Japan zurück“ erreichte die Liberaldemokratische Partei, die schon von 1955 bis 2009 (mit einer kurzen Unterbrechung) regiert hatte, bei den Neuwahlen am 16. Dezember einen Erdrutschsieg: Sie gewann mit 294 von 480 Sitzen im Unterhaus die absolute Mehrheit, gemeinsam mit dem Koalitionspartner Komeito sogar eine Zweidrittelmehrheit von 325 Sitzen. Die Demokratische Partei erhielt nur 57 Mandate. Acht Regierungsmitglieder verloren ihre Parlamentssitze. Allerdings zeigten die Wahlen nicht nur einen Vertrauensverlust in die bisherige Regierung, sondern in die ganze politische Klasse: Mit 59 Prozent war die Wahlbeteiligung so niedrig wie nie zuvor.

Am 26. Dezember 2012 wurde Shinzo Abe zum Premier einer Regierung aus Liberaldemokratischer Partei und Komeito gewählt. Er stammt aus einer prominenten Politikerfamilie und hat Abschlüsse der Seikei-Universität in Tokio und der University of Southern California in Politikwissenschaft. Shinzo Abe war bereits von September 2006 bis September 2007 Premierminister. Sein Stellvertreter sowie Finanzminister wurde der Liberaldemokrat Taro Aso. Hakubun Shimomura, ebenfalls Liberaldemokrat, übernahm das Wissenschafts- und Bildungsministerium. Er ist Absolvent der Waseda-Universität im Bereich Erziehungswissenschaften. ➤

Bildungs- und Wissenschaftsmessen für Studierende

Die erste European Higher Education Fair (EHEF) in Japan fand am 10. und 11. Mai 2012 an der Meiji-Universität in Tokio und am 12. Mai an der Universität Kobe statt. Organisator war die Delegation der Europäischen Union in Japan zusammen mit dem DAAD, Campus France und British Council sowie japanischen Ministerien, Organisationen und Universitäten. Ziel der Messe war es, Studierende und

Doktoranden über europäische Universitäten und Studienprogramme zu informieren und sie so für ein Studium in Europa zu begeistern. Bei rund 1.200 Besuchern stieß sie auf großes Interesse.

Eine zweite europäische Veranstaltung war „PromoDoc“ im Rahmen von „Erasmus Mundus“ vom 21. bis 23. November 2012 in Tokio und Kyoto. Mit dieser Projektreihe wirbt die EU für die Doktorandenausbildung in Europa. Die japanischen Interessenten und die 19 teilnehmenden

europäischen Universitäten hatten die Möglichkeit, über ein Online-Tool schon im Vorfeld der Veranstaltung miteinander in Kontakt zu treten. Etwa die Hälfte der 180 Teilnehmer machte davon Gebrauch. Insgesamt fanden an den drei Tagen rund 350 Einzelberatungen statt.



1.200 Besucher informierten sich auf der ersten European Higher Education Fair in Japan über Studiemöglichkeiten in Europa.



Tokyo Institute of Technology: Die 1929 gegründete Technische Universität ist eine der renommiertesten Hochschulen Japans.

Die neue Regierung hat, wie ihre Vorgängerinnen seit 2010, bisher keine Mehrheit im Oberhaus. Zwar könnte die Koalition mit ihrer Zweidrittelmehrheit das Oberhaus überstimmen. Aber ein solches Verfahren würde im konsensorientierten Japan wahrscheinlich die Wähler verärgern. Die neue Regierung wird sich daher darauf konzentrieren, im Juli 2013 auch die Oberhauswahlen zu gewinnen, um dann „durchregieren“ zu können.

Zwischen wirtschaftlicher Stagnation und Energiekonzept

Die Aufgaben, vor denen die neue Regierung steht, sind enorm. Die Wirtschaft leidet seit 20 Jahren unter Deflation und Stagnation, die Staatsfinanzen müssen saniert werden, und es ist eine neue Energiepolitik zu erarbeiten. Die neue Regierung strebt eine Abkehr vom Sparkurs der Regierung Noda und ein jährliches

Inflationsziel von 2 Prozent an. Die Liberaldemokratische Partei greift dabei auf ihre alten Konzepte zurück, die Wirtschaft durch massive Ausgabenprogramme für die öffentliche Infrastruktur anzukurbeln. Stabiles Wirtschaftswachstum und eine kontrollierte Inflation sollen dann die Staatsverschuldung vermindern. Kurz nach der Regierungsübernahme wurde bereits ein Wachstumspaket von 20 Trillionen Yen (etwa 200 Mrd. Euro) beschlossen.

Bei den Gesprächen zur Freihandelszone der Trans-Pacific Strategic Economic Partnership (TPP), die noch die Demokratische Partei begonnen hatte, sitzt die Regierung zwischen zwei Stühlen. Einerseits hat sie der Agrarlobby zugesagt, aus diesem Projekt wieder auszusteigen. Andererseits üben die Industrieverbände starken Druck aus, diesen Weg weiterzuverfolgen. Am 16. März 2013 gab Premierminister Abe bekannt, dass Japan an den TPP-Verhandlungen teilnehmen wird.

Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima I im März 2011 sind die japanischen Reaktoren seit Mitte 2012 – mit zwei Ausnahmen – abgeschaltet. Im September wurde die neue, regierungsunabhängige Nuclear Regulation Authority (NRA) eingesetzt. Sie wird bis Sommer 2013 neue Sicherheitsrichtlinien erarbeiten. Während die Demokratische Partei den Atomausstieg bis 2040 anstrebte, verfolgen die Liberaldemokraten nun einen anderen Kurs: Die NRA soll die Reaktoren in den nächsten drei Jahren überprüfen und bei positiven Resultaten wieder ans Netz gehen lassen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre soll eine Entscheidung über den optimalen Energiemix getroffen werden. Es gibt zurzeit einen gesellschaftlichen Konsens darüber, die Abhängigkeit von der Kernenergie zu verringern.

Hochschulen sollen internationaler werden

Das Programm „Global 30“ (2009 bis 2014) richtet sich vor allem an ausländische Studierende. 2012 setzte das Wissenschaftsministerium weitere Akzente, um das japanische Hochschulwesen zu internationalisieren. Das Programm „Re-Inventing Japan“, seit 2011 Nachfolger von „CAMPUS Asia“ („Collective Action for the Mobility Program of University Students“), wurde um „Multilaterale Partnerschaften mit Universitäten der ASEAN-Länder“ ausgebaut. 2012 wurden Mittel für zehn Projekte bewilligt.

Eines der größten Probleme bei der Internationalisierung der Hochschulen ist die Tatsache, dass seit 2005 immer weniger japanische Studierende ins Ausland gehen: 2004 registrierte das Wissenschaftsministerium fast 83.000 junge Japaner an ausländischen Hochschulen, 2009 nur noch 60.000. Besonders auffällig ist der Rückgang in Richtung USA: 1997 waren 47.000 japanische Studierende an US-Hochschulen eingeschrieben, 2010 lediglich gut 21.000.

DEUTSCH-JAPANISCHE WISSENSCHAFTSKOOPERATION



DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ besuchte Japan vom 12. bis 20. Februar auf Einladung des Außenministeriums, um ein Jahr nach der Erdbeben- und Nuklearkatastrophe die Bedeutung der

wissenschaftlichen Kooperation zwischen Deutschland und Japan zu unterstreichen. Die Generalsekretärin besuchte das Außen- und das Wissenschaftsministerium, zahlreiche Partnerorganisationen und Hochschulen, wie die Japan Society for the Promotion of Science (JSPS), die Universität Tokio, das Tokyo Institute of Technology und weitere Universitäten in Tokio, Kyoto und Sendai. An der Universität Tsukuba unterzeichnete sie erstmals ein Partnerschaftsprogramm zwischen dem DAAD und einer japanischen Spitzenuniversität auf „Matching Funds“-Grundlage. Eine der Reisesationen war auch die Tōhoku Universität, an der der DAAD ein Sonderprojekt im Rahmen der Japanhilfe nach der Katastrophe vom März 2011 förderte.

Neue Partnerschaft: DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ vereinbart ein neues Programm mit der japanischen Exzellenzuniversität Tsukuba.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, startete 2012 das Programm „Promotion of Global Human Resource Development – Global 30 Plus“: Von 2013 bis 2018 erhalten 40 Universitäten Fördermittel für Auslandsmobilitätsprojekte. Das Volumen des Programms für das Finanzjahr 2012 beträgt 5 Mrd. Yen (etwa 50 Mio. Euro). Ziel dieser Programme ist es vor allem, die Sprachkenntnisse der Studierenden und Graduierten zu verbessern. Außerdem werden Mobilitätsprogramme für japanische Studierende und Dozenten aufgelegt, und man will erreichen, dass mehr ausländische Dozenten ins Land kommen.

41 Hochschulen beziehungsweise 111 Fakultäten stellten Projektanträge. Die Japan Society for the Promotion of Science gab die Ergebnisse der Auswahl im September bekannt. Demnach erhielten elf Universitäten den Zuschlag für Projekte, die die ganze Universität betreffen, 31 weitere Hochschulen

Eines der größten Probleme bei der Internationalisierung der Hochschulen ist die sinkende Zahl japanischer Studierender, die ins Ausland gehen: 2004 registrierte das Wissenschaftsministerium fast 83.000 junge Japaner an ausländischen Hochschulen, 2009 waren es nur noch 60.000. Besonders auffällig ist der Rückgang in Richtung USA, Deutschland ist hingegen kaum betroffen.



Außenstellenleiter Holger Finken überreicht den German Innovation Award an Taiga Yamaya für seinen Forschungsbeitrag zur Krebsfrüherkennung.

German Innovation Award

Zehn führende deutsche Technologieunternehmen, die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan sowie das Deutsche

Wissenschafts- und Innovationshaus Tokio vergaben am 19. Juni 2012 zum vierten Mal den German Innovation Award (GIA) oder Gottfried Wagener Preis für japanische Wissenschaftler. DAAD und Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) stellten als Partner des GIA den Preisträgern Stipendien für einen Aufenthalt an einer Universität oder Forschungseinrichtung in Deutschland zur Verfügung. 83 Wissenschaftler aus 34 japanischen Hochschulen und Forschungsinstituten bewarben sich.

Den ersten Preis gewann Taiga Yamaya vom National Institute of Radiological Sciences (NIRS)

in Chiba für seine Forschungen zur Positronen-Emissionstomografie (PET). Er hat das „OpenPET“-Prinzip erfunden, ein offenes System mehrerer aufeinander abgestimmter Gammastrahlen-Ringdetektoren, das eine Kombination von Bildgebung und Strahlentherapie ermöglicht. Diese Arbeit verspricht einen signifikanten Beitrag für die Krebstherapie und weitreichende Auswirkungen auf die Medizintechnikindustrie. Taiga Yamaya und sein Team erhielten ein Preisgeld in Höhe von 4 Mio. Yen (etwa 40.000 Euro) und eine Einladung zu einem Forschungsaufenthalt in Deutschland.

für Projekte innerhalb einzelner Fakultäten beziehungsweise Graduiertenschulen.

Unter den ausgewählten Universitäten sind vier staatliche Hochschulen (Tōhoku, Hokkaido, Chiba sowie die Ochanomizu-Frauenuniversität in Tokio), die Präfekturuniversität Akita International University sowie sechs private Hochschulen (Waseda, International Christian University und Chuo im Großraum Tokio, Doshisha und Kwansai Gakuin im Großraum Osaka-Kyoto und Ritsumeikan Asia Pacific University in Kyushu). Die geförderten Fakultäten gehören zu 15 privaten, 13 nationalen sowie drei kommunalen Hochschulen.

Neuer Spitzenwert: Deutsche Studierende in Japan

An deutschen Hochschulen studieren derzeit etwa 2.060 Japaner. 46 Prozent sind in den Geistes- und Sozialwissenschaften eingeschrieben, 37 Prozent in Musik und Kunst, 16 Prozent in den Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Im Dezember 2012 studierten an Hochschulen in Japan 569 Deutsche, das ist ein neuer Spitzenwert. Er gleicht den Rückgang aus, der durch die Reaktorkatastrophe 2011 ausgelöst worden war. Nach wie vor stellen die Geistes- und Sozialwissenschaften den höchsten Anteil aller Studierenden aus dem Ausland.

Laut Statistik der Hochschulrektorenkonferenz waren 115 deutsche und 179 japanische Hochschulen im Jahr 2012 an Partnerschaften beteiligt. Der DAAD fördert derzeit 15 dieser Partnerschaften, vier davon sind Kooperationen zwischen Deutschland, Japan und der Republik Korea. Zudem wählten der DAAD und die Japan Society for the Promotion of Science im Research Program erstmals sechs Kooperationsprojekte deutscher und japanischer Wissenschaftlergruppen aus. Sie werden ab 2013 gefördert.

Immer mehr Bewerber für DAAD-Programme

Der DAAD bietet in Japan Graduiertenstipendien für den Doktoranden- und Masterbereich an, außerdem Sommer- und Intensivsprachkurse.

DAAD-Graduiertenstipendien sind für junge japanische Wissenschaftler weiterhin attraktiv, wie die gestiegenen Bewerberzahlen zeigen. Die Bewerber um ein DAAD-Stipendium kommen von den besten Universitäten des Landes.

Im Hochschuljahr 2012/13 gingen 20 Graduiertenstipendien an Japaner. In der Auswahlrunde stiegen die Bewerberzahlen gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent. Besonders deutlich zeigte sich diese Entwicklung wieder bei den nicht-germanistischen Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere bei den Rechtswissenschaften.

Bei den Studienzielen waren die vier möglichen Varianten etwa gleich oft vertreten: Promotion in Japan oder in Deutschland, Forschungsaufenthalte ohne Abschluss oder mit Masterabschluss in Deutschland. Dabei war die Promotion in Japan bei den Geistes- und Sozialwissenschaften bei weitem das häufigste Studienziel. Bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften überwogen Forschungsaufenthalte ohne Abschluss, darunter viele Postdoc-Aufenthalte.

Die gestiegenen Bewerberzahlen zeigen, dass die DAAD-Graduiertenstipendien für junge japanische Wissenschaftler weiterhin attraktiv sind, auch wenn die Quote bei den Germanisten 2012 rückläufig war. Die Bewerber um ein DAAD-Stipendium kommen von den besten Universitäten des Landes.

Neuer Lektor an der Außenstelle Tokio

Im April 2012 übernahm Dr. Wieland Eins die Stelle des Leiters an der Außenstelle Tokio. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Germanistik in Japan zu unterstützen und insbesondere die Japanische Gesellschaft für Germanistik (JGG) bei Anträgen zu beraten.

Die etwa 250 deutschsprachigen Lehrkräfte an japanischen Universitäten, die bei der Außenstelle registriert sind, erhalten regelmäßig Informationen über Fördermöglichkeiten und Stipendienprogrammen. 2012 machte die Außenstelle mit japanischsprachigen Werbeproschüren



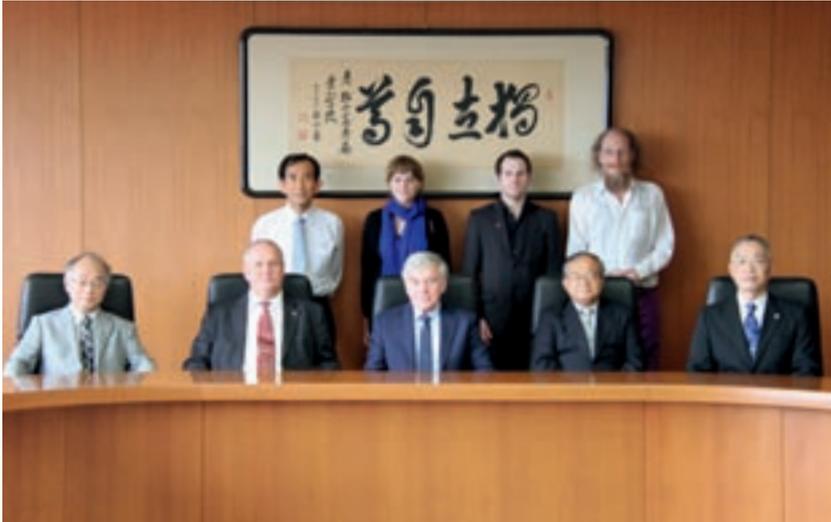
auf Stipendien für Hochschulsommer- und Intensivsprachkurse aufmerksam. Erstmals wurden auch Frühjahrskurse angeboten. Nach zweijähriger Unterbrechung wurden wieder der Lektorenrundbrief und das aktualisierte Lektorenverzeichnis versandt.

Zur Fortbildung dienen die Lektorentreffen, die zweimal jährlich stattfinden, und die Arbeitsgemeinschaften. Die Musik-AG, die deutsche Musik für den Unterricht aufbereiten will, steht noch am Anfang. Eine weitere Arbeitsgruppe organisierte das Lektorenfachseminar im Februar 2013 in Kyoto.

Die wichtigsten Veranstaltungen für japanische Studierende sind die Interuniseminare, die mehrmals jährlich stattfinden und von der Außenstelle unterstützt werden. Wieland Eins nahm am Interuni-Seminar West in Kagoshima teil. Prof. Stefan Buchenberger, der bis April 2012 die Geschäfte führte, besuchte das Interuni-Seminar Ost im März in Gotemba.

Deutsche Dozenten an japanischen Hochschulen veranstalteten gemeinsam mit der Außenstelle 2012 Deutschlandseminare in

Kirschblüte vor dem Deutschen Kulturzentrum – Sitz der DAAD-Außenstelle in Tokio.



Kenntnisse über Deutschland vertiefen: An vier Universitäten organisierte das Beraternetzwerk der Außenstelle Deutschlandseminare.

Yokohama, Matsuyama, Okayama und an der Meiji-Universität in Tokio. Der Lektor nahm als Jurymitglied an den deutschen Redewettbewerben an der Waseda-Universität, der Fremdsprachenuniversität Kyoto und der Nanzan-Universität in Nagoya teil.

Das Goethe-Institut, der DAAD und die Japanisch-Deutsche Gesellschaft veranstalteten die Reihe „Höre ein Stück Deutschland“. Mit Konzerten deutscher Sänger und Bands sprachen sie Deutschzirkel an japanischen Universitäten an. Ein Höhepunkt zum Jahresabschluss war der Empfang des deutschen Botschafters Volker Stanzel für japanische Germanistik-Studierende am 19. Dezember 2012 in seiner Residenz.

Perspektiven für 2013

Eine wichtige Veranstaltung der DAAD-Außenstelle Tokio 2013 ist das Alumni-Treffen am 1. Juni. Es ist dem 35. Jahrestag der Gründung der Außenstelle gewidmet, außerdem dem 30. Jubiläum des Stipendienprogramms „Sprache und Praxis Japan“. Vom 16. bis 19. Mai 2013 findet die zweite „European Higher Education Fair“ an der Meiji-Universität in Tokio und der Doshisha-Universität in Kyoto statt, wie schon 2012 in Kooperation mit der EU-Delegation in Japan und Campus France. Gegen Jahresende werden im Rahmen des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses Tokio erstmals die „German Science Days“ an der Universität Kyoto veranstaltet. Die Außenstelle wird sich mit einer Veranstaltung beteiligen. <<

ALUMNI-ARBEIT IN JAPAN UND OSTASIEN

In Japan gibt es circa 4.000 Deutschland-Alumni, etwa 1.000 von ihnen sind Mitglieder der Vereinigung DAAD-Tomonokai. Dazu kommen die in Japan lebenden deutschen DAAD-Alumni, zum Beispiel aus dem Programm „Sprache und Praxis Japan“, und die Humboldtianer. Jährliche Veranstaltungen sind das DAAD-Tomonokai-Forum, das Weihnachtskonzert, die Wissenschaftlichen Gesprächskreise gemeinsam mit der Gesellschaft der deutschen JSPS-Stipendiaten und zweimal im Jahr die Veranstaltung „Butterbrot und Bier“ für alle japanischen und deutschen Freunde des DAAD.

Am 28. April 2012 veranstalteten die Humboldtianer in Ost-Japan, der DAAD-Tomonokai und der Kölner Alumni-Club in Japan erstmals eine gemeinsame Generalversammlung im Deutschen Kulturzentrum in Tokio. Im März 2012 fand – ebenfalls eine Premiere – ein gemeinsames Treffen der DAAD-Alumni aus Japan, der Republik Korea, China und Taiwan in der koreanischen Hauptstadt Seoul statt. Auf diesem Treffen gründeten die Ehemaligen auf den Gebieten Rechtswissenschaft sowie Medizin und Naturwissenschaften länderübergreifende Fachnetzwerke von Deutschland-Alumni in Ostasien.

Tabelle 20 : Statistischer Überblick Japan 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	377.915 km ²
Bevölkerungszahl	127,4 Mio.
Frauen	65,5 Mio.
Männer	61,6 Mio.
Bevölkerungsdichte	337 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	-0,077 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	5.867 Mrd.
BIP pro Kopf*	45.903
Anteil am globalen BIP	8,4 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 22
Wirtschaftswachstum	-0,8 %
Inflation	-0,3 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben 2012 (geplant)*¹	
Bildungsausgaben	50.339 Mio.
Forschungsausgaben	15.988 Mio.
Hochschultypen	
Universitäten	783
Kurzstudienhochschulen (Tanki Daigaku)	372
Fachhochschulen (Kotosenmon Gakko)	57
Anzahl der Hochschulen gesamt	1.212
staatlich (national)	137
staatlich (lokal)	117
privat	958
Anzahl Hochschullehrer	177.570
davon ordentliche Professoren	70.727
Eingeschriebene Studierende	3.076.869
an staatlichen Institutionen (national)	670.948
an staatlichen Institutionen (lokal)	157.451
an privaten Institutionen	2.248.470
Frauenanteil	43,6 %
Anteil ausländischer Studierender 2010	4,8 %
Studierende der Naturwissenschaften	32,4 %
Studierende der Geisteswissenschaften	55,4 %
Doktoranden	74.316
Abschlüsse im Jahr	
Associate Degree	75.845
Bachelor's Degree	558.692
Master's Degree	78.711
Doctorate	16.260
Professional Degree	8.562

3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Studiengebühren (pro Studienjahr) *¹	
an staatlichen Institutionen (Regelsatz seit 2005)	6.300
an privaten Institutionen (Durchschnitt 2011)	10.091
Ausländische Studierende gesamt	121.952
nach Herkunftsländern 2012:	
1. China (inkl. Taiwan)	76.175
2. Korea	20.023
3. Vietnam	3.302
4. USA	2.234
5. Indonesien	2.108
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS²	59.923
davon in Deutschland	2.140

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende (2009) ²	
1. USA	24.842
2. China	15.409
3. Großbritannien	3.871
4. Australien	2.701
5. Deutschland	2.140

* Angaben in US-Dollar

1 1 US-Dollar = 85 Yen

2 lt. MEXT 2012

Quellen:

CIA: The World Factbook

▶ <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html>

Weltbank: Data & Research

▶ www.worldbank.org

Ministry of Finance, Japan

▶ <http://www.mof.go.jp/english/budget/budget/fy2012/e2011224a.pdf>

Portal Site of Official Statistics of Japan

▶ <http://www.e-stat.go.jp/SG1/estat/NewList.do?tid=000001011528>

Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology, Japan (MEXT)

▶ http://www.mext.go.jp/b_menu/houdou/24/01/_icsFiles/afieldfile/2012/02/02/1315686_01.pdf

Tabelle 21 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Japan

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	254
	A	148
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	71
	A	57
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	133
	A	75
davon Doktoranden	D	62
	A	41
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	50
	A	16
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	84
	A	44
1–6 Monate	D	48
	A	30
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	122
	A	74
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	48
	A	70
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	32
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	1
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	2
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	71
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	30
Praktikanten	D	43
	A	27
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	4
	A	10
II. Projektförderung – gesamt	D	315
	A	235
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	157
	A	98
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	117
	A	105
davon Doktoranden	D	47
	A	32
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	41
	A	32
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	84
	A	100
1–6 Monate	D	196
	A	127
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	35
	A	8
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	155
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	61
	A	10
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	78
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	569
	A	383
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		952

Brüssel

Die EU will Bildung und Wissenschaft stärken



Nina Salden leitet die Außenstelle Brüssel seit 2011. Seit 2007 unterhält der DAAD mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ein Büro in Brüssel, das die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Europäischen Union fördert. Die Außenstelle hat derzeit zwei Mitarbeiterinnen.

Politik im Schatten der Euro-Krise

Der schwächelnde Euro bestimmte auch 2012 die europäische Politik in Brüssel. In Griechenland führten die Sparmaßnahmen der Regierung zu massiven Protesten, in Frankreich gab es einen Regierungswechsel, und die politischen Systeme in Spanien, Italien, Portugal und Irland gerieten zunehmend unter Druck.

Damit standen die zentralen politischen Herausforderungen in Brüssel fest: Stabilisierung des Euro und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union (EU). Denn ohne diese ist das Gesamtprojekt Europa in Gefahr. Darin waren sich die meisten europäischen Politiker einig. So verständigten sich 2012 die Staats- und Regierungschefs erstmals auf langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Eurokrise.

Ein Blick auf die Geschichte zeigt, dass Europa immer dann Fortschritte machte, wenn es in Krisen geriet. So wurde auch das Jahr 2012 genutzt, um eine Neugestaltung des europäischen Gemeinschaftsprojekts zu diskutieren. Kommissionspräsident José Manuel Barroso forderte in seiner jährlichen Ansprache vor dem Europäischen Parlament dazu auf, die EU zu einem „Bund der Nationalstaaten“ weiterzuentwickeln und die Wirtschafts- und Währungsunion zu vollenden. Das ging vielen Parlamentariern jedoch nicht weit genug. Sie argumentierten, dass ein solcher Bund längst bestehe – die aktuelle Krise jedoch zeige, dass die EU sich darüber hinaus zu einer wirklichen Föderation weiterentwickeln müsse.

Auf Deutschland in der Rolle der stabilen und größten Volkswirtschaft wird in Europa besonders geschaut. Deutschland soll eine Führungsposition in der EU übernehmen,

Höheres Budget für Bildungszusammenarbeit und Forschung gefordert

25 Jahre ERASMUS

DAAD geschätzter Gesprächspartner

Mehr Hochschulabsolventen gewünscht

Bekämpfung der Euro-Krise



gleichzeitig wird es aber kritisch betrachtet. Die aus südeuropäischer Sicht starre deutsche Haltung zu Fragen der Vergemeinschaftung von Schulden, Bankenaufsicht und Ankauf maroder Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank haben auch zu dem ein oder anderen kritischen Ton gegenüber Deutschland in der europäischen Presse geführt.

Ausgezeichnet: Die EU erhält den Friedensnobelpreis

Mitten in der Finanzkrise gab es aber auch eine erfreuliche Nachricht: Die EU erhielt den Friedensnobelpreis. Damit wurden ihre Leistungen für Frieden, Versöhnung sowie für die Achtung von Demokratie und Menschenrechten gewürdigt. „Das ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, auch für mich ganz persönlich“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ähnlich äußerten sich der Kommissionspräsident, der Präsident des Rates und



der Präsident des Europäischen Parlaments, die den Preis im Dezember 2012 in Oslo in Empfang nahmen. Dort traf sich Kommissionspräsident José Manuel Barroso auch mit einer Gruppe von ERASMUS-Studierenden aus ganz Europa. Er hob so die besondere Bedeutung dieses Programms für den europäischen Einigungsprozess hervor. >

Friedensnobelpreis für die EU: EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz nehmen am 10. Dezember 2012 die Auszeichnung entgegen.





Die EU-Bildungskommissarin **Androulla Vassiliou** will die EU-Bildungsprogramme unter dem Dach „Erasmus für alle“ bündeln.

„ERASMUS für alle“ oder „YES-Europe“?

Nicht nur der Name des neuen EU-Bildungsprogramms ist umstritten. Auch weitere Aspekte des Programms wurden 2012 im Europäischen Parlament und im Rat der Mitgliedstaaten diskutiert. Das Ende 2011 von der EU-Kommission vorgeschlagene Programm soll alle laufenden EU-Förderprogramme in den Bereichen Hochschule, Berufs- und Erwachsenenbildung, Schule, Jugend und Sport integrieren und nach Aktionsfeldern – statt wie bisher nach Bildungsbereichen – gliedern. In der Namenswahl „ERASMUS für alle“ setzt die Kommission auf die Marke ERASMUS, sie sollte fortan für alle Programmbereiche gelten. Damit war der im Parlament zuständige Ausschuss für Bildung und Kultur nicht einverstanden. In seiner Stellungnahme vom November 2012 fügte er nicht nur die bisher verwendeten Programmnamen wieder ein. Er schlug auch einen neuen Namen für das Gesamtprogramm vor: „YES Europe“, als Abkürzung für „Youth, Education and Sport“.

Die Kritiker sehen in dem Programmnamen „ERASMUS für alle“ eine zu starke Bindung an den Hochschulbereich. Außerdem könnte der Eindruck entstehen, als würde es künftig ERASMUS-Stipendien für alle geben.

Die EU-Kommission schlägt neben der Fortführung bewährter Aktionen der jetzigen Programmgeneration interessante Neuerungen für den Hochschulbereich vor:

- Das ERASMUS-Programm soll weltweit geöffnet werden, um – wenn auch mit einem bescheidenen finanziellen Gesamtanteil – Mobilität von Europa in Drittstaaten und umgekehrt zu fördern.
- Dank einer neuen EU-Darlehensform sollen Studierende leichter einen zinsgünstigen Kredit für ein Masterstudium im europäischen Ausland erhalten.
- Strategische Partnerschaften sollen strukturelle Kooperationen von Hochschulen sowie zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen ermöglichen.

- Wissensallianzen sollen die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft stärken.

Die Nationalen Agenturen, die für die Umsetzung des Programms in den EU-Mitgliedstaaten zuständig sind, werden aufgewertet: Sie sollen rund 65 Prozent des Programms umsetzen. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, für das gesamte Programm nur eine Nationale Agentur pro Mitgliedstaat zuzulassen. Dem widersprachen Parlament und Rat und setzen sich für die Möglichkeit ein, dass mehrere Agenturen pro Land das Programm verwalten.

Dies entspricht auch der Haltung von Bund und Ländern. Sie haben sich für eine Fortführung der bisherigen Agentur-Struktur in Deutschland ausgesprochen – gemeinsam mit dem DAAD, dem Bundesinstitut für Berufsbildung und dem Pädagogischen Austauschdienst.

Die Verhandlungen zum Programm sollen 2013 abgeschlossen werden. Bevor es 2014 starten kann, muss jedoch noch über das Gesamtbudget, seine Aufteilung auf die verschiedenen Bildungsbereiche und die detailliertere Ausgestaltung der einzelnen Aktionen entschieden werden.

ERASMUS: Finanznöte und 25-jähriges Jubiläum

Doch auch das ERASMUS-Programm, das Studienaufenthalte im Ausland fördert, geriet 2012 durch die Finanzkrise und Sparmaßnahmen in den Mitgliedstaaten für kurze Zeit in Turbulenzen. Die Europäische Kommission sah sich im Oktober gezwungen, einen Nachtragshaushalt von 9 Mrd. Euro zu beantragen, da sie ihren Zahlungsverpflichtungen im laufenden Jahr aufgrund von Kürzungen der EU-Mitgliedstaaten zu Beginn des Jahres, nicht nachkommen konnte. 90 Mio. Euro fehlten unter anderem für das ERASMUS-Programm, so die EU-Kommission.

„ERASMUS geht das Geld aus“ und „ERASMUS-Studierende bekommen ihre Stipendien nicht ausgezahlt“, titelten europäische Zeitungen und lösten eine Welle der Unterstützung für das Programm durch europäische Politiker und Prominente aus. In letzter Minute erzielten die Verhandlungspartner Ende 2012 einen Kompromiss zu den beiden dringenden Anliegen: Nachtragshaushalt 2012 und Haushalt 2013.

Trotz Zukunfts- und Finanzdebatten wurde auch gefeiert: 25 Jahre ERASMUS. 1987 war das Programm von der damaligen Europäischen Gemeinschaft ins Leben gerufen worden, seitdem hat es sich rasant entwickelt. Von rund 3.250 ERASMUS-Studierenden im Jahr 1987 ist das Programm auf über 231.000 Studierende im Hochschuljahr 2010/11 angewachsen. Insgesamt haben bisher knapp 3 Millionen Studierende von der ERASMUS-Förderung profitiert, darunter 400.000 aus Deutschland.

Der DAAD nimmt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die Aufgaben einer Nationalen Agentur wahr, um das Programm in Deutschland umzusetzen. Er hat das Jubiläum mit Veranstaltungen, Publikationen und einer speziellen Briefmarke gefeiert.

Auch die europäischen Institutionen würdigten das Jubiläum. Der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz, im Januar 2012 neu gewählter Präsident des Europäischen Parlaments, bezeichnete das ERASMUS-Programm als Eckpfeiler der EU und betonte dessen Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess. Mobilität schafft nicht nur bessere Berufsaussichten, sie hilft den Studierenden auch, ein besseres Gespür dafür zu bekommen, was es heißt, ein Bürger Europas zu sein. Deshalb bleibt die Mobilitätsförderung für die EU auf allen Ebenen sehr wichtig.

Neue Pläne für Bildung und Forschung

Bereits 2010 haben die Staats- und Regierungschefs die „Europa 2020“-Strategie verabschiedet, um die EU für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Diese Strategie gab auch die Leitlinien der Politik im Jahr 2012 vor. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Kernelemente für Europas Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahr 2020 sollen mindestens 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen einen Hochschulabschluss haben; 2011 lag diese Quote im EU-Durchschnitt bei knapp 35 Prozent. In der Mobilitätsförderung hat sich die EU dem Bologna-Ziel angeschlossen und will erreichen, dass 2020 mindestens 20 Prozent der Hochschulabsolventen einen Auslandsaufenthalt



DAAD FORDERT NACHBESSERUNGEN

Am 3. Juli 2012 verabschiedete die DAAD-Mitgliederversammlung eine Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag „ERASMUS für alle“. Sie begrüßt die geplante Mittelausstattung des Programms, fordert allerdings Nachbesserungen bei der Programmarchitektur. Ziel ist es, die Sichtbarkeit und angemessene Finanzierung der Bildungsbereiche zu gewährleisten. Dies schließt die Beibehaltung der bestehenden spezialisierten Fachagenturen in Deutschland ein, wozu auch der für den Hochschulbereich zuständige DAAD gehört.

vorweisen können. Bis dahin sollen außerdem 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in der EU in Forschung und Innovation fließen.

Um diese Ziele erreichen zu können, sind sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Europäische Kommission aufgerufen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Der kommenden Generation der EU-Bildungs- und Forschungsprogramme kommt dabei eine besondere Rolle zu.

In 2012 wurde intensiv über die neue EU-Programmgeneration diskutiert. Das Ende der Verhandlungen steht jedoch noch aus. Erst wenn der EU-Haushalt für die Jahre 2014 bis 2020 verabschiedet ist, kann auch über die neuen Programme entschieden werden.

Auf ein positives Echo bei Bildungs- und Forschungsakteuren stieß der Vorschlag der EU-Kommission, das Budget der Programme deutlich zu erhöhen, um so den Stellenwert, den Bildung und Forschung in der „Europa 2020“-Strategie haben, angemessen zu reflektieren. Das Budget soll um 70 Prozent für die Bildungszusammenarbeit und um 46 Prozent für das neue Forschungsprogramm wachsen. Wie viel nach Ende der Haushaltsverhandlungen hiervon übrig bleiben wird, ist ungewiss. Insgesamt umfasst das für die Bildungszusammenarbeit vorgeschlagene Budget nur etwa 1,7 Prozent des EU-Haushalts. Bildung und Forschung zusammen kommen nahezu auf 10 Prozent. Damit sind diese Politikbereiche im Vergleich zur Agrar- oder Strukturförderung noch immer recht unbedeutend.

Modernisierung der Hochschulbildung

Die Europäische Kommission hat bereits im September 2011 ihre Vorstellungen zur Modernisierung der Hochschulbildung veröffentlicht und 2012 Maßnahmen angestoßen, um den

Prozess in Gang zu setzen. Gefordert werden neben einer angemessenen Finanzierung des Hochschulsystems die Erhöhung der Studierendenzahlen und die stärkere Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft, außerdem soll die Qualität der Hochschulbildung verbessert werden. Im September 2012 wurde eine hochrangige Expertengruppe eingerichtet. Sie wird von der früheren irischen Staatspräsidentin Mary McAleese geleitet, auch der ehemalige DAAD-Generalsekretär Dr. Christian Bode ist dabei. Die Gruppe wird sich im ersten Jahr mit der Qualität der Lehre beschäftigen und Mitte 2013 ihren ersten Bericht vorlegen.

Im April initiierte die Kommission die Kampagne „We mean business“. Sie will Unternehmen dazu ermuntern, sich am Praktikantenaustausch zu beteiligen und dabei für eine intensivere Nutzung der ERASMUS- und Leonardo da Vinci-Praktikantenförderung zu werben. Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft war insgesamt einer der Schwerpunkte der EU-Kommission für den Hochschulbereich im Jahr 2012. Im Vorgriff auf die Pläne zum neuen EU-Bildungsprogramm ab 2014 wurden bereits 2011 und 2012 Pilot-Aufrufe veröffentlicht, um „Wissensallianzen“ zwischen Hochschule und Wirtschaft zu schaffen. Diese Fördermaßnahme soll im neuen EU-Bildungsprogramm ausgebaut werden.

Mehr Kooperation mit den EU-Nachbarn

Der Aufbau guter Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und Süden spielt für die EU eine wichtige Rolle. Das spiegelt sich auch in der Hochschulkooperation wider: Kurz bevor die EU – wie bereits geplant – ihre Nachbarschaftspolitik überprüfen wollte, haben die Entwicklungen in den arabischen Ländern sie zu einer schnelleren Reaktion gezwungen. In

Auf ein positives Echo bei Bildungs- und Forschungsakteuren stieß der Vorschlag der EU-Kommission, das Budget für Bildungszusammenarbeit um 70 Prozent und das für das neue Forschungsprogramm um 46 Prozent zu erhöhen.

ihrer im Mai 2011 herausgegebenen Strategie „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ kündigt die EU an, fortan politische Reformen mit intensiver Zusammenarbeit zu belohnen und EU-Hilfen an Konditionen zu knüpfen. Außerdem wertete die EU die gesamte Nachbarschaftsregion als engsten Partner auf. Dabei haben Mobilität und der Aufbau moderner Hochschulstrukturen eine besondere Bedeutung. Vor diesem Hintergrund wuchsen die Budgets für die EU-Hochschulprogramme „Tempus“ und „Erasmus Mundus“ deutlich: 2012 wurden die Programme um knapp 100 Mio. Euro aufgestockt. 2013 stehen für die Region rund 133 Mio. Euro zur Verfügung.

Auch auf politischer Ebene wurde der Dialog mit der Region im Hochschulbereich gestärkt. Erstmals kamen im Juli Ministerialvertreter der südlichen Nachbarschaftsregion nach Brüssel, um die weitere Zusammenarbeit zu besprechen.

In ihrem Vorschlag für das neue EU-Bildungsprogramm kündigte die Kommission an, dass die Nachbarschaftsregion einen besonderen Stellenwert bei der internationalen Hochschulkooperation erhalten soll. Maßnahmen, die unter dem heutigen Tempus-Programm gefasst werden, sollen ausgebaut und durch Mobilitätsförderung ergänzt werden. Der Rat und das Europäische Parlament gehen noch einen Schritt weiter. Sie fordern, dass die Länder der Region, analog den EU-Mitgliedsländern, an dem neuen EU-Bildungsprogramm und damit auch an ERASMUS teilnehmen sollen, wenn entsprechende Strukturen im Land aufgebaut sind und der notwendige finanzielle Eigenbeitrag geleistet werden kann. Auch wenn das nicht schnell gelingen wird, ist es doch ein wichtiges politisches Zeichen für die zukünftige Zusammenarbeit mit den Nachbarn im Süden und Osten.

DAAD-ALUMNI IN BRÜSSEL



DAAD-Alumnus Maciej Popowski berichtet auf einem Alumni-Treffen über seine Tätigkeit als stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Maciej Popowski ist einer der prominentesten DAAD-Alumni in den EU-Institutionen. Der gebürtige Pole studierte 1989 mit einem DAAD-Stipendium Germanistik an der Universität Siegen, heute ist er stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), des neu geschaffenen „europäischen Außenministeriums“. Popowskis Bericht über das erste Jahr des EAD verfolgten mehr als 120 Teilnehmer auf einer DAAD-Veranstaltung am 2. Februar 2012 in der Deutschen Botschaft, unter ihnen auch viele DAAD-Alumni. Sie bilden in Brüssel ein wichtiges Netzwerk in den EU-Institutionen. „Was uns alle vereint, ist die Verbindung mit Deutschland und das Thema der europäischen Integration und Zusammenarbeit“, sagte DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ. „Das Potenzial unseres internationalen Alumni-Netzwerks ist enorm.“

Der DAAD: Wichtiger Gesprächspartner in Brüssel

Der DAAD wird als Partner bei der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament sehr geschätzt. 2012 erarbeitete die DAAD-Außenstelle Brüssel zahlreiche Vorträge auf EU-Veranstaltungen sowie inhaltliche Beiträge zu Vorhaben der EU-Institutionen. Siegbert Wuttig, Leiter der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im DAAD, wurde am 28. März 2012 vom Ausschuss für Bildung und Kultur des Europäischen Parlaments eingeladen. Er erläuterte in der öffentlichen Anhörung zum neuen EU-Bildungsprogramm die Vor- und Nachteile des Kommissionsvorschlages aus Sicht des DAAD. Die Außenstelle und die Nationale Agentur wirkten darüber hinaus



Ausdrücklich gegen den Titel „Erasmus für alle“: Doris Pack, Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Kultur im Europäischen Parlament, erläutert deutschen Hochschulvertretern ihre Unterstützung von „Yes-Europe“.

Zahlreiche Vorträge auf EU-Veranstaltungen sowie inhaltliche Beiträge zu Vorhaben der EU-Institutionen erarbeitete die DAAD-Außenstelle Brüssel 2012.

an Arbeitsgruppen der EU-Kommission zur Ausgestaltung der neuen Programmgeneration mit.

Im Juli 2012 veranstaltete die DAAD-Außenstelle das Seminar „Quo vadis Europa in der europäischen Bildungs- und Forschungszusammenarbeit?“. Hier informierten sich rund 120 deutsche Hochschulvertreter über die aktuellen Entwicklungen des neuen EU-Bildungsprogramms „ERASMUS für alle“. Zum aktuellen Stand der Verhandlungen referierten Doris Pack, Berichterstatterin aus dem Europäischen Parlament und Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Kultur, sowie Vertreter der EU-Kommission und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland.

Es ist bereits zur Tradition geworden, dass der DAAD mindestens einmal im Jahr eine gemeinsame Veranstaltung mit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU ausrichtet. Darüber hinaus pflegt die Außenstelle Brüssel enge Beziehungen zur Deutschen Botschaft und zu deutschen und europäischen Wissenschaftsorganisationen vor Ort.

Um seine Arbeit in Brüssel als Interessenvertreter für Hochschulangelegenheiten sichtbar zu gestalten, trat der DAAD dem gemeinsamen Transparenzregister von EU-Kommission und Europäischem Parlament bei. In dem Register stehen grundlegende Informationen, etwa zur Struktur und zum

Budget der Organisationen, die in Brüssel als Interessenvertreter agieren.

In einem monatlichen Newsletter informiert die DAAD-Außenstelle den DAAD selbst sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung über Entwicklungen in der EU-Bildungs- und Forschungszusammenarbeit. Dabei wird – wie schon 2012 – auch 2013 die Analyse der Verhandlungen zum neuen EU-Bildungsprogramm ein wichtiges Thema sein. <<

Tabelle 22 : Statistischer Überblick Europäische Union 2012

1. Grunddaten	
Mitgliedstaaten	27 ¹
Einwohner	495 Mio.
Fläche	4 Mio. km ²
2. Wirtschaftsdaten	
BIP* der EU-27 2010	112.268 Mrd.
Mehrfähriger EU-Haushalt 2007–2013	975 Mrd.
Ausgaben für EU-Bildungsprogr. „Lebenslanges Lernen“	7 Mrd. ²
davon für ERASMUS	3,1 Mrd. ³
Jährlicher EU-Haushalt 2012	147,2 Mrd. ⁴
Haushalt für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum & Beschäftigung (Bildung, Forschung, Innovation) 2012	14,7 Mrd. ⁵
davon für „Lebenslanges Lernen“	934,34 Mio.
davon für ERASMUS	480 Mio.
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Ausgaben für Bildung in der EU-27	∅ 5 % des BIP
davon für Tertiäre Bildung	1,2 % des BIP
Hochschulen	4.000
Studierende 2009	19,5 Mio.
davon ERASMUS-geförderte Studierende insgesamt ⁶	3 Mio.
davon ERASMUS-geförderte Studierende jährlich	231.000
Hochschulabsolventen 2009	4,3 Mio.

* Angaben in Euro

- 1 ab Juli 2013 mit dem voraussichtlichen Beitritt Kroatiens: 28
- 2 = 0,71 %
- 3 Teil des Programms für Lebenslanges Lernen
- 4 1,12 % des Bruttonationaleinkommens der EU-27
- 5 10 % des Gesamthaushalts
- 6 seit 1987

Die wichtigsten EU-Institutionen	
Rat der Europäischen Union Vertretung der EU-Mitgliedstaaten Gesetzgebendes Organ (in den meisten Politikbereichen gemeinsam mit dem Europäischen Parlament)	
Europäisches Parlament Vertretung der Bürger / Gesetzgebendes Organ (Zustimmung oder Mitentscheidung mit Rat)	754 Mitglieder
Europäische Kommission Exekutive / Ausführende Behörde Vorschlagsrecht für EU-Gesetzgebung	1 Präsident 26 Kommissare 27.600 Beamte 27 Generaldirektionen

**Tabelle 23 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Belgien**

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt		
	D	76
	A	11
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	27
	A	2
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	35
	A	7
davon Doktoranden	D	17
	A	5
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	14
	A	2
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	24
	A	1
1–6 Monate	D	39
	A	5
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	13
	A	5
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	5
	A	3
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	1
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	24
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	1
Praktikanten	D	39
	A	1
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	
II. Projektförderung – gesamt		
	D	43
	A	55
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	14
	A	19
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	29
	A	20
davon Doktoranden	D	4
	A	7
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	
	A	16
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	37
	A	45
1–6 Monate	D	3
	A	8
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	3
	A	2
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	23
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	3
	A	
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	9
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)		
	D	119
	A	66
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		
		185
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)		
	D	385
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)		
	D	218
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)		
	D	67
	A	4

London

Zwei Jubiläen zum Sechzigsten



Dr. Andreas Hoeschen leitet die Außenstelle London seit September 2008. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1952 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Medaillenregen und Medienskandale

„Ein großartiger britischer Sommer, an den man sich noch in Hunderten von Jahren erinnern wird.“ Mit diesen Worten hatte Premierminister David Cameron am 9. September 2012 nicht das Wetter des zweitregenreichsten Jahres seit Beginn der meteorologischen Aufzeichnungen in Großbritannien im Sinn. Gemeint waren vielmehr Großereignisse wie das 60. – „diamantene“ – Thronjubiläum der Queen im Juni oder auch die Londoner Siegesparade der britischen Olympia- und Paralympics-Mannschaften, die den Sommer 2012 so besonders machten.

Prunk, Pomp und Medaillenschwemme der Jahresmitte erhielten aber durch schlechte Schlagzeilen in den übrigen Quartalen einen Dämpfer. Zu den Abhörpraktiken der einstmals auflagenstärksten britischen Boulevardzeitung „News of the World“ vernahm der parlamentarische Untersuchungsausschuss fast 200 Zeugen, darunter den Regierungschef und seine letzten drei Vorgänger. Dabei wurden nicht nur die illegalen Aktivitäten der beteiligten Journalisten aufgedeckt, sondern auch das mitunter enge Zusammenspiel der Meinungsmacht des Murdoch-Konzerns mit der politischen Führung des Landes eingehend thematisiert.

Im Herbst erschütterte ein Skandal das Vertrauen in die BBC: Das Doppelleben eines kürzlich verstorbenen Musikshow-Moderators und Protagonisten einer populären TV-Wohltätigkeitsshow

kam ans Tageslicht. Der BBC-Star, der für seine Verdienste geadelt worden war, hatte im Laufe seiner Karriere mehrere Dutzend Minderjährige sexuell missbraucht. Die Wahrnehmungsdefizite der Vergangenheit und aktuelle redaktionelle Fehler bei der Aufarbeitung des Falls stürzten die weltgrößte öffentliche Rundfunkanstalt in eine anhaltende Führungskrise.

Enttäuschende Wirtschaftsentwicklung

Die größte Sorge der britischen Regierung ebenso wie der Bevölkerung dürfte jedoch der stagnierenden Wirtschaftsentwicklung gegolten haben. Im April 2012 meldete die offizielle Wirtschaftsstatistik eine Rezession. Mit zwei aufeinanderfolgenden Quartalen wirtschaftlichen Abschwungs endete laut technischer Definition die konjunkturelle Erholungsphase nach dem Beinahe-Kollaps durch die Finanzkrise. Der Sommer brachte dann ein Wirtschaftswachstum von knapp einem Prozent, was aber Fachleuten zufolge vor allem am Konsumschub in Folge der olympischen Spiele lag. Zum Jahresende bewegte sich das Wachstum wieder gegen null.

Auf Basis dieser Datenlage gab der Finanzminister bekannt, dass die von der Regierung gesetzten Eckwerte der Haushaltskonsolidierung bis zu den nächsten Wahlen nicht zu erreichen seien. Somit will die Regierung ihre Sparpolitik noch mindestens bis 2018 und damit zwei Jahre länger als geplant fortsetzen und weitere Kürzungen, insbesondere bei den Sozialausgaben, vornehmen.

*Verschärfter Hochschulwettbewerb**Hochschulen erhöhen Engagement im Ausland**Betriebliche Ausbildung wird gefördert**Wissenschaftsstandort Deutschland attraktiver***Weitreichende Hochschulreformen****9.000 Pfund Studiengebühren pro Jahr**

Der Beginn des akademischen Jahres 2012/13 war der Startschuss für das neue Hochschulfinanzierungssystem im englischen Landesteil: Studienanfänger bezahlen nun mit bis zu 9.000 Pfund Studiengebühren pro Jahr ihren Unterricht selbst. Die bisherige staatliche Grundfinanzierung der Lehre entfällt größtenteils für die Hochschulen.

Die Gebührenerhöhung machte sich nicht sehr deutlich bemerkbar. Landesweit ging die Zahl der voll gebührenpflichtigen englischen

Studienbewerber um 10 Prozent zurück. Dabei verteilten sich die Rückgänge sehr ungleichmäßig. Während für Oxford und Cambridge die Nachfrage stagnierte beziehungsweise sogar leicht stieg, sank sie bei einigen großstädtischen, primär auf die Lehre konzentrierten Massenhochschulen sowie Kunsthochschulen um über 20 Prozent. Die Gesamtzahl der Studierenden an britischen Hochschulen erlitt jedoch nach vorläufigen statistischen Meldungen keine dramatischen Einbußen, sie reduzierte sich in England und Wales lediglich um 57.000. >

Lang lebe die Queen: Mit Umzügen und Maskeraden feierten die Briten im Juni 2012 das 60. Thronjubiläum von Elizabeth II.



FINANZIERUNG DER STUDIENGEBÜHREN

Für ihre Studiengebühren von bis zu 9.000 Pfund pro Jahr erhalten die meisten Studierenden ein staatliches Vollدارlehen, das auch Studierende aus der EU in Anspruch nehmen können. Eine staatliche Aufsicht legt die Höchstzahl der einheimischen und EU-Studierenden für den grundständigen Bereich fest. Diese Zahl dient als Kalkulationsbasis für die öffentliche Finanzierung der Studienbeitragsdarlehen. Die britischen Studienbewerber müssen auch an schottischen Universitäten zahlen, während dort Landeskinder und EU-Bürger weiterhin Gebührenfreiheit im Grundstudium genießen.

Die Obergrenze der Studierendenzahl pro Institution wurde flexibilisiert. Erstmals durften die Universitäten um Bewerber mit sehr guten Schulabschlüssen – etwa 65.000 nach amtlichen Schätzungen – frei konkurrieren. Auch diese Neuerung traf die Universitäten sehr unterschiedlich. Oxford und Cambridge blieben davon wiederum unberührt, da sie ohnehin nur Bewerber aus diesem Segment aufnehmen. Die beiden Spitzenuniversitäten entschieden sich dafür, die Zahl ihrer Studierenden nicht zu erhöhen. Der Kampf um diese bestbenoteten und frei rekrutierbaren Studierenden entbrannte vielmehr im oberen Mittelfeld der britischen Universitätsliga – dort, wo es um den Aufstieg oder den Verbleib in der „Russell Group“ geht, dem Club der forschungsorientierten Institutionen.

Hochschulen im verschärften Wettbewerb

Der konservative Hochschulminister David Willetts beabsichtigt, mehr Wettbewerb unter den Hochschulen zu stimulieren. Davon verspricht er sich ein System, das noch bedarfsorientierter, „konsumentengerechter“ und nicht zuletzt auch kostengünstiger als die öffentliche Hochschulfinanzierung funktioniert. Die im Herbst 2012 gestartete Reform ist dabei nur der erste Schritt. Private sollen künftig mit den öffentlichen Hochschulen um die beste und billigste Lehre konkurrieren. Bisher war die bereits 1983 zugelassene University of

Buckingham die einzige Privatuniversität in Großbritannien. An der unabhängigen Einrichtung mit Wohlfahrtsstatus werden etwa 1.000 Studierende unterrichtet. Das Studienangebot ist teilweise an die amerikanische „Liberal-Arts-College-Tradition“ angelehnt und umfasst zudem einen medizinischen Fachbereich. Auf einem anderen Geschäftsmodell basiert die University of Law, die im November 2012 ihre staatliche Anerkennung erhielt. Als profitorientierter Unterrichtsanbieter wirbt sie mit preisgünstigen Angeboten um potenzielle Studierende der Rechtswissenschaft. So können Interessenten beispielsweise zwischen dreijährigen Bachelorstudiengängen für 6.000 Pfund pro Jahr oder zweijährigen Kursen für 9.000 Pfund pro Jahr wählen. Der Kostenvorteil dieser zweiten Privatuniversität Großbritanniens mit gut 7.000 Studierenden ergibt sich unter anderem daraus, dass diese auf Forschung gänzlich verzichtet.

Viele öffentliche Universitäten kritisieren die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums, den Studierenden der Privatuniversität ein Gebührenstipendium von bis zu 6.000 Pfund pro Jahr zu gewähren. Vor diesem Hintergrund vertagte die Regierung ihr ursprüngliches Vorhaben, einen umfassenden Gesetzentwurf zur Privatisierung im Hochschulbereich zu präsentieren, auf unbestimmte Zeit. Sie beschloss wie bisher von Fall zu Fall über Einzelzulassungen zu entscheiden.

Förderung von Ausbildungsstellen

Als Alternative zum Studium soll die Berufsqualifizierung gestärkt werden. Bereits die vorige Labour-Regierung gründete im Jahr 2008 eine landesweite Vermittlungsstelle für Ausbildungsplätze – den National Apprenticeship Service. Seitdem ist die Zahl der Angebote, aber mehr noch die der Bewerbungen stetig gestiegen: 2012 standen 106.000 Ausbildungsplätzen 1,3 Millionen Suchende gegenüber.

Die staatliche Grundfinanzierung der Lehre entfällt größtenteils. Studierenden kommen mit bis zu 9.000 Pfund pro Jahr jetzt selbst für ihren Unterricht auf.

Gegenwärtig bieten lediglich 6 Prozent aller Unternehmen eine berufliche Ausbildung an. Um dem abzuwehren, fördert die Regierung nicht nur finanziell die Einrichtung von Lehrstellen in der Privatwirtschaft. Sie will künftig auch berufliche Ausbildungen in Branchen wie Finanzwirtschaft oder Rechtspflege eröffnen. Der für die Berufsausbildung zuständige Minister Matthew Hancock kündigte kurz vor Ende des Jahres 2012 an, demnächst einen rein betrieblichen Ausbildungsweg für Juristen zu ermöglichen. Der Abschluss dieser mehrstufigen Lehre soll dann mit einem Master der Rechtswissenschaft gleichwertig sein.

Zielkonflikte zwischen Hochschul- und Migrationspolitik

Die verschärfte Konkurrenz um die heimischen Studierenden steigert die Bedeutung der internationalen Nachfrage nach Studienangeboten in Großbritannien. Die Universitäten sind besonders an Studierenden aus Nicht-EU-Ländern interessiert, auch aus ökonomischen Gründen. Sie dürfen unbeschränkt viele Bewerber aus dieser Gruppe zulassen und die Höhe der Studiengebühren nach eigenem Ermessen festlegen. Die Einnahmen durch das Ausländerstudium entwickelten sich in den vergangenen zehn Jahren zu einem unverzichtbaren Bestandteil der britischen Hochschulfinanzierung. Die Studiengebühren der knapp 300.000 Studierenden aus Nicht-EU-Staaten stellen mittlerweile 10 Prozent des Gesamteinkommens der britischen Hochschulen.

Im Jahr 2012 stieg die Zahl der Nicht-EU-Studierenden noch einmal um 1,5 Prozent. Allerdings gab es erstmals keinen allgemeinen Anstieg der Bewerbungen aus den Hauptherkunftsländern. Einem Plus von 16,9 Prozent bei Bewerbungen aus China stand ein plötzlicher Einbruch um 23,5 Prozent aus Indien sowie 13,4 Prozent aus Pakistan gegenüber. Experten vermuten, dass sich in diesen

Zahlen bereits die neuen Einwanderungsbestimmungen niederschlagen. Die Regierung hat sich vorgenommen, den Zustrom von Einwanderern auf ein Nettplus von maximal 100.000 Personen pro Jahr zu beschränken. Die Kritik an der liberalen Einwanderungspolitik im letzten Jahrzehnt bezieht sich zwar in erster Linie auf die 1,5 Millionen Zuwanderer aus den neuen EU-Beitrittsländern. Deren freier Zugang zur britischen Insel lässt sich jedoch unter den EU-Regeln nicht zurücknehmen. So betreffen die zugangs- und aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen, die bis 2015 die Immigration in den fünfstelligen Bereich drücken sollen, ausschließlich Nicht-EU-Staatsangehörige.

Besonders umstritten war im April 2012 die Abschaffung des Post-Study-Visums für internationale Absolventen britischer Hochschulen. Es erlaubte ihnen, im Anschluss an das Studium zwölf Monate lang einen Arbeitsplatz zu suchen und ermöglichte ihnen, berufliche Erfahrung im Gastland zu sammeln. Nach der Abschaffung können Graduierte ohne EU-Staatsangehörigkeit nur in Großbritannien bleiben, wenn sie im direkten Anschluss an das Studium eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung angeboten bekommen. Diese Gesetzesnovelle wurde von den Hochschulen deutlich kritisiert. Darüber hinaus widerspricht sie dem Ziel des Hochschulministers David Willetts, mehr Nicht-EU-Studierende für ein Studium in Großbritannien zu gewinnen. Im Zielkonflikt zwischen Hochschul- und Migrationspolitik hat sich aber zunächst letztere durchgesetzt – vermutlich deshalb, weil das Thema Einwanderung mehr öffentliche Aufmerksamkeit hervorruft als Fragen der Hochschulfinanzierung.

Engagement britischer Hochschulen im Ausland

Angesichts des restriktiveren Umfelds für das Ausländerstudium werden britische

Die öffentlichen Universitäten kritisierten die geplante staatliche Anerkennung privater Hochschulen so stark, dass die Regierung einen entsprechenden Gesetzesentwurf vertagte.

Neue Einwanderungsbestimmungen erschweren Nicht-EU-Studierenden die Bewerbung an britischen Hochschulen. Die Abschaffung des Post-Study-Visums nimmt vielen die Chance, in Großbritannien Berufserfahrungen zu sammeln.

Universitäten stärker in den Herkunftsländern der internationalen Studierenden selbst aktiv. Durch das Franchising und die Lizenzierung britischer Studienabschlüsse in Zusammenarbeit mit Partnerhochschulen werden mittlerweile über 500.000 internationale Studierende vor Ort versorgt – damit mehr als auf britischem Boden. Die 13 Niederlassungen britischer Universitäten im Ausland weisen bislang lediglich gut 12.300 Studierende auf. Aufgrund der hohen Investitionskosten in diesem Bereich regte David Willetts an, den britischen Studienexport auf eine gänzlich kommerzielle Basis zu stellen. Hierfür wollte er große Investmentbanken wie Goldman Sachs als Partner gewinnen. Ähnlich wie bei der Privatisierung der Hochschulen im eigenen Land rief aber auch dieser Vorschlag Kritik bei Universitäten hervor, die sich in transnationalen Bildungsprojekten engagieren. Sie verwiesen auf das Spannungsverhältnis von kurzfristigen Profitabilitätsersparungen und wissenschaftlichen Zielsetzungen bei Forschungskooperation und Nachwuchsbildung. Die bereits im Kontext der Hochschulfinanzierungsreform kontrovers diskutierte Frage, ob die Erfordernisse des Wissenschaftssystems am besten oder sogar ausschließlich durch ökonomische Marktmechanismen bedient werden, zeigt sich dabei auch bei der Internationalisierung als eines der Leitthemen der aktuellen hochschulpolitischen Debatte in Großbritannien.

Die DAAD-Außenstelle feiert ihr 60-jähriges Jubiläum mit einer Konferenz zur europäischen Hochschulzusammenarbeit: 130 Hochschulvertreter aus Großbritannien, Deutschland und Frankreich nehmen teil.



Deutsch-britische Beziehungen

Steigende Bewerberzahlen

Wie bereits das Vorjahr brachte auch 2012 weiter steigende Bewerberzahlen für die Stipendienprogramme des DAAD und vermehrte Anfragen zu Studium und Forschung in Deutschland. Für das merkbar gestiegene Interesse am Studienstandort Deutschland sind die höheren Studiengebühren in England sicherlich ein Motivationsfaktor. Noch stärker dürften sich hier aber Entwicklungen an den deutschen Hochschulen selbst auswirken. Englischsprachige Masterstudiengänge und die internationalisierte Doktorandenausbildung in den Graduiertenschulen der deutschen Universitäten stellen eine attraktive Alternative zum heimischen Angebot dar. Das gilt sowohl für die Briten als auch für die vielen internationalen Studierenden in Großbritannien.

Die DAAD-Außenstelle wird 60

2012 feiert die DAAD-Außenstelle in London ihr 60-jähriges Jubiläum. Als besonderes Highlight veranstaltete sie deshalb gemeinsam mit der Kulturabteilung der französischen Botschaft die Konferenz „Britain’s Academic Relationship with the Continent in Challenging Times“. Die Teilnehmer diskutierten über die aktuelle Situation und Perspektiven der trilateralen Hochschulzusammenarbeit. Eingeladen waren nicht nur rund 100 Vertreter britischer Universitäten, sondern auch gut zwei Dutzend Gäste aus Frankreich und Deutschland – darunter Prof. Joybrato Mukherjee, Vizepräsident des DAAD und Präsident der Universität Gießen, sowie Prof. Peter-André Alt, Präsident der Freien Universität Berlin. Konferenzpartner waren die Higher Education Academy – eine nationale Einrichtung zur Qualitätsverbesserung der Hochschullehre – sowie die Fachzeitschrift „Times Higher Education“.

Prof. Sir Ian Diamond, Rektor der schottischen Universität Aberdeen, brachte den Tenor der Tagung auf den Punkt: „Europe leads the way.“ Mit seinen vielen erstklassigen Hochschulen sei Europa gut gerüstet für den globalen Wettbewerb mit Asien und den USA. Nach Einschätzung vieler Tagungsteilnehmer sollten dafür die Synergiepotenziale des gemeinsamen Hochschulraums weiterentwickelt und entschlossener genutzt werden. Dazu gehört, dass sich die einzelnen Institutionen stärker international ausrichten und als europäische Hochschulen verstehen.

Weiterhin würdigten die Tagungsteilnehmer die Fördermaßnahmen des DAAD als „Best Practices“ in Forschungs- und Ausbildungs-koope-ration. So zum Beispiel die Rolle des DAAD-Fachlektorats für die Europäisierung der Juristenausbildung an der Universität Sheffield oder auch den Aufbau binationaler Promotions-angebote zwischen den geisteswissenschaftlichen Fakultäten des King’s College London und der Humboldt-Universität zu Berlin.

DAAD ART EXHIBITION 2012



Fotografien, Bilder, Skulpturen und Multimedia-Installationen, die während ihres Studienaufenthalts entstanden waren.

Am 12. Oktober 2012 öffnete für drei Tage die „DAAD Show“ im Londoner East End. Deutsche Jahresstipendiaten im Bereich Kunst, Design und Architektur präsentierten

Mehr Europa!

Im unmittelbaren Anschluss an die Konferenz feierte die Londoner Außenstelle ihr 60. Jubiläum mit mehr als 200 Alumni, Stipendiaten, weiteren Freunden und Partnern im Festsaal der Royal Geographical Society. DAAD-Vizepräsident Prof. Joybrato Mukherjee und der deutsche Botschafter Georg Boomgaarden würdigten die Arbeit des DAAD in und mit Großbritannien. ➤



Party zum 60.: Alumni, Stipendiaten, Partner und Freunde des DAAD feiern den runden Geburtstag der Außenstelle in London.



Premierminister David Cameron will das Volk über den Verbleib in der Europäischen Union abstimmen lassen.

Die Europafrage

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die britischen Medien die Krise in der Eurozone, die viele Kommentatoren auch für das Ausbleiben eines heimischen Wirtschaftsaufschwungs verantwortlich machten. Insbesondere die Murdoch-Presse fährt seit mehr als zwei Jahrzehnten einen anti-europäischen Kurs und fühlt sich nun mit der Eurokrise bestätigt.

Dabei ist die Eurozone mit Abstand der wichtigste Handelspartner Großbritanniens. Die Briten wickeln auf dem europäischen Binnenmarkt gut die Hälfte ihres Waren- und Dienstleistungsverkehrs ab.

Bestrebungen zu einer finanz- und fiskalpolitischen Harmonisierung innerhalb der EU lehnen jedoch viele Journalisten und politische Entscheidungsträger ab, sofern Großbritannien einbezogen werden soll. Den Hintergrund für die im öffentlichen Diskurs mittlerweile dominante Europaskepsis bildet eine Mischung von Argumenten und Einstellungen. Bei einer stärkeren Regulierung der Finanzströme in den EU-Mitgliedstaaten fürchten Kritiker, dass der Börsenplatz London seine internationale Konkurrenzfähigkeit einbüßt. Darüber hinaus ist die Übertragung von britischen Rechten an europäische Instanzen oft mit Bedenken gegenüber der demokratischen Legitimität verbunden.

Politische Brisanz erhielt das Thema endgültig am Jahresende, als David Cameron ankündigte, das Volk über die Zukunft Großbritanniens in der EU abstimmen zu lassen. Sein Kabinett, das sich unter anderem auf die zunehmend

europaskeptische Konservative Partei stützt, tritt bisher noch geschlossen für den Verbleib in der EU ein. Die meisten Konservativen, einschließlich des Partei- und Regierungschefs selbst, fordern allerdings mehr nationale Kompetenzen für Großbritannien. Diese will Cameron durch Ausnahme Klauseln vom Lissabon-Vertrag erreichen. Um die britische Verhandlungslinie gegenüber den europäischen Partnern durchzusetzen, soll die Zustimmung der gesamten Wählerschaft eingeholt werden. Viele politische Beobachter erwarten jedoch, dass sich das für die nächste Legislaturperiode angekündigte Referendum auf die Verbleibs- beziehungsweise Austrittsfrage zuspitzen wird. Die Neubestimmung der britischen Rolle in oder gegenüber Europa dürfte öffentlich weiter kontrovers diskutiert werden und alle Parteien und relevanten gesellschaftlichen Gruppen zwingen, in dieser Frage klare Positionen zu beziehen.

Dieser fördere Wandel durch Austausch und Hilfe, ein europäisches Kulturbewusstsein zu entwickeln. Schließlich wurden die drei Gewinner des Studierendenwettbewerbs „Europa!“ ausgezeichnet. In Briefen und einer künstlerischen Collage hatten sie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Premierminister David Cameron vorgeschlagen, wie aktuelle europäische Herausforderungen gelöst werden können. Auch hier lautete die Losung des Tages: Mehr Europa!



Tabelle 24 : Statistischer Überblick Großbritannien 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	243.610 km ²
Bevölkerungszahl	62,64 Mio.
Frauen	51 %
Männer	49 %
Bevölkerungsdichte	257 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0,8 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP*	2.445 Mrd.
BIP pro Kopf*	39.057
Anteil am globalen BIP	3,5 %
Knowledge Economy Index (KEI)	8,76 / Rang 14
Wirtschaftswachstum	0,8 %
Inflation	2,7 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsetat 2011 in GBP	91,8 Mrd.
Forschungs-Etat 2010/11 in GBP	4,6 Mrd.
Hochschultypen	
Universitäten	118
Colleges of Higher Education	50
Anzahl der Universitäten	
staatlich	115
privat	3
Anzahl Hochschullehrer	181.185
davon ordentliche Professoren	17.465
Eingeschriebene Studierende 2011/12	2.511.397
an staatlichen Institutionen	2.495.337
an privaten Institutionen	16.060
Frauenanteil	55 %
Anteil ausländischer Studierender	20,65 %
Studierende der Naturwissenschaften	42 %
Studierende der Geisteswissenschaften	58 %
Abschlüsse 2011	762.535
Other undergraduate degrees	162.585
Bachelor's Degree	369.010
Master's Degree	210.860
Doctorate	20.080
Professional Degree	k. A.
Studiengebühren / Studienjahr in GBP 2012	
an staatlichen Institutionen	bis zu 9.000
Ausländische Studierende gesamt	480.755
nach Herkunftsländern 2010/11:	
1. China	14,9 %
2. Indien	8,5 %
3. USA	5,1 %
4. Deutschland	4,3 %
5. Nigeria	3,8 %

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS 2010	23,03 %
davon in Deutschland	5,8 %

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende ¹	
1. USA	8.783
2. Frankreich	2.704
3. Irland	1.804
4. Australien	1.661
5. Deutschland	1.342
Erasmus Participation 2011/12	
Erasmus Inward	22.650
Erasmus Outward	13.665

* Angaben in US-Dollar

¹ nach dem „Atlas of Student Mobility 2010“

Quellen:

- ▶ www.worldbank.org
- ▶ <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=RGRADSTY>
- ▶ <http://www.iie.org/IIE-Settings/C-Template-DropDownItems/Services/Project-Atlas/United-Kingdom>
- ▶ http://www.ukcisa.org.uk/about/statistics_he.php#table1
- ▶ http://www.hesa.ac.uk/index.php?option=com_content&task=view&id=1897&Itemid=239
- ▶ <http://www.hesa.ac.uk/content/view/2355/393/>
- ▶ http://www.ukpublicspending.co.uk/education_budget_2011_2.html
- ▶ <http://www.universitiesuk.ac.uk/Publications/Pages/HighereducationinfactsandfiguresSummer2012.aspx>
- ▶ <http://www.bis.gov.uk/assets/biscore/science/docs/a/10-1356-allocation-of-science-and-research-funding-2011-2015.pdf>
- ▶ www.direct.gov.uk

**Tabelle 25 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Großbritannien**

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	672
	A	261
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	90
	A	180
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	401
	A	65
davon Doktoranden	D	139
	A	33
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	181
	A	16
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	91
	A	114
1–6 Monate	D	119
	A	105
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	462
	A	42
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	343
	A	40
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	58
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	84
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	106
Praktikanten	D	55
	A	74
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	13
II. Projektförderung – gesamt	D	583
	A	180
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	472
	A	75
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	105
	A	62
davon Doktoranden	D	19
	A	24
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	6
	A	43
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	264
	A	157
1–6 Monate	D	249
	A	20
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	70
	A	3
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	477
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	82
	A	2
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	18
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	1.255
	A	441
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		1.696
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	3.103
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	1.227
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	325
	A	14

Moskau

Von der Innovation zur Stagnation?



Dr. Gregor Berghorn leitet die Außenstelle Moskau seit September 2009. Die Außenstelle besteht seit dem Jahr 1992 und hat zurzeit zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Politik der straffen Zügel

Es war für Russland das unruhigste Jahr seit der Wende Anfang der 1990er Jahre – so sehen es viele Beobachter des Landes. Vertreter der orthodoxen Kirche scheuten sich nicht, sogar einen Vergleich mit dem Revolutionsjahr 1917 zu ziehen und nach staatlichen Gegenmaßnahmen zu rufen. Die Duma-Wahlen im Dezember 2011 hatten zu Massendemonstrationen geführt, die sich 2012 fortsetzten. Darüber hinaus hatten sich Enttäuschung und Unmut über die zwischen Präsident Dmitri Medwedjew und Ministerpräsident Wladimir Putin abgesprochene Ämter-Rochade für die Phase nach der Wahl aufgebaut.

Der Anwalt und Blogger Alexei Nawalny entwickelte sich im Laufe des Jahres zum Wortführer dieser Bewegung. Aber auch die Gegenseite mobilisierte landesweit Massendemonstrationen zur Unterstützung Putins. Dennoch ist deutlich geworden, dass die Protesthaltung bereits tiefer in die Gesellschaft eingedrungen ist. Selbst die sonst apolitischen russischen Studierenden begehren vor allem gegen die Fusion von Hochschulen auf.

Mit „nur“ 63,7 Prozent der Stimmen gewann Putin die Wahlen, für den Kommunisten Sjuganow stimmten 17,2 Prozent, für den National-Liberalen Schirinowskij 6,2 Prozent, für Mironow von der Partei „Gerechtes Russland“ nur 3,9 Prozent. Der Newcomer Prochorow, der insbesondere den unternehmerischen Mittelstand angesprochen hatte, konnte knapp 8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Der 7. Mai 2012, der Tag der Amtsantritte von Putin und Medwedjew in ihren jeweils neuen Funktionen als Präsident und Ministerpräsident, markiert im Rückblick einen signifikanten Politikwechsel. Die Verbindlichkeit Medwedjews wurde abgelöst durch ein straffes Anziehen der Zügel unter Putin.

Als Reaktion auf die Forderungen der Protestbewegung hatte Präsident Medwedjew noch im März 2012 einige Zusagen eingelöst: das Gesetz zur vereinfachten Gründung und Registrierung neuer Parteien, die Überprüfung von 32 Gerichtsurteilen „auf Gesetzmäßigkeit und

Russische Hochschulen auf dem Prüfstand

Kirche dringt in den Wissenschaftsbereich vor

Massendemonstrationen

Deutschland bleibt kulturell in Weißrussland präsent

Hochschulen international wenig beachtet

82 Milliarden Euro für die Forschung



Das Staatliche Historische Museum auf dem Roten Platz in Moskau ist ein Magnet für Touristen.

Stichhaltigkeit“, darunter auch das gegen den früheren Oligarchen und jetzigen Lagersträfling Michail Chodorkowski, sowie die Wiedereinführung der Volkswahl der Gouverneure unter bestimmten Rahmenbedingungen.

Trotz dieser „Last Minute“-Reformen wird Medwedjew kaum als „der Reformator Russlands“ in die Geschichte eingehen. Für die rückwärtsgewandten Kräfte bringt der Status quo so viele Bequemlichkeiten, dass sie ihn bewahren wollen. Sie waren deshalb von Anfang an gegen jede Modernisierung wie beispielsweise die beschleunigte Privatisierung von Staatsunternehmen oder die nachhaltige Korruptionsbekämpfung. Gruppierungen wie die staatlich kontrollierte Rüstungs-, Öl- und Gasindustrie, die Streitkräfte oder die Agrarindustrie, die Putin ihren Reichtum und ihre Bedeutung verdanken, waren zu mächtig und reformresistent.

In seiner letzten Rede als Ministerpräsident stellte Putin das Programm für seine dritte Amtszeit vor: Umkehr des negativen demografischen Trends (drei Kinder pro Familie), Entwicklung des Fernen Ostens und Ostsibiriens, Schaffung von 25 Millionen modernen Arbeitsplätzen und eine konkurrenzfähige Wirtschaft. Als wesentliches Instrument zur Wirtschaftsförderung sieht Putin die Rüstungsindustrie. Ihr galt sein erster Besuch als Präsident und nicht dem neuen Innovationszentrum Skolkowo.

Nach seinem Amtsantritt hat Putin innen- wie außenpolitisch die Zügel straff angezogen. In der Frage des Syrienkonfliktes demonstrierte er, dass dieser Konflikt ohne die Großmacht Russland nicht zu lösen ist. Im Inneren wurde eine Gesetzesserie durch das Parlament gebracht, die eine eindeutige Drohkulisse aufbauen und den Widerstand gegen Regierung und Präsident schwächen soll. >

Bereits Anfang Juni 2012 stimmte die Duma einer drastischen Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts zu. Das neue Gesetz nimmt die Organisatoren von Demonstrationen in die Verantwortung, wenn es während einer Kundgebung zu Verkehrsbehinderungen, Sachbeschädigungen oder Verletzungen von Demonstranten kommen sollte.

Im Juli 2012 folgte die Initiative der Kremlpartei „Einiges Russland“, das Gesetz über Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu ändern. Russische NGOs, die sich politisch betätigen und dafür eine ausländische Finanzierung erhalten, sind unter Strafandrohung gezwungen, sich in einem besonderen Register des Justizministeriums als „Agenten des Auslands“ eintragen zu lassen. Bei öffentlichem Auftreten müssen sich ihre Mitarbeiter als ausländische Agenten zu erkennen geben. Betroffen von diesem Gesetz ist unter anderem die renommierte Moskauer Helsinki-Gruppe. Ihre Leiterin Ludmila Alexejewna lehnte es aber öffentlich ab, sich als Auslandsagentin registrieren zu lassen.

SITUATION IN WEISSRUSSLAND

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Belarus zwischen Regierung und Opposition sowie die Unterdrückung demokratischer Bewegungen im Land gingen auch 2012 weiter. Im Februar hatte die Europäische Union (EU) weitere Sanktionen wie Einreiseverbote und Kontosperrungen verhängt. Als die Leiterin der EU-Vertretung und der polnischen Botschafter ausgewiesen wurden, beriefen alle EU-Staaten ihre Vertreter zurück. Substanzielle Sanktionen verhängte die EU erneut, als Präsident Aljaksandr Lukaschenka die Begnadigung der Urheber des Anschlags auf die Metro vom April 2011 ablehnte und das Todesurteil vollstrecken ließ – obwohl an der Beweisführung der Staatsanwaltschaft und der Rechtsstaatlichkeit des Prozesses international massive Kritik geübt worden war.

Die als „Scheinwahl“ eingestufte Parlamentswahl im September wurde zwar international wieder stark kritisiert, was aber nicht zu einer Änderung des Systems führte. Schließlich erhält Belarus Rückendeckung aus Russland – und zahlt dafür einen hohen Preis: Russland kontrolliert die weißrussische Wirtschaft immer stärker. Bereits jetzt ist Belarus bei Energie auf preisgünstige Gaslieferungen aus dem Nachbarland angewiesen. Russische Konzerne übernehmen die letzten lukrativen Bestandteile des belarussischen Staatsvermögens. Im Gegenzug erhält Weißrussland günstige Kredite der Eurasischen Entwicklungsbank.

Deutschland ist mit dem Goethe-Institut und den DAAD-Lektoren das letzte EU-Land, das kulturell noch dauerhaft im Land präsent ist. Das 29. Germanistentreffen des DAAD fand nach 19 Jahren erstmals wieder in Belarus statt. Die Veranstaltung war vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung im Land sorgfältig mit der deutschen Botschaft und dem Auswärtigen Amt abgestimmt worden. Der DAAD hat mit der Veranstaltung den weißrussischen Germanisten einmal mehr seine Funktion als Mittler und Brückenbauer auch in schwierigen politischen Situationen deutlich gezeigt.

Die Auswirkungen der „Agentengesetze“ bekamen auch die deutschen politischen Stiftungen und Wissenschaftsorganisationen zu spüren, die amerikanische Hilfsorganisation USAID musste das Land verlassen, die Zusammenarbeit mit UNICEF wird „überdacht“.

Noch vor der Sommerpause wurde das Gesetzesvorhaben, Beleidigungen und Verleumdungen wieder als strafrechtliche Tatbestände zu ahnden, in die Duma eingebracht und verabschiedet. Im Gegenzug zu einer noch unter Medwedjew eingebrachten Liberalisierung der Pressefreiheit wurden hiermit wieder Instrumente zur Disziplinierung kritischer Journalisten geschaffen, um die Regierung, den Präsidenten und neuerdings auch die Kirche gegen öffentliche Kritik abzuschirmen.

Im Oktober 2012 verabschiedete die Duma ein vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB eingebrachtes Gesetz, das die Kontakte mit Ausländern oder mit ausländischen Organisationen unter den Verdacht der Spionage und des Landesverrats im Sinne einer „Gefahr für die Sicherheit Russlands“ stellen kann.

Einfluss der Kirche wächst

Vor diesem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung ist auch der Prozess gegen die Punkmusikerinnen der Gruppe „Pussy Riot“ zu sehen. Der von in- und ausländischer Presse intensiv wahrgenommene Prozess wurde mit zunehmender Emotionalisierung geführt, sogar die Bundeskanzlerin musste sich im Gespräch mit den Teilnehmern des Petersburger Dialogs im November 2012 zu diesem Thema äußern.

Der Prozessverlauf hat zu einer bedenklichen und folgenreichen Emotionalisierung in der Öffentlichkeit geführt. Die Urteilsbegründung unterstellte den jungen Frauen keine politischen Absichten, sondern vielmehr religiös fundierten Hass und den Vorsatz, die religiösen Gefühle der Gläubigen zu verletzen und in blasphemischer Weise die jahrhundertealten Grundfesten der russischen orthodoxen Kirche zu untergraben.

Prozess, Urteilsbegründung und öffentliche Reaktion haben einmal mehr den spürbar gewachsenen Einfluss der orthodoxen Kirche in Russland deutlich gemacht: Die Kirche beschwor in Presse und Öffentlichkeit das Schreckgespenst von 1917 und einer vor allem antikirchlichen Revolution herauf. Das „Institut für Gewissensfreiheit“, das über die Wahrung der Menschenrechte im religiösen System wachen soll, beobachtet besorgt eine zunehmende Klerikalisierung des russischen Staates.

Die Präsenz der Kirche im Militärwesen, an Schulen und Hochschulen wächst. Religionsunterricht wird sukzessive wieder eingeführt, die früher als Sporthallen oder als Aulen genutzten Räume werden in Kirchen zurückverwandelt. An der Hochschule für Physik und Ingenieurwesen hat der Rektor und frühere stellvertretende Bildungsminister Michail Strichanow einen Theologie-Lehrstuhl eingerichtet und eine Universitätskirche errichten

lassen. Die Einrichtung eines Theologie-Lehrstuhls, ausgerechnet an der prestigeträchtigen Moskauer Nuklearuniversität MIFI, hat die Physiker der Akademie der Wissenschaften wachgerüttelt und zu einer Unterschriften-sammlung veranlasst: Nukleare Sicherheit sei keine Glaubenssache, sondern erfordere eine höchst qualifizierte Ausbildung. Diese Lehrstuhlgründung hat verdeutlicht, dass die Kirche nach diversen anderen Feldern nunmehr auch das Feld Wissenschaft besetzen will. Patriarch Kirill I. verkündet, dass Grundlagenwissenschaft der Religion bedürfe. Am Forschungszentrum Skolkowo solle ein orthodoxes Innovationszentrum errichtet werden.

Allein im Raum Moskau entstehen 200 neue Kirchen. Ein kirchlicher Fernsehkanal soll eingerichtet werden, moderne Künstler mussten ihre Ausstellungen wegen „Verletzung religiöser Gefühle“ schließen oder zusehen, wie diese gewaltsam geschlossen wurden. Der „Pussy-Riot“-Prozess und das Urteil haben dazu geführt, dass schon im September 2012 eine neue Gesetzesvorlage in die Duma eingebracht wurde, wonach künftig die Verletzung religiöser Gefühle, Gotteslästerung und die Schändung von Heiligtümern als Verbrechen geahndet werden.

Deutsche Wirtschaft sieht Russland als Partner

Für seine neue Amtszeit hat Putin in besonderer Weise die Dynamisierung der russischen Wirtschaft als eine der entscheidenden Herausforderungen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung Russlands identifiziert: Die Schaffung einer neuen Ökonomie, Stärkung des Mittelstandes, Erschließung des Raumes zwischen Ostsee und Pazifik durch eine lebensfähige Infrastruktur seien unabdingbare Voraussetzungen für eine Aufwärtsentwicklung des Landes. Russland wolle sich nicht mehr auf den bisherigen alleinigen Garanten seiner Wirtschaftsentwicklung,

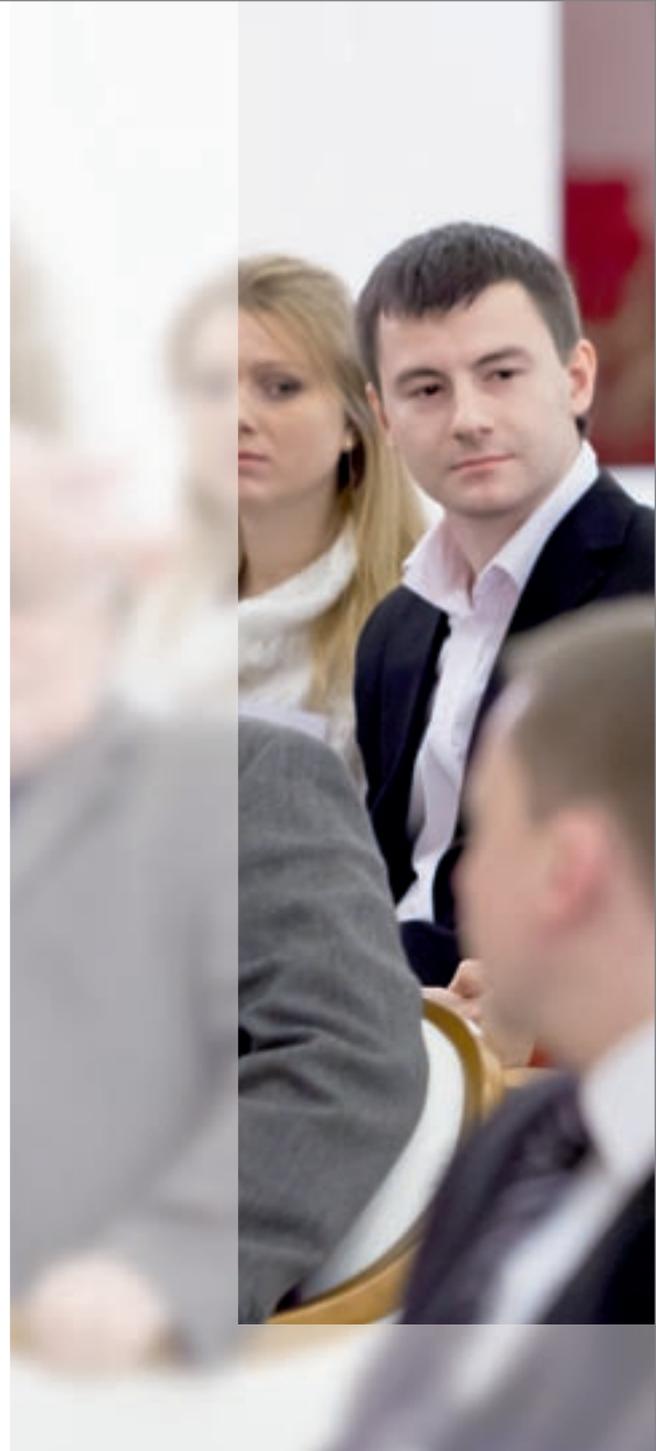
Die Auswirkungen der „Agentengesetze“ bekommen auch die deutschen politischen Stiftungen und Wissenschaftsorganisationen zu spüren, die amerikanische Hilfsorganisation USAID musste das Land verlassen, die Zusammenarbeit mit UNICEF wird „überdacht“.

die Gewinne aus den Rohstoffverkäufen wie Öl und Gas, verlassen. Putin steht vor einem Dilemma: Verfolgt er weiterhin seine paternalistische Politik ohne Änderung der Wirtschaftsstrukturen, verliert Russland seine Wettbewerbsfähigkeit. Führt er Reformen durch und räumt der Privatwirtschaft größere Freiheiten ein, verliert er seine Kernwähler und Teile der Elite. Medwedjew setzte auf Modernisierung, Putin bevorzugt Stabilität, die sich in Stagnation wandeln könnte. Vor diesem Hintergrund sind die großen Wirtschaftsentwicklungen zu sehen.

Die russischen Hochschulen, mit Ausnahme von Moskau und St. Petersburg, werden international nicht mehr wahrgenommen. Eine Reform der Hochschullandschaft soll das jetzt ändern.

Im Juli 2012 hatte die Duma dem Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation zugestimmt. Für ausländische Unternehmen erhöhen sich die Spielräume: So produziert Volkswagen beispielsweise 55 Prozent seiner in Russland verkauften Automobile bereits vor Ort in Kaluga, ab 2013 kommt wegen der hohen Nachfrage ein weiteres Werk in Nischnij Nowgorod hinzu.

Die deutsche Wirtschaft sieht Russland als langfristigen Partner. Dieser verfügt nicht nur über Rohstoffe und Potenziale für eine Modernisierung, sondern ist als einziges Land der Staatengruppe BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) bereit, sich dauerhaft an Europa zu binden. Europa bleibt trotz Schwierigkeiten in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht der Hauptpartner Russlands. Allerdings fordert die Wirtschaft eine drastische Vereinfachung des Visasystems, das sich zu einem wirtschaftshemmenden Faktor auswächst. Mit Hochdruck wurde die Fertigstellung des zweiten Strangs der Ostseepipeline von der Nord Stream AG betrieben, und Europa kann künftig die volle Lieferkapazität von 55 Mrd. Kubikmetern Gas beziehen. Im Oktober 2012 fand die nach der Zerschlagung des Jukos-Konzerns größte Konsolidierung auf dem russischen Erdölmarkt statt. Der größte Erdölkonzern Russlands, Rosneft, hat für etwa 42 Mrd. Euro den inländischen Konkurrenten TNK-BP übernommen.



Obwohl Russland der weltweit größte Energieexporteur ist und seine Erdölförderung mit Saudi-Arabien inzwischen fast gleichgezogen hat, entspricht der Eindruck, den das Land gesamtwirtschaftlich macht, nicht dem durch seine Öl- und Gasreserven vermittelten Bild. 80 Prozent der Staatseinnahmen kommen aus den Rohstoffverkäufen. Auf Beschluss der Duma soll künftig für die Budgetplanung obligatorisch der Erdöl-Durchschnittspreis der vergangenen Jahre zugrunde gelegt werden, um einen ausgewogenen Haushalt aufzubauen. Darüber hinaus hat die Regierung eine Expertengruppe „Strategie 2020“ mit einer Studie zur Reform der Wirtschafts- und Sozialpolitik



beauftragt. Ihre Vorschläge zielen aber letztlich auf den Abbau des Status quo der Kernwählerschaft Putins ab. Die Umsetzung dieser Vorschläge bleibt daher vorerst offen.

Ein Viertel der Hochschulen vor dem Aus?

Zum Abschluss des Schuljahres 2012 sorgte das Thema des Zentralabiturs (EGE) wieder für öffentliche Diskussionen. Gleichwohl hat sich das EGE aber doch als ein Kriterium erwiesen, das dem Ministerium entscheidende Folgerungen ermöglicht.

Das EGE hat zu einem immer härteren Wettbewerb unter den russischen Hochschulen geführt. Die Frage des Hochschulrankings, national wie international, und die Konsequenzen hieraus kennzeichnen inzwischen die russische Hochschulpolitik. Dass es 2012 keine einzige russische Hochschule geschafft hat, einen der vorderen Plätze zu belegen, und dass insgesamt nur die staatlichen Universitäten Moskau und St. Petersburg unter den ersten 400 auftauchen, hat die Regierung aufgeschreckt und zu weitreichenden Maßnahmen veranlasst. Es ist offensichtlich geworden, dass die russischen Hochschulen, mit diesen beiden Ausnahmen, international nicht mehr wahrgenommen werden. >

Stipendiaten der Programme „Michail Lomonosov“ für russische Naturwissenschaftler und Ingenieure sowie „Immanuel Kant“ für russische Geistes-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler.

Unter dem neuen Bildungsminister Dimitrij Liwanow und mit eindeutiger aktiver Kreml-Beteiligung wurde in Reaktion auf das schlechte Abschneiden der russischen Hochschulen im internationalen Hochschulranking eine Reihe von Maßnahmen zur Reform der Hochschullandschaft getroffen:



Ehrenpromotion: DAAD-Außenstellenleiter Dr. Gregor Berghorn erhält die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Nowosibirsk.

- Eine aus russischen und ausländischen Experten bestehende Kommission soll Kriterien für ein nationales Ranking erarbeiten und eine entsprechende Rankingliste russischer Hochschulen erstellen. Inzwischen deutet sich zumindest bei den Technischen Universitäten ein klares Bild an.
- Zur Unterstützung und Beratung des Ministeriums hat Minister Liwanow den rund erneuerten „Gesellschaftlichen Beirat des Bildungsministeriums“ unter Leitung des Nobelpreisträgers Zhores Alferow einberufen. Ihm gehören neben Wissenschaftlern auch Journalisten, Hochschullehrer und sogar ein Vertreter der Studentenschaft an. Dieser Beirat soll die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums unterstützen, Vorschläge zur Entbürokratisierung des Bildungsprozesses machen und bei der aktuellen Bewertung der russischen Hochschullandschaft mitwirken.
- Im Dezember ließ die russische Regierung verlautbaren, dass sie bis 2015 etwa zehn bis 15 ausgewählten russischen Hochschulen bis zu 55 Mrd. Rubel (circa 1,4 Mrd. Euro) zur Verfügung stellen würde, damit künftig

mindestens fünf russische Hochschulen auf den ersten 100 Plätzen internationaler Rankinglisten auftauchen.

Das brisanteste Thema des Jahres, das für die russischen Hochschulen inzwischen existenziell ist, war die Prüfung ihrer Effizienz. Bereits Anfang 2012 hatte Putin dazu aufgerufen, Russland von seinen „Pseudo-Hochschulen“ zu befreien. Es sei nicht mehr nachzuvollziehen, dass die UdSSR seinerzeit bei etwa 230 Millionen Menschen mit rund 500 Hochschulen für 1,5 Millionen Studierenden auskam, Russland aber bei einer Bevölkerung von nur 141 Millionen Menschen jeweils etwa 500 staatliche und nichtstaatliche Hochschulen und noch einmal 2.500 Hochschul-Filialen benötigte. Der Arbeitsmarkt suche händeringend Fachkräfte, die Armee Rekruten. Und auf die Städte sei das Problem der „Gastarbeitery“ zugekommen, die vielfach nur unzureichend qualifiziert, aber wegen des Arbeitskräftemangels unverzichtbar geworden sind. Hinter der Reduzierung der Hochschulen stehen somit auch drängende Fragen eines unausgewogenen Arbeitsmarktes.

Im Herbst wurde dann die Reduzierung der Hochschulen um 25 Prozent und Kürzung der Hochschulfilialen um mindestens 30 Prozent bekannt gegeben. Die Effizienzprüfung betrifft folgende Bereiche: Bildung, wissenschaftliches Profil, Grad der Internationalisierung, Wirtschaftlichkeit und Qualität der

Übersicht der Hochschulen nach Fachkategorien: Von den insgesamt 544 untersuchten Hochschulen der Russischen Föderation wurden 136, also genau 25 Prozent, als „ineffizient“ eingestuft, von den 2.500 Filialen entsprechend 30 Prozent.

Hochschul-Typ	Summe	ineffizient	Prozent
Pädagogik	44	31	70,4
Landwirtschaft	58	26	44,8
Geisteswissenschaften	17	6	41,1
Kultur / Kunst	54	18	33,0
Sport	13	4	30,7
Ingenieurwissenschaften	139	20	14,4
Klassische Universität	114	22	13,3
Medizin	46	4	8,7
Jura	4	–	0
Restliche	13	5	38,4



DWIH Moskau

Die Aktivitäten des Deutschen Wissenschafts- und Innovationshauses im Jahr 2012:

- Zwei Informationsreisen nach St. Petersburg zu Gesprächen mit Hochschulvertretungen und den Leitern der Akademien der Wissenschaften sowie eine weitere Reise nach Astrachan
- Gastvorlesungen renommierter deutscher Wissenschaftler an Universitäten in Moskau und St. Petersburg
- Wissenschaftsgespräche mit Vertretern der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, der Akademie der Wissenschaften und deutschen Universitäten in Moskau
- Treffen mit den deutschen Gewinnern der „Mega-Grants“ an russischen Universitäten unter Beteiligung von Vertretern der Duma, russischer Universitäten und der Akademie der Wissenschaften
- Teilnahme an sechs Fachkonferenzen in St. Petersburg, Jaroslawl, Kemerowo, Moskau und Nizhnij Nowgorod
- Zweite „Deutsch-Russische Woche des jungen Wissenschaftlers“ in Jekaterinburg zum Thema „Health and Society“ im September. Teilnehmer waren 14 deutsche und 34 russische Nachwuchswissenschaftler sowie namhafte deutsche und russische Wissenschaftler. Der DAAD und die Deutsche Forschungsgemeinschaft waren jeweils mit ihren Vizepräsidenten vertreten.
- Eröffnung der Ausstellung „Nano Art“ in Moskau und Besuch des Atom- und Nano-Forschungsinstituts Kurtschatow
- Unterstützung von und Teilnahme an Konferenzen in St. Petersburg, Saratow, Uljanowsk
- Präsentation des DWIH und der deutschen Wissenschaftsorganisationen auf Tagungen von der Union der jungen Wissenschaftler (ROSMU) in Woronesh, Ufa, Naltschik und Moskau sowie auf Veranstaltungen der deutschen Wirtschaft in Moskau und Uljanowsk
- Veröffentlichung von vier Beiträgen über das Moskauer DWIH in der Zeitschrift „Poisk“

4. Deutsch-Russisches Wissenschaftsgespräch im Dezember 2012: Zum Thema „Russische Mega-Grants und Perspektiven deutsch-russischer Forschungsk Kooperationen“ diskutierten auf dem Podium Vertreter von DWIH, Deutsche Botschaft, DAAD/DWIH, DFG, MGU, Leopoldina, FU Berlin (links).

Auf der 2. „Deutsch-Russischen Woche des jungen Wissenschaftlers“ im September 2012 in Jekaterinburg stellten Doktoranden, Postdocs und Professoren beider Länder ihre Forschungsansätze zu „Health and Society“ zur Diskussion (rechts).

Infrastruktur der jeweiligen Hochschule. Im Einzelnen soll untersucht werden, welche Möglichkeiten die Hochschulen zur Erzielung von Einkünften aus Technologietransfers haben. Es soll die Zahl der ausländischen Studierenden beleuchtet werden; als wichtigstes Kriterium aber wurden die Notenpunkte des EGE bei Studienanfängern in Anschlag gebracht.

Von den insgesamt 544 untersuchten Hochschulen der Russischen Föderation wurden 136,

also genau 25 Prozent, als „ineffizient“ eingestuft, von den 2.500 Filialen entsprechend 30 Prozent. Vor allem die Pädagogik, die Geisteswissenschaften sowie die Landwirtschaft sind von den starken Kürzungen betroffen.

Hochschulen und Presse sparten nicht mit Kritik. Was soll mit den eventuell frei werdenden Liegenschaften, was mit frei werdenden Lehrkräften und den Studierenden geschehen? Wie soll sich die Qualität bei den „effizienten“



Stipendienanträge an der Außenstelle Moskau: Jährlich kamen zuletzt etwa 3.700 Russen mit einem DAAD-Stipendium nach Deutschland und umgekehrt 1.500 Deutsche nach Russland.

durch Schließung der „ineffizienten“ Hochschulen erhöhen? Viele Kriterien zielten auf quantifizierbare Elemente statt auf inhaltliche Qualifikation ab.

Das Bildungsministerium musste dem Druck nachgeben und ließ auf die Prüfung Beratungsgespräche folgen. So ist es möglich, dass einzelne Hochschulen aus der Negativ-Liste gestrichen oder nur mit Auflagen versehen werden, wie beispielsweise die Russian State University for the Humanities (RGGU) in Moskau, ein für den DAAD wichtiger Projektpartner. Dennoch droht vielen Hochschulen die Umstrukturierung oder sogar die Schließung.

In diesem Zusammenhang ist die DAAD-Arbeit bei Lektoren, Germanistischen Institutspartnerschaften oder Doppelabschluss-Programmen unmittelbar betroffen. So müssen etwa die Fremdsprachenuniversität Irkutsk oder die Universität Ulan-Ude mit der Schließung rechnen. Die St. Petersburger Hochschulen für Wirtschaft und Finanzen und die Ingenieur-ökonomische Hochschule wurden bereits miteinander fusioniert. Studierende und Professoren betroffener Hochschulen haben zum Jahreswechsel ihre Hochschule besetzt oder sind in einen Hungerstreik getreten, um gegen die Schließungen und Fusionen zu demonstrieren.

Staat fördert die Wissenschaft

Im Zuge der Diskussion über die Neuordnung der Hochschullandschaft mehren sich die Stimmen, die für eine „Einheit von Forschung und Lehre“ eintreten und die Integration der Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften in die Hochschulen fordern. Die Hochschulen und nicht mehr die Akademie sollten künftig Träger der Forschung werden – so wie es in vielen Industrieländern seit langem der Fall ist.

Russland hat im Jahr 2012 für seine Forschung 328 Mrd. Rubel (circa 82 Mrd. Euro) ausgegeben und ist damit auf dem Niveau von Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder Italien angekommen. Aber nicht mehr die Akademie der Wissenschaft ist die Hauptempfängerin der Forschungsmittel, sondern die neu geschaffenen Nationalen Forschungsuniversitäten, die sechs Forschungszentren unter der Federführung des Kurtschatow-Instituts und vor allem das Prestigeobjekt Skolkowo, das zum Pendant des amerikanischen Silicon Valley werden soll.

Aber immerhin kommen noch 75 Prozent der Wissenschaftsförderung vom Staat. Putin forderte die Privatwirtschaft auf, vor allem die großen Konzerne, sich stärker an der Forschungsfinanzierung zu beteiligen. Wladislaw Surkow, der für Wissenschaft und Forschung zuständige stellvertretende Ministerpräsident unter Medwedjew, äußerte sich überraschend deutlich zur Notwendigkeit, ausländische Wissenschaftler an russische Hochschulen zu holen. Eigens hierfür waren 2011 „Mega-Grants“ ausgeschrieben worden, auf die sich mit Erfolg zahlreiche ausländische Forscher bewarben. Die dritte und nunmehr letzte Runde der „Mega-Grants“ wurde zum Ende des Jahres 2012 ausgeschrieben. <<

Tabelle 26 : Statistischer Überblick Russische Föderation 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	17.075.200 km ²
Bevölkerungszahl	143 Mio.
Frauen	77 Mio.
Männer	66 Mio.
Bevölkerungsdichte	8,36 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP *	1.880 Mrd.
BIP pro Kopf *	13.236
Anteil am globalen BIP	3 %
Knowledge Economy Index (KEI) 2009	Rang 55
Wirtschaftswachstum	4,3 %
Inflation	8,4 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) *	13,4 Mrd.
davon Forschung	9 Mrd.
davon extra Unterstützung der führenden Hochschulen	1,25 Mrd.
Hochschultypen	
Universitäten	349
Akademien	176
Institute	128
Anzahl der Hochschulen gesamt 2010	
staatlich	394
privat	161
Institute	124
Anzahl Hochschullehrer 2010/11	
an staatlichen Institutionen	32.600
an privaten Institutionen	3.200
Eingeschriebene Studierende 2011	
an staatlichen Institutionen	5.453.900
an privaten Institutionen	1.036.000
Frauenanteil (2010/11)	57,2 %
Anteil ausländischer Studierender	1,4 %
Studierende der Naturwissenschaften	65 %
Studierende der Geisteswissenschaften	35 %
Doktoranden	k.A.

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Abschlüsse 2011	
Bachelor's Degree	126.600
Master's Degree	26.300
Diplom (Spezialist)	1.306.900
Studiengebühren / Studienjahr *	hochschulabhängig
Ausländische Studierende gesamt	
nach Herkunftsländern	129.690
1. Kasachstan	24.772
2. Belarus	20.063
3. Ukraine	11.793
4. Usbekistan	9.918
5. China	9.055
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	
davon in Deutschland	49.585
davon in Deutschland	10.342

Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende ¹	
1. Deutschland	10.342
2. USA	4.784
3. Ukraine	3.931
4. Frankreich	3.822
5. Kasachstan	3.600

* Angaben in US-Dollar

¹ nach dem „Atlas of student mobility 2012“**Quellen:****Zielländer/Herkunftsländer und Mobilität der Studenten**▶ <http://www.uis.unesco.org/Education/Pages/international-student-flow-viz.aspx>**Studentenzahlen in Russland**▶ http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_01/lssWWW.exe/Stg/d12/3-5.htm**Hochschullehrer**▶ http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_13/lssWWW.exe/Stg/d2/07-50.htm**Frauenanteil**▶ http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_13/lssWWW.exe/Stg/d2/07-49.htm**Abschlüsse**▶ http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_13/lssWWW.exe/Stg/d2/07-60.htm**Hochschultypen**▶ http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_13/lssWWW.exe/Stg/d2/07-52.htm**Fächerverteilung**▶ http://www.gks.ru/bgd/regl/b11_13/lssWWW.exe/Stg/d2/07-56.htm

Tabelle 27 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Russische Föderation

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	446
	A	1.299
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	303
	A	566
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	38
	A	585
davon Doktoranden	D	22
	A	336
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	105
	A	148
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	190
	A	361
1–6 Monate	D	166
	A	457
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	90
	A	481
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	22
	A	251
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	422
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	41
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	11
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	34
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	309
Praktikanten	D	46
	A	59
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	11
	A	101
II. Projektförderung – gesamt	D	1.242
	A	2.476
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	693
	A	1.031
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	192
	A	824
davon Doktoranden	D	53
	A	263
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	357
	A	621
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	854
	A	1.522
1–6 Monate	D	364
	A	774
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	24
	A	180
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	214
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	106
	A	154
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	273
Austausch in Projekten (PPP)	D	
	A	
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	1.688
	A	3.775
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		5.463

Deutsch-Französische Freundschaft auf dem Prüfstand



Christiane Schmeken ist seit 2012 Direktorin des Pariser Büros des DAAD. Zuvor leitete sie im DAAD die Gruppe „Strategie, Veranstaltungen, Fortbildung“. Ihr besonderes Interesse gilt Internationalisierungsprozessen weltweit.

Der Wahlsieg der Sozialisten

Die französische Öffentlichkeit blickt auf ein bewegtes Jahr im Zeichen der Präsidentschaftswahlen zurück. Aus einem spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen ging schließlich François Hollande als Sieger hervor und wurde der zweite sozialistische Staatspräsident Frankreichs. Sein Erfolgsrezept: Er präsentierte sich dem Wahlvolk, das genug hatte von den Eskapaden seines Vorgängers Nicolas Sarkozy, als Präsident der Normalität, dem Selbstinszenierung und Machtgehebe fremd sind. Sein Image des tüchtigen, aber etwas blassen ewigen Zweiten wusste er geschickt in das Versprechen umzumünzen, die Franzosen mit solider, unaufgeregter Politik in eine gerechtere und stabilere Zukunft zu führen. „Le Changement – c’est maintenant“ (Zeit für den Wechsel) lautete die Wahlkampfparole der Sozialisten.

Nach der Euphorie der Wahlnacht auf der Pariser Place de la Bastille, dem symbolträchtigen Versammlungsort der republikanischen Linken, kehrte aber bald Ernüchterung ein. Der Wahlsieg der Sozialisten war mit umfangreichen Zugeständnissen an linke und grüne Bündnispartner erkaufte worden. Die Regierungsmannschaft, die der neue Premierminister Jean-Marc Ayrault um sich scharte, hat zudem zwar den Charme, die jüngste und weiblichste Ministerrunde der französischen Geschichte zu sein, doch fehlt es an Politprofis mit Regierungserfahrung.

Hinzu kommen die kritische außenpolitische Situation mit einer sich zuspitzenden Eurokrise und die angespannte wirtschaftliche Lage in Frankreich: Die volkswirtschaftliche Produktivität sinkt und die Arbeitslosigkeit liegt bei 10 Prozent. So erstaunt es nicht, dass die Popularitätskurven von Präsident Hollande und auch von Premier Ayrault kontinuierlich sanken und zum Jahreswechsel einen Tiefstand erreichten.

Die Regierung, die mit viel Elan und einem Rekordergebnis startete, sieht sich einem Dilemma gegenüber. Auf der einen Seite erwartet die sozialistische Stammwählerschaft höhere Einkommen und mehr soziale Sicherheit. Auf der anderen Seite ist die wirtschaftspolitische Lage heikel und verlangt nach mutigen, unbequemen Entscheidungen und konsequenten Reformschritten.

Mit dem Einlösen von populistischen Wahlversprechen wie der unlängst angekündigten Anhebung der „Reichensteuer“ auf 75 Prozent des Einkommens werden zwar emotionale Erwartungen bedient, aber keine nachhaltigen Erfolge erzielt. Dass der französische Präsident sich dessen bewusst ist, zeigt er mit dem Reformpaket, das im November 2012 beschlossen wurde: Förderung des Mittelstands, Innovationsförderung und Bürokratieabbau stehen ebenso auf dem Programm wie die steuerliche Entlastung der Unternehmen. Wenn es François Hollande und Jean-Marc Ayrault 2013 gelingt, den sozialdemokratischen Reformkurs



Euphorie während der
Wahlnacht im Juni 2012 an der
Pariser Place de la Bastille.

*DAAD fördert intensiven
Hochschuldialog*

*Regierung beschließt
Reformpaket*

*Evaluierungsagentur
AERES in der Kritik*

*1.000 neue
Hochschullehrer 2013*

*Exzellenzförderung
auf dem Prüfstand*

Die angespannte wirtschaftliche Lage in Frankreich und die Eurokrise schädigten die Popularität des neuen Präsidenten François Hollande. Mit einem Reformpaket will er nun den Mittelstand fördern, Unternehmen steuerlich entlasten und Innovationen anregen.

durchzusetzen, den viele von ihnen erwarten, wären die beiden Franzosen nach Tony Blair und Gerhard Schröder nicht die ersten Sozialisten in Europa, die ihrem Land den Weg in eine moderne globalisierungstaugliche Zukunft ebneten.

Distanz zur deutschen Kanzlerin

Während des französischen Wahlkampfes hatte sich Angela Merkel für den konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy stark gemacht. Dieser wiederum hatte keine Gelegenheit ausgelassen, die deutsche Sparpolitik zu rühmen und den französischen Bürgern die Vorzüge des

„modèle allemand“ vor Augen zu führen. In der französischen Öffentlichkeit fand „Merkozy“ nicht nur Zustimmung. Es gab ebenso sachliche Kritik am rigorosen Sparkurs wie Spott über die bedingungslose Unterwerfung des französischen Präsidenten unter das Diktat der deutschen Kanzlerin.

Die Folgen für das Image Deutschlands in Frankreich sind zwiespältig. So führte die mediale Aufmerksamkeit für das neue deutsche Wirtschaftswunder, insbesondere in den strukturschwachen Regionen des französischen Nordens, zu einem verstärkten Interesse an einer Ausbildung oder Tätigkeit beim Nachbarn. Aber die wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands und der daraus abgeleitete Führungsanspruch verletzte den französischen Nationalstolz und ließ alte Ressentiments wieder aufleben.

Nach den Wahlen blickte man in Frankreich wie in Deutschland gespannt auf das neue Tandem Angela Merkel und François Hollande – und der französische Präsident ging auf Distanz. Geradezu symbolträchtig mutete vor diesem Hintergrund sein Antrittsbesuch an, den er noch am Tag seiner Amtseinführung, am 15. Mai, absolvierte. Wegen eines Gewitters glückte der Flug nach Berlin erst im zweiten Anlauf. Spannend sollte das Verhältnis in den kommenden Monaten bleiben: Hollande wandte sich offensiv gegen das Merkelsche Spardiktat.

Anders als sein Vorgänger sieht er den Weg zur Lösung der Eurokrise in einer Balance aus Ausgabendisziplin und Ankurbelung der Konjunktur. Dabei zeigte sich der französische Präsident, der im eigenen Land eher als entscheidungsschwach gilt, entschlossen, den Schulterschluss mit Deutschland zur Disposition zu stellen und für seinen Kurs neue Bündnispartner zu suchen – vorzugsweise in den Ländern des Südens, die von der Finanzkrise besonders betroffen sind.

WIRTSCHAFTSPROBLEME

Anders als Deutschland hat sich Frankreich von der Finanzkrise von 2008 noch nicht nachhaltig erholt. Das Wirtschaftswachstum ist gering, und die Arbeitslosigkeit stieg zum Jahreswechsel 2012/13 über die 10-Prozent-Marke. Es zeigen sich die Grenzen eines Wachstumsmodells, das überwiegend auf Binnennachfrage setzt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit vernachlässigt.

Das chronische Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt führt zu rasch steigender Staatsverschuldung. Mit 57 Prozent Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist Frankreich europäischer Spitzenreiter. Französische Unternehmen zahlen doppelt so hohe Abgaben wie deutsche. Staats-, Verwaltungs- und Sozialversicherungsreformen werden ebenso benötigt wie ein Abbau der Subventionen.

Die industrielle Produktion macht in Frankreich nur noch 12,5 Prozent des Sozialprodukts aus (Platz 15 von 17 in der Eurozone). In den letzten zehn Jahren gingen 700.000 Arbeitsplätze verloren. Rückläufige Exportzahlen führen zu einem steigenden Handelsdefizit (71,2 Mrd. Euro 2011). Hauptursachen sind unzureichende Forschung und Innovation, zu geringe Unternehmensgewinne, das Fehlen eines starken Mittelstands, unproduktiver sozialer Dialog und zu starr regulierte Arbeitsmärkte.

Quelle: dfi aktuell, Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg, Ausgabe 5/2012

Elysée 50: Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft

Während die Turbulenzen in der Eurozone den tagespolitischen Diskurs beherrschten, wurden die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages am 22. Januar 2013 vorbereitet. Unter dem Motto „Elysée 50“ entfachten beide Staaten ein wahres Feuerwerk an Aktivitäten, vom feierlichen Staatsakt bis zu Aktionen in Schulen und Gemeinden.

Der offizielle Startschuss fiel am 22. September in Ludwigsburg, wo General Charles de Gaulle vor 50 Jahren seine legendäre Rede an die Jugend hielt. Angela Merkel und François Hollande demonstrierten hier, allen tagespolitischen Differenzen zum Trotz, Geschlossenheit wie auch schon im Juli bei der „Messe für den Frieden“ in Reims.

Fast scheint es, als gebe die aktuelle Krise in Europa dem Bekenntnis zur deutsch-französischen Freundschaft eher Auftrieb, als dass sie ihm schade. Im Vorfeld von „Elysée 50“ war gelegentlich zu hören, dass es nach Jahrzehnten institutionalisierter Freundschaft an der Zeit sei, zur Tagesordnung überzugehen und die rituelle Beschwörung der Aussöhnung einzustellen. Die Verschiebung der politischen Gewichte in der krisengebeutelten Eurozone machte dagegen deutlich: Die deutsch-französische Freundschaft ist unverzichtbar für das Projekt der europäischen Einigung. Sie bleibt aber labil, solange sie nur auf politischem Konsens beruht.

Im Elysée-Jahr geht es somit auch darum, die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements für eine lebendige und belastbare zwischenstaatliche Beziehung herauszustellen. Breit diskutiert wird außerdem, ob die deutsch-französischen Erfahrungen auf



Feierlicher Staatsakt mit Angela Merkel und François Hollande zum 50. Jahrestag des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags.

aktuelle Prozesse der Verständigung in- und außerhalb von Europa übertragen werden können.

Umriss eines neuen Hochschulgesetzes

Nach dem Wahlsieg der Sozialisten stellte sich die Frage, was der Regierungswechsel für den Hochschulsektor bedeuten würde. Würde die neue Wissenschaftsministerin Geneviève Fioraso traditionellen republikanischen Forderungen nach staatlicher Fürsorge und egalitärer Umverteilung umstandslos nachgeben, wie manche sich erhofften? Oder würde sie einen Reformkurs ansteuern, der anderen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des französischen Hochschulsystems unverzichtbar schien?

Auf dem Prüfstand stehen neben dem Autonomiegesetz „Loi relative aux libertés et responsabilités des universités“ (LRU) aus dem Jahr 2007 vor allem die Exzellenzförderung durch das Programm „Investissements d’avenir“, die unabhängige Forschungsförderung durch die Agence nationale de la recherche (ANR) und die systematische Evaluierung durch die Agence d’évaluation de la recherche et de l’enseignement supérieur (AERES). Sie alle wurden von der Vorgängerregierung als Instrumente geschaffen, um den Wettbewerb in der Wissenschaft anzukurbeln. >

Die deutsch-französische Freundschaft ist unverzichtbar für die europäische Einigung. Sie bleibt allerdings labil, solange sie nur auf politischem Konsens beruht.



Elysée 50 – Alumni im Fokus

Im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 spielte die Hochschulkooperation eine untergeordnete Rolle. In den Folgejahren entstanden jedoch eine Reihe von Institutionen und Instrumenten, die den Austausch zwischen beiden Ländern beförderten. Heute studieren jährlich etwa 6.000 Deutsche in Frankreich und umgekehrt – der Austausch ist ausgewogen und auf hohem Niveau stabil.

2.600 Hochschulkooperationen zeugen ebenso von der Lebendigkeit und der Qualität der Zusammenarbeit wie die rund 140 deutsch-französischen Studiengänge unter dem Dach der Deutsch-Französischen Hochschule. Zehntausende von binational qualifizierten Absolventen und eine beispiellose Intensivierung der Kooperation deutscher und französischer Hochschullehrer sind das Ergebnis von 50 Jahren

institutioneller Förderung, nicht zuletzt durch den DAAD.

Dennoch ist diese sehr lebendige Facette der deutsch-französischen Freundschaft bislang im zivilgesellschaftlichen Diskurs zwischen beiden Ländern weitgehend unbeachtet geblieben. Ein Grund hierfür ist, dass die Alumni-Arbeit an den Hochschulen lange Zeit ein Schattendasein führte. Dies ändert sich allmählich in dem Maße, in dem der berufliche Erfolg der Absolventen Teil der Qualitätskontrolle akademischer Ausbildung wird und diese als potenzielle Förderer stärker ins Blickfeld geraten. Die verschiedenen Förderorganisationen beschränkten sich in der Vergangenheit darauf, ihre eigenen Ehemaligen an sich zu binden. Hier findet seit einigen Jahren ein Umdenken statt, das auf deutscher Seite zur Gründung des „Alumniportals Deutschland“ geführt hat – einer gemeinsamen Plattform für alle Deutschland-Ehemaligen.

An diese Entwicklung knüpften die DAAD-Außenstelle Paris, die Deutsch-Französische Hochschule und die Oberrhein-Universität (EUCOR) im November 2012 mit einer gemeinsamen Veranstaltung in Straßburg an. Dort brachten sie erstmals

Geförderte ihrer Institutionen zu einem Seminar rund um das Thema „Europa!“ zusammen. Zwei Tage lang diskutierten 30 Absolventen mit deutsch-französischem Profil über „Grenzgänge und Quereinstiege: Kulturpolitik, Kommunikationswege und Karrieren auf dem Wege zu einer europäischen Kultur“.

Unter Federführung der Deutschen Botschaft Paris fand im April 2013 eine „Woche der Wissenschaft und der Alumni“ statt, an der sich der DAAD gemeinsam mit dem Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA) beteiligte. Unter dem Motto „Nachhaltige Nachbarschaft: Vom deutsch-französischen Tandem zu internationalen Netzwerken“ trafen sich Alumni beider Institutionen zum Austausch.

Parallel wurde ein DAAD-Alumni-Verein gegründet. Der DAAD Paris verfügt über 1.500 Adressen von Alumni, von denen etwa die Hälfte im Großraum Paris zu finden ist. Neben den französischen Alumni sind auch in Frankreich lebende deutsche Absolventen und Freunde des DAAD eingeladen, dem Verein „DAAD Alumni France“ beizutreten – 200 Ehemalige sind dem Aufruf bereits gefolgt.

Ein Wahlkampfversprechen der Sozialisten lautete, künftig in Bildung und Wissenschaft nicht gegen, sondern mit den Akteuren den politischen Kurs definieren zu wollen. Die neue Ministerin Geneviève Fioraso machte Ernst mit dieser versprochenen Dialogkultur. Auf ausdrücklichen Wunsch von Staatspräsident Hollande initiierte sie im Juli 2012 landesweite

Anhörungen, die sogenannten „Assises de l'enseignement supérieur et de la recherche“. Diese schlossen Ende November 2012 nach mehr als 100 Terminen mit einer zweitägigen Bilanzveranstaltung.

Über den Fortgang der Beratungen und die Positionen der verschiedenen Interessenvertreter

wurde im Internet kontinuierlich berichtet (www.assises-esr.fr). Aus 1.300 schriftlichen Stellungnahmen und 25 Regionalberichten erarbeitete der Lenkungsausschuss einen Abschlussbericht mit 121 Vorschlägen. Am 17. Dezember 2012 wurde er dem Staatspräsidenten überreicht.

Der Bericht ist, wie bei dem Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses nicht anders zu erwarten, kein ganz großer Wurf. Aber er enthält eine Reihe von bedenkenswerten und mutigen Überlegungen. Ein Bündel von Vorschlägen widmet sich der Verbesserung von Forschungsstrukturen. Gefordert wird insbesondere, die Rolle des französischen Hochschulministeriums Ministère de l'enseignement supérieur et de la recherche (MESR) zu stärken, das bislang für eine Reihe wichtiger Hochschulinstitutionen nicht zuständig ist.

Unter den Vorschlägen zur Internationalisierung ist besonders der Ruf nach Schaffung von bi- oder multinationalen Lehr- und Forschungseinrichtungen mit europäischen Partnern interessant. Schon jetzt dürfte zudem klar sein, dass, wie im Wahlkampf versprochen, ein Schwerpunkt der Maßnahmen auf dem erfolgreichen Abschluss und dem Berufseinstieg der Studierenden liegen wird. Dafür sollen 5.000 Stellen geschaffen werden, 1.000 bereits 2013. Auch bei der Aus- und Fortbildung der Lehrenden sollen neue Wege beschritten werden.

Im Forschungsbereich ist davon auszugehen, dass der Wunsch der Regierung nach Vereinfachung und Ausgleich zu einer teilweisen Zurücknahme der Exzellenzinitiative führen wird. Der Bericht, der auf den landesweiten Anhörungen beruht, fordert etwa, die acht „Initiatives d'excellence“ (IDEX) – jede von ihnen ist ein Zusammenschluss von mehreren Hochschulen und Forschungsinstitutionen – auf den Status von Programmen zurückzuführen und sie nicht als Institutionen mit

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!

Am 21. Dezember 2012 feierte Hansgerd Schulte seinen 80. Geburtstag. Er gründete die DAAD-Außenstelle in Paris und war 16 Jahre lang Präsident des DAAD in Bonn. Sein Geburtstag war Anlass für ein Kolloquium zur Situation der Deutschlandstudien in Frankreich, das im Januar 2013 in Paris stattfand.

Hansgerd Schulte hat an der Universität Sorbonne Nouvelle – Paris 3 maßgeblich zum Aufbau der „Licence franco-allemande“ beigetragen, aus der ganze Generationen von deutsch-französischen Kulturvermittlern hervorgegangen sind. Der Jubilar steht für eine Generation, deren Interesse am Nachbarland vom Wunsch nach Aussöhnung mit dem einstigen Kriegsgegner bestimmt wurde. Schon als Schüler entschloss er sich, neben dem deutschen auch das französische Abitur zu erwerben. Anschließend studierte er in Freiburg, Madrid und Paris. Dort gelang ihm mit 23 Jahren die Aufnahme in die renommierte École normale supérieure. Lange vor der Ära von ERASMUS und Doppelabschlüssen verwirklichte er so den Traum einer international geprägten Ausbildung – mit vollständiger Integration ins andere System.

Seit 1961 wirkte Hansgerd Schulte als DAAD-Lektor für deutsche Sprache. 1963 wurde er Gründungsdirektor der Pariser Außenstelle des DAAD. Als Wissenschaftsmanager avant la lettre war er der Vater vieler deutsch-französischer Förderprogramme, die ihm immer auch als Modell für Europa galten. 1971 wurde er zum Präsidenten des DAAD in Bonn gewählt, der während seiner 16-jährigen Amtszeit einen erheblichen Aufschwung erlebte. Hansgerd Schulte brachte unter anderem das Deutsch-Französische Hochschulkolleg auf den Weg, den Vorläufer der Deutsch-Französischen Hochschule.

eigener Rechtspersönlichkeit und Stiftungskapital zu belassen. Ungemütlich könnte es auch für die Evaluierungsagentur AERES werden, die seit Monaten stark in der Kritik steht.

In Sachen Hochschulautonomie wird es vermutlich Verschiebungen von einem ausgeprägt präsidialen System zu mehr Mitbestimmung geben. Man darf gespannt sein, welche Anstöße des Berichts das neue Hochschulgesetz „Loi sur l'enseignement supérieur et la recherche“ aufgreift, das im Frühjahr 2013 erwartet wird. >

Die neue Wissenschaftsministerin Geneviève Fioraso lud Hochschulvertreter in landesweiten Versammlungen zum Dialog ein. Besonders interessant: Die Hochschulen fordern bi- oder multinationale Lehr- und Forschungseinrichtungen mit europäischen Partnern.



Regionalkompetenz Frankreich: Die Teilnehmer des Seminars der Internationalen DAAD-Akademie (iDA) knüpften neue Kontakte zu französischen Hochschulvertretern.



Deutsch-französischer Hochschuldialog

Die französische Hochschullandschaft ist im Umbruch – und viele Themen, die in Frankreich diskutiert werden, bewegen auch in Deutschland die Gemüter. Konvergenz der Systeme, Umfang und Intensität der Kooperation und genaue gegenseitige Kenntnis haben ein Niveau erreicht, auf dem es vor allem darum geht, nicht übereinander zu sprechen, sondern miteinander zu lernen. Dies zeigten auch die lebhaften Diskussionen während des Seminars der Internationalen DAAD-Akademie iDA zur „Regionalkompetenz Frankreich“ im September 2012 in Paris. Die Teilnehmer nutzten die Besuche an verschiedenen französischen Hochschulen, um neue Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Interessen auszuloten.

Ende November veranstaltete die Außenstelle das Seminar „Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Forschungsraum“. Es war von einem intensiven Austausch über Stärken und Schwächen beider Systeme und die Chancen der Zusammenarbeit geprägt. Besonderes Interesse fanden die vorgestellten Praxisbeispiele deutsch-französischer Gemeinschaftsinitiativen in der Forschung. Dazu gehören: das Laserzentrum von Paris Mines und Fraunhofer-Gesellschaft; das im Aufbau befindliche Institute of Public Health, bei dem die Berliner Charité und PRES Sorbonne Paris Cité zusammenarbeiten, oder das Forschungsprojekt „Saisir l’Europe – Europa als Herausforderung“, das von den Hochschulministerien beider Länder gefördert und von einem Konsortium deutscher und französischer Partner getragen wird, darunter das Centre interdisciplinaire d’études et de recherches sur l’Allemagne (CIERA).

Hier zeigte sich, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit mittlerweile weit über den engen binationalen Rahmen hinausgeht und in größere Verbundstrukturen und Forschungszusammenhänge eingebettet ist. Diesen deutsch-französischen Hochschuldialog gilt es in den kommenden Jahren fortzuführen und zu intensivieren. <<

Tabelle 28 : Statistischer Überblick Frankreich 2012¹

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	632.934 km ²
Bevölkerungszahl	65,3 Mio.
Bevölkerungsdichte	115,8 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum 2011	0,6 %
2. Wirtschaftsdaten	
BIP *	2.773 Mrd.
BIP pro Kopf *	42.377
Anteil am globalen BIP	2,73 %
Knowledge Economy Index (KEI)	8,21 / Rang 24
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2010 *	171,6 Mrd.
Hochschultypen 2011/12	
Universitäten	74
Institut Univers. de Technologie IUT	106
Section de Techniciens Supérieurs STS	2.286
Grands établissements	12
Vorbereitungsklassen für Grandes Ecoles	449
Ingenieurhochschulen	231
Handelshochschulen	210
andere	1.079
Anzahl der Hochschulen gesamt 2011/12	4.447
staatlich	2.286
privat	2.161
Anzahl Hochschullehrer 2011/12	95.742
davon ordentliche Professoren	21.223
Eingeschriebene Studierende 2011/12	2.347.807
an staatlichen Institutionen	1.925.675
an privaten Institutionen	422.132
an Universitäten	1.400.387
an anderen Hochschuleinrichtungen	947.420
Frauenanteil (nur Universitäten)	57,2 %
Anteil ausländischer Studierender (insgesamt)	12,3 %
Anteil ausländischer Studierender (nur Universitäten)	15,2 %
Studierende der Naturwissenschaften	249.504 (17,82 %)
Studierende der Geisteswissenschaften	617.847 (44,12 %)
Studierende anderer Fächer und nicht zuordenbar	533.036 (38,6 %)
Doktoranden 2010/11	64.279
Abschlüsse 2010	
Bachelor's Degree / Licence / LicenceMLD / LicProf	161.231
Master's Degree	80.055
Doktorate	11.119
Medizinische Fächer	25.383

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr* 2012/13	
an staatlichen Institutionen	181-1.218
an privaten Institutionen	bis zu 43.709
Ausländische Studierende gesamt	212.624
nach Herkunftsländern 2011/12 (Universitäten)	
1. Marokko	20.802
2. Algerien	20.665
3. China	19.701
4. Tunesien	10.033
5. Senegal	7.756
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	51.288
davon in Deutschland	6.394

Die beliebtesten Zielländer für Studierende ²	
1. USA	26 %
2. Großbritannien	14 %
3. Frankreich	11 %
4. China	11 %
5. Australien	11 %
6. Deutschland	7 %

* Angaben in US-Dollar

¹ einschließlich Überseedepartements (DOM)² nach dem „Atlas of Student Mobility 2011“**Quellen:**

Ministère de l'éducation nationale: Repères et références statistiques sur les enseignements, la formation et la recherche [RERS 2012]

- ▶ <http://www.insee.fr>
- ▶ <http://www.studieren-in-frankreich.de/Studiengebuehren.html>
- ▶ www.worldbank.org
- ▶ <http://www.statistiques-mondiales.com/france.htm>
- ▶ http://www.uis.unesco.org/Library/Documents/global_education_digest_2011_en.pdf
- ▶ <http://www.data.gouv.fr/content/search?SearchText=%C3%A9volution%20budget%20%C3%A9ducation%20nationale>
- ▶ <http://www.campusfrance.org/en/page/educational-costs>
- ▶ <http://www.enseignementsup-recherche.gouv.fr/cid20195/frais-d-inscription-pour-la-rentree-universitaire-2012.html>

**Tabelle 29 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern
Frankreich**

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	339
	A	185
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	94
	A	89
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	145
	A	87
davon Doktoranden	D	41
	A	51
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	100
	A	9
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	35
	A	53
1–6 Monate	D	107
	A	78
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	197
	A	54
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	92
	A	56
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	4
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	58
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	35
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	40
Praktikanten	D	88
	A	8
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	8
II. Projektförderung – gesamt	D	492
	A	182
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	161
	A	45
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	168
	A	100
davon Doktoranden	D	81
	A	60
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	163
	A	37
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	391
	A	71
1–6 Monate	D	51
	A	103
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	50
	A	8
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	193
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	17
	A	1
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	50
Austausch in Projekten (PPP)	D	218
	A	6
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	831
	A	367
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		1.198
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	4.763
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	619
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	296
	A	1

Warschau

„Motor der europäischen Idee“



Dr. Peter Hiller leitet die Außenstelle Warschau seit 2012. Diese besteht seit 1997 und hat zurzeit sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Positive Bilanz nach Fußball-EM

Die Fußball-Europameisterschaft 2012 war das wichtigste Ereignis des Jahres in Polen. Die Spiele fanden dort und in der Ukraine vom 8. Juni bis zum 1. Juli statt und stellten beide Länder vor große Herausforderungen, insbesondere beim Ausbau der Infrastruktur. Im Rückblick fällt die Bilanz positiv aus: Die Europameisterschaft verlief reibungslos. Darüber hinaus brachten die Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur für Polen einen Modernisierungsschub: In Warschau entstand in deutsch-polnischer Kooperation das neue Nationalstadion. Die Bahnhöfe wurden erneuert, ebenso

der Flughafen, der nun an das S-Bahn-Netz angeschlossen ist. Die Autobahn zwischen Warschau und Berlin wurde kurz vor Beginn der Europameisterschaft geöffnet. Auch an den anderen Spielstätten in Danzig, Breslau und Posen gab es deutliche Verbesserungen in der Infrastruktur. Obwohl die polnische Nationalmannschaft bereits in der Vorrunde ausschied, waren die Polen stolz darauf, wie ihr Land sich den rund 500.000 ausländischen Fans präsentierte.

Streit um Flugzeugabsturz und Rentendebatte

Trotz der großen Zustimmung der Bevölkerung zur Fußball-EM: Der Regierung unter Premierminister Donald Tusk ist es nicht gelungen, dieses Ereignis innenpolitisch für sich zu nutzen. Nach seinem Wahlsieg 2011 steht Tusk erneut an der Spitze einer Regierung aus Platforma Obywatelska (PO, die Bürgerplattform) und Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL, die Polnische Bauernpartei). Für seine zweite Amtszeit hat er sich folgende Ziele gesetzt: Weiterer Ausbau der Infrastruktur, Bekämpfung des politischen Radikalismus und Sicherheit vor der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die rechtsnationale Opposition unter dem ehemaligen Premierminister Jarosław Kaczyński, der die Partei Prawo i Sprawiedliwość (PiS, Recht und Gerechtigkeit) anführt, war zu Beginn des Jahres wegen einer Abspaltung zunächst mit sich selbst beschäftigt. Dann jedoch, nach einer Orientierungsphase, wurde die politische

Ingenieurwissenschaftliche Fächer hoch im Kurs

Willy-Brandt-Zentrum feiert Zehnjähriges

Verstärkter Wettbewerb zwischen den Hochschulen

Polen stärkt Position innerhalb Europas

Zahl der Studienanfänger sinkt

Diskussion zwischen Regierung und rechter Opposition immer aggressiver. Hauptstreitpunkt der polnischen Innenpolitik ist und bleibt der Flugzeugabsturz von Smolensk am 10. April 2010, bei dem der damalige polnische Präsident Lech Kaczyński, Zwillingbruder von Jarosław Kaczyński, mit seiner Frau und vielen weltlichen und kirchlichen Würdenträgern ums Leben kam. Die rechtsnationale Opposition ist der Ansicht, es habe sich dabei um einen russischen Anschlag gehandelt und die Regierung sei zu wenig bemüht, diesen aufzuklären. Die Regierung, die Staatsanwaltschaft und die Gerichte sehen den Flugzeugabsturz aber als tragischen Unglücksfall.

Ein weiteres wichtiges Thema der Innenpolitik war die kontrovers diskutierte Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre. Auch die Ergebnisse der Volkszählung von 2011 führten zu ausgiebigen Debatten. Demnach stieg die Bevölkerungszahl seit dem vorhergegangenen Zensus des Jahres 2002 um 271.000 auf 38,5 Millionen an; davon bezeichneten sich 36,085 Millionen als „polnisch“. Die Zahl derjenigen, die sich zur deutschen Minderheit bekannten, ist im Vergleich zu 2002 von 153.000 auf 109.000 deutlich gefallen, während das Bekenntnis zum Schlesiertum, einer zwischen Deutschen und Polen stehenden Volksgruppe, auf 809.000 gestiegen ist. ▶

Fußball-Europameisterschaft 2012: Das Großereignis lockte auch viele deutsche Fans nach Polen.



Deutschland bleibt wichtigster Partner

In seiner jährlichen Grundsatzrede vor dem polnischen Sejm (neben dem Senat eine der Kammern des polnischen Parlaments) zog Außenminister Radosław Sikorski eine positive Bilanz der polnischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2011: Polen habe seine Position innerhalb Europas gestärkt. Er hob hervor, dass Deutschland wegen seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts der wichtigste Partner in der EU bleibe; außerhalb der EU seien dies die USA. Innerhalb der EU versucht Polen ein Auseinanderbrechen in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu verhindern. Polen als „Motor der europäischen Idee“, so sprach Bundespräsident Joachim Gauck über das Land bei einem Treffen mit seinen polnischen und italienischen Amtskollegen im November 2012.

Die polnische Regierung will die Beitrittsbedingungen zum Euro bis zum Jahr 2015 erfüllen; die Entscheidung, ob das Land dann tatsächlich dem Euro beitreten wird, hält sie sich aber offen. In den Verhandlungen über den EU-Haushalt 2014 bis 2020 will Polen die Transferleistungen der EU ins eigene Land auf 75 Mrd. Euro steigern; im Haushalt 2007 bis 2013 lag dieser Betrag bei 67 Mrd. Euro.

Innerhalb der EU versucht Polen ein Auseinanderbrechen in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu verhindern.

Schnelle Verbindung: Die Autobahn zwischen Berlin und Warschau.



Konstant bleibt in der polnischen Außenpolitik der Versuch eines Interessenausgleiches mit Russland. Von historischer Bedeutung war deshalb der erste Besuch des Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Kyrill I., in Polen. Dieser unterzeichnete gemeinsam mit den höchsten Bischöfen des Landes eine Versöhnungserklärung, die von allen Kanzeln Polens und Russlands verlesen wurde. Innerhalb der EU tritt die polnische Außenpolitik weiterhin für eine engere Kooperation mit den Ländern der östlichen Partnerschaft ein, insbesondere mit Belarus und der Ukraine. Hier erzielte das Land jedoch im vergangenen Jahr kaum Fortschritte, trotz mehrfacher Besuche des polnischen Präsidenten Komorowski in Kiew.

Das gute Vertrauensverhältnis zwischen Deutschland und Polen drückt sich auch darin aus, dass der neu gewählte Bundespräsident Joachim Gauck Polen als Ziel seiner ersten Auslandsreise wählte. Die exzellenten wirtschaftlichen Beziehungen bilden eine wichtige Grundlage für die gute Partnerschaft. Deutschland ist für Polen mit Abstand der wichtigste Handelspartner; der deutsch-polnische Außenhandel hat im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 16 Prozent zugenommen. Die positiven Wirtschaftsbeziehungen zeigen sich unter anderem auch daran, dass Polen 2012 Partnerland der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung in Berlin war und diese Rolle ebenfalls 2013 auf der Computermesse CeBIT in Hannover spielte.

Arbeitslosigkeit trotz positiver Wirtschaftsentwicklung

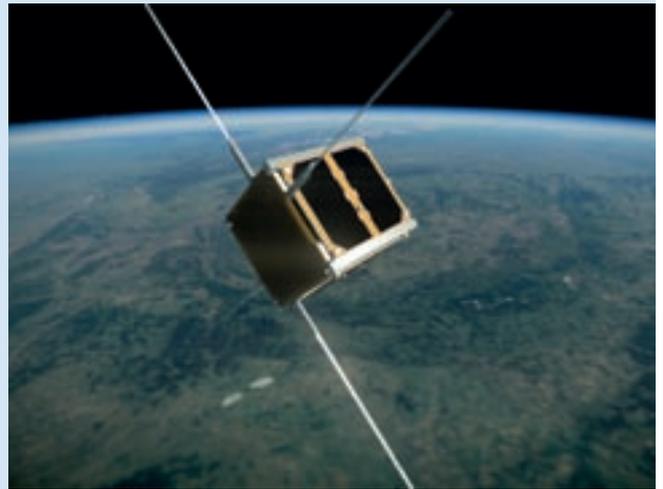
Polen konnte während der Wirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrise ein Abgleiten in die Rezession vermeiden. Im Jahr 2011 lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei 4,3 Prozent. 2012 bei rund 2,5 Prozent: Ein Spitzenwert innerhalb der EU. Die Inflation hat sich in den

Erster polnischer Satellit im All

Studierende der TU Warschau haben gemeinsam mit dem Zentrum für Weltraumforschung (CBK) der Polnischen Akademie der Wissenschaften den ersten polnischen Satelliten gebaut. Er wurde im Februar 2012 vom französischen Weltraumbahnhof Kourou ins All geschossen. Bei der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) in Berlin im September, bei der Polen Partnerland war, überreichte der Direktor des CBK ein Modell dieses Satelliten an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im gleichen Monat trat Polen zudem der Europäischen Weltraumorganisation ESA bei. Beides zeigt: Polen hat sich im Bereich der Spitzentechnologie viel vorgenommen. Die DAAD-Außenstelle hatte im April 2012 gemeinsam mit dem CBK zum

Infoseminar „Forschungsförderung in Deutschland. Schwerpunkt: Luft- und Raumfahrtstechnologie“ eingeladen, um die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Luft- und Raumfahrt zu unterstützen. Auf der ILA beschlossen beide Länder das Kooperationsprojekt „German-Polish Formation Flying Technology Demonstration Mission“. Geplant ist der Bau von zwei Kleinsatelliten; beteiligt sind die Universitäten in Krakau und Lodz sowie die TU Berlin und die Universität Würzburg.

Premiere im All: Studierende der TU Warschau bauten den ersten polnischen Satelliten (oben). Auf der Luft- und Raumfahrtausstellung ILA in Berlin erhielt Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Modell des Satelliten (unten).



vergangenen Jahren bei circa 4 Prozent eingependelt. Trotz der positiven Wirtschaftsentwicklung steigt die Zahl der Arbeitslosen; sie lag im November 2012 bei 12,9 Prozent. Hier steht die Regierung unter großem Druck. Sie hat angekündigt, die Arbeitslosigkeit durch ein Investitionsprogramm in Höhe von 10 Mrd. Euro in den Jahren 2013 bis 2015 zu senken. Das öffentliche Defizit lag 2011 bei 5,1 Prozent. Das Ziel, es unter 3 Prozent zu drücken, hat Polen jedoch 2012 wegen der sich abschwächenden Konjunktur nicht einhalten können.

Wichtig in der polnischen Wirtschaftspolitik ist auch das Thema Energieversorgung. Polen setzt in der Zukunft darauf, durch den Abbau von Schiefergas und durch Atomkraft Energie zu gewinnen. Bis 2024 sollen zwei Atomkraftwerke entstehen. Bei der Exploration von Schiefergasvorkommen arbeiten Unternehmen und staatliche Stellen Hand in Hand. So soll

allein die Forschung zur Entwicklung von Technologien für die Schiefergasgewinnung in den nächsten Jahren mit 250 Mio. Euro gefördert werden.

Reform von Wissenschaft und Hochschulen kommt voran

In der ersten Amtszeit von Premierminister Donald Tusk erarbeitete die Regierung das neue Hochschulgesetz, das mit vielen Neuerungen am 1. Oktober 2011 in Kraft trat. Im Jahr 2012 lag die Priorität auf der Umsetzung dieser Reformen, dies wird 2013 fortgeführt. Angesichts des weltweit zu beobachtenden Trends zum „Lifelong Learning“ sollen Personen über 25 Jahre besseren Zugang zu den Hochschulen erhalten. Außerdem baut die Regierung das Stipendiensystem aus und treibt die Einteilung der Hochschulen in Forschungs- und

POLEN BRAUCHT MEHR AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE

Im akademischen Jahr 2011/12 studierten 24.253 ausländische Personen an polnischen Hochschulen, das sind nur 1,39 Prozent aller Studierenden. Damit belegt Polen bei der Rekrutierung ausländischer Studierender in der EU den letzten Platz. Gleichzeitig sinkt wegen der demografischen Entwicklung seit 2005 die Zahl der eingeschriebenen Studierenden; diese Tendenz wird bis 2020 anhalten. Die polnischen Hochschulen wollen deswegen verstärkt Ausländer anwerben. Auch die Regierung hat das Problem erkannt. Im Laufe des Jahres 2013 will sie ein neues Einwanderungsgesetz verabschieden, das unter anderem die Visabestimmungen für ausländische Studierende, Absolventen und Wissenschaftler aus Nicht-EU-Ländern vereinfacht. Außerdem soll es den Absolventen ermöglichen, nach ihrem Abschluss in Polen bis zu einem Jahr lang Arbeit zu suchen.

Lehruniversitäten voran. Schließlich beschloss die Regierung für 2012 eine Steigerung des Budgets um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr; somit flossen rund 1,8 Mrd. Euro in die Wissenschaft und in die Hochschulen. Von 2007 bis 2013 investierte Polen rund 4 Mrd. Euro in den Bau von Laboratorien und Wissenschaftszentren. Der überwiegende Teil stammt aus Strukturfonds der EU.

Die Zahl der Studienanfänger an polnischen Hochschulen ist im Zuge der demografischen Entwicklung weiter gesunken. Im Studienjahr 2011/12 wurden 424.776 Personen zum Studium zugelassen, 5 Prozent weniger als im Vorjahr und 11 Prozent weniger als im Studienjahr 2009/10.

Die beliebtesten Fächer bei Studienanfängern (in Klammern jeweils die Rangfolge im Vorjahr):

1. Informatik (3)
2. Management (2)
3. Jura (5)
4. Bauingenieurwesen (1)
5. Pädagogik (4)
6. Wirtschaft (6);
7. Umweltingenieurwesen (8)
8. Produktionstechnik (9)
9. Finanzen und Rechnungswesen (7)
10. Mechanik und Maschinenbau (10)

An der Rangliste ist bemerkenswert, dass fünf ingenieurwissenschaftliche Fächer zu den zehn begehrtesten Studienfächern gehören und die

Informatik sogar an der Spitze steht. Diese Trendwende weg von den Geisteswissenschaften hat vermutlich zwei Hauptursachen: Zum einen hat der wirtschaftliche Aufschwung in Polen in den vergangenen Jahren die Berufsaussichten für Ingenieure verbessert. Zum anderen zeigen gezielte Fördermaßnahmen des Ministeriums für Wissenschaft und Hochschulwesen Erfolge: So legte das 2008 gestartete Programm „Studiengänge auf Bestellung“ einen Katalog von volkswirtschaftlich bedeutsamen Fachrichtungen fest, für die die Hochschulen im Wettbewerbsverfahren zusätzliche Mittel erhielten. Das vom Warschauer Nationalen Zentrum für Forschung und Entwicklung zum vierten Mal ausgeschriebene Programm förderte 2012 insgesamt 93 Projekte mit einer Gesamtsumme von 75 Mio. Euro. An erster Stelle der geförderten Fachrichtungen lag die Informatik.

Folgerichtig sind bei den staatlichen Hochschulen die Technischen Hochschulen am meisten nachgefragt, dann die Landwirtschaftlichen Hochschulen und erst danach die Universitäten. Die beliebtesten Hochschulen waren 2012 die Politechnika Warszawska (TU Warschau) mit 8,9 Bewerbungen auf einen Studienplatz, die Politechnika Gdańska (TU Danzig), die Politechnika Poznańska (TU Posen) und die Politechnika Łódzka (TU Lodz). Erst an fünfter Stelle kam die Universität Warschau mit 5,4 Bewerbungen pro Studienplatz. Wie schon 2011 ist unter den privaten Hochschulen das Studium an der Hochschule für Sozialpsychologie in Warschau am begehrtesten.

Mehr Qualität, mehr Internationalität

Mehr Qualität – das ist ein erklärtes Ziel der polnischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Dies soll durch verstärkten Wettbewerb zwischen den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen erreicht werden. So sollen

Fünf ingenieurwissenschaftliche Fächer gehören zu den zehn begehrtesten Studienfächern, Informatik steht sogar an der Spitze.

einerseits international konkurrenzfähige Forschungsuniversitäten und andererseits berufsorientierte „Lehruniversitäten“ entstehen. Entsprechende Wettbewerbe fanden 2012 statt: Der Titel „Führende Nationale Wissenschaftseinrichtung“ wurde dabei zum ersten Mal mehrfach vergeben. Ein international besetztes Expertengremium ermittelte die Gewinner; ihre Einrichtungen erhalten in den Jahren 2012 bis 2017 circa 2,5 Mio. Euro jährlich. Der Wettbewerb wurde zunächst für die Naturwissenschaften und die Gesundheitswissenschaften ausgeschrieben. Dementsprechend waren unter den Preisträgern das Warschauer Zentrum der mathematischen Wissenschaften, das Wissenschaftskonsortium des Collegium Medicum der Jagiellonen-Universität Krakau sowie vier weitere naturwissenschaftliche und medizinische Forschungszentren in Warschau, Danzig und Białystok.

Das Krakauer Nationale Zentrum für Wissenschaft (NCN) veranstaltete ebenfalls einen Wettbewerb, um international starke polnische Forschungsuniversitäten zu identifizieren. Seit Gründung des NCN im März 2011 sind 25.000 Anträge eingegangen, für die eine Gesamtsumme von rund 225 Mio. Euro bereitsteht. Die Auswertung der bewilligten Summen ergibt eine Ranking-Liste von forschungsstarken Universitäten. An der Spitze: die Jagiellonen-Universität Krakau, gefolgt von der Universität Warschau, der Adam-Mickiewicz-Universität Posen, der Berg- und Hüttenakademie Krakau und der TU Warschau.

Ein weiterer Wettbewerb zielte darauf ab, die Qualität der Lehre zu verbessern: Dieser vergab Fördersummen von je 250.000 Euro an 62 ausgezeichnete Projekte, darunter 24 ingenieurwissenschaftliche Vorhaben.

Polen will auch seine Hochschul- und Forschungslandschaft internationaler machen. Die Kampagne „Ready, Study, Go! Poland“ zum Beispiel

soll mehr ausländische Studierende ins Land holen. Polnische Pavillons bei Hochschulmessen in Kiew, Bangkok, Houston, Dublin sowie in Astana und Almaty sind geplant. Auch die 2012 lancierte zweite Ausschreibung des Stipendienprogramms „Mobilität Plus“ soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wissenschaft steigern. Das Stipendienprogramm entsendet Mitarbeiter und Doktoranden wissenschaftlicher Einrichtungen ins Ausland.

DAAD-VERANSTALTUNGSREIHE „EUROPA!“

Was bietet Europa der jungen Generation heute? Welche Chancen eröffnet die Freizügigkeit in Zeiten der Krise? Und wie machen Studierende sich für den europäischen Arbeitsmarkt fit? Dies waren die Themen eines Seminars, das die DAAD-Außenstelle am 17. November 2012 an der Universität Warschau für deutsche Stipendiaten und polnische Alumni organisierte. Die Teilnehmer lernten nicht nur Theorie; eine Beraterin des European Employment Service aus Berlin gab in dem Workshop „Bewerbungstraining“ auch konkrete Tipps für Jobsuchende.

Der DAAD und Polen: Eine intensive Zusammenarbeit

Seit September 2012 leitet Dr. Peter Hiller die Außenstelle Warschau; er hatte die Leitung bereits in den Jahren 2004 bis 2007 inne. Sein Vorgänger Dr. Randolf Oberschmidt ist in die DAAD-Zentrale nach Bonn zurückgekehrt. Aus Anlass der Stabsübergabe fand im Oktober 2012 eine Veranstaltung im Deutschen Historischen Institut in Warschau mit DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ statt.

Polen liegt in der DAAD-Statistik der geförderten Ausländer mit 1.641 Personen nach Russland, USA und China an vierter Stelle – auch darin zeigt sich die intensive Zusammenarbeit des DAAD mit dem Land. Außerdem sind die polnischen Hochschulen für deutsche Hochschulen

Polen liegt in der DAAD-Statistik der geförderten Ausländer mit 1.641 Personen nach Russland, USA und China an vierter Stelle – darin zeigt sich die intensive Zusammenarbeit des DAAD mit dem Land.

August 2012: DAAD-Generalsekretärin Dr. Dorothea Rüländ verabschiedet den Außenstellenleiter Randolph Oberschmidt (links).



Großer Erfolg: Im Oktober 2012 trafen sich Alumni der deutschen Rechtsschulen in Krakau und Warschau. (rechts).



begehrte Partner: Im Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz liegt Polen mit 1.207 Kooperationen an sechster Stelle nach Frankreich, Spanien, den USA, Großbritannien und Italien. Der DAAD fördert viele dieser Partnerschaften in diversen Programmen. Studierende aus Polen belegen mit 7.463 Personen (2011) unter den ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen den vierten Platz – nach China, Russland und Bulgarien. Die große Bedeutung, die der DAAD der Zusammenarbeit mit Polen beimisst, spiegelt sich auch in dem gut ausgebauten Netzwerk wider: An polnischen Hochschulen arbeiten 19 Lektoren, sechs Sprachassistenten sowie zwei Langzeitdozenten.

Zu den großen Projekten, die der DAAD in Polen fördert, gehören die Schulen des deutschen Rechts; sie werden an den Universitäten Białystok, Breslau, Danzig, Krakau, Lodz, Posen und Warschau in Kooperation mit deutschen Partnerhochschulen betrieben. In Breslau und Krakau können deutsche Studierende auch Schulen des polnischen Rechts besuchen. Die seit mehr als einem Jahrzehnt bestehenden deutschen Rechtsschulen in Krakau und Warschau veranstalten gemeinsam regelmäßig vom DAAD finanzierte Alumni-Seminare, die den großen Erfolg der Schulen sichtbar werden lassen.

Zu den Eckpfeilern der DAAD-geförderten deutsch-polnischen Zusammenarbeit gehört ferner das Willy-Brandt-Zentrum (WBZ) für Deutschland- und Europastudien der Universität Breslau. Das Zentrum, das die Universität und der DAAD gemeinsam finanzieren, feierte 2012 sein zehnjähriges Bestehen mit der Veranstaltung „Das Projekt ‚Europa‘: Potenzial und Herausforderungen“. Den Grundstein für das

WBZ hatte 2000 ein historisch bedeutsamer Besuch gelegt: 30 Jahre nach dem berühmten Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmahl für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto regte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Rede vor dem polnischen Parlament im Dezember 2000 die Gründung des Zentrums an. Das WBZ ist heute aktiv in Forschung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit: durch den Bachelor- und Masterstudiengang Europäische Diplomatie, eine Doktorandenschule sowie eine Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum deutsch-polnischen Verhältnis im europäischen Kontext. Die öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen haben auch tagespolitische Bezüge. So fand vor der Fußball-Europameisterschaft die Konferenz „Fußball im Fadenkreuz der Politik“ statt.

Auch das Zentrum für Polenstudien ist für die deutsch-polnische Kooperation ein bedeutsames Projekt. Es entstand aus einer Initiative der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ) und unter Mitwirkung des DAAD; zehn deutsche Universitäten bewarben sich dafür: Den Zuschlag erhielt das gemeinsam von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Friedrich-Schiller-Universität Jena vorgelegte Konzept eines interdisziplinär angelegten Zentrums. Neben der SdpZ und der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung wird der DAAD dieses Vorhaben für vorerst fünf Jahre fördern. <<

Tabelle 30 : Statistischer Überblick Polen 2012

1. Grunddaten	
Gesamtfläche des Landes	312.679 km ²
Bevölkerungszahl	38,5 Mio.
Frauen	19,9 Mio.
Männer	18,6 Mio.
Bevölkerungsdichte	123 Einw./km ²
Bevölkerungswachstum	0 %
2. Wirtschaftsdaten 2011	
BIP*	514,5 Mrd.
BIP pro Kopf*	12.480
Anteil am globalen BIP (kaufkraftbereinigt)	0,97 %
Knowledge Economy Index (KEI)	Rang 38
Wirtschaftswachstum	4,3 %
Inflation	4,2 %
3. Daten zum Hochschul- und Bildungswesen	
Staatliche Bildungsausgaben (Bildungsetat) 2011*	4,41 Mrd.
Hochschultypen 2011/12	
Universitäten	19
Technische Hochschulen	25
Landwirtschaftshochschulen	7
Wirtschaftshochschulen	77
Pädagogische Hochschulen	17
Medizinische Hochschulen	9
Maritime Hochschulen	2
Sporthochschulen	6
Kunsthochschulen	23
Theologische Hochschulen	14
Akademien der Ministerien	7
Sonstige	254
Anzahl der Hochschulen gesamt	460
staatlich	132
privat	328
Anzahl Hochschullehrer	99.341
davon ordentliche Professoren	8.276
Eingeschriebene Studierende 2010/11	1.764.100
an staatlichen Institutionen	1.245.900
an privaten Institutionen	518.200
Frauenanteil	58,74 %
Anteil ausländischer Studierender	1,37 %
Studierende der Naturwissenschaften	8,3 %
Studierende der Geisteswissenschaften	7,2 %
Doktoranden	40.263
Abschlüsse 2011	
Bachelor	279.986
Master	137.969
Magister (nach 5 jährigem Studium)	79.578
Promotion	5.367

Daten zum Hochschul- und Bildungswesen (Fortsetzung)	
Studiengebühren / Studienjahr 2011* ¹	
an staatlichen Institutionen	keine
an privaten Institutionen	ab 1.300
Ausländische Studierende gesamt 2010/11	24.253
nach Herkunftsländern:	
1. Ukraine	6.321
2. Belarus	2.937
3. Norwegen	1.514
4. Spanien	1.177
5. Schweden	1.162
Studierende mit Studienaufenthalt an ausländ. HS	39.548
davon in Deutschland 2011	7.463

Die fünf beliebtesten Zielländer für polnische Studierende 2011	
1. Deutschland	9.969
2. Großbritannien	9.144
3. Frankreich	3.008
4. USA	2.726
5. Österreich	1.640

* Angaben in US-Dollar

¹ pro Person**Quellen:****Demographic Yearbuch of Poland**▶ http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/rs_rocznik_demograficzny_2012.pdf**Worldbank**▶ <http://data.worldbank.org/country/poland>**International Monetary Fund**▶ <http://www.imf.org/external/index.htm>**Higher Education Institutions and their Finances in 2011**▶ http://www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/E_szkoly_wyzsze_2011.pdf**Wissenschaft weltoffen 2012**▶ <http://wissenschaft-weltoffen.de/>**Global Education Digest 2011, Comparing Education Statistics Across the World**▶ http://www.uis.unesco.org/Library/Documents/global_education_digest_2011_en.pdf

Tabelle 31 : DAAD-Förderung für Ausländer und Deutsche 2012 nach Programmen und Herkunfts- / Zielländern

Polen

D = Deutsche ins Ausland

A = Ausländer nach Deutschland

		gesamt
I. Individualförderung – gesamt	D	146
	A	375
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	37
	A	214
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	35
	A	116
davon Doktoranden	D	24
	A	54
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	74
	A	45
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	77
	A	185
1–6 Monate	D	18
	A	84
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	51
	A	106
3. nach ausgewählten Programmen		
DAAD-Jahresstipendien für Forschung und Studium	D	5
	A	101
Stipendien im Rahmen von Kooperationsprogrammen	D	
	A	
Sur-Place- und Drittlandstipendien	D	
	A	
Lektoren	D	25
	A	
Langzeitdozenten, Gastdozenten, Lehrstühle	D	6
	A	
Kongress- und Vortragsreisen	D	6
	A	
Fach- und Sprachkurse	D	
	A	173
Praktikanten	D	11
	A	25
Forschungsaufenthalte von Hochschullehrern	D	
	A	40
II. Projektförderung – gesamt	D	678
	A	1.257
1. nach Status		
grundständig Studierende	D	360
	A	507
Studierende mit einem ersten Abschluss (Graduierte)	D	131
	A	370
davon Doktoranden	D	51
	A	125
Wissenschaftler und Hochschullehrer (inkl. Postdoktoranden)	D	187
	A	380
2. nach Förderdauer		
< 1 Monat	D	618
	A	1.029
1–6 Monate	D	43
	A	171
> 6 Monate (Langzeitförderung)	D	17
	A	57
3. nach ausgewählten Programmen		
PROMOS – Programm zur Steigerung der Mobilität	D	160
	A	
Strukturprogramme f. d. Auslandsstudium (ISAP, Doppelabschluss, Bachelor Plus)	D	39
	A	11
Stipendien- und Betreuungsprogramme (STIBET)	D	
	A	127
Austausch in Projekten (PPP)	D	18
	A	20
DAAD-Förderung – gesamt (I + II)	D	824
	A	1.632
DAAD-Förderung – Deutsche und Ausländer gesamt		2.456
1. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	D	760
	A	
2. ERASMUS-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	D	69
	A	
3. ERASMUS-Personalmobilität (Dozenten, sonstiges Personal)	D	369
	A	11

Anhang

Adressen im In- und Ausland

DAAD-Zentrale Bonn-Bad Godesberg

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
Postfach 200404
53134 Bonn (Deutschland)
Tel.: (0049/228) 882-0
Fax: (0049/228) 882-444
E-Mail: postmaster@daad.de
Internet: www.daad.de

Büro Berlin

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin (Deutschland)
Postfach 240
10106 Berlin (Deutschland)
Tel.: (0049/30) 20 22 08-0
Fax: (0049/30) 20 41 267
E-Mail: info.berlin@daad.de,
bkp.berlin@daad.de
Internet: www.daad-berlin.de,
www.berliner-kuenstlerprogramm.de

DAAD-Außenstellen

Außenstelle Brüssel (seit 2006)

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Av. des Arts 10/11
1210 Brüssel (Belgien)
Tel.: (0032/2) 229 01 68
Fax: (0032/2) 229 31 62
E-Mail: daad.bxl@skynet.be

Außenstelle Hanoi (seit 2003)

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Vietnamesisch-Deutsches Zentrum
Trung Tam Viet Duc
Hanoi University of Technology
1 Dai Co Viet
Hanoi (Vietnam)
Tel.: (0084/4) 38 68 37 73-0
Fax: (0084/4) 38 68 37 72
E-Mail: daad@daadvn.org
Internet: www.daadvn.org

Außenstelle Jakarta (seit 1990)

DAAD Jakarta Office
Jl. Jend. Sudirman, Kav. 61-62
Summitmas II, 14th Floor
12190 Jakarta (Indonesien)
Tel.: (0062/21) 520 08 70, 525 28 07
Fax: (0062/21) 525 28 22
E-Mail: info@daadjkt.org
Internet: www.daadjkt.org

Außenstelle Kairo (seit 1960)

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
11 Saleh Ayoub St.
Kairo-Zamalek (Ägypten)
Tel.: (0020/2) 27 35 27 26,
Fax: (0020/2) 27 38 41 36
E-Mail: info@daadcairo.org
Internet: http://cairo.daad.de

Außenstelle London (seit 1952)

German Academic Exchange Service
1 Southampton Place
WC1A 2DA London (Großbritannien)
Tel.: (0044/20) 78 31-95 11
Fax: (0044/20) 78 31-85 75
E-Mail: info@daad.org.uk
Internet: www.daad.org.uk

Außenstelle Mexiko-Stadt (seit 2000)

**Servicio Alemán de Intercambio
Académico**
Calle Kepler 157
Col. Nueva Anzures
Del. Miguel Hidalgo
C.P. 11590 Ciudad de México
(Mexiko)
Tel.: (0052/55) 52 50 18 83
Fax: (0052/55) 52 50 18 04
E-Mail: info@daadmex.org
Internet: http://daadmex.org

Außenstelle Moskau (seit 1993)

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Leninskij Prospekt 95a
119313 Moskau
(Russische Föderation)
Tel.: (007/499) 132 23 11
Fax: (007/499) 132 49 88
E-Mail: daad@daad.ru
Internet: www.daad.ru

Außenstelle Nairobi (seit 1973)

German Academic Exchange Service
Regional Office for Africa,
Madison Insurance House,
3rd floor, Upper Hill Close
00800 Nairobi (Kenia)
P.O. Box 14050
00800 Nairobi (Kenia)
Tel.: (00254/20) 272 97 41
Fax: (00254/20) 271 67 10
E-Mail: info@daadafrica.org
Internet: http://nairobi.daad.de

Außenstelle Neu Delhi (seit 1960)

German Academic Exchange Service
Regional Office Bangladesh, India,
Nepal, Sri Lanka
2, Nyaya Marg, Chanakyapuri
110 021 New Delhi (Indien)
Tel.: (0091/11) 41 68 09 68, 41 68 09 69
Fax: (0091/11) 46 06 81 92
E-Mail: info@daaddelhi.org
Internet: http://newdelhi.daad.de

Außenstelle New York (seit 1971)

German Academic Exchange Service
871 United Nations Plaza
10017 New York, N.Y. (USA)
Tel.: (001/212) 758 32 23
Fax: (001/212) 755 57 80
E-Mail: daadny@daad.org
Internet: www.daad.org

Außenstelle Paris (seit 1963)

**Office Allemand d'Echanges
Universitaires**
Hôtel Duret de Chevry
8, rue du Parc-Royal
75003 Paris (Frankreich)
Tel.: (0033/1) 44 17 02 30
Fax: (0033/1) 44 17 02 31
E-Mail: info@daad.asso.fr
Internet: http://paris.daad.de

Außenstelle Peking (seit 1994)

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Unit 1718, Landmark Tower 2
8 North Dongsanhuan Road
Chaoyang District
100004 Beijing (VR China)
Tel.: (0086/10) 65 90-66 56
Fax: (0086/10) 65 90-63 93
E-Mail: postmaster@daad.org.cn
Internet: www.daad.org.cn

**Außenstelle Rio de Janeiro
(seit 1972)**

**Serviço Alemão de Intercâmbio
Acadêmico**
Rua Presidente Carlos
de Campos 417, Laranjeiras
22231-080 Rio de Janeiro (Brasilien)
Tel.: (0055/21) 25 53 32 96
Fax: (0055/21) 25 53 92 61
E-Mail: info@daad.org.br
Internet: www.daad.org.br

Außenstelle Tokio (seit 1978)

**Deutscher Akademischer
Austauschdienst**
Deutsches Kulturzentrum
Akasaka 7-5-56, Minato-ku
107-0052 Tokio (Japan)
Tel.: (0081/3) 35 82 59 62
Fax: (0081/3) 35 82 55 54
E-Mail: daad-tokyo@daadjp.com
Internet: http://tokyo.daad.de

Außenstelle Warschau (seit 1997)

**Niemiecka Centrala Wymiany
Akademickiej**
Przedstawicielstwo w Warszawie
ul. Czeska 24/2
03-902 Warszawa (Polen)
Tel.: (0048/22) 617 48 47
Fax: (0048/22) 616 12 96
E-Mail: daad@daad.pl
Internet: www.daad.pl

DAAD-Informationszentren

Afghanistan

Kabul
E-Mail: ortmeyer@daad.de

Argentinien

Buenos Aires
E-Mail: ic@daad.org.ar
Internet: www.daad.org.ar

Armenien

Eriwan
E-Mail: info@daad.am
Internet: www.daad.am

Aserbaidsschan

Baku
E-Mail: info@daad.baku.az
Internet: www.daad.baku.az

Äthiopien

Addis Abeba
E-Mail: office@daad-ethiopia.org
Internet: www.daad-ethiopia.org

Australien

Sydney
E-Mail: daad.australia@gmail.com
Internet: ic.daad.de/sydney

Belarus

Minsk
E-Mail: daad-ic-minsk@bntu.by
Internet: www.daad-ic-minsk.by

Brasilien

São Paulo
E-Mail: daad_sao_paulo@
daad.org.br
Internet: www.daad.org.br

Chile

Santiago de Chile
E-Mail: ic@daad.cl
Internet: www.daad.cl

China

Guangzhou

E-Mail: info@daad-guangzhou.cn
Internet: www.daad-guangzhou.cn

Hong Kong

E-Mail: daadhk@hkbu.edu.hk
Internet: ic.daad.de/hongkong

Shanghai

E-Mail: shanghai@daad.org.cn
Internet: ic.daad.de/shanghai

Costa Rica

San José

E-Mail: daad@conare.ac.cr
Internet: www.centroamerica.daad.de

Georgien

Tiflis

E-Mail: info@daad.org.ge
Internet: ic.daad.de/tbilissi

Ghana

Accra

E-Mail: daadghana@yahoo.com
Internet: ic.daad.de/accra

Griechenland

Athen

E-Mail: daad@athen.goethe.org
Internet: www.daad.gr

Indien

Chennai

E-Mail: chennai@daadindia.org
Internet: ic.daad.de/chennai

Pune

E-Mail: pune@daadindia.org

Irak

Erbil

E-Mail: director_erbil@daad-iraq.info
Internet: www.daad-iraq.info

Iran

Teheran

E-Mail: daad.iran@daad.de

Israel

Ost-Jerusalem

E-Mail: daadeastjerusalem@gmail.com
Internet: www.daad.de/westbank_gaza

Tel Aviv

wird 2013 gegründet

Italien

Rom

E-Mail: info@daad-rom.org
Internet: www.daad-rom.org

Jordanien

Amman

E-Mail: director@daad-jordan.org

Kamerun

Yaoundé

E-Mail: daadkamerun@gmail.com
Internet: ic.daad.de/yaounde/de

Kanada

Toronto

E-Mail: daadca@daad.org
Internet: www.daad.org/page/canada

Kasachstan

Almaty

E-Mail: daad@mailbox.kz
Internet: www.daad.kz

Kirgisistan

Bischkek

E-Mail: info@daad.kg
Internet: www.daad.kg

Kolumbien

Bogotá

E-Mail: info@daad.co
Internet: www.daad.co

Korea, Republik

Seoul

E-Mail: info@daad.or.kr
Internet: www.daad.or.kr

Lettland

Riga

E-Mail: ic@daad.lv
Internet: www.daad.lv

Malaysia

Kuala Lumpur

E-Mail: info@daadkl.org
Internet: ic.daad.de/kualalumpur

Pakistan

Islamabad

E-Mail: saarbeck@daad.de
Internet: ic.daad.de/islamabad/en

Rumänien

Bukarest

E-Mail: info@daad.ro
Internet: www.daad.ro

Russland

Kasan

wird 2013 gegründet

Nowosibirsk

E-Mail: info@daad-novosibirsk.ru
Internet: www.daad-novosibirsk.ru

St. Petersburg

E-Mail: daad@herzen.spb.ru
Internet: www.daad.spb.ru

Serbien

Belgrad

E-Mail: info@daad.rs
Internet: www.daad.rs

Singapur

Singapur

E-Mail: daaddirector@
tum-create.com.sg
Internet: www.ic.daad.de/singapore

Spanien

Madrid

E-Mail: info@daad.es
Internet: www.daad.es

Südafrika

Johannesburg

E-Mail: daad@wits.ac.za
Internet: ic.daad.de/johannesburg

Tadschikistan

Duschanbe

E-Mail: info@daad.tj
Internet: www.daad.tj

Taiwan

Taipeh

E-Mail: director@daad.org.tw
Internet: www.daad.org.tw/de

Thailand

Bangkok

E-Mail: info@daad.or.th
Internet: www.daad.or.th

Tschechische Republik

Prag

E-Mail: info@daad.cz
Internet: www.daad.cz

Türkei

Ankara

E-Mail: daad.ankara@daad.de
Internet: ic.daad.de/ankara

Istanbul

E-Mail: info@daad-istanbul.com
Internet: www.daad-istanbul.com

Tunesien

Tunis

E-Mail: info@daad.tn
Internet: www.daad.tn

Ukraine

Kiew

E-Mail: info@daad.org.ua
Internet: www.daad.org.ua

Ungarn

Budapest

E-Mail: mail@daad.info.hu
Internet: www.daad.info.hu

USA

San Francisco

E-Mail: daadsf@daad.org
Internet: www.daad.org/?p=daadsf

Venezuela

Caracas

E-Mail: daad.caracas@gmail.com
Internet: ic.daad.de/caracas

Vereinigte Arabische Emirate

Abu Dhabi

E-Mail: info@ic-daad-abudhabi.org
Internet: ic.daad.de/abudhabi

Vietnam

Ho-Chi-Minh-Stadt

E-Mail: hcmc@daadvn.org
Internet: www.daadvn.org/hcmc

Die Webseiten der Außenstellen
und Informationszentren (ICs)
des DAAD finden Sie auch unter:
www.daad.de/offices

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50
53175 Bonn (Deutschland)
www.daad.de

Dr. Dorothea Rüländ, DAAD (verantwortlich)

Redaktion Katja Spross, www.trio-medien.de
Lena von Eichborn, Katharina Kohm, DAAD

Gestaltung und Satz LPG Loewenstern Padberg GbR,
Bonn

Druck Köllen Druck + Verlag GmbH, Bonn

ISBN 978-3-87192-902-1

Auflage Mai 2013 – 3.000

Alle Rechte vorbehalten.

© DAAD

Bildnachweis Sofern im Folgenden nicht anders
ausgewiesen liegen die Rechte beim DAAD.

Herman Agenbag (S. 30 beide, 31 beide), Daniel
Baumann (S. 75, 2. Reihe von unten rechts), ddpimages
(S. 13), ddpimages/SIPA Press/HUSSEIN ANWAR
(S. 135), ddpimages/SIPA Press/MISTRULLI LUIGI
(S. 140), DFG India Office (S. 95, 98 unten), DWIH
(S. 65 alle), Mediathek der Europäischen Kommission
/ Europäische Union (S. 125 beide, 126), Akhmad Dody
Firmansyah (S. 88 oben links), Jock Fistick/laif (S. 129),
Lech Gawuć (S. 167, 168), Goethe Institut New Delhi
(S. 98 oben), IGCS (S. 97 beide), Michael Jordan (Titel,
S. 2/3, 4), Felix Kindermann, FKPH (S. 130), Kiribane
(S. 77 unten), Friederike Kutzner-Adolph (S. 72), Eric
Lichtenscheidt (S. 6), Mirco Lomoth (S. 29), Martin
Magunia (S. 148/149), Messe Berlin GmbH (S. 169 unten),
Franziska Müller (S. 71), Nour El-Refai (S. 14, 15, 17 alle),
Tibet Ömürbek (S. 145), picture alliance / AP Images /
Mustafa Quraishi (S. 93), Politechnika Warszawska
/ PW-Sat Team (S. 169 oben), privat (S. 156), RUB-
Pressestelle / Marion Nelle (S. 66 oben rechts), Mikhail
Ruskov / DWIH Moskau (S. 151 links), 2012 Kaveh
Sardari (S. 54 Mitte), Beowulf Sheehan (S. 54 oben),
Roberto Stuckert Filho / PR (S. 66 oben links), Christina
Sanko (S. 75 oben + 2. Reihe von unten links + unten
rechts, 77 oben + Mitte), Jerzy Sawicz (S. 172 rechts),
Yanagiya (S. 118), VNU (S. 75 dritte Reihe von unten
links), VNU HCMC (S. 75 dritte Reihe von unten rechts),
Damian Wichrowski (S. 172 links), wikicommons / Yuli
Weeks / VOA / [http://commons.wikimedia.org/wiki/
File:VOA_Egypt_2012_election.jpg](http://commons.wikimedia.org/wiki/File:VOA_Egypt_2012_election.jpg) (S. 12 links),
wikicommons / Jonathan Rashad / [http://flickr.com/
photos/drumzo](http://flickr.com/photos/drumzo) (S. 12 rechts), wikicommons / US-
Regierung / Pete Souza / [http://www.flickr.com/photos/
whitehouse/8227357173](http://www.flickr.com/photos/whitehouse/8227357173) (S. 49), wikicommons / Wiiii /
creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en (S. 116),
wikicommons / Chaoborus / [creativecommons.org/
licenses/by-sa/3.0/deed.en](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en) (S. 157), wikicommons / Garitan
/ creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en (S. 159)



www.daad.de